

# Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten



Axel Reetz

# Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten

Vom Beginn des  
Mehrparteiensystems 1988  
bis zu den dritten Wahlen

2004



Verlag Wilhelm Surbir  
Wittenbach/SG

D188  
Dissertation der Freien Universität Berlin

Alle Rechte vorbehalten

© 2004 Axel Reetz  
Ansbacher Straße 5 · D-40597 Düsseldorf  
reetz@lanet.lv · Tel.: +49 (0)179 88 32 52 0 · Fax: +49 (0)211 710 32 86

Verlag Wilhelm Surbir  
Betten 10, CH-9303 Wittenbach/SG  
Tel. und Fax +41 (0)71 298 36 16  
E-Mail: [verlag@surbir.ch](mailto:verlag@surbir.ch)  
Internet: <http://www.surbir.ch/>

# Inhalt

1 Einleitung .....	7
1.1 Warum das Baltikum?.....	9
1.2 Vorgehensweise .....	12
1.3 Hypothesen.....	21
2 Von der ersten zur zweiten Unabhängigkeit.....	29
2.1 Die Parteienlandschaft der Zwischenkriegszeit .....	29
2.2 Bewegung „Erwachen“.....	32
2.3 Demokratisierung.....	36
2.4 Grundzüge von Verfassung und Wahlrecht .....	45
3 Überblick über die Parteienlandschaften .....	55
3.1 Estland.....	55
3.2 Lettland .....	60
3.3 Litauen.....	64
4 Wahlen von 1990-2000 .....	68
4.1 Wahlen zum Obersten Sowjet – die „Founding Elections“ .....	68
4.2 Die ersten Wahlen – die „Party-System Building Elections“ .....	79
4.3 Die zweiten Wahlen .....	93
4.4 Die dritten Wahlen .....	110
5 Welche Parteien gibt es? .....	125
5.1 Was ist eine Partei (im Baltikum)? .....	127
5.2 Klassifizierung .....	132
5.2.1 Nach Herkunft .....	132
5.2.2 Nach „Label“ .....	135
5.2.3 Links-rechts-Schema .....	139
6 Woher kommen die Parteien? .....	143
6.1 Cleavage-Modelle .....	144
6.2 Cleavages .....	147
6.2.1 Unitarismus versus Unabhängigkeit .....	147
6.2.2 Titularnation versus Minderheiten .....	148
6.2.3 Zentrum versus Peripherie.....	154
6.2.4 Marktwirtschaft versus Staatsinterventionismus .....	155
7 Wie verändert sich die Parteienlandschaft? .....	158

7.1 Ausschluß ethnischer Minderheiten vom Demos.....	163
7.2 Handlungsspielraum der Elite.....	165
7.3 Legitimationsdefizit .....	171
7.4 Passivität der Masse.....	176
7.5 Personen statt Programme.....	185
7.6 Parteien in der „post-sozialistischen Postmoderne“.....	191
8 Schlußbemerkung .....	194
9 Anhang.....	207
9.1 Abbildungsverzeichnis.....	207
9.2 Tabellenverzeichnis .....	207
9.3 Literaturverzeichnis .....	207

# 1 Einleitung

Der Beschäftigung mit Osteuropa<sup>1</sup> haftet ein Makel an: „*Der Zusammenbruch des realen Sozialismus wurde methodisch zu einem „schwarzen Freitag“ der Sozialwissenschaften. Sie haben überwiegend nicht „vorhergesagt“, wie es ihr methodischer Anspruch ist, sondern „nachhergesagt“. Selbst die Wahlprognosen waren anfangs miserabel. Es zeigt sich, daß der Umstellungsprozeß auf demokratisches und marktwirtschaftliches Verhalten so schwierig ist – und die Inkonsistenz der Perzeption und Einstellungen der Befragten noch so groß ist –, daß die exakten Methoden der empirischen Forschung nur langsam zu greifen beginnen.*“<sup>2</sup> So sieht es von Beyme. Während die Frage, warum die Vorhersage ausblieb, nachträglich nur schwierig zu beantworten ist, bleiben derzeitige Versuche, den Umstellungsprozeß zu untersuchen und zu erklären, beobachtbar. Die Schwierigkeiten dabei sind nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, daß die Ansätze westlicher Wissenschaftler oftmals zu **sophisticated** waren für osteuropäische Realitäten. Der aus der DDR stammende Soziologe Reißig wirft den Kollegen vor, aus einer „verkürzten Perspektive“ analysiert zu haben, nach der „*die westliche Gesellschaft (...) gleichsam Folie für die Evaluierung der östlichen Wandlungsprozesse*“ war.<sup>3</sup> Doch die Transformation sei eben mehr als nur eine Modernisierung, nämlich ein komplexer Systemwechsel, was von vielen Politikern im Westen unterschätzt werde. Diese Einschätzung Juchlers steht hier stellvertretend für viele weitere Osteuropaexperten.<sup>4</sup>

Segert sieht zwei Möglichkeiten, die Entwicklungen in Osteuropa zu betrachten: einerseits als Region, die nicht zum westlichen Kulturkreis<sup>5</sup> gehört und folglich nicht mit seinen Maßstäben zu begreifen ist, andererseits basierend auf der These, daß die gegenwärtigen Ereignisse nur der Anfang einer Entwicklung hin zur Demokratie sind. Demzufolge sind die Defizite der Akteure nur als Randerscheinungen zu verstehen.<sup>6</sup> Zwar gebe es auch in West-

---

<sup>1</sup> Die Diskussion über den Begriff Osteuropa ist umfangreich, seine Anwendung je nach Untersuchungsgegenstand verschieden. In der vorliegenden Arbeit meint Osteuropa die postkommunistischen Staaten Europas.

<sup>2</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.35

<sup>3</sup> vgl. Reißig, Rolf: Die deutsche Transformationsforschung der ersten und zweiten Generation. Eine Bilanz; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.34ff.

<sup>4</sup> vgl. Juchler, Jakob: Global Processes, the Transformation in Eastern Europe and the European Unification, Manuskrift 2000, S.2

<sup>5</sup> Werner Conze widmet der Frage, inwieweit der Begriff Osteuropa geographisch zu definieren ist, einen ganzen Band. Vgl. Conze, Werner: Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, München 1993

<sup>6</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.279

europa eine Vielzahl von Brüchen, doch in den osteuropäischen Staaten sind einstweilen die Kontinuitäten noch schwächer und die Brüche deutlicher.<sup>7</sup>

Juchler beschreibt denn auch die Paradoxität bei Beurteilung und Einordnung des Umbruchprozesses in Osteuropa: Einerseits muß allen Staaten Osteuropas zugestanden werden, simultan vor den gleichen Problemen zu stehen und diese von ähnlichen Ausgangsbedingungen aus meistern zu müssen. Gleichzeitig bemerkt er in einer Fußnote, daß Osteuropa eher ein geographischer Begriff sei denn für eine soziale Region stehe.<sup>8</sup> Viele Autoren haben schon zu Beginn des Reformprozesses in Osteuropa festgestellt, daß dieser Systemwechsel historisch einmalig und ohne Vergleich ist, weil sich in ihm mit dem Regimewechsel und dem Übergang von der Kommando- zur Marktwirtschaft mindestens zwei Veränderungen (Offes Dilemma der Gleichzeitigkeit, 1994) vollziehen, wenn nicht sogar, wie auch im Falle der baltischen Staaten, gleichzeitig noch die staatliche Unabhängigkeit mit dem erforderlichen Institutionenaufbau zu bewältigen ist. Kategorisch erlaubt darum Laķis für seine Heimat Lettland bestenfalls einen Vergleich mit den baltischen Nachbarn.<sup>9</sup>

Diese Prozesse, für die der Westen Jahrhunderte Zeit hatte,<sup>10</sup> können sich gegenseitig bedrohen. Die soziale Umgruppierung ist eines der wichtigsten Charakteristika des Umfeldes, in welchem die Bildung von demokratischen Parteien stattfindet.<sup>11</sup> Einstweilen haben die osteuropäischen Demokratien „mehr“ (Krisen) überlebt – erleben ist eigentlich besser, weil sich die soziale Situation für weite Bevölkerungskreise noch nicht zufriedenstellend gebessert hat – als in der Zwischenkriegszeit, die in weiten Teilen Europas der Anfang vom Ende der Demokratie war.<sup>12</sup> Offensichtlich haben Lernprozesse im

---

<sup>7</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süßmuth (Hrsg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998, S.92

<sup>8</sup> vgl. Juchler, Jakob: Global Processes, the Transformation in Eastern Europe and the European Unification, Manuscript 2000, S.4

<sup>9</sup> vgl. Laķis, Pēteris: Politiskās elites veidošanās mehanismsi postkomunistiskajā sabiedrībā; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, Riga 1998, S.189

<sup>10</sup> In Osteuropa wurden zunächst die Organe des demokratischen Staates gebildet, dann erst formierten sich die entsprechenden Akteure, behauptet Segert. Für die vorliegende Arbeit würde eine Untersuchung der Elitenentwicklung zu weit gehen, sicher scheint, daß aus Befürwortern und Gegnern der Veränderung – also Akteuren vor der Wende – Akteure des späteren demokratischen Systems werden. Insofern müßte diese These wenigstens intensiv diskutiert werden.vgl. Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.68

<sup>11</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.27

<sup>12</sup> Merkel gibt einen Überblick über die verschiedenen Formulierungen dieser grundlegenden Feststellung. Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.377, 385f.

Umgang mit der Krise stattgefunden, weshalb anti-demokratische Bestrebungen heute schwächer ausgeprägt sind als in der vorsozialistischen Zeit.<sup>13</sup>

## 1.1 Warum das Baltikum?

Nach Peniķis gibt es zwei wichtige Gründe, die Politikwissenschaft im und über das Baltikum zu intensivieren. Zum einen werde seit der gewonnenen Unabhängigkeit deutlich weniger berichtet als in den Jahren zuvor; auch Beichelt beklagt, daß der Informationsfluß über die baltischen Staaten „dünner“ wird.<sup>14</sup> Zweitens sei es für die Balten selbst zum Verständnis ihrer eigenen Staaten wichtig.<sup>15</sup>

Warum eignen sich gerade Estland, Lettland und Litauen für einen Vergleich der Parteiensysteme? Wer eine Arbeit über die Entwicklung der politischen Parteien in den baltischen Staaten schreibt, wird sich leicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen, das Thema nicht hinreichend zu kennen, dem oft vom Unwissen über die Unterschiedlichkeit der betreffenden Länder geprägten Blick folgend schlicht eine geographische Region ausgewählt zu haben. Der Kenner der Region könnte sagen, die Resultate, zurückgeführt auf diverse Binsenweisheiten von den Unterschieden zwischen den behandelten Staaten, seien schon vorher absehbar gewesen.

Der Autor ist sich des Umstandes bewußt, daß die drei kleinen Republiken am Ostufer der Ostsee zunächst nur geographisch eine Einheit bilden und vor zehn Jahren wegen ihres Kampfes gegen die Sowjetmacht gemeinschaftlich in das Bewußtsein Mitteleuropas zurückgekehrt, gleichzeitig aber sehr unterschiedlich sind. Nichtsdestotrotz scheinen bestimmte kulturell-historische Unterschiede zwischen Estland, Lettland und Litauen, die hier im Detail nicht behandelt werden, als Erklärung nicht auszureichen, warum sich die Staaten in den zehn Jahren ihrer erneuten Unabhängigkeit so verschieden entwickelt haben. Schon vorher bekannte Unterschiede sind überdies kein ausreichender Hinderungsgrund, weitere Unterschiede in einem Vergleich ausfindig zu machen.

Vereint die Historie eher Estland und Lettland, so verbindet die sprachliche Verwandtschaft ihrerseits Lettland mit Litauen, welches an Stelle der historischen deutschen Oberschicht, die für den Norden des Baltikums seit der Aufsegelung typisch war, eine polnische hatte.<sup>16</sup> Für einen Vergleich spricht,

<sup>13</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteiengesellschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süssmuth (Hrsg): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998, S.98

<sup>14</sup> vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.164

<sup>15</sup> vgl. Peniķis, Jānis: Pētījums Baltijas politikā: Baltijas neatkarības atjaunošana un Rietumu teorētiskās metodes; in: Baltijas valstis likteņgrīžos, Riga 1998, S.593

<sup>16</sup> vgl. Ausführungen in Georg Rauch: Geschichte der baltischen Staaten, München 1990

daß seit dem 18. Jahrhundert die Geschichte der baltischen Staaten in denselben Bahnen verlief – zwischen 1721 und 1795 erwarb Rußland alle drei baltischen Provinzen Estland, Livland und Kurland – und sie zu den wenigen Staaten des osteuropäischen Reformgebietes gehören, die nicht nur in der Transformation von der Diktatur zur Demokratie stehen, sondern gleichzeitig ihre staatliche Unabhängigkeit erlangt haben.<sup>17</sup> Während sich die Tschechoslowakei nur in ihre (beiden) Bestandteile auflöste, verlief der mit dem der Sowjetunion vielleicht schon vergleichbarere Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien blutig über mehrere (Bürger-)Kriege.

Die baltischen Staaten weisen ganz besondere Eigenschaften unter den Transformationsstaaten auf. Zum einen haben sie Charakteristika sowohl der früheren Sowjetunion als auch gleichzeitig das für Ostmitteleuropa geltende Streben nach Westen, verknüpft mit einer lebhaften Erinnerung an die Zeit der Unabhängigkeit zwischen den beiden Weltkriegen, schreibt Pettai. Teilweise haben die baltischen Staaten dadurch den Vorteil, eine klare Trennung zwischen dem Vergangenen und dem Neuen zu vollziehen.<sup>18</sup> Und an dieser Stelle beginnen die Unterschiede der eingeschlagenen Wege; so haben die Esten und Litauer eine neue Verfassung, die Letten aber wieder diejenige von 1922.

Seit dem 24. August 1991 sind die baltischen Republiken mit der Anerkennung durch den damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin wieder unabhängig.<sup>19</sup> Die baltischen Staaten sind auf die europäische Karte zurückgekehrt, wurden aber Anfang der neunziger Jahre wie noch heute häufig unter der Perspektive von Nationalitätenkonflikten rezipiert, die von der westlichen, vor allem der in solchen Fragen sensiblen deutschen Presse hochstilisiert werden – zu Unrecht, gab es doch im Baltikum in zehn Jahren Unabhängigkeit kein Hoyerswerda, Mölln oder Solingen.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> vgl. Nolte, Hans-Heinrich: Nationenbildung östlich des Bug, Hannover 1994, der auf S.192 zum Ergebnis kommt, daß zwar die Esten und Letten vom deutschen Orden erobert wurden, während Polen dank seiner kulturellen Überlegenheit die Litauer zu dominieren begann; dennoch sei für alle drei Völker typisch, daß sie im wesentlichen ein Bauernvolk mit einer fremden Herrschaftsschicht waren und folglich die nationale und soziale Front zusammenfiel. Kurland war anfangs noch unabhängig und hatte sogar zwei Kolonien. Dieser Ansicht ist auch Lux. Vgl. Lux, Markus: Drei Staaten – ein „Baltischer Weg“? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000, S.145.

<sup>18</sup> vgl. Pettai: Vello: The Baltic States; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S.123

<sup>19</sup> vgl. Mattisen, Edgar: Eesti iseseisvusmanifest. Dokumentide Kogumik, Tallinn 1996, S.49

<sup>20</sup> Damit gilt es der Auffassung zu widersprechen, daß der „öffentlichen Wahrnehmung nach zu urteilen“ die baltischen Staaten „*in der internationalen Politik keine wesentlich andere Rolle spielen als Mikronesien, Vanuatu oder Tuvalu*“. Erfreulicherweise, doch zum Leidwesen der Medien, gebe es im Baltikum weder Krise noch Krieg. Vgl. Sapper, Manfred: Das Baltikum und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000

Aus der Ferne geschriebene Erklärungsversuche verlieren sich angesichts fehlender Landeskenntnisse oft in den wenigen den Autoren bekannten Einzelheiten, vernachlässigen Schlüsselereignisse oder sind gar fehlerhaft<sup>21</sup> und liefern darum bestenfalls punktuell neue Ideen. Werke wie das „Handbuch Baltikum heute“ von Graf und Kerner füllen zwar die in Deutschland klaffende Informationslücke über das Baltikum. Dennoch kann das Handbuch mit seinem breiten Themenspektrum unmöglich mehr als eine Momentaufnahme der Entwicklung der baltischen Parteiensysteme liefern.<sup>22</sup> Das gilt ebenso für den 1996 von Nørgaard herausgegebenen Band „The Baltic States after Independence“ wie auch für meine Überblicke über die Wahlen von 1992/93 sowie 1995/96,<sup>23</sup> in denen mehr Fragen aufgeworfen als Erklärungen geliefert werden. Auch der Ismayr Band „Regierungssysteme Osteuropas“<sup>24</sup> bleibt ob der für alle Staaten weitgehend gleichen Textgliederung eher eine Datensammlung denn eine Analyse. Bei alldem ist sich der Autor der Wichtigkeit einer Bestandsaufnahme bewußt.

Mattusch konstatiert in „Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte“<sup>25</sup> nur die fehlenden Erklärungsmöglichkeiten der altbekannten Ansätze von Lipset und Rokkan bis Sartori und folgert, historische, sozialistische und Faktoren des Transformationsprozesses nennend: „Der vorliegende Beitrag geht dagegen von einer analytisch schwer entwirrbaren Wechselwirkung dieser Einflußfak-

---

<sup>21</sup> Um nur einige der einfacheren Mißverständnisse und Flüchtigkeitsfehler zu nennen: vgl. Damboer, Michael: Politische Kultur in Litauen - irrational und antidemokatisch?; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000, wo auf S.11 behauptet wird, Adamkus habe bei den litauischen Präsidentschaftswahlen 1998 Brazauskas geschlagen. Letzterer hatte vor dieser Wahl seinen Rückzug aus der Politik angekündigt. Im gleichen Band findet sich die Beschreibung der Koalitionsverhandlungen in Lettland von 1998 für das Kabinett Krištopans, zu dem die Volkspartei in Opposition stand, als Regierungsschef wird aber just deren Vorsitzender Andris Šķēle genannt, welcher erst im Frühjahr 1999 eine neue Regierung bildete. Vgl. Arons, Steven: Die Pubertät der lettischen Politik. Saeima-Abgeordnete im Gespräch; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000, S.77. Ferner wird fälschlicherweise behauptet, die polnische Minderheit in Litauen betrüge 1,5% der Bevölkerung, vgl. Wölkner, Sabina: Litauen - eine konsolidierte Demokratie? Der Stellvertretende Parlamentsvorsitzende Ozolas zum Parteiensystem; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000, S.30; und in Lettland habe ein Verfassungsreferendum stattgefunden. Vgl. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften; in: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26/95 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1996, S.43

<sup>22</sup> Ich habe diesen Band in Estland rezensiert: vgl. Reetz, Axel: Baltimaad Berliini mätta otsast, Eesti Päevalteht 22.11.1998

<sup>23</sup> vgl. Reetz, Axel: Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung; in: Sonderband der Zeitschrift für Parlamentsfragen 1995, S.300-324, Reetz, Axel: Demokratische Transformation im Baltikum, Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1999, S.924-955

<sup>24</sup> vgl. Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002

<sup>25</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996

*toren aus.“<sup>26</sup> Es gibt folglich einstweilen nur deskriptive und empirische Studien, deren Halbwertzeit angesichts rasant schneller Veränderungen in Osteuropa besonders kurz ist. Nichtsdestotrotz scheint der Pessimismus Mattuschs bezüglich der analytischen Möglichkeiten überzogen. Segert bedauert denn, seit 1989 würden immer neue Thesen zur Erklärung und Prognose des aktuellen Stands formuliert, weshalb ein Vergleich ohne den Versuch, diesen Wirrwarr zu entwirren, nicht auskommt.<sup>27</sup> „Keine neuen Erkenntnisse mögen aus der Transformationsforschung für diejenigen herausgekommen sein, die nach 1989 in größeren Scharen in die Region eingeflogen sind, um die von ihnen schon immer präferierten theoretischen Konzepte mittels des neuen Materials zu bestätigen.“ So Segert über die von ihm als „Safariforschung“ bezeichnete Praxis.<sup>28</sup>*

Es gibt also eine ganze Reihe von Aspekten, welche die baltischen Staaten einen, um die Gründe für die konstatierte unterschiedliche Entwicklung aufzuzeigen.

## 1.2 Vorgehensweise

Der Begriff **Entwicklung** im Titel der vorliegenden Arbeit nimmt vorweg, daß es nicht nur eine Entstehung gibt, wie bisher in den meisten Demokratien beobachtet, sondern ständig neue Verwerfungen, die deutlich über Phänomene wie das Eindringen etwa von Grünen Parteien in ein etabliertes Parteiensystem in Westeuropa hinausgehen. Dieser Umstand macht es notwendig, sowohl die Frage zu erörtern, **wie entstehen eigentliche Parteien**, als auch die drei **Transformationsphasen Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung** aus der Transformationsforschung kritisch zu bewerten, ohne die Vielzahl der Phasenmodelle als solche zu behandeln. Krupavičius teilt die Entwicklung des Parteiensystems im Rahmen der Veränderungen in Staat und Gesellschaft für Litauen in folgende vier Phasen ein:

- “*Pre-transitional 1985-1988*
- *Confrontation 1988-1989*
- *Reform of system 1990-1992*
- *Consolidation of democracy 1992-1996, Stability*“<sup>29</sup>

<sup>26</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.95

<sup>27</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.274

<sup>28</sup> Segert führt dies mit auf die Politik bei der Vergabe von Forschungsmitteln zurück. Vgl. Segert, Dieter: Mit dem Ende einer abgeschlossenen Epoche beginnt eine neue, aber welche?; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.46

<sup>29</sup> vgl. Krupavičius, Algimantas: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania’s Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.49f.; Lauristin, Marju: Recent his-

An dieser Konfiguration überrascht, daß das Jahr 1991 mit der Unabhängigkeit nicht als Ende oder Beginn einer konkreten Phase angesehen wird. Immerhin räumt Krupavičius ein, Konsolidierung sei noch von niemandem zufriedenstellend definiert worden.<sup>30</sup> Lauristin und Vihalemm teilen die Entwicklung in:

- „*mythological stage*“ 1988-1990
- „*ideological stage*“ ab 1990 mit der Gründung von Parteien
- „*critical rational stage*“, wenn die demokratische politische Kultur entstanden sein wird.<sup>31</sup>

Zunächst wird die Parteientheorie bemüht, um zu erklären, woher zur Stunde Null im Baltikum – das ist der Moment, von dem an neben der Kommunistischen auch andere Parteien geduldet wurden – diese anderen Parteien kamen. Erst in einem zweiten Schritt wird die Transformationsforschung hinzugezogen. Von Interesse ist sie insbesondere deshalb, weil der staatliche Reformprozeß in Osteuropa nicht in einem Vakuum stattfindet. Es wäre naiv, ihn von anderen Reformprozessen und dem erwähnten Dilemma der Gleichzeitigkeit, trennen zu wollen. Die westliche Transformationsforschung versuchte in den vergangenen Jahren zu beweisen, daß der Wandel in Osteuropa als Teil der dritten Demokratisierungswelle gesehen werden kann, was zu heftigen Disputen geführt hat. Dabei widmet sich die vorliegende Arbeit nicht dieser Frage, sondern der Bedeutung der Transformationsphasen für die eingangs gestellte Frage, wie Parteien entstehen; denn im Baltikum entstehen sie nach wie vor, wie etwa in Lettland das Beispiel der x-ten Saubermannspartei des ehemaligen Zentralbankpräsidenten Repše zeigt.

Die wissenschaftliche Diskussion um den Wert der Transformationsforschung interessiert nur so weit, als nach Daatland westliche Beobachter achtgeben müssen, sich von ihrer Sichtweise des Politischen nicht beeinflussen zu lassen: „*But even if one isn't looking for signs of them, they will be in the back of one's mind, and tend to dominate one's way of thinking.*“ Der Autor schließt sich der Ansicht an, daß sonst die Gefahr besteht, Dinge zu sehen, die da gar nicht sind.<sup>32</sup> Und diese Schwierigkeiten benennt Mikkel prägnant: Die Schwäche der Zivilgesellschaft, die Herausbildung eines Parteiensystems vor der Bildung einer neuen Gesellschaft, die dadurch entstehende Unsicherheit und Konfusion, die internationalen Verflechtungen, die den Wählern

---

torical developments in Estonia. Three stages of Transition (1987-1997); in: Lauristin, Marju / Vihalemm, Peeter: Return to the Western world, Tartu 1997, S.81

<sup>30</sup> vgl. Krupavičius, Algis: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania's Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.53

<sup>31</sup> vgl. Vihalemm, Peeter / Lauristin, Marju / Tallo, Ivar: Development of political culture in Estonia; in: Lauristin, Marju / Vihalemm, Peeter: Return to the Western world, Tartu 1997, S. 199f.

<sup>32</sup> vgl. Daatland, Christer Drangshold: From confusion to clarity. A study of the influential factors behind the Estonian party system, Manuscript, Bergen 1997, S.151

letztendlich nicht die Wahl zwischen mehreren Optionen erlauben sowie das vereinfachte Verständnis von Demokratie und Marktwirtschaft.<sup>33</sup>

Merkel konstatiert, das Ende des Sozialismus habe eine Rückwendung zu Modernisierungs- und Systemtheorie gebracht, die den Kollaps durch die verhinderte Differenzierung der Gesellschaft zu deuten versuchten. Gleichzeitig konnte das aber den Akteursansatz nicht beiseite schieben.<sup>34</sup> Während sich Handlungs- und Systemtheorie in Konkurrenz befanden, habe sich längst eine Periodisierung des Transformationsprozesses in Liberalisierung (des alten Regimes), Demokratisierung (der Institutionen) und Konsolidierung (der Demokratie) etabliert.<sup>35</sup>

Segert beschreibt zwei voneinander getrennte Diskurse, die einander mit Unverständnis begegnen: das theoriegeleitete analytische Interesse und das zeitgeschichtlich-kulturelle. Die einen möchten den Umbruch im Osten als Demonstrationsbeispiel mit einer möglichst großen Variablenzahl sehen, die anderen wollen eher das Unverwechselbare, Spezifische und Zufällige in Osteuropa herausarbeiten und bestenfalls innerhalb der Region vergleichen. Aber nach Segerts Ansicht „*kann auch ein kulturell-zeithistorischer Ansatz nicht darum herum kommen, zur Hypothesenbildung bewußt theoretische Konzepte zu nutzen.*“ Genau dies soll in der vorliegenden Arbeit geschehen, „*über die bloße Sammlung der wesentlichen Faktoren und deren Beschreibung hinausgehen*“ und auf vorhandenen „*theoretischen Prämissen aufzubauen*“. Da aber auch das geschichtliche Erbe die Akteure beeinflußt hat, dürfe der zeitgeschichtliche Aspekt als Basis ebenso nicht fehlen.<sup>36</sup> Das wird von Meyer unterstützt, der schon vor der Wende das sowjetische System untersuchte. Denk- und Verhaltensweisen sowie Wertorientierungen würden in ihrer „*Bedeutung häufig von jenen unterschätzt, die als ‚newcomer‘ die postkommunistischen Systeme mit anderweitig gewonnenen theoretischen Ansätzen relativ unhistorisch untersuchen.*“<sup>37</sup> Dabei beschränkt sich die historische Dimension der politischen Kultur laut Segert nicht darauf, daß politische Konflikte heute jenen zwischen den Weltkriegen gleichen, sondern eher die

---

<sup>33</sup> vgl. Mikkel, Evald: The Cleavage Formation and the Emergence of ‘Party Systems’ in the Post-Soviet Societies: Estonia and Lithuania Compared, ohne Ort 1998, S.3

<sup>34</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften; in: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26/95 der Politischen Vierteljahrsschrift, Opladen 1996, S.31

<sup>35</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/98, 30.1.1998, S.3

<sup>36</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.15ff.

<sup>37</sup> vgl. Meyer, Gerd: Zur Diskussion gestellt – Osteuropaforschung im Umbruch; in: Osteuropa 8/2000, S.928

Nachwirkung von Erfahrungen bei der Bewältigung von Konflikten darstellen, zu denen nicht zuletzt auch der mehrfache Systemwechsel zählt.<sup>38</sup>

Erklärungsversuche der Transformationstheorie von Merkel sowie Ulram, Waldrauch und Plasser leiden ihrerseits darunter, daß sich die Beurteilung des Verhaltens der Masse auf Demokratisierungsbeispiele nach dem Zweiten Weltkrieg wie Deutschland und Japan bezieht, wo das neue System de facto oktroyiert wurde.<sup>39</sup> Das ist ein wesentlicher Unterschied zum Zusammenbruch des Kommunismus, und selbst die Frage nach der Alternative zur Demokratie stellt sich mit Blick auf Zentralasien oder Weißrußland als geographisch nächstem Beispiel damals und heute anders. Beide Aspekte bleiben bei den genannten Autoren unberücksichtigt.

Sell wirft den Anhängern des von ihr als „*struktur-funktionalistisch*“ bezeichneten kulturellen Ansatzes vor, der Blick beschränke sich zu sehr auf die „*spezifischen historischen Gegebenheiten*“, zunächst die Umweltbedingungen des Umbruches und anschließend die „*nötigen institutionellen Rahmenbedingungen für die Stabilisierung der neuen Demokratie*.“ Dabei werde zu wenig berücksichtigt, daß die Schaffung demokratischer Institutionen alleine nicht genügt, daß ihre Akzeptanz gewährleistet und die entsprechende politische Kultur vorhanden sein muß. Hier wiederum sieht sie die Gefahr, in Einzelfallanalysen stecken zu bleiben. Sell schlägt darum vor, die Wechselwirkungen zwischen Akteuren und Institutionen sowie die mit diesen verbundenen neuen Handlungsspielräume zu untersuchen.<sup>40</sup> Der Verfasser der vorliegenden Untersuchung unterstützt diese Ansicht, obwohl hier nur eingeschränkt darauf zurückgegriffen werden soll. „*Das Konzept der politischen Kultur soll hier – ohne theoretischen Anspruch – die subjektive Dimension der Politik bezeichnen, also die politischen Wertorientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung, ihre Erfahrungen und ihren Umgang mit der Politik.*“<sup>41</sup> Meyer folgend ist für diese Arbeit nicht von Bedeutung, aus welchem Grund die Akteure plötzlich alte Regeln ablehnen bzw. neue einführen und warum ein Konsens darüber besteht, diese zu akzeptieren. Diesen Umstand möchte ich als gegeben annehmen.

Sells resümierender Vorwurf gegen den ihrer Ansicht nach in Einzelfallstudien verweilenden Ansatz ist in jedem Fall bedenkenswert: „*Allerdings neigt auch eine derartige Forschungsperspektive dazu, Einzelfallstudien ge-*

<sup>38</sup> vgl. Segert, Dieter: Welche Vergangenheit wirkt nach 1989 auf die Parteienentwicklung in Osteuropa ein?; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.5

<sup>39</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.114ff.; Plasser, Fritz / Ulram, Peter / Waldrauch, H.: Politischer Kulturwandel in Ostmitteleuropa, Opladen 1997, S.41

<sup>40</sup> vgl. Sell, Katrin: Institutionenbildung „à la carte“ in neuen Demokratien, oder: Was Äpfel von Birnen lernen können; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.91ff.

<sup>41</sup> vgl. Meyer, Gerd: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10/1993, S.3

*genüber komparativen Untersuchungen zu privilegieren, da sie sich häufig an real handelnden Personen orientiert, die logischerweise nur in einem Land zu den politischen Entscheidungsträgern gehören.“<sup>42</sup> So zutreffend diese Befürchtung sein mag: Eine zu konsequente Haltung in dieser Frage darf ihrerseits nicht dazu führen, angesichts der ja schon vielfach bestätigten Personalisierung politischer Prozesse und Entscheidungen in Osteuropa die Augen davor zu schließen, daß manche triviale Feststellung zutrifft. Der Vorwurf griffe dann ins Leere.*

Während nämlich die Literatur dazu neigt, Forumsparteien und Umbrella-Bewegungen insgesamt und besonders im Baltikum „in einen Topf zu werfen“, kann man sie tatsächlich nicht so einfach „über einen Kamm scheren“. Ähnliche Anliegen verfolgend wurden sie doch stark geprägt von ihren Führungspersönlichkeiten – und das insbesondere im Hinblick auf ihre parteipolitische Hinterlassenschaft. In Lettland waren zehn Prozent der Bevölkerung Mitglied der Volksfront, während in Estland die Verknüpfung mit den Kommunisten am engsten war. Der spätere Regierungschef Edgar Savisaar war bereits vorher stellvertretender Ministerpräsident, während sich die Kommunisten in Lettland nicht an die Spitze der Volksfront setzten.<sup>43</sup> So verschieden verhielten sich die Vorsitzenden und Ministerpräsidenten auch wegen ihrer ganz unterschiedlichen Ambitionen. Der Vorsitzende in Lettland, der Journalist und Umweltaktivist Dainis Īvāns, zog sich bald ganz aus der Politik zurück. Der kommunistische Funktionär und Wegbereiter Gorbunovs blieb zurückhaltend nur in der Rolle des Parlamentspräsidenten. Er stand als de facto Präsident nach der Unabhängigkeit Rüütel gegenüber, der in der Tagespolitik zwar ebenfalls nicht an vorderster Front stand, dem aber seine Rolle als Symbolfigur sehr wichtig war. Dagegen war Landsbergis geradezu von der Macht besessen, was Politik und Gesellschaft spaltete. Rüütel und Gorbunovs dagegen blieben Integrationsfiguren, was angesichts des umstrittenen Edgar Savisaar in Estland ohne Rüütels Zutun gelang.

Deshalb stellt sich die Frage, wie eine Untersuchung und mehr noch der Vergleich auf den ersten Blick dauernder, teilweise geradezu chaotischer Umwälzungen hier vonstatten gehen soll. Der Gegenstand dieser Arbeit ist im Fluß, das heißt, noch während die Untersuchung entsteht, entwickelt sich die Parteienlandschaft in den baltischen Staaten weiter, werden früher aufgestellte Prognosen und Behauptungen verifiziert oder widerlegt. Folglich erscheint es sinnvoll, wenn auch nicht eine Chronik zu schreiben, so doch wenigstens chronologisch vorzugehen, schrittweise die Vorgeschichte und die

<sup>42</sup> vgl. Sell, Katrin: Institutionenbildung „à la carte“ in neuen Demokratien, oder: Was Äpfel von Birnen lernen können; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.93

<sup>43</sup> vgl. Lux, Markus: Drei Staaten – ein „Baltischer Weg“? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000, S.151f., 156

jeweiligen Wahlen im Baltikum zu behandeln und mit den zum jeweiligen Zeitpunkt aktuellen Aussagen zu konfrontieren.

Um die Besonderheiten im Handeln der Akteure sowie die Entwicklung verschiedener Theorien erklären zu können, also der eingangs von Daatland beschriebenen Gefahr zu entgehen, alles mit einer westlichen Brille zu sehen, wird die vorliegende Untersuchung unter Einbeziehung der einheimischen Wissenschaft vorgehen.<sup>44</sup> Politologen aus den baltischen Staaten analysieren gleichermaßen für die heimische wie für eine internationale Leserschaft die Entwicklung in ihren politischen Systemen und haben dabei den Vorteil, die westlichen Theorien der vergangenen Jahrzehnte studiert zu haben, sowie das frühere System aus eigener Anschauung und damit auch die Einstellungskomplexe ihrer Landsleute zu kennen. Das ist natürlich mit der Gefahr verbunden, daß sie den gleichen Einstellungskomplexen anhängen. Bemerkenswert außerdem, wie viele der heute in der – hier ja noch jungen – Politikwissenschaft tätigen Lehrkräfte zu Sowjetzeiten in anderen Fächern tätig waren, nicht selten in ideologisierten wie Marxismus-Leninismus. Kerner und Weiland sprechen sogar von „gewendeten Fachkollegen“.<sup>45</sup>

Diese Arbeit will also nicht mit der Parteiententheorie des Westens den Osten erklären, sondern sich genauer in den Transformationsabläufen orientieren, weil genau das dem westlichen wie dem östlichen Blick einstweilen schwerfällt. Auf beiden Seiten gibt es bisweilen übertriebene Versuche, Parteiensysteme und Entwicklungspfade zu klassifizieren, was entweder scheitert oder wenig neue Erkenntnisse bringt. Toomla klassifiziert Estland nach Sartori als moderat bis extrem pluralistisch.<sup>46</sup> Die Einordnung als moderater Pluralismus mag prinzipiell zutreffen, sagt aber nichts über die Dynamik der baltischen Parteiensysteme aus. Als Meßlatte dafür scheint angemessen, ob sich neue Parteien aus dem Stand im Parlament etablieren konnten. Schon bei oberflächlicher Betrachtung bestätigen sich die Feststellungen über diese Entwicklungstendenzen in den drei Parteiensystemen aus früheren Publikationen weitgehend. Das kann gleichermaßen als Stabilisierung der Lage oder aber

---

<sup>44</sup> In den Fußnoten wird neben der Quellenangabe der Text der Originalzitate wiedergegeben, die ausschließlich durch den Autor dieser Dissertation übersetzt wurden. Im Literaturverzeichnis finden sich außerdem Hinweise über die im Baltikum wichtigen aber in Deutschland eher unbekannten Autoren.

<sup>45</sup> vgl. Kerner, Manfred / Weiland, Felix: Kompliziert und verworren... Die politische Situation in Lettland und Litauen; in: Osteuropa 10/92, S.877. Zumindest sind die Zeiten der obskuren Veröffentlichung vorbei. Noch 1993 erschien vor der Wahl in Lettland ein Band mit Kurzbiographien der Kandidaten der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung, den Grünen und der Demokratischen Partei, dessen Urheberschaft komplett verschwiegen wird. Zu Zweifeln gibt dabei das Kapitel über Siegerist Anlaß, der als bedeutender Antisozialist in Deutschland bezeichnet wird, der sich konsequent höheren politischen Ämtern verweigert habe und seine Karriere über „Bild“ und „Hör Zu“ mache. Dabei wird freilich mit dem Hinweis auf die auflagenstärkste Zeitung verschwiegen, daß ein Politikchef bei der „Hör Zu“ eher zu belächeln ist. Vgl. Latvijas Republikas politiķi pirms piektās Saeimas, Riga 1993, S.42-45

<sup>46</sup> vgl. Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, Manuscript, S.17

als hinausgeschobene Herausbildung eines endgültigen Systems betrachtet werden.

Grundsätzlich ist die bloße Vielzahl der Parteien in den baltischen Republiken durchaus mit anderen Demokratien vergleichbar, und es wäre gänzlich falsch, in den neuen wie in den alten Demokratien von vornherein nur jene Parteien mitrechnen zu wollen, die zu einer bestimmten Zeit genug Unterstützung hatten und im Parlament waren – nach Sartori die relevanten, weil diese Größen in Osteuropa schwankend sein können. Die Geschichte hat gezeigt, daß kleinste Splitterparteien und Neugründungen keineswegs geringere Erfolgsschancen haben müssen als die etablierten Parteien. Gleichzeitig droht diesen ihrerseits in Osteuropa laufend das Schicksal einer vernichtenden Niederlage. Grofman, Mikkel und Taagepera finden dafür die treffende Metapher des Kaleidoskops: „*However, if one had predicted 1989 who would be allied with whom in 1999, one would have been grossly off in all too many instances – many more than in the case of true party system. This unpredictability is what we mean by „kaleidoscopic“*<sup>47</sup>“ – mit einem Wort, die politische Landschaft ist gekennzeichnet durch **Parteien ohne System**. Da eine Erwähnung sämtlicher registrierter Parteien den Rahmen des vorliegenden Beitrages sprengen würde, werden nur jene Parteien berücksichtigt, die nach 1991 – in welcher Form auch immer – die politische Bühne beeinflußt haben – künftige Veränderungen nicht ausschließend.

„*Natürlich sind hier alle möglichen Spekulationen denkbar.*“<sup>48</sup> Diese treffende Formulierung des estnischen Politologen Rein Toomla gibt einen Vorgesmack auf die dabei auftretenden Schwierigkeiten. 1999 sagt er, daß er im Unterschied zu einer stabilen Demokratie nicht einmal sagen könne, ob bei der nächsten Wahl mehr oder weniger dieselben politischen Kräfte antreten werden.<sup>49</sup>

Die Dynamik der baltischen Parteiensysteme wird natürlich durch viele Faktoren beeinflußt: Die in Osteuropa überall hohe Volatilität ist da nur das sichtbare Ergebnis. Um die vorliegende Arbeit nicht zu überfrachten, wird sich der Verfasser darauf beschränken, die Wählerwanderung in Form der Prozentpunkte des Wahlergebnisses zu berücksichtigen. Freilich bleibt damit der Nichtwähler unberücksichtigt. Grund dafür ist aber, daß der Nichtwähler immer den Sieg der Anderen in Kauf nimmt. So erreichte die Wahlbeteiligung in Litauen 1996 ihren bisher tiefsten Stand; offensichtlich war die Zahl derer, die einen Sieg der damaligen Opposition wünschten, größer als jene, die eine fortgesetzte Regierung unter den Wendekommunisten bevorzugten.

<sup>47</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.331

<sup>48</sup> vgl. Toomla, Rein: Vähemusvalitsuse võlu ja valu, Luup ohne Datum. Das Originalzitat: „*Loomulikult on siinkohal mõeldavad kõikvõimalikud spekulatsioonid*“.

<sup>49</sup> vgl. Toomla, Rein: Eessõna; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S.7

Dies nicht zu berücksichtigen, hieße den Wählerwillen nicht zu akzeptieren. Bleibt also ein konkreter Blick, wer denn die **Unterstützung** der **aktiven** Wahlbevölkerung bekommen hat. Das wird in dieser Arbeit untersucht, ohne sich die selbstaufrechte Zurückhaltung von Grofman, Mikkel und Taagepera zu eigen zu machen: „*Our focus is on descriptive documentation of its existence. ,Explanation’ in the historical sense of the word is outside our scope*“.<sup>50</sup>

Auf der einen Seite bedarf es eines komparativen Theorierahmens, der verdeutlicht, was sich zu vergleichen lohnt,<sup>51</sup> gleichzeitig kann es aber nicht nur um ein Referat mehr oder weniger plausibler Ansätze gehen, weil es, mit Peter C. Ludz gesprochen, auf die profunde Aufarbeitung des vorhandenen Wissens ankommt: „*Wissenschaftliche Analysen, sozialwissenschaftliche zumal, sollen zeigen, was ist, sollen zu erklären versuchen, warum es so und nicht anders ist: sie sollen Deutungsmuster anbieten, die plausibel sind*“.<sup>52</sup>

Gleichfalls außen vor bleiben sollen soziologische Aspekte wie der Rückhalt der Parteien in der Bevölkerung, welcher sich durch Mitgliedschaft ausdrückt. Dieser Aspekt wird am Rande im Rahmen der Zivilgesellschaft behandelt. Žeruolis liefert dafür eine treffende Rechtfertigung: „*Given the fact that the main characteristic of transition is the prevalence of political structuring over social differentiation and market reforms, the party systemic level then surely is even more appropriate level of analysis than a societal.*“<sup>53</sup> Man mag darüber diskutieren, wie funktionsfähig ein Parteiensystem ist oder inwiefern überhaupt von Parteien die Rede sein kann, die kaum mehr Mitglieder als Honoratioren auf Landes- und Lokalebene umfassen. Der Umstand, daß die meisten dieser Parteien trotzdem von genügend Wählern unterstützt werden, um wiederholt in der Regierung die Geschicke des Landes zu bestimmen, ist ein hinreichender Faktor, diese Parteien ernst zu nehmen. In dieser Arbeit geht es also nicht um die Untersuchung, warum die Parteien in der Gesellschaft nicht verwurzelt sind, sondern darum, wie das die Volatilität beeinflußt, also als Begründung der Fluktuation. Die schwache Mitgliederstruktur ist folglich nur insofern interessant, als sie der Wählerschaft das freie Bewegen innerhalb des zur Wahl stehenden Parteienspektrums erlaubt.<sup>54</sup>

---

<sup>50</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.331

<sup>51</sup> vgl. Kitschelt, Herbert: Die Entwicklung postsozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.504

<sup>52</sup> vgl. Ludz, Peter C.: Mechanismen der Herrschaftssicherung, München 1980, S.11

<sup>53</sup> vgl. Žeruolis, Darius: Change and stability in emerging East European party systems: What the relevance of West European party models, Msc Dissertation, The London School of Economics and Political Science, S.32

<sup>54</sup> vgl. Segert, Dieter: Geschichte des Spätsozialismus als Schlüssel zum Verständnis „postkommunistischer“ Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.13f.

Mögen die Parteien die Funktionen Politikerauslese, Mobilisierung, Aggregation von Interessen und deren Formulierung mehr oder weniger gut realisieren, so bleibt doch festzuhalten, daß einstweilen die Bevölkerung kein anderes Sprachrohr benutzt und man sich eher mit dem Nihilismus<sup>55</sup> und der gesamten Passivität als Faktor für die Fluktuation beschäftigen muß, denn mit den Auswirkungen auf eine konkrete Partei. Dasselbe gilt darum für das Phänomen einer sinkenden Wahlbeteiligung.<sup>56</sup>

Außerdem ließen sich Bücher und Dissertationen allein darüber verfassen, wie die Idee von Freiheit und wirtschaftlicher, letztlich auch staatlicher Unabhängigkeit Ende der achtziger Jahre entstand, die Volksfronten sich bis zu den Wahlen zum Obersten Sowjet<sup>57</sup> der Republiken im Frühjahr 1990 entwickelten und wie die Kommunisten unter Gorbatschows Glasnost (гласность) und Perestroika (перестройка) darauf reagierten. Dies jedoch führte zu weit. Veränderungen und die Unabhängigkeit lagen in der Luft, wenn auch westliche Medien darüber wenig berichteten: In dieser Atmosphäre begann man in Estland, den Obersten Sowjet als Parlament und Arnold Rüütel als Präsidenten zu bezeichnen.<sup>58</sup> Die Arbeit beschränkt sich auf die Zeit, in der Parteien im Prinzip frei gegründet werden konnten, und deren ideologischen Kampf, also 1987/88 mit der Gründung der Volksfronten und den Unabhängigkeitsbewegungen, die sich von Ansätzen einer **Civil Society** in eine **Political Society**<sup>59</sup> wandelten, und dann 1989/90 das erste Mal zu Wahlen antreten konnten. Das ist als der Übergang von intellektuellen Diskussionszirkeln zu politisch handlungsfähigen Organisationen zu begreifen. Die Auseinandersetzungen zwischen Intellektuellen und die Reaktionen der kommunistischen Partei vor dieser Zeit bleiben außen vor; das gilt ebenso für Umweltbewegungen wie den lettischen **Klub Umweltschutz (Vides Aizsardzības Klubs)** und die **Estonische Gruppe zur Publikation des Molotov-Ribbentrop Paktes MRP-AEG (Molotov-Ribbentropi-Pakti Avalikustamise Eesti Grupp)**, um stellvertretend nur zwei der wichtigsten zu nennen.

<sup>55</sup> Diesen Begriff verwendet auch Ostrovska. Vgl. Ostrovska, Ilze / Odīte, Liene / Zītars, Valdis / Āboltiņa, Signe / Strode, Ieva / Indāns, Andris / Brants, Māris / Vanaga, Sanita: 6. Saeimas vēlēšanas gaidot; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr.6, 06.1995, S.18; Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: Estraged europeans - sociological investigation of Latvian society; in: Humanities and Social Sciences 1(22)/99, S.27

<sup>56</sup> Krupavičius erklärt den krassen Rückgang der litauischen Partizipation mit der höheren Frequenz an Urnengängen. Vgl. Krupavičius, Algimantas: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania's Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.64

<sup>57</sup> Für die Namen der Parlamente in den Originalsprachen (Ülemõõukogu in Estland, Augstākā Padome in Lettland und Aukščiausiosiųjų Taryba in Litauen) wird als Übersetzung häufig „Oberster Rat“ oder „Supreme Council“ verwandt. Ich greife hier auf den Begriff Sowjet (совет) zurück, der als russisches Wort für Rat auf der einen Seite hinreichend bekannt ist, um verstanden zu werden, und gleichzeitig mit der Sowjetunion assoziiert wird.

<sup>58</sup> vgl. Udam, Valter: Taasiseseisvumine, Tallinn 1993, S.42

<sup>59</sup> vgl. Lux, Markus: Drei Staaten – ein „Baltischer Weg“? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000, S.157

### 1.3 Hypothesen

*„Die postkommunistische Gegenwart ist immer noch so sehr von der kommunistischen Vergangenheit mitbestimmt, daß das Heute nicht ohne das Gestern verstanden werden kann“<sup>60</sup>* so Meyer. Eine Beschreibung der im Entstehen begriffenen Parteienlandschaften Estlands, Lettlands und Litauens seit der Unabhängigkeit kann darum nicht erfolgen, ohne die Ereignisse im Rahmen des Zusammenbruchs der Sowjetunion seit den Wahlen zum Obersten Sowjet 1990 zu betrachten, bedeutete doch die **Wende** nicht allein den Wechsel von der Diktatur zur Demokratie. Der Drang nach Freiheit und Souveränität einigte die Opposition unter Einschluß eines Teils der Kommunisten im Baltikum stärker als in den anderen Staaten Osteuropas. Darum wurde das Ende der sozialistischen Diktatur nicht nur auf eine der drei von Klaus von Beyme beschriebenen Arten – Erosion der sozialistischen Regierung durch einen mit der Opposition ausgehandelten Wandel, Kollaps durch den Druck einer oppositionellen Massenbewegung oder gelenkten Wandel durch gewendete kommunistische Parteien – bewirkt.<sup>61</sup>

Den Anfang bildeten Gorbatschows **Glasnost** und **Perestroika**,<sup>62</sup> im Baltikum auch Sozialistischer Pluralismus genannt, also der erste Schritt hin zum Mehrparteiensystem.<sup>63</sup> Ab etwa 1988 trotzten die Volksfronten, die dank möglicher Doppelmitgliedschaften breite Koalitionen von der Opposition bis zu den Reformkommunisten waren, teilweise in Zusammenarbeit mit den Unabhängigkeitsbewegungen<sup>64</sup> der Moskauer Zentrale immer neue Freiheiten ab. 1988 und 1989 war die Zeit der großen Demonstrationen gegen Russifizierung und Okkupation, die noch am 13. Januar 1991 am Fernsehturm von Vilnius und wenige Tage später vor dem Innenministerium in Riga blutig niedergeschlagen worden sind.<sup>65</sup> Während des Moskauer Putsches im August 1991 schützten die Massen dann unbehelligt von den Ordnungskräften die örtlichen Regierungsgebäude in den baltischen Hauptstädten.

---

<sup>60</sup> vgl. Meyer, Gerd: Zwischen Haben und Sein. Psychische Aspekte des Transformationsprozesses in post-kommunistischen Gesellschaften; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/97, 24.1.1997, S.18

<sup>61</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteiensysteme und Demokratisierung in Osteuropa; in: Geschichte und Gesellschaft 3/92, S.278

<sup>62</sup> vgl. Krupavičius, Algis: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania's Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.48; Lux, Markus: Drei Staaten – ein „Baltischer Weg“? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000, S.148

<sup>63</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.260f.

<sup>64</sup> vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.144

<sup>65</sup> Diese Aktion war bewußt mit dem Ende des Ultimatums der USA an den Irak am persischen Golf gewählt worden. Vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.29

Nach dem Erreichen des Hauptziels, der Unabhängigkeit, war die Auflösung der breiten Oppositionsfronten keine Überraschung.<sup>66</sup> In Estland und Lettland folgten Nationalitätenkonflikte zwischen Staatsbürgern und Migranten aus anderen vormaligen Sowjetrepubliken, obwohl viele der letzteren bei den 1991 veranstalteten Referenden für die Unabhängigkeit gestimmt hatten. In Lettland, wo bis zu den ersten Wahlen 1993 kein Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet worden war, wurde dieses Thema prompt zum wichtigsten während des Wahlkampfes und damit zum wichtigsten Abgrenzungskriterium zwischen den Parteien, deren Programme in wirtschaftlichen Fragen eher geringe Unterschiede aufwiesen. Da das Thema auch nach zehn Jahren Unabhängigkeit nicht als gelöst betrachtet werden kann, wie die Anwesenheit der OSZE-Missionen in den genannten Staaten bis Ende 2001 belegt, hat dieses Kriterium nur bedingt an Bedeutung eingebüßt. Noch 1998 wurde in Lettland zusammen mit den Wahlen ein Referendum gegen die erleichterte Einbürgerung durchgeführt, für das die damals gemeinsam in einer Koalition regierenden Parteien unterschiedliche Empfehlungen abgaben. Der Nationalismus war die einzige Möglichkeit, die Bevölkerung zu mobilisieren.<sup>67</sup> Der Nationalismus konnte sich im Sozialismus nicht entfalten, doch nach dessen Ende erwies sich der propagierte Internationalismus als reine Ideologie. Der Sozialismus hat es im Gegenteil während 70 Jahren nicht geschafft, die Menschen zum Internationalismus zu erziehen, sondern vielmehr den Nationalismus gefördert.<sup>68</sup> Dieser Umstand wird verschieden interpretiert, von der Stabilisierung der Demokratie durch die Ausgrenzung der Minderheiten bis hin zur Verschärfung des ethnischen Konflikts durch die Demokratie gibt es unterschiedliche Ansichten.

**Hypothese 1: Nach Lipset und Rokkan ist die Gefahr vor allem in Lettland groß, daß der ethnische Konflikt sich als Cleavage dauerhaft etabliert und in das Parteiensystem „einbrennt“.**

In Anknüpfung an das Cleavage-Modell verweisen Evans und Whitefield auf den „missing-middle-approach“,<sup>69</sup> der das Fehlen einer sozial diversifizierten Gesellschaftsstruktur in den post-sozialistischen Staaten konstatiert. Žeruolis schreibt über Litauen, die Herausbildung eines Parteiensystems „takes place not in a society of cross-cutting cleavages but in the socio-political

---

<sup>66</sup> Juchler, Jacob: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas; in: Osteuropa 2/94, S.127

<sup>67</sup> vgl. Staniszki, Jadwiga: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa; in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, S.326

<sup>68</sup> Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.124; Goethe-Institut Riga: Latvija – dzimtene kam?, Riga o.J., S.10

<sup>69</sup> Evans, Geoffrey / Whitefield, Stephen: Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe; in: British Journal of Political Science 23/94, S.528

*vacuum*,<sup>70</sup> eine soziale Verwurzelung kann folglich nicht Grundlage des Wahlverhaltens sein. Das ist m.E. eine zu kategorische Ansicht: Hätte es nicht schon vorher Ansätze von Unterschieden in der Gesellschaft, den politischen Ansichten und schließlich verschiedene politische Strömungen gegeben, wäre es zu jenem tiefgreifenden Wandel in Osteuropa wohl kaum gekommen. Diese waren nur nicht mit westlichen Strukturen vergleichbar. Darum ist es kein Widerspruch, wenn Sozialdemokraten durch den Sozialismus verstoßen waren und Christdemokraten sich in den säkularen Gesellschaften nicht durchsetzen konnten. Die Parteien entstanden anhand neu entstehender Cleavages,<sup>71</sup> weshalb sich einstweilen kein Ende des Prozesses von Spaltungen, Vereinigungen und Neugründungen abzeichnet. Die Menschen haben zwar ihre Zugehörigkeit zu konkreten gesellschaftlichen Gruppen der Sowjetzeit in den letzten Jahren nicht vergessen, es kommen aber immer neue verbindende und trennende Aspekte hinzu. Die Konflikte sind dabei in komplizierterer Form **cross cutting** als im Westen. Darin ist der Grund zu suchen, warum nicht alle Menschen, die sozioökonomisch dieselben Interessen haben, in der Lage sind, ihre Kräfte zu bündeln. Schwierig wird es etwa für die nationalistisch eingestellte Landbevölkerung, deren Lebensstandard sich verschlechtert hat, oder für nicht lettische Neureiche, die in der Provinz leben.

Diese gesellschaftlichen Konfliktlinien sind während der letzten Jahre erst im Entstehen begriffen. Langsam lässt sich nicht nur zwischen den Protegierten des alten Systems und seinen Opfern differenzieren, sondern auch zwischen Neureichen und Verlierern des Systemwechsels. Das ist sicher mehr als die von Widmaier, Gawrich und Becker genannte Kluft zwischen Modernisierern und Traditionalisten oder, anders formuliert, Demokraten und Autokraten. Bemühungen, die Cleavage-Theorie zu adaptieren, dürfen weder mit dem Versuch enden, so Widmaier, Gawrich und Becker, „*neue spezifische postkommunistische gesellschaftliche Spaltungen*“<sup>72</sup> zu finden, noch sich der Erkenntnis ihrer Existenz verwehren.

Diesbezüglich ist das Verständnis der einheimischen Wissenschaftler von den **real existierenden Zuständen im Postsozialismus** mitunter ausgesprochen hilfreich. Aasmäe etwa erklärt den Erfolg des oft als Populisten bezeichneten Edgar Savisaar<sup>73</sup> im März 1999 in Estland mit der für viele Menschen in Osteuropa unerwarteten Entwicklung nach der Wende: „*Auf dem*

<sup>70</sup> Žeruolis, Darius: Change and stability in emerging East European party systems: What the relevance of West European party models, Msc Dissertation, The London School of Economics and Political Science, S.5

<sup>71</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.282f., 285

<sup>72</sup> vgl. Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999, S.177

<sup>73</sup> Edgar Savisaars extreme Sensibilität für Kritik wurde immer wieder auf seine Abstammung als uneheliches Kind einer russischen Mutter zurückgeführt. Vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.277

*Sängerplatz hatte jeder von der Zukunft Estlands eine andere Vorstellung. Die einen meinten, daß die Russen von hier verschwinden, andere nahmen an, daß die Kolchosarbeiter auch künftig zweimal mehr verdienen als die Städter, die dritten meinten, die Grenzen gehen auf und das Geld fließt und die Einkommen werden steigen, die vierten stellten sich vor, wenn in Estland selbst entschieden wird, dann ist das in jedem Fall besser als irgendwo anders, die fünften meinten, die Amerikaner werden aus der Krise helfen.“<sup>74</sup>* Dieser diffuser Vorstellung vom Resultat der Wende pflichtet Ostrovska bei. Viele hätten Demokratie als kollektive Unterstützung der Nation und des Individuums verstanden, was für manche konkret ein ethnisch homogenes Land oder den Besitz eines Mercedes bedeutete. Segert faßt diese Aspekte als die Konflikte hinsichtlich der Erwartungen materieller Art zusammen: „Der Ruf nach Demokratie war für eine große Gruppe der Bevölkerung (auch für Teile der staatssozialistischen Eliten) identisch mit der Erwartung, daß sich die erworbenen sozialen Sicherheiten des Staatssozialismus mit dem Wohlstandsniveau westlicher Gesellschaften koppeln lassen, wenn man nur die entsprechende politische Option wählt.“<sup>75</sup> Es herrschte der naive Glaube vor, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion würden automatisch Demokratie und Marktwirtschaft einkehren.<sup>76</sup> Darum war die Demokratie bei den Eliten, den Intellektuellen und beim Volk populär, ohne daß jemand so recht eine Vorstellung von der Bedeutung dieses Begriffes gehabt hätte.<sup>77</sup>

Diesen Gedanken konterkariert die Vermutung von Nørgaard, von den 15 Sowjetrepubliken habe nur in den baltischen eine Vorstellung vom vorsowjetischen System existiert.<sup>78</sup> Zunächst klingt das überzeugend, weil die Geschichte der 20 Jahre Unabhängigkeit in der Zwischenkriegszeit von den Balten als Erinnerung an ein „goldenes Zeitalter“ gepflegt wird. Doch dieser historische Abschnitt liegt einerseits zu weit zurück, als daß weite Teile der Bevölkerung tatsächlich eine ernst zu nehmende Vorstellung von Demokratie daraus hätten beziehen können, andererseits waren die populären Politiker der Prosperität während der Unabhängigkeit – Konstantin Päts, Kārlis Ulmanis und Antanas Smetona – just keine Demokraten; so sieht das auch Merkel.<sup>79</sup>

## **Hypothese 2: Angesichts der zu beobachtenden ständigen Veränderungen im Parteiensystem geben die Annahmen von Lipset und Rokkan**

<sup>74</sup> vgl. Kaldre, Peeter / Langemets, Andres: Edgar Savisaare sündroom; in Luup Nr. 6, 22.3.1999

<sup>75</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.43, 48ff.

<sup>76</sup> vgl. Ettmayer, Wendelin: Estland. Der Aufbruch nach Europa, Berlin 1999, 125; Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.4

<sup>77</sup> vgl. Juchler, Jakob: Global Trends and Regional Differentiation in the Transition Process in Eastern Europe - an Empirical Comparison, Manuscript, S.13

<sup>78</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.19

<sup>79</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.395

**paradoixerweise ebenso heftigen Anlaß zu Zweifeln, ob sich bei der für Osteuropa typischen schwachen Unterstützung für eine bestimmte Partei je ein Parteiensystem entwickelt und nicht ein System sich ständig wandelnder, einander ablösender Parteiensysteme.**

Wie in anderen Transformationsstaaten ist auch für das Baltikum typisch, daß Personen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen; Kontinuität liegt am ehesten in dieser Fixierung auf Persönlichkeiten. Unter diesen sind sowohl Politiker, die schon vor der Wende im alten System erfolgreich hohe Positionen bekleidet haben, als auch jene Aktivisten, die erst im Verlaufe der politischen Umwälzungen in die Politik kamen. Bis in die Gegenwart werden populäre Politiker ermutigt, durch die Gründung einer eigenen Partei ihre politischen Feinde zu isolieren und die eigene Spitzenposition zu sichern. Daher sind Spaltungen wegen persönlicher Rivalitäten oft häufiger als Zusammenschlüsse ideologisch ähnlicher Parteien.<sup>80</sup> Es war schon zu Beginn der neuen Unabhängigkeit weniger wichtig, ob die Parteien an die Traditionen alter Blockparteien oder bekannter Vorkriegsparteien anknüpften, und selbst in diesen Fällen seinerseits unabhängig davon, ob sich in den meist knappen Parteiprogrammen jene Anliegen wiederfinden, die einfach als Name der Partei unter das Volk gebracht werden; „*political parties and organizations often do not represent interest in societies*“.<sup>81</sup> Besonders in Lettland und eingeschränkt in Litauen gab es oftmals ziemlich erfolgreiche Abspaltungen, Fusionen und Neugründungen unter immer neuen teils unpolitisch klingenden, die Bevölkerung aber ansprechenden Namen.

### **Hypothese 3: Persönlichkeiten entscheiden über Existenz oder Marginalisierung von (ihren) Parteien.**

Segerts vorsichtige Formulierung, „*auch einzelne Personen werden (...) ihre Spuren hinterlassen*“<sup>82</sup> kann folglich mühelos schärfer formuliert werden. Die osteuropäischen Parteienlandschaften und ihre Dynamik sind das zufällige Ergebnis der Vorlieben populärer Politiker, deren Animositäten oft über Koalitionen entscheiden und auf diese Weise das politische System nicht nur determinieren, sondern mitunter destabilisieren können.

### **Hypothese 4: Die Entwicklung des Parteiensystems wird durch solche „Sandkastenspiele“ geradezu zum Spielball jener Zufälle, wer wann welche Idee umsetzt.**

Nach 50 Jahren Sozialismus und im Falle des Baltikums ebenso langer Okkupation durch die Sowjetunion fehlt es den baltischen Staaten noch an einer demokratischen Streitkultur. Parteien und Politiker müssen erst lernen,

---

<sup>80</sup> vgl. Juchler, Jacob: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas; in: Osteuropa 2/94, S.127

<sup>81</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.6

<sup>82</sup> vgl. Segert, Dieter: Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Antrittsvorlesung Humboldt-Universität zu Berlin vom 29.11.1993, S.31

mit alternativen Lösungsangeboten um eine Mehrheit zu werben. Das gleiche gilt für die Rezeption der Bevölkerung, die sich oft auf eine **wir und sie** Mentalität beschränkt.<sup>83</sup> Die Bildung einer demokratischen politischen Kultur bleibt ein Hürdenlauf, mit dem sich die Politikwissenschaft sowohl die Vergangenheit analysierend als auch die Zukunft zu prognostizieren versuchend wird beschäftigen müssen. Die Beobachtung der Wechselwirkung zwischen den vorhandenen und den im Entstehen begriffenen Konflikten und ihrer Wirkung auf das Parteiensystem wird insofern interessant, als die Personen – Identifikationsfiguren des Übergangs, die einstweilen Objekt der Wahlentscheidung sind – schon aus Altersgründen eines Tages werden abtreten müssen. In Litauen schien mit dem Verzicht des früheren Präsidenten Algirdas Brazauskas auf eine weitere Amtszeit bereits eine neue Ära begonnen zu haben mitsamt der Frage: Was kommt danach? Doch dann folgte seine Rückkehr.

Wesentliche Voraussetzung für das Verständnis der politischen Entwicklung in Osteuropa ist die Konstatierung, welche Folgen 50 Jahre Diktatur und Abschottung im Namen des Sozialismus für das Denken der Menschen hatten. Sozialistische Gesellschaften sind geprägt durch „*hierarchische Durchstaatlichung*“, „*ausgeprägtes informelles Klientelwesen*“, eine „*gelernte Passivität im öffentlichen Leben*“<sup>84</sup> und gleichzeitig Fehlen sozio-ökonomischer Cleavages auf Grund der egalisierenden Wirkung repressiver und stark zentralisierter Regierungsmacht.<sup>85</sup> Insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion sind in erster Linie ethnische Konflikte verblieben. Typischerweise ist in der Bevölkerung darum ein grundsätzlicher, ursprünglich gegen die Kommunisten gerichteter, „*Anti-Parteien-Effekt*“<sup>86</sup> weit verbreitet. Weil alle politischen Probleme einschließlich der ungelösten nationalen Frage nach der Unabhängigkeit den Kommunisten angelastet wurden, so Rajevska

---

<sup>83</sup> vgl. Evans, Geoffrey / Whitefield, Stephen: Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe; in: British Journal of Political Science 23/94, S.530

<sup>84</sup> vgl. Juchler, Jakob: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas; in: Osteuropa 2/94, S.125; Juchler, Jakob: Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 - Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994, S.123. Tabuns und Tabuna schreiben: „*There is no doubt that the Soviet regime fundamentally denied individual autonomy, reducing opportunities for personal choice and self-expression.*“ vgl. Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: Estraged europeans - sociological investigation of Latvian society; in: Humanities and Social Sciences 1(22)/99, S.28

<sup>85</sup> vgl. Evans, Geoffrey / Whitefield, Stephen: Identifying the bases of party competition in Eastern Europe; in: British journal of political science, S.521-548., S.528

<sup>86</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteiensysteme und Demokratisierung in Osteuropa; in: Geschichte und Gesellschaft 3/92, S.279: Blūzma erklärt die Unbeliebtheit des Begriffes Partei mit der Sorge, dort entstehe etwas, was dann doch wieder nur von der einen Partei kontrolliert wird. Vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.261. Über die Wahlen 1993 vergleichbar: „*One of the curious phenomena of this election was the avoidance of the term „party“.*“ Vgl. Dreifelds, Juris: Latvia in transition, Cambridge 1996, S.87

und Jurciņa, genossen sozialistische Werte in der Bevölkerung ebenfalls wenig Ansehen,<sup>87</sup> was sogar die Sozialdemokraten wegen der geringen Werteschätzung dieses Begriffes zur Erfolglosigkeit verdammt.

Die Entstehung der Parteien seit Ende der achtziger Jahre aus den Volksfronten und den Kommunistischen Parteien und die anschließende Entwicklung von Vereinigungen, Spaltungen und Neugründungen sind also zunächst nachzuzeichnen. Dabei gilt besondere Aufmerksamkeit der Frage, welche Animositäten und Interessen der Spitzenpolitiker, welche äußeren Umstände Entscheidungen und Handeln beeinflußt haben. **Warum haben sich erstens die Parteiensysteme des Baltikums so und nicht anders entwickelt und wie konnten zweitens einzelne Politiker darauf einen so großen Einfluß ausüben.** Die Analyse erfolgt zum einen deduktiv, doch „*kann auch ein kulturell-zeithistorischer Ansatz nicht darum herumkommen, zur Hypothesenbildung bewußt theoretische Konzepte zu nutzen*“.<sup>88</sup> Im Gegensatz zu den völkerrechtlich schon vor der Wende souveränen anderen Staaten des sozialistischen Osteuropa ist eines offensichtlich: Es gibt in Estland und Lettland, wo Sozialisten mit den Kommunisten und der Sowjetunion identifiziert werden, anders als in Litauen keine starken Postkommunisten. Hier gab es kaum Zuwanderung aus den anderen Sowjetrepubliken. Da die baltischen Staaten trotz der sonst ähnlichen Ausgangsbedingungen signifikante Unterschiede in der Entwicklung der Parteiensysteme aufweisen, sind Estland, Lettland und Litauen als Objekt besonders geeignet, im Osteuropa-Vergleich die Gründe für klar erkennbare Unterschiede in der politischen Entwicklung zu analysieren und damit das Erklärungspotential der bisherigen Theorien zu ermitteln sowie einen wesentlichen Beitrag zu deren Fortentwicklung zu leisten. Unter Berücksichtigung der Erklärungsansätze von Modernisierungs- und Transitionstheorie müssen zunächst die Ursprünge sowie die weitere Entwicklung während der neunziger Jahre untersucht werden, die für das Verständnis ebenso notwendig sind wie die gleichzeitige **Beobachtung der aktuellen Ereignisse** und ausstehender Urnengänge während des Bearbeitungszeitraumes, denn die Ergebnisse des Transformationsprozesses sind nach wie vor ungewiß<sup>89</sup>. Die **Verifizierung der vorhandenen Hypothesen ist deshalb „organisch“**. Kitschelt ist sogar der Ansicht, daß die Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen ein über Jahrzehnte gehender Prozeß ist, will man

<sup>87</sup> vgl. Rajevska, Feliciana / Jurciņa, A.: Sociāldemokrātija mūsdienu pasaule, Riga 1990, S.28; Rajevska, Feliciana / Jurciņa, A.: Nacionālā politika, Riga 1990, S.37

<sup>88</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, 17f.

<sup>89</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.23ff.

zu befriedigenden Aussagen kommen.<sup>90</sup> Während dieses Material vorbereitet werde, heißt es in einem Lehrheftchen von 1990 treffend, kann die gegenwärtige Situation noch nicht analysiert werden, weil es sich um unbeendete Prozesse handelt.<sup>91</sup> „*In this situation, analysing Latvian political parties and movements is a real challenge, as the existing information is almost never sufficient to draw certain conclusions.*“<sup>92</sup> Das trifft einerseits für ganz Osteuropa zu, andererseits ist diese Sicht zu pessimistisch. Meinungen sind in schwebenden Verfahren erlaubt – und Prognosen um so geforderter.

---

<sup>90</sup> vgl. Kitschelt, Herbert: Die Entwicklung postsozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.475

<sup>91</sup> vgl. Rajevska, Feliciana / Jurciņa, A.: Sociāldemokrātija mūsdieni pasaulē, Riga 1990, S.28

<sup>92</sup> vgl. Cerps, Uldis: The left-wing parties in Latvia and their performance in the 1993 parliamentary elections; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.86

## 2 Von der ersten zur zweiten Unabhängigkeit

Im Unterschied zum vorwiegend protestantischen Estland und Lettland ist Litauen katholisch geprägt und war außerdem immer ländlicher strukturiert als die schon früh stärker industrialisierten Provinzen des russischen Zarenreiches Estland, Livland und Kurland, in denen eine deutsche Oberschicht herrschte. Wegen dieser urbaneren Kultur erlangten die Sozialisten in Estland und Lettland während der Oktoberrevolution eine größere Bedeutung, besonders die lettischen Bolschewisten.<sup>93</sup>

### 2.1 Die Parteienlandschaft der Zwischenkriegszeit

Trotz dieser historischen Unterschiede zwischen Estland und Lettland auf der einen sowie Litauen auf der anderen Seite hatten die baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit eine ganz ähnliche (partei-)politische Geschichte wie andere europäische Staaten: eine instabile Demokratie mit kurzen Lebenszeiten der Regierungen und eine Wende zum Autoritarismus.<sup>94</sup> Die Parteien der Minderheiten wie auch die Kommunisten wollten zumeist mit keiner anderen Partei zusammenarbeiten, wie Mägi über Estland berichtet. Folglich war die Zahl der potentiellen Regierungsparteien gering, keine hatte mehr als 25% der Mandate. Eine Koalition konnte nur gebildet werden, wenn mindestens drei Parteien darüber einig waren.<sup>95</sup> Antonevics beschreibt hinsichtlich Lettlands eine vergleichbare Stagnation, in der die beiden damals einflußreichsten Parteien keine Mehrheit zustande brachten. Anlässlich der Präsidentschaftswahl von 1927 konnte die verfassungsmäßig verlangte absolute Mehrheit von 51 Stimmen erst der Zentrist Gustavs Zemgals erreichen. Die Sozialdemokratie sei generell zu wenig machtorientiert gewesen und habe damit ein wichtiges Charakteristikum für Parteien nicht erfüllt. Obwohl die Sozialdemokraten das größere Potential hatten, oblag die Regierungsbildung fast immer der Bauernunion.<sup>96</sup>

Die gesetzlichen Regelungen luden zur Fragmentierung geradezu ein. So verabschiedete Lettland 1922 ein Gesetz, nach dem bereits fünf Personen eine Partei gründen konnten. Da überraschen die hohen Zahlen wenig. 1923 gelangten in Estland 14 Parteien von 26 ins Parlament, in Lettland 1925 zur 2. Saeima sogar 26. In Litauen wurden 1926 in den dritten Seimas immerhin

<sup>93</sup> vgl. Vardys, V. Stanley: Democracy in the Baltic states, 1918-1934: The stage of the actors; in: Journal of Baltic Studies 10/79, S.325f.

<sup>94</sup> Gegen die Zuordnung des Baltikums zu Osteuropa spricht die dem Westen oder Skandinavien ähnlichere Ordnung der Zwischenkriegszeit, die sich von den autoritären Mustern anderer osteuropäischer Gesellschaften unterscheidet. Vgl. hierzu Segert, Dieter: Die Grenzen Osteuropas 1918, 1945, 1989-. Drei Versuche im Westen anzukommen, Frankfurt 2002

<sup>95</sup> vgl. Mägi, Artur: Das Staatsleben Estlands während seiner Selbständigkeit, Uppsala 1967, S.180

<sup>96</sup> vgl. Antonevics, Māris: Manuscript ohne Titel u.J., S.4, 9

zehn von zwölf gewählt. Während in Estland die Fragmentierung durch den Zusammenschluß bäuerlicher Parteien nachließ, blieb es im letzten frei gewählten lettischen Parlament bei über 20 Parteien.<sup>97</sup>

Die Rechte war in den baltischen Republiken nur bedingt erfolgreich. Die Lettische Partei war zwar schon 1883 gegründet worden, doch diese sich später Nationale Union nennende Partei vereinigte sich 1931 mit christlichen Parteien. In Estland entwickelten sich die rechten Kräfte noch ungünstiger und konnten nie an Einfluß gewinnen. In Litauen war die Nationalistische Union anfangs nur eine Splitterpartei, später allerdings die Grundlage des autokratischen Regimes von Smetona.<sup>98</sup>

In Lettland war neben der Sozialdemokratischen Partei die Zentrumspartei eine wichtige politische Kraft, deren Vertreter Gustavs Zemgals von 1927 bis 1930 Präsident der Republik war. Dabei beteiligten sich die Sozialdemokraten 1923 und von 1926 bis 1928 nur an zwei Regierungen. Bedeutender war das bäuerliche Milieu; die Bauernunion stellte unter anderem mit Kārlis Ulmanis mehrfach den Regierungschef, der sich später mit einem Staatsstreich zum Präsidenten machte. Aus demselben Lager stammte auch der erste Präsident Jānis Čakste sowie der historisch wichtige Außenminister Zīgfrids Meierovics<sup>99</sup> Gemeinsam mit den katholischen Bauern aus Lettgallen kontrollierte diese Partei rund ein Viertel der Sitze im ersten Parlament und konnte den Einfluß bis 1934 ständig ausdehnen.<sup>100</sup> Die Bauernunion führte zwischen 1918 und 1934 14 von 18 Regierungen an.<sup>101</sup>

In Estland verloren die zuerst wichtigen Sozialdemokraten im Laufe der Jahre durch Zersplitterung an Bedeutung. Die wirtschaftlich immer besser gestellten Bauern drifteten nach rechts, was schließlich 1935 in die von Päts geführten Vaterlandsunion mündete, die im wesentlichen auf der Vereinigten Bauernpartei basierte.<sup>102</sup>

Dennoch lassen sich zwei Unterschiede erkennen: Zunächst drifteten die Parteiensysteme in Estland und Lettland nach rechts, während das litauische eher nach links tendierte. Gleichzeitig machte sich in den beiden nördlichen Republiken eine Zersplitterung des Parteiensystems auf Grund von ethni-

<sup>97</sup> vgl. Vardys, V. Stanley: Democracy in the Baltic states, 1918-1934: The stage of the actors; in: *Journal of Baltic Studies* 10/79, S.323

<sup>98</sup> vgl. McHale, Vincent E.: The Party Systems of the Democratic States: A Comparative European Perspective; in: *Journal of Baltic Studies* 4/86, S.307

<sup>99</sup> Meierovics ist der Vater des später bei Lettlands Weg auftretenden Politikers Gunars Meierovics.

<sup>100</sup> vgl. Vardys, V. Stanley: Democracy in the Baltic states, 1918-1934: The stage of the actors; in: *Journal of Baltic Studies* 10/79, S.325f., 331

<sup>101</sup> vgl. McHale, Vincent E.: The Party Systems of the Democratic States: A Comparative European Perspective; in: *Journal of Baltic Studies* 4/86, S.303

<sup>102</sup> vgl. Vardys, V. Stanley: Democracy in the Baltic states, 1918-1934: The stage of the actors; in: *Journal of Baltic Studies* 10/79, S.327; McHale, Vincent E.: The Party Systems of the Democratic States: A Comparative European Perspective; in: *Journal of Baltic Studies* 4/86, S.303

schen Problemen bemerkbar.<sup>103</sup> 1926 konnte in Litauen schließlich eine Bauernpartei erstarken und die Katholiken durch eine Koalition mit den Sozialdemokraten verdrängen. Diesem Wechsel folgte nach nur sechs Monaten der Staatsstreich und die Entmachtung.<sup>104</sup>

Litauen war 1926 die erste baltische Republik, in der unter Antanas Smetona mit seinen Nationalisten eine Diktatur begann. In Lettland und Estland folgte die Entmachtung der Parteien 1934 durch Kārlis Ulmanis und Konstantin Päts. Letzterer war 1939 kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges so weit, Schritte für die Rückkehr zur Demokratie einzuleiten.

Während der Jahre der autoritären Herrschaft waren Parteien weitgehend verboten. Als Blockparteien kehrten sie auch nach der Okkupation durch die Sowjetunion nicht zurück. Somit gibt es eine Unterbrechung von 1926/1934 bis 1991. Während Segert die Frage für gerechtfertigt hält, inwiefern sich Einstellungskomplexe der Zwischenkriegszeit erhalten haben,<sup>105</sup> war nach Ansicht von Žeruolis für Litauen die Zeit von 1926 bis 1991 zu lang, als daß alte Denkmuster und damit Identifikationen hätten überleben können.<sup>106</sup> Allerdings sind die Jahrzehnte der politischen Abstinenz auch für Segert eine „*unpolitische Lücke*“, die jedweder politischen Kraft ein offenes Feld hinterläßt. Historische Anknüpfungen seien dabei weniger interessant gewesen, weil die Entwicklung in Osteuropa schon vorher weniger von Kontinuität gekennzeichnet war als in Westeuropa.<sup>107</sup>

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit gab es dennoch eine Reihe von Anleihen an die beschriebenen historischen Parteien. Das bezog sich wegen des Namens im wesentlichen auf Sozialdemokraten, die sich von den gewendeten Kommunisten unterscheiden wollten. Darüber hinaus gab es nur Versuche, an die als „goldenes Zeitalter“ in Erinnerung gebliebene „bessere“ Phase mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung in den dreißiger Jahren anzuknüpfen. Neben dem alten Parteinamen waren oft Nachfahren und Verwandte historischer Persönlichkeiten wie Guntis Ulmanis aktiv; die einstige Bedeutung konnte jedoch nicht annähernd erreicht werden. Krupavičius konstatiert in Litauen sogar gegenteilige Beispiele, hier verfügen gerade die einzigen

---

<sup>103</sup> vgl. Vardys, V. Stanley: Democracy in the Baltic states, 1918-1934: The stage of the actors; in: Journal of Baltic Studies 10/79, S.327

<sup>104</sup> vgl. McHale, Vincent E.: The Party Systems of the Democratic States: A Comparative European Perspective; in: Journal of Baltic Studies 4/86, S.307

<sup>105</sup> vgl. Segert, Dieter: Ursprung und Wirkungsmöglichkeiten von „historischen Parteien“ im osteuropäischen Transformationsprozeß; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.14

<sup>106</sup> vgl. Žeruolis, Darius: Lithuania; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsgd.): The Handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.127

<sup>107</sup> vgl. Segert, Dieter: Ursprung und Wirkungsmöglichkeiten von „historischen Parteien“ im osteuropäischen Transformationsprozeß; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.22f.

historischen Parteien, nämlich die Christdemokraten und Sozialdemokraten nicht über starke Führungspersönlichkeiten.<sup>108</sup>

## **2.2 Bewegung „Erwachen“<sup>109</sup>**

Nach der Annexion Estlands, Lettlands und Litauens in die Sowjetunion 1940 respektive 1944 ist ein großer Teil der Bevölkerung – vorwiegend Russen – im Rahmen der forcierten Industrialisierung aus anderen Republiken der UdSSR zugewandert, ohne daß die Mächtigen in Moskau dafür die Zustimmung der Titularnationen in den Ostseerepubliken eingeholt hätten.

Die Litauer hatten sich mit der Sowjetmacht insofern besser arrangiert, als 1985 70,4% der Parteimitglieder Litauer waren, bedeutend mehr als Vertreter der Titularnation in den beiden nördlichen Nachbarrepubliken mit 50% in Estland und nur 40% in Lettland.<sup>110</sup> Litauen konnte sich so immer erfolgreich gegen Tendenzen wehren, Industrie anzusiedeln und weitere Migranten aus anderen Sowjetrepubliken ins Land zu lassen, und hat darum heute eine russischsprachige Minderheit, die noch kleiner ist als die historische polnische rund um die Hauptstadt Vilnius.<sup>111</sup> Die überkommene Situation eines ländlichen Litauen und seiner beiden stärker industriell geprägten nördlichen Nachbarn blieb auf diese Weise erhalten.

Ende der achtziger Jahre wurde das System in der Sowjetunion liberalisiert, womit ein großes Interesse an kulturgeschichtlichen und ökologischen Themen entfesselt wurde. Viele Momente dieser turbulenten Zeit werden als Anfang der Bestrebungen nach Unabhängigkeit angesehen, da schon allein der Umstand, auf öffentlichen Veranstaltungen, die eigentlich einem ganz anderen Zweck dienten, konkret und offen über Probleme und nationale Angelegenheiten sprechen zu können, damals wie eine revolutionäre Veränderung erschien. Das gab oppositionellen Kräften die Möglichkeit der eigenen Organisation und zur Popularisierung des Nationalstolzes, der ab 1987 die Idee der nationalen Unabhängigkeit aufbrachte. So bildeten sich in den Bereichen Kultur und Umweltschutz diverse Bewegungen, deren Engagement zunächst erlaubt war. Unter deren Dach sammelten sich jedoch bald Kräfte, die ein ganz anderes Ziel anstrebten. So wurde im Jahre 1987 in Estland die **Gesell-**

---

<sup>108</sup> vgl. Krupavičius, Algis: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania's Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.60

<sup>109</sup> Estnisch Ärkamine, Lettisch Atmoda und Litauisch Atgimimas.

<sup>110</sup> vgl. Krupavičs, Algījs: Partiju attīstība Lietuvā un to starptautiskie sakari; in: Baltijas valstis likteņgrīežos, Riga 1998, S.158

<sup>111</sup> Litauen war einerseits im Mittelalter in Personalunion mit Polen verbunden, andererseits gehörte die heutige Hauptstadt Vilnius zwischen den beiden Weltkriegen, also während der ersten Unabhängigkeit, zu Polen, was seinerzeit erheblichen Spannungen mit Piłsudski zur Folge hatte. Die Bevölkerung war jüdisch und polnisch, Litauer machten nur 20% aus. Hauptsatdt Litauens war damals Kaunas. Vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.44

schaft für Denkmalschutz (**Muinsuskaitse Selts**) unter Führung von Mart Laar und Illar Hallaste gegründet.

Nichtsdestotrotz scheint es vernünftig, die erste konkrete politische Idee als Geburt des Strebens nach Unabhängigkeit anzunehmen, und das war in Estland am 12. April 1988, als Edgar Savisaar in der Sendung „Denken wir noch einmal nach“ (Mõtleme veel) die Gründung einer Volksfront vorschlug, nachdem er in der Tartuer Zeitung „Vorwärts“ (Edasi) schon am 26. September 1987 mit Siim Kallas, Tiit Made und Mikk Titma die IME<sup>112</sup>-Idee einer von der Sowjetunion unabhängigen Wirtschaft geboren hatte.<sup>113</sup>

Der Kampf der baltischen Staaten um ihre Unabhängigkeit begann also keineswegs erst 1991 mit den spektakulären Ereignissen des Putsches in Moskau, als der Präsident Rußlands, Boris Jelzin, der das Ende der Sowjetunion auslöste. Vielmehr liegt die Wurzel dieser Entwicklung in der Politik von Glasnost und Perestroika, die durch KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow ab 1985 Einzug hielt. Schnell wurde deutlich – und das erklärte der neue Mann an der Spitze auch – daß die baltischen Sowjetrepubliken das Zugpferd der neuen Politik sein sollten.<sup>114</sup>

Der Übergangsprozeß fand in drei Schritten statt: die Formierung der nationalkonservativen Kräfte und die Krise der Sowjetmacht, die Zeit der Doppelregierung und ihrer scharfen Auseinandersetzungen sowie die faktische Unabhängigkeit. Lux dagegen behauptet, es habe wegen der Entscheidung, „*die Transformation über die nationale Restauration zu begründen*“, keine Doppelherrschaft gegeben. Lux erwähnt allerdings nicht nur vorher selbst die Entfremdung der Minderheiten, sondern widerspricht dem eigenen Phasenmodell: Die Transformation im Baltikum habe mit den Wahlen von 1992 und 1993 geendet; doch gleichzeitig soll die Konsolidierung schon nach den Wahlen zum Obersten Sowjet 1990 begonnen haben. Diese Doppelherrschaft wird gerade sichtbar durch die „*extrem lange Überschneidung der Phasen von Demokratisierung und Konsolidierung*“<sup>115</sup>. Aber diese Details verschiedenen Verständnisser der Übergangsphasen mögen dahingestellt bleiben. Das Ziel der nationalen Kräfte – alte oder neue Elite – war die Rettung des eigenen Volkes vor der Überfremdung und war de facto nur durch die staatliche Unabhängigkeit zu erreichen; und das bedeutete, aus dem autoritären Regime herauszukommen und eine demokratische Gesellschaft aufzubauen.

---

<sup>112</sup> IME steht für „Isemajandav Eesti“, was „selbstwirtschaftendes Estland“ bedeutet. Das Wort „ime“ ist auch die estnische Übersetzung von „Wunder“.

<sup>113</sup> vgl. Kaldre, Peeter: Edgar Savisaare sinusoid; in: Luup Nr. 24, 25.11.1996.

<sup>114</sup> vgl. Dābolinš, Aigars: Die baltischen Übergangsgesellschaften, Frankfurter Allgemeine Zeitung 01.1991

<sup>115</sup> vgl. Lux, Markus: Drei Staaten – ein „Baltischer Weg“? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000, S.159f.

Lux spricht von einem ethnischen Wechsel der Eliten, behaupten aber noch im selben Absatz zu: „*Die neuen Eliten waren oft die alten*“<sup>116</sup>. In Wahrheit handelte es sich gleichermaßen um alte kommunistische Kader als auch Intellektuelle, die politisch aktiv wurden respektive ihr Engagement einer neuen Idee widmeten. Der neue Teil der Elite rekrutierte sich hauptsächlich aus Personen, die im Kulturleben aktiv waren und hier nationale Themen verfolgen konnten. Darum gab es in der Bevölkerung keinerlei negative Einstellungen ihnen gegenüber.<sup>117</sup> Diesen Spielraum für die Opposition und das reformkommunistische Handeln selbst sieht Segert als Grundvoraussetzung für die Demokratisierung.<sup>118</sup>

Überraschenderweise ist niemand von den Oppositionellen oder Dissidenten der sechziger und siebziger Jahre, wie etwa die sich auf die KSZE-Schlußkonferenz in Finnland berufende Gruppe „Helsinki-86“, die 1986 in Liepāja gegründet worden war, in der Politik geblieben. „*Offensichtlich kontrollierte der KGB die Tätigkeit dieser Personen fast vollständig*“, urteilt Lakis.<sup>119</sup> Während die damalige Opposition der neuen Bewegung fern blieb, stand die Volksfront gänzlich unter Führung von bisherigen Kommunisten oder Funktionären, die bis dahin dem Sowjetregime loyal gegenüber hinreichend gewesen waren. Es muß darum anerkannt werden, meint Lakis, daß zu Beginn der neunziger Jahre in Lettland eine Führerfigur wie etwa Václav Havel fehlte. In den baltischen Staaten fehlte eine analog zu der von Fehr für Polen, Tschechien und Ungarn beschriebenen Dissidentenkultur, welche ein Modell der Zivilgesellschaft entworfen hätte,<sup>120</sup> und anschließend maßgeblich am Umbruch beteiligt war. Die Dissidenten wurden vielmehr marginalisiert, wie Lakis schreibt. In den baltischen Republiken gab es im Gegensatz zu den anderen formell unabhängigen osteuropäischen Staaten keinen Platz für eine so aktive Opposition.<sup>121</sup>

1987 und 1988 waren die Jahre der Jahrestagsdemonstrationen. Sowohl der 14. Juni als Gedenktag der Massendeportationen, der 23. August wegen der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes als auch die jeweiligen Nationalfei-

<sup>116</sup> vgl. Lux, Markus: Drei Staaten – ein „Baltischer Weg“? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000, S.164

<sup>117</sup> vgl. Lakis, Pēteris: Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā, Riga 1997, S.68f.

<sup>118</sup> vgl. Segert, Dieter: Geschichte des Spätsozialismus als Schlüssel zum Verständnis „postkommunistischer“ Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.29

<sup>119</sup> vgl. Lakis, Pēteris: Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā, Riga 1997, S.47. Das Originalzitat: „*Acīmredzot šo cilvēku darbību gandrīz pilnā mērā kontrolēja VDK.*“

<sup>120</sup> vgl. Fehr, Helmut: Das Konzept der Zivilgesellschaft als ost-mittteleuropäische Alternative; in: Misselwitz, Hans / Segert, Dieter (Hrsg.): Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ostmitteleuropäischen Umbruchprozesses seit 1989, Potsdam 1997

<sup>121</sup> vgl. Lakis, Pēteris: Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā, Riga 1997, S.61ff

ertage (die Ausrufung der Republik nach dem ersten Weltkrieg am 24. Februar 1918 in Estland, am 18. November 1919 in Lettland und am 6. Februar 1918 in Litauen) wurden gefeiert. Noch 1987 kam es bei diesen Kundgebungen zu Straßenschlachten, ab 1988 wurden die Demonstranten von den Sicherheitskräften nicht mehr behindert.<sup>122</sup>

Im Baltikum wurde die Wende zu einer liberaleren Politik in Moskau dankbar zur Kenntnis genommen. Dainis Īvāns, der spätere Vorsitzende der lettischen Volksfront, löste in Lettland mit einem Artikel über das geplante Wasserkraftwerk bei Daugavpils eine ökologische Protestbewegung aus, die ab Frühjahr 1987 auch weite Kreise der Bevölkerung in Estland und Litauen erfaßte. In Litauen richtete sich der Protest gegen den Ausbau des Atomkraftwerkes in Ignalina; in Estland war es 1987 der Protest gegen die Ausweitung des Phosphorabbaus.<sup>123</sup> In der lettischen Hauptstadt wuchs der Widerstand gegen den geplanten U-Bahn-Bau. Daß die Moskauer Führung aufgrund der Proteste weder das Wasserkraftwerk an der Düna (Daugava) noch die Untergrundbahn baute, gab den Menschen erstmals das Gefühl, etwas gegen die Zentralmacht ausrichten zu können.<sup>124</sup>

Zur ökologischen Motivation kam die nationale, hätte doch ein solches Großprojekt wie der U-Bahn-Bau in Riga die Ansiedlungen weiterer Migranten aus anderen Sowjetrepubliken in einer Stadt bedeutet, in welcher die Titularnation ohnehin schon in der Minderheit war. Der Protest weitete sich schnell aus, als in Estland die Gruppe zur Veröffentlichung der geheimen Molotow-Ribbentropp-Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes<sup>125</sup> (MRP-AEG) an die Öffentlichkeit trat und am legendären 23. August 1987 im Hirvepark eine Großdemonstration organisierte.<sup>126</sup> Weitere Anlässe waren im Jahre 1988 die Jahrestage der Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg und der Massendeportationen vom 25. März 1949. Die Tradition, bei diesen Demonstrationen Volkslieder zu singen, verlieh der Bewegung den Namen „singende Revolution“. Am 11. September 1988 versammelten sich auf der Tallinner Sängerbühne 300.000 Menschen, fast ein Drittel der estnischen Bevölkerung.<sup>127</sup>

<sup>122</sup> vgl. Levits, Egils: Lettland unter sowjetischer Herrschaft. Die politische Entwicklung 1940-1989; in: Meisner, Boris: Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.147

<sup>123</sup> vgl. Nolte, Hans-Heinrich: Nationenbildung östlich des Bug, Hannover 1994, S.198

<sup>124</sup> vgl. Levits, Egils: Lettland unter sowjetischer Herrschaft. Die politische Entwicklung 1940-1989; in: Meisner, Boris: Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.146

<sup>125</sup> In diesem Geheimprotokoll hatten die Außenminister der Sowjetunion und des Dritten Reiches ihre Einflußsphäre in Osteuropa aufgeteilt. Die baltischen Staaten fielen darin an Stalin.

<sup>126</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.157

<sup>127</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.204

Als Demonstration des gemeinsamen Kampfes um die Unabhängigkeit organisierten alle drei baltischen Staaten am 23. August 1989 zum 50 Jahrestag des Geheimprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes eine Menschenkette von Tallinn nach Vilnius, die unter dem Begriff Baltischer Weg / Baltische Kette<sup>128</sup> in die Geschichte einging. Rund drei Millionen Menschen nahmen an dieser Demonstration teil. Diese Kundgebung wurde von der Sowjetmacht zwar nicht behindert, doch reagierte sie mit scharfer Kritik auf die baltische Menschenkette,<sup>129</sup> denn Gorbatschow stand den separatistischen Bestrebungen ablehnend gegenüber; er hoffte auf einen erneuerten Unionsvertrag.

Doch dann überschlugen sich die Ereignisse. 1989 wurde in Tiflis eine Demonstration gewaltsam aufgelöst. Als der neu gewählte Volksdeputiertenkongreß<sup>130</sup> ebenfalls keine Antwort auf die Frage der Neugestaltung der Union und damit keine Lösung der innenpolitischen Krise brachte, verabschiedeten die Volksfronten schließlich eine Resolution zur vollständigen Unabhängigkeit. Folglich lehnten die baltischen Staaten die Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages ab. Wegen des Augustputsches konnte die Diskussion über die unterschiedlichen Auffassungen von Union und Republiken nicht mehr fortgesetzt werden.<sup>131</sup>

Demonstrationen zu Jahrestagen waren keineswegs auf die Opposition beschränkt. Die Verfechter eines Erhalts der Sowjetunion versammelten sich etwa am 23. Februar 1989 zum Tag der Sowjetarmee.<sup>132</sup> Es gab also auch Widerstand gegen die Reformpolitik. Die Opposition mußte darum vorsichtig nach einem richtigen Weg suchen, um die Sowjetmacht und ihren effektiven Repressionsapparat nicht vorzeitig auf den Plan zu rufen, was alle vorherigen Bemühungen hätte zunichte machen können.<sup>133</sup>

## **2.3 Demokratisierung**

In den folgenden Jahren vollzog sich der Schritt vom Protest zur offiziellen Bewegung. Die Sowjets reagierten darauf mit Personalentscheidungen: Im Juni 1988 wurden die Chefs der Kommunistischen Parteien im Baltikum ausgetauscht. Nach Estland kam anstelle des kaum estnisch sprechenden Karl

---

<sup>128</sup> Je nach Sprache unterschiedlich: Balti Kett (Estnisch), Baltijas Ceļš (Lettisch) und Baltijos Kelyje (Litauisch).

<sup>129</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): *The Baltic States after Independence*, Brookfield US 1996, S.22

<sup>130</sup> Der Volksdeputiertenkongreß war im Zuge der Gorbatschowschen Reformen entstanden. Das Großparlament mit 1.500 Abgeordneten sollte in relativ großen Abständen tagen und seinerseits ein kleineres Arbeitsparlament wählen.

<sup>131</sup> vgl. Nies, Susanne: Lettland in der internationalen Politik. Aspekte seiner Außenpolitik (1918-95), Bonn 1995, S.332f.

<sup>132</sup> vgl. Nies, Susanne: Lettland in der internationalen Politik. Aspekte seiner Außenpolitik (1918-95), Bonn 1995, S.328

<sup>133</sup> vgl. Lakis, Pēteris: *Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā*, Riga 1997, S.68

Vaino der frühere Botschafter der Sowjetunion in Nicaragua und Reformer Vaino Välgas, in Lettland wurde Boris Pugo durch Jānis Vagris ersetzt, und in Litauen wurde im Oktober 1988 Ringaudas Songaila durch den populäre Algirdas Brazauskas abgelöst. Anatolijs Gorbunovs war damals in Lettland ebenfalls im Gespräch, ließ sich aber gegen die Hardliner nicht durchsetzen. So wurde Gorbunovs Präsident des lettischen Parlaments, ein bis dahin einflußloser Posten, der anschließend zunehmend an Bedeutung gewann.<sup>134</sup> Innerhalb der nächsten beiden Jahre sprang das Establishment der Kommunisten weitgehend auf diesen Reformzug auf.

**Estland** war der Vorreiter mit der Gründung der **Estnischen Volksfront zur Unterstützung der Perestroika (Eesti Rahvarinne Perestroika Toetuseks)**<sup>135</sup> im April 1988, „*whose trend was greatly influenced by the intellectual who realized a breakthrough in politics and became very active after it was concluded that the nation is in danger of disappearing*“.<sup>136</sup> MRP-AEG und die Gesellschaft für Denkmalpflege regten Anfang 1988 an, die Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei zu gründen. Am 20. August wurde diese Idee umgesetzt; Kiin bezeichnet diese als die erste nicht kommunistische Partei in der Sowjetunion.<sup>137</sup>

Der Oberste Sowjet beschloß, daß seine Gesetze vor denen der Zentralmacht künftig Vorrang genießen sollten. Gleichzeitig befürwortete die Volksfront die Forderung der Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei nach der Wahl eines estnischen Volkskongresses als politische Repräsentation des estnischen Volkes. Anfang 1989 wurde in Estland das Estnische wieder als Staatssprache zugelassen.

Auch in der **Lettland** begannen 1987 die ersten Demonstrationen gegen die Sowjetmacht. In dieser Zeit trat Anatolijs Gorbunovs, in der kommunistischen Partei zuständig für ideologische Fragen, als Reformkraft hervor. Den Oppositionellen ging die neue Orientierung der Kommunisten natürlich nicht weit genug; sie gründeten am 10. Juli 1988, weil es keine Räumlichkeiten gab unter freiem Himmel im Rigaer Arkadijas Park, die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung. Die Veranstaltung wurde zwar nicht behindert,

---

<sup>134</sup> vgl. Levits, Egils: Lettland unter sowjetischer Herrschaft. Die politische Entwicklung 1940-1989; in: Meisner, Boris: Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.149

<sup>135</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.215

<sup>136</sup> vgl. Alatalu, Toomas: The Political Parties of the Republic of Estonia; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Tallinn Oktober 1990, S.8

<sup>137</sup> Leider sind die Datumsangaben widersprüchlich. Entweder stimmen die Daten für die Gründungen der Unabhängigkeitsbewegungen nicht, oder aber die Autorin irrt sich angesichts des Gründungsdatums der Bewegung in Lettland. Möglich ist außerdem, daß sich die Behauptung auf die Bezeichnung als Bewegung in Lettland und als Partei in Estland bezieht. Vgl. Vorwort von Sirje Kiin in Eesti Kongress. Siis ja praegu, Tallinn 2000

war jedoch auch nicht genehmigt; weshalb die Organisatoren anschließend Schwierigkeiten mit den Behörden bekamen.<sup>138</sup>

Im Oktober 1988 verbanden sich nach estnischem Vorbild viele Oppositionsgruppen in und außerhalb der kommunistischen Partei in **Lettlands Volksfront (Latvijas Tautas Fronte)**, deren Programm damals von einer Union souveräner Republiken sprach und noch keine staatliche Unabhängigkeit forderte. Im Zentrum standen ganz ähnlich wie in Estland Fragen von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Lettisch als Staatssprache und der ökonomischen Selbstbestimmung innerhalb der Union. Damit wurde die Frage der lettischen Eigenstaatlichkeit nicht berührt.<sup>139</sup> Die ersten Erfolge erreichte die Volksfront schon im Gründungsjahr: Die lettische Flagge wurde im offiziellen Raum wieder zugelassen, und die lettische Sprache erhielt den Status einer Staatssprache.

Bis zu den Wahlen zum sowjetischen Kongreß der Volksdeputierten am 26. März 1989 diskutierte auch die Volksfront über eine volle Souveränität Lettlands und erreichte 30 von 41 der Republik zustehenden Mandaten. Äußerer Anlaß war die Gründung der Internationalen Front der Werktätigen der Lettischen SSR, kurz Interfront, unter Führung von Alfrēds Rubiks vom konservativ-stalinistischen Flügel der lettischen Kommunisten<sup>140</sup>, welche jede Reform ablehnte. Rubiks unterlag im Dezember 1989 bei den Kommunalwahlen als Vorsitzender des Rigaer Exekutivkommitees (Izpildkomitejas Priekšsēdētājs) – also als Bürgermeister – der Volksfront.<sup>141</sup> Das war insofern bezeichnend, als die Letten gerade noch die Hälfte der Bevölkerung im eigenen Land stellten und in der Hauptstadt schon eine Minderheit waren, während die restliche Bevölkerung der Entwicklung der Bewegung für Demokratie und Unabhängigkeit eher gelassen gegenüberstand.<sup>142</sup>

Auch in **Litauen** vereinigten sich 1988 verschiedene Oppositionsgruppen zu **Sajūdis (Aufbruch)**. Diese „Volksfront“ trug anfangs als Ergänzung im Namen „Lituatische Reformbewegung“ und war der kurz zuvor in Estland gegründeten Volksfront nachgeahmt; sie wurde der Einfachheit halber im April 1990 nach der Unabhängigkeitserklärung umbenannt. Sajūdis setzte sich von Beginn an die Unabhängigkeit des Landes zum Ziel, und darin besteht der

---

<sup>138</sup> vgl. Latvijas Valsts Archīvs / Latvijas Nacionālā Konservatīvā Partija - LNNK (Hrsg.): *Tauta Zeme Valsts, Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība dokumentos*, Riga 1995, S.5, 8

<sup>139</sup> vgl. Dāboliņš, Aigars: Die baltischen Übergangsgesellschaften, Frankfurter Allgemeine Zeitung 01.1991; Nies, Susanne: Lettland in der internationalen Politik. Aspekte seiner Außenpolitik (1918-95), Bonn 1995, S.329f.

<sup>140</sup> vgl. Nies, Susanne: Lettland in der internationalen Politik. Aspekte seiner Außenpolitik (1918-95), Bonn 1995, S.330

<sup>141</sup> vgl. Taurēns, Jānis: *Latvijas vēstures pamatjautājumi*, Riga 1996, S.139

<sup>142</sup> vgl. Lakis, Pēteris: *Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā*, Riga 1997, S.72ff.

wesentliche Unterschied zu den baltischen Nachbarn. Im Interesse des Zusammenhalts wurden andere politische Fragen zunächst ausgeklammert.

Schon im folgenden Jahr kam es zur Abspaltung der litauischen Kommunisten von der KPdSU.<sup>143</sup> Am 7. Dezember 1989 wurde das Monopol der Kommunistischen Partei aus der litauischen Verfassung gestrichen.<sup>144</sup> Die am 28. Dezember 1989 gegründete Litauische Kommunistische Partei unter Algirdas Brazauskas unterstützte die Forderung nach nationaler Selbständigkeit. So gab es schon mehr als 18 Monate vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion in der Litauischen SSR keine nennenswerten Kräfte mehr, die der Unabhängigkeit des Landes entgegentraten,<sup>145</sup> während die Kommunistische Partei in Lettland noch die Umwandlung der Sowjetunion in einen Staatenbund unterstützte. Mit der Spaltung der Kommunisten in Litauen, die sich anderthalb Jahre hinzog, wurden die Beziehungen zur Volksfront besser.<sup>146</sup> Als vorteilhaft für die Annäherung erwies sich, daß die litauischen Kommunisten nicht so „russifiziert“ waren wie die der baltischen Nachbarn.<sup>147</sup> Juozaitis erinnert außerdem an die große Zahl ehemaliger Kommunisten in den Führungspositionen der Opposition, fast drei Viertel seien Mitglieder der Kommunistischen Partei gewesen. Trotzdem gab es in Litauen ebenfalls große Jahrestags-Demonstrationen, die auch von Nicht-Litauern gut besucht wurden, „*who later on were labelled ,immigrants' or even ,occupants'*“<sup>148</sup>

Gegen den Durchmarsch der Reformer regte sich durchaus Widerstand. Im Zusammenhang mit der Abspaltung der Nationalkommunisten wurde am 30. November 1988 in Estland die **Internationale Bewegung (Interliukumine)**<sup>149</sup> ins Leben gerufen, am 8. Januar 1989 in Lettland die **Internationale Front der Werktätigen der Lettischen SSR zur Unterstützung der Umgestaltung (Latvijas Darbalaužu Internacionālā Fronte)** sowie am 14. Mai 1989 in Litauen die Sozialistische Bewegung für die Umgestaltung in der Litauischen SSR – Einheit (единство).

Daß Mattusch die Erfahrung anderer osteuropäischer Staaten auf das Baltikum überträgt, nach der die Reformfreudigkeit der Kommunisten zur Er-

---

<sup>143</sup> vgl. Juozaitis, Arvydas: The Lithuanian Independence Movement and National Minorities, FKKS 3/1992, S.20

<sup>144</sup> vgl. Novagrockienė, Jūratė: From political differentiation towards stabilization of Lithuanian party system; in: Streaming towards social stability, Vilnius und Tampere 2000, S.169

<sup>145</sup> vgl. Lithuanian political parties, political movements and political organisations, Supreme Council of Lithuania, Vilnius 22.8.1992, S.1ff.

<sup>146</sup> vgl. Juozaitis, Arvydas: The Lithuanian Independence Movement and National Minorities, FKKS 3/1992, S.20

<sup>147</sup> vgl. Krupavičius, Algimantas: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania's Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.51

<sup>148</sup> vgl. Juozaitis, Arvydas: The Lithuanian Independence Movement and National Minorities, FKKS 3/1992, S.10ff.

<sup>149</sup> Der Führer, **Jewgenij Kogan**, verzichtete bewußt auf den Begriff Front zugunsten von Bewegung, damit sich nicht verbal „zwei Fronten“ gegenüberstehen.

folgsgarantie für spätere Reformkommunisten wird, verwundert, weil die Reformkommunisten nach der Unabhängigkeit in Estland und Lettland keine Bedeutung erlangten, was zumindest in Estland bis heute der Fall ist. Es gibt nur einzelne Karrieren in verschiedenen Parteien wie etwa die von Arnold Rüütel in Estland und Anatolijs Gorbunovs in Lettland. Beide sind heute trotz ihrer Positionen als Minister und Staatspräsident politisch wenig einflußreich. Selbst wenn Rüütel in seiner Amtszeit noch aktiver werden sollte, bliebe er eine Ausnahme und könnte Mattuschs These nicht bestätigen. Mit der Zugehörigkeit zu verschiedenen politischen Lagern in ihren Ländern geben beide Politiker ein Beispiel dafür, wie die Reformkommunisten aus dem zweiten Glied über das gesamte politische Spektrum verstreut sind. Der von Mattusch erwähnte Gorbatschow-Freund<sup>150</sup> Vaino Väljas konnte den Prozeß der Unabhängigkeit nicht aufhalten. Seine Einsetzung in Estland, wo er ob seines schlechten Verhältnisses zum Vorgänger Karl Vaino als persona non grata galt, wertete Väljas selbst als Versuch Gorbatschows, die eigene Machtposition in Moskau zu stabilisieren, was nach Meinung des früheren Kommunistenchefs bedauerlicherweise nur teilweise gelungen sei.<sup>151</sup>

Diese Liberalisierung in den späten achtziger Jahren bezeichnen McSweeney und Tempest als „lange Leine“ der Sowjetunion. Als exogener Faktor<sup>152</sup> bezieht sich diese Beobachtung zwar mehr auf die nicht zur Sowjetunion gehörenden anderen osteuropäischen Staaten, läßt sich aber übertragen, weil auch in der Sowjetunion etwas anderes als die Linie der KPdSU plötzlich erlaubt war. **Damit muß konstatiert werden, daß ab 1988 mit der Gründung der Unabhängigkeitsbewegungen de facto ein Mehrparteiensystem existierte, das aus radikalen und moderaten Nationalisten sowie Kommunisten bestand,**<sup>153</sup> obwohl, wie Blūzma richtig erkennt, die ersten „zarten Pflanzen“ des Mehrparteiensystems nicht als Parteien angesehen werden können, weil sie eben nicht auf die Macht ausgerichtet, sondern in erster Linie Protestbewegungen waren und mehr auch nicht sein konnten. Die Volksfront war keine klassische Partei, weil sie beispielsweise Mehrfach-Mitgliedschaften zuließ.<sup>154</sup> Gegründet zu einer Zeit, als die Forderung nach Umwandlung der Sowjetunion in einen Staatenbund für Kommunisten wie Nationalisten glei-

<sup>150</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.103f.

<sup>151</sup> vgl. Väljas, Vaino im Interview: Vedas „leerivenda“ alt küll!; in: Luup Nr.23, 16.11.1998

<sup>152</sup> vgl. McSweeney, Dean / Tempest, Clive: The Political Science of Democratic Transition in Eastern Europe; in: Political Studies 3/93, S.412

<sup>153</sup> Toomla als wichtigster Parteienexperte Estlands sieht 1988 ein Viereck aus Kommunisten, Volksfront, Interfront und Nationalisten. Vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.199

<sup>154</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.260

chermaßen ein annehmbarer Kompromiß und großer Fortschritt war, blieb sie 1989, als die Unabhängigkeit schon in aller Munde war, trotz der faktischen Etablierung eines Mehrparteiensystems die wichtigste überparteiliche Dachorganisation, schreibt Levits.<sup>155</sup>

Daß die Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit, die zum Zeitpunkt der Gründung der Volksfronten noch als ziemlich revolutionär gelten mußte, innert eines Jahres frei diskutiert werden konnte, und das immerhin vor der offiziellen Aufhebung des Vertretungsmonopols durch die Kommunisten, ist als Indikator nicht zu unterschätzen.<sup>156</sup> Also begann mit den Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten, als erstmalig diese verschiedenen politischen Kräfte antreten durften, und den Obersten Sowjets der Parteienwettbewerb.<sup>157</sup>

Ob der juristische Moment wichtiger ist oder die de facto Existenz und Toleranz anderer Parteien, mag Gegenstand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung sein. Während Krupavičius die aufkeimende Grüne Bewegung 1986/87 für den ersten Schritt bei der Bildung des Parteiensystems hält und die Bildung von Sajūdis 1988 nur für den zweiten,<sup>158</sup> legt Arter für Estland den Termin auf den 23. Februar 1990, als Artikel 6 der Verfassung dahingehend geändert wurde, der kommunistischen Partei die führende Rolle abzusprechen.<sup>159</sup>

Im Frühjahr 1990 standen turnusgemäß die Wahlen zu den Obersten Sowjets in den baltischen Teilrepubliken an, welche nach der Wahl zum Kongreß der Volksdeputierten den Volksfronten die zweite Gelegenheit bot, sich in weitgehend freien Wahlen mit den Kommunisten zu messen. Die Nationalisten taten sich mit der Akzeptanz dieser als Organ der Besatzer verstandenen Parlamente schwer. Teile verweigerten sich darum der Kandidatur und akzeptierten nur die in Eigeninitiative organisierten Nationalen Kongresse, die wiederum keinerlei Befugnisse genossen. Die Obersten Sowjets gewannen den Machtkampf mit den Kongressen nicht zuletzt deshalb, weil der nationale Radikalismus und damit die Politik der Kongresse nicht populär genug war. In Lettland gewann der Kongreß noch weniger Einfluß als in Estland, aber auch dort betrachtete die Bevölkerung die Gefahr des offenen Konflikts mit Moskau mit gemischten Gefühlen.<sup>160</sup>

<sup>155</sup> vgl. Levits, Egils: Lettland unter sowjetischer Herrschaft. Die politische Entwicklung 1940-1989; in: Meisner, Boris: Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.150, 158

<sup>156</sup> vgl. Levits, Egils: Lettland unter sowjetischer Herrschaft. Die politische Entwicklung 1940-1989; in: Meisner, Boris: Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.150

<sup>157</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.341

<sup>158</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Political parties in contemporary Lithuania. Some Features; in: Lithuania today, May 1992, S.4ff

<sup>159</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.155

<sup>160</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.276

In Estland fand am 24. Februar und 11. März 1990 die Wahl zum **Estnischen Kongreß (Eesti Kongress)** noch kurz vor den Wahlen zum Obersten Sowjet statt.<sup>161</sup> Nachdem sich die Leitung der Volksfront noch in letzter Minute zur Beteiligung entschlossen hatte, konnte sie gleichauf mit der Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei 25% der 464 Mandate erlangen. Die anfängliche Uneinigkeit unter den Nationalisten, ob man an der Volksfront teilnehmen sollte oder nicht, entwickelte sich für die nationalistischen Parteien zum Bumerang – sowohl im Kongreß als auch im Obersten Sowjet.<sup>162</sup>

Zwar erkannte die Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei den Obersten Sowjet nicht als legitimes Parlament an, entschied sich jedoch nicht konsequent zum Aufruf an ihre Wähler und Anhänger, die Wahl am 18. März 1990 zu boykottieren, sondern empfahl die Stimmabgabe zugunsten von Parteien, welche die estnische Sache unterstützten. Die nach Meinung Laars, Otts und Endres damals populären Nationalisten brachten sich somit selbst um den Sieg und den auf den Erhalt des sowjetischen „Imperiums“ eingestellten Kräften einen größeren Erfolg, als erwartet worden war.<sup>163</sup> Dank des Single-Transferable-Vote-Wahlsystems<sup>164</sup> waren nur etwa zwei Drittel der Abgeordneten Vertreter irgendwelcher Parteien oder Gruppierungen. Die restlichen Mandate entfielen auf formal unabhängige Kandidaten. Die Volksfront erzielte einen relativen Sieg; ihr Vorsitzender Edgar Savisaar wurde Regierungschef.

Der Erfolg der Nationalisten bei den Wahlen zum Kongreß entwickelte sich daher zu ihrer Niederlage im Machtkampf mit der Volksfront. Deren Ergebnis wurde durch das Mehrheitswahlsystem im Kongreß noch gering gehalten, doch nach dem Sieg bei den Wahlen zum eigentlichen Parlament, dem Obersten Sowjet, hatte die Volksfront dann kaum noch ein Interesse daran, die Nationalisten an der realen Macht zu beteiligen.<sup>165</sup> Merkel bemerkte den ersten Blick zutreffend, daß sich Unabhängigkeitspartei und Kommunisten in Estland durch das eigene Verhalten dem politischen Gegner und dessen Institutionen gegenüber ins Abseits manövrierten, in Lettland hingegen habe die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung den nationalen Schwenk der Volksfront ausgelöst.<sup>166</sup> Doch sollte auch die klare Haltung der Volks-

<sup>161</sup> Obwohl die Wahl dieses inoffiziellen Parlaments nicht grundsätzlich behindert wurde, gab es doch keine Möglichkeit der Popularisierung durch die Medien. Taagepera bezeichnet den Kongreß als vermutlich einziges Parlament der Weltgeschichte, welches vollständig privat organisiert wurde. Vgl. Taagepera, Rein: Estonia. Return to independence, 1993, S.174

<sup>162</sup> vgl. Rikken, Mari-Ann: The restauration of Estonian independence, Tallinn 1993, S.5f.

<sup>163</sup> vgl. Laar, Mart / Ott, Urmas / Endre, Sirje: Teine Eesti, Tallinn 2000, S.665f. Die hier zitierte Popularität der Nationalisten steht im Widerspruch zu vorherigen Aussagen dieser Untersuchung, welche sich durch die fehlende Objektivität der Autoren, damals selbst federführend beteiligte Aktivisten, erklärt.

<sup>164</sup> vgl. Taagepera, Rein: Valimisreeglid Eestis aegade jooksul; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S.18

<sup>165</sup> vgl. Taagepera, Rein: Estonia. Return to independence, 1993, S.175

<sup>166</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemwechsel, Opladen 1999, S.432, 434

front in Lettland zugunsten der Unabhängigkeit nicht unterschätzt werden, die einen größeren Einfluß des Kongresses in diesem Land verhinderte. Die Unabhängigkeitspartei in Estland gewann ihrerseits einzig in der verfassungsgebenden Versammlung, die später aus beiden Parlamenten gebildet wurde, wieder etwas an Einfluß. Eine solche Versammlung wurde – im Konsens – in Lettland gar nicht erst einberufen.

In **Lettland** siegte die Volksfront mit 131 Abgeordneten gegenüber 59 Kommunisten deutlicher als in Estland. Die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung mußte sich gegen Machthaber wie Parlamentspräsident Anatolij Gorbunovs behaupten, der die Organisation sogar verbieten wollte, obwohl sie sich weniger radikal als die estnischen Nationalisten verhielt.<sup>167</sup> Das belegt, inwiefern Lettland von Moskau anders wahrgenommen wurde. Die mittlere baltische Republik galt als stärker durch örtliche russische Funktionäre beeinflußt und die sowjetische Macht am ehesten sicher. Das war gewiß ein Irrtum.<sup>168</sup>

Im Unterschied zu Estland verursachte aus diesen Gründen die Registrierung der Bürger Lettlands und die Wahl des **Staatsbürgerkongresses (Pilsētu Kongress)** am 8. und 23. März 1990 mehr Probleme. Die Volksfront stand der Aktion reserviert gegenüber, obwohl dessen Vertreter Māris Grīnblats schon damals erklärte, der Staatsbürgerkongreß verfolge als wesentliches Ziel nicht die Machtübernahme, sondern die Machtübergabe an eine nach der Verfassung von 1922 gewählte Saeima. Dann müßten Kongreß und Oberster Sowjet beide ihre Machtbefugnisse abtreten. Diese Äußerung ist bemerkenswert, weil viele Nationalisten die Legitimität des offiziellen Parlaments überhaupt nicht anzuerkennen bereit waren. Nur wenige akzeptierten es als reale Macht.<sup>169</sup>

Sajūdis erhielt in **Litauen** etwa die Hälfte aller Mandate im Obersten Sowjet, während ungefähr ein Drittel der Wählerschaft für die Nationalkommunisten votierte. Die Litauer wählten Sajūdis, weil sie die Unabhängigkeit wollten; die eigentliche Integrationsfigur aber blieb Brazauskas. Daß nicht er, sondern Landsbergis Parlamentspräsident wurde, war eine Enttäuschung für die Massen. Der im Westen bekannte Musikprofessor erreichte im eigenen Lande nie die große Popularität, die man ihm im Westen zuschrieb. Seine Rolle als Führer der Litauer entwickelte sich erst während der Übergriffe in

<sup>167</sup> vgl. Latvijas Valsts Archīvs / Latvijas Nacionālā Konservatīvā Partija - LNNK (Hrsg.): Tauta Zeme Valsts, Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība dokumentos, Riga 1995, S.5, 8

<sup>168</sup> vgl. Zīle, Ľubova: Latvijas Tautas frontes dibināšana un tās darbība; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986-1993, Riga 1998, S.137

<sup>169</sup> vgl. Zīle, Ľubova: Sabiedrības spēka polarizācija; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986-1993, Riga 1998, S.175, 183f.

den Januartagen 1991.<sup>170</sup> Nørgaard und Lieven bestätigen, Sajūdis habe durch die Entscheidung 1990, Brazauskas nicht als Parlamentspräsident zu nominieren, selbst zum Sieg der Sozialisten in der Wahl zwei Jahre später beigebracht.<sup>171</sup> Lieven vergleicht Landsbergis' Fehleinschätzung der Stimmung in Litauen mit der Tragik der Popularität Gorbatschows im Ausland, welcher im eigenen Land Abneigung gegenüberstand. 1994 hielt Lieven eine Prognose über ein Comeback von Landsbergis für verfrüh;<sup>172</sup> inzwischen ist ein weiterer Anlauf zur Präsidentschaft deutlich gescheitert.

Ähnlich turbulent verlief die Entwicklung der Fraktionen, deren Zusammensetzung sich ständig veränderte; damit stellt Litauen keine Ausnahme im Baltikum dar. Die Sitzverteilung entsprach schließlich überhaupt nicht mehr dem ursprünglichen Wahlergebnis. In allen drei Staaten erweist es sich schnell als aussichtslos, die Dynamik der Fraktionen in den Parlamenten nachvollziehen zu wollen. Lediglich die litauischen Nationalkommunisten, die sich bald in Litauische Demokratische Partei der Arbeit (LDDP) umbenannt hatten, konnten ihre Fraktion stabilisieren.<sup>173</sup>

Innerhalb der Sajūdis-Koalition entfalteten sich starke Zentrifugalkräfte. Ministerpräsidentin Prunskienė vertrat in der Wirtschafts- und Außenpolitik liberalere Ansichten als Landsbergis und die Fraktion und trat schließlich schon Anfang Januar 1991 zurück. „*Die parlamentarische Mehrheit war nicht bereit, die Regierungskoalition zwischen dem Sajūdis und der Litauischen Demokratischen Partei der Arbeit zu tolerieren.*“<sup>174</sup> In einem Rückblick berichtet sie, sie habe bei Meinungsumfragen die Spaltenposition eingenommen und sich darüber gewundert, daß gerade jene Kollegen, welche die Schlußlichter in der Beliebtheit bildeten, sie zum Rücktritt aufforderten.<sup>175</sup> Ihr Nachfolger, Albertas Šimėnas wurde nach nur drei Tagen im Amt über Nacht und in Abwesenheit durch Gediminas Vagnorius ersetzt.<sup>176</sup> Die neue Regierung wurde von damals – bereits oder noch – separat auftretenden Gruppen unterstützt, neben der Sajūdis-Restfraktion, von der Organisationen der politisch Verfolgten und politischen Gefangenen, den Christdemokraten und der Demokratischen Partei. Doch auch diese Mehrheit sollte nicht lange

<sup>170</sup> vgl. Novagrockienė, Jūratė: From political differentiation towards stabilization of Lithuanian party system; in: Streaming towards social stability, Vilnius und Tampere 2000, S.171; Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.273

<sup>171</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.31

<sup>172</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.273f.

<sup>173</sup> vgl. Lithuanian political parties, political movements and political organisations, Supreme Council of Lithuania, Vilnius 22.8.1992, S.1ff.

<sup>174</sup> vgl. Prunskienė, Kazimiera: Leben für Litauen: auf dem Weg in die Unabhängigkeit, Frankfurt am Main / Berlin 1992, S.164

<sup>175</sup> vgl. Prunskienė, Kazimiera: Leben für Litauen: auf dem Weg in die Unabhängigkeit, Frankfurt am Main / Berlin 1992, S.169

<sup>176</sup> vgl. Novagrockienė, Jūratė: From political differentiation towards stabilization of Lithuanian party system; in: Streaming towards social stability, Vilnius und Tampere 2000, S.172

bestehen bleiben. Landsbergis und Vagnorius polarisierten bis zur offenen Opposition innerhalb der Regierung, Abgeordnete ließen zu anderen Fraktionen über, und das Parlament versagte schließlich der Regierung die Unterstützung.<sup>177</sup> Regierungschef Vagnorius blieb zur Lösung der Konflikte nur der Rücktritt.<sup>178</sup> Nachfolger wurde Aleksandras Abišala, dessen Amtszeit wegen der Wahlen bereits im Juli 1992 endete.

Sajūdis erwies sich als schlechter Verlierer. Als die Bewegung keine Mehrheit mehr im Parlament hatte, griff sie zu dem simplen Mittel, das Parlament als solches durch Abwesenheit der eigenen Abgeordneten zu paralysieren und in Beschlußunfähigkeit verharren zu lassen.<sup>179</sup> Prunskienė blickt jedoch nicht im Groll auf diese Zeit zurück; das Parlament sei unprofessionell gewesen, denn es habe keine starke Regierung gewollt. Gleichzeitig geht sie aber davon aus, daß dies nur „*Kinderkrankheiten*“ des jungen Systems sind wie auch die Abwendung der Bevölkerung von der Politik. Konflikte seien früher nicht offen ausgetragen worden, der politische Disput somit neu.<sup>180</sup> Juozaitis dagegen beurteilt der öffentlichen Meinung diese Zeit so: Einmal an der Macht, hätten Fraktion und Regierung, den Forderungen starker Interessenvertretungen nachgebend, das öffentliche Leben mehr und mehr ins Chaos gestürzt und so das Vertrauen der Bevölkerung verloren.<sup>181</sup>

## 2.4 Grundzüge von Verfassung und Wahlrecht

Die Esten hatten bereits am 16. November 1988 beschlossen, die in der Verfassung der Sowjetunion grundsätzlich garantierte Möglichkeit des Austritts zu nutzen,<sup>182</sup> was damals zwar keine Aussicht auf Erfolg hatte, aber auch noch keine heftigen Gegenreaktionen auslöste. Die Unabhängigkeitsdeklaration Estlands ließ die anderen baltischen Nachbarn diesem Beispiel folgen.<sup>183</sup> Die Antwort Moskaus folgte erst, als Litauen sich am 18. März 1990 für unabhängig erklärte. Gorbatschow verhängte eine Wirtschaftsblockade, wenn auch mit einmonatiger Verspätung am 14. April. Litauen setzte darauf-

---

<sup>177</sup> vgl. Lithuania today, 03.1993, S.1.; Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.261

<sup>178</sup> vgl. Novagrockienė, Jūratė: From political differentiation towards stabilization of Lithuanian party system; in: Streaming towards social stability, Vilnius und Tampere 2000, S.174f.; Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.73

<sup>179</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.264

<sup>180</sup> vgl. Prunskienė, Kazimira: Leben für Litauen: auf dem Weg in die Unabhängigkeit, Frankfurt am Main / Berlin 1992, S.164ff.

<sup>181</sup> vgl. Juozaitis, Arvydas: The Lithuanian Independence Movement and National Minorities, FKKS 3/1992, S.12

<sup>182</sup> vgl. Mart Laar, Mart / Ott, Urmas / Endre, Sirje: Teine Eesti, Tallinn 2000, S.431ff.

<sup>183</sup> vgl. Udam, Valter: Taasiseseisvumine, Tallinn 1993, S.47

hin mit einem hundertägigen Moratorium den Beschuß aus.<sup>184</sup> Das trug sicher zu zögerlicherem Vorgehen in Lettland bei, dessen Unabhängigkeitsdeklaration erst am 4. Mai verabschiedet wurde. Die entsprechenden Referenden über die Unabhängigkeit fanden in Estland und Lettland am 3. März 1991, in Litauen schon am 9. Februar 1990 statt. Hier wurde die Unabhängigkeit mit über 90% befürwortet, Lettland stimmte bei einer Beteiligung von 87,6% mit 73,7% für die Unabhängigkeit und 24,7% dagegen. Die Esten votierten einer Beteiligung von 83% mit 77,8% für und 21,4% gegen die Unabhängigkeit.<sup>185</sup>

Die schweren Auseinandersetzungen mit KPdSU-Generalsekretär Gorbatshow über diese Politik endeten gewalttätig. Während sich die westlichen Medien im Januar 1991 auf den Krieg in Kuwait konzentrierten, starben in Vilnius am 13. Januar 15 Menschen bei der Sturmung des Fernsehturms und des Rundfunkgebäudes durch die Armee. In Riga fielen am 20. Januar beim Sturm des Innenministeriums 13 Menschen den Übergriffen der Armee und der Milizeinheiten für besondere Aufgaben OMON (OMOH - Отдел милиции особого назначения) zum Opfer, darunter zwei Kameramänner.

Erst in Folge des Augustputsches 1991 in Moskau verlor KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow endgültig die Macht. Boris Jelzin erkannte im Namen Rußlands die Unabhängigkeit der baltischen Sowjetrepubliken am 24. August an; der Staatsrat der UdSSR folgte ihm darin erst am 6. September.<sup>186</sup> Das Ziel der Unabhängigkeit wurde dennoch nicht ganz ohne (Gegen-) Gewalt erreicht. Die Absehbarkeit dieses Szenarios mag umstritten bleiben, trotzdem kam die Freiheit für die Balten selbst sicher recht plötzlich. Estland, Lettland und Litauen hatten nun als souveräne Staaten zwar Parlemente und Regierungen, aber keine Verfassung und damit keinerlei Verfahrensgrundlage für den politischen Prozeß. Deshalb mußte zunächst ein ordnungspolitischer Rahmen gesetzt werden. Ein schwieriges Unterfangen für ein Parlament und eine Regierung, deren Legitimität vielfach in Frage gestellt wurde, einerseits wegen der unübersehbar vielen Fraktionswechsel der Ab-

<sup>184</sup> vgl. Udam, Valter: *Taasiseseisvumine*, Tallinn 1993, S.9; Henning, Detlef: *Das Baltikum. Der Weg Estlands, Litauens und Lettlands in die zweite Unabhängigkeit*; in: Franz-Lothar Altmann / Edgar Hösch (Hrsg.): *Reformen und Reformer in Osteuropa*; S.207ff; Armbrüster, Georg: *Politisches und Rechtssystem Litauens*; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): *Handbuch Baltikum heute*, Berlin 1998, S.23f.; Juozaitis, Arvydas: *The Lithuanian Independence Movement and National Minorities*, FKKS 3/1992, S.18f.

<sup>185</sup> vgl. Armbrüster, Georg: *Politisches und Rechtssystem Litauens*; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): *Handbuch Baltikum heute*, Berlin 1998, S.24; Matthes, Claudia-Yvette: *Politisches und Rechtssystem Lettlands*; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): *Handbuch Baltikum heute*, Berlin 1998, S.57; National Electoral Committee: *Elections and referendums in Estonia 1989-1995, A brief overview*, Tallinn 1995, S.23

<sup>186</sup> vgl. Taurēns, Jānis: *Latvijas vēstures pamatlautājumi*, Riga 1996, S.142; Armbrüster, Georg: *Politisches und Rechtssystem Litauens*; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): *Handbuch Baltikum heute*, Berlin 1998, S.25; Matthes, Claudia-Yvette: *Politisches und Rechtssystem Lettlands*; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): *Handbuch Baltikum heute*, Berlin 1998, S.57; Druwe, Ulrich: *Osteuropa im Wandel - Szenarien einer ungewissen Zukunft*, Weinheim, Basel 1992

geordneten, andererseits wegen des unterschiedlichen Verständnisses davon, wer der Souverän im neuen Staat ist. Am Urnengang zum Obersten Sowjet im Jahr zuvor hatten sich immerhin alle Einwohner beteiligen dürfen, inklusive der im Baltikum lebenden Soldaten der Sowjetischen Armee.

*„Wo neue unabhängige Staaten entstanden, wie im Baltikum (...) war der Anreiz für ein neues Institutionensystem stark. Mangels Kontinuität eines eigenen Staatswesens konnte aber nur selten, wie in Estland und Lettland, auf eine vorsozialistische Ordnung zurückgegriffen werden.“<sup>187</sup>* Diese Äußerung von Beymes verblüfft, weil nur die Letten ihre Verfassung aus dem Jahre 1922 wieder einzuführten, die dann erst Jahre später durch einen Grundrechtekatalog ergänzt wurde. Esten und Litauer hielten ihre Regime der Zeit vor der Okkupation für unvereinbar mit demokratischen Maßstäben; folglich mußte eine neue Verfassung geschaffen werden, die in Estland und Litauen, und da liegt ein wesentlicher Unterschied zu den anderen Staaten Osteuropas,<sup>188</sup> in einem Referendum angenommen wurde.

Einige Worte über die Unterschiede, welche aus dem Wahlsystem herrühren: „Selbstverständlich sind Regeln des Wahlrechts auch in Osteuropa in der Lage gewesen, die Zahl der Parteien zu reduzieren“, erklärt Beichelt. Zwar gibt es in diesen Staaten tatsächlich mehr Parteien, als im Parlament vertreten sind, doch diese triviale Aussage darf nicht darüber hinweg täuschen, daß die Beobachtung für die einzelnen Parteien und Parlamente zeitlich nur punktuell gilt. Zwar hat das Wahlrecht sicherlich zur Reduktion der Zahl der Parteien beigetragen, eine echte Einstiegshürde waren diese Regeln jedoch nicht, weil die Bereitschaft zur Wahl von Parteien, die eventuell den Sprung ins Parlament nicht schaffen, ziemlich hoch ist. Das beweist der hohe Anteil von verfallenen Stimmen. Gleichzeitig erhöht diese Volatilität die Chancen eines Erfolges. Beichelt will keinen konkreten Zusammenhang zwischen dem Wahlsystem und der absoluten Zahl der ins Parlament gewählten Parteien erkennen. Die partielle Ausnahme Litauen, wo via Grabenwahl die Fragmentierung – abgesehen von einer Vielzahl nur durch ein Direktmandat vertretenen Parteien – lange gering gehalten wurde, hat sich mit der Wahl 2000 vollständig zwischen die anderen Fälle eingereiht. Für die „konzentrierende Wirkung“, eine bis dahin geltende Ausnahme im osteuropäischen Kontext, macht Beichelt auch das stabile Parteiensystem verantwortlich,<sup>189</sup> welches es in dieser Form nicht mehr gibt. Folglich sind die osteuropäischen Probleme mit dem Parteiensystem durch das Wahlsystem nicht unbedingt in

---

<sup>187</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1995, S.236

<sup>188</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienslandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süssmuth (Hrsg): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998, S.91

<sup>189</sup> vgl. Beichelt, Timm: Die Wirkung von Wahlsystemen in Mittel- und Osteuropa, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1998, S.614, 616, 622

den Griff zu bekommen: „Zu wichtig sind häufig die ihrerseits kaum zu überblickenden Kontextbedingungen“.<sup>190</sup> Allerdings darf ob dieser Diskussion nicht vergessen werden, woran Nørgaard erinnert: Die Eingangshürden für das Parlament können nicht die Spaltungen der ins Parlament gelangten Fraktionen verhindern.<sup>191</sup>

Anlässlich der ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit waren die Wähler mit einem anderen Problem konfrontiert: die noch unbekannte Stärke der kandidierenden Parteien und Koalitionen. Umfragen waren ob der hohen Zahl unentschlossener Wähler wenig eindeutig und sind es bis heute. So stimmten schließlich in Litauen 17,1% für Parteien, die den Sprung ins Parlament nicht schafften.

Über das bloße Wahlrecht hinausgehend gibt es eine Diskussion über die Frage, welche das beste Regierungssystem sein könnte. Glaßner nimmt sich dieses Themas an und sieht im Präsidialregime mit seiner Machtkonzentration bei nicht gefestigten Konfliktlinien die Gefahr der Usurpation. Ratsam sei deshalb ein parlamentarisches System, in dem nicht aus einem knappen Sieg eine Herrschaft hervorgeht, sondern am ehesten eine Regierung, die als Koalition tatsächlich nicht nur über eine Mehrheit der Parlamentsmandate verfügt, sondern auch eine Mehrheit der Wählerschaft repräsentiert.<sup>192</sup> Wegen der Fragmentierung ist das nicht immer einfach und folglich manchmal auch nicht gelungen. Die Zentrifugalkräfte innerhalb der Fraktionen, in denen ja längst nicht alle Abgeordneten der namensgebenden Partei angehören, erweisen sich oftmals selbst bei Mehrheitsregierungen als schwierig, können jedoch bei ähnlichen Tendenzen innerhalb der Opposition wiederum zugunsten der Regierung ausschlagen. Dennoch bleibt es dabei: Häufige Fraktionswechsel machen Mehrheiten fragil.

M. E. sind die Versuche, die Konsolidierung nach Regierungs- und Wahlsystemen zu bewerten, wenig hilfreich, weil die semi-präsidentielle Variante in Litauen keinesfalls zu einem wesentlich anderen Ergebnis bezüglich Fragmentierung und Regierungsstabilität führte als in den baltischen Nachbarrepubliken. Darum ist die Wertung des Parteiensystems als fördernde oder behindernde Variable in der Konsolidierung fraglich,<sup>193</sup> weil ein fragmentiertes und dynamisches Parteiensystem nicht Ursache, sondern Folge einer noch nicht konsolidierten Demokratie ist. Steens Beobachtung über instabilere Kabinette in Lettland und Estland trotz stärker integrierter – gemeint ist mitein-

<sup>190</sup> vgl. Beichelt, Timm: Die Wirkung von Wahlsystemen in Mittel- und Osteuropa, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1998, S.622f.

<sup>191</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.221

<sup>192</sup> vgl. Glaßner, Gert-Joachim: Demokratisierung nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994, S.242ff.

<sup>193</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften; in: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26/95 der Politischen Vierteljahrsschrift, Opladen 1996, S.47f.

ander und nicht gegeneinander agierender – Elite<sup>194</sup> beruht bezüglich Lettland auf einem Irrtum, denn immer neue Personen bedeuten keinen Wechsel der Politik oder der Regierungsparteien. Auf diese Weise ist also keine Aussage zur Stabilität von Regierungen zu treffen. Steen behauptet weiter, die Stabilität litauischer Regierungen ginge entgegen den Annahmen des polarisierten Pluralismus just auf das polarisierte System zurück.<sup>195</sup> Die ethnisch geteilten Gesellschaften Lettlands und Estlands hätten hingegen eine auf Konsens ausgerichtete Elite.<sup>196</sup> Steen vergißt die gesellschaftliche und juristische Stellung der Minderheiten, die als politische Elite nicht existieren und als ökonomische Elite mehr von wirtschaftlicher Entwicklung profitieren als von Konfrontation, wohingegen Litauen sich eine ideologische Konfrontation eher leisten kann.

*,Erst die Amtsführung der in den Institutionen agierenden Politiker, die Schlüssigkeit der institutionellen Regeln sowie die vom Parteiensystem ausgehenden Impulse entscheiden darüber, ob die generell etwas günstigeren Eigenschaften parlamentarisch dominierter Regierungssysteme zum Tragen kommen,“ (...) „für die demokratische Konsolidierung erweist sich als entscheidend, ob die Akteure in den neuen Demokratien des postsozialistischen Europa den Sprung vom Paradigma des Regimewechsels zum Paradigma des repräsentativen Verfassungsstaates schaffen“<sup>197</sup>*

In **Estland** beschlossen der Oberste Sowjet und der Estnische Kongreß im August 1991 die Bildung einer paritätisch besetzten Verfassungsversammlung, deren Entwurf die Esten am 28. Juni 1992 in einem Referendum annahmen.<sup>198</sup>

Bei der Wahl des estnischen Einkammerparlaments „Riigikogu“<sup>199</sup> stimmt der Wähler mit einer Präferenzstimme für einen Kandidaten gleichzeitig für eine Parteiliste im betreffenden Wahlgebiet. Die Quote für die Erlangung eines Mandates in Riigikogu wird durch den Quotienten der im Wahlkreis abgegebenen Stimmen und der zu verteilenden Mandate berechnet. Die Restmandate werden durch Addition der für eine Partei oder Koalition abgegebenen Stimmen in großräumigeren Regionen ermittelt. Bleiben danach noch immer Sitze unvergeben, so wird der Vorgang auf nationaler Ebene wieder-

<sup>194</sup> vgl. Steen, A.: Between past and future: elites, democracy and the state in post-communist countries. A comparison of Estonia, Latvia and Lithuania, Aldershot Ashgate 1997, S.206.

<sup>195</sup> vgl. Steen, A.: Between past and future: elites, democracy and the state in post-communist countries. A comparison of Estonia, Latvia and Lithuania, Aldershot Ashgate.1997, S.208

<sup>196</sup> vgl. Steen, A.: Between past and future: elites, democracy and the state in post-communist countries. A comparison of Estonia, Latvia and Lithuania, Aldershot Ashgate 1997, S.282

<sup>197</sup> vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.307, 309

<sup>198</sup> vgl. Rikken, Mari-Ann: The restauration of Estonian Independence, Tallinn 1993, S.7.

<sup>199</sup> Das Wort Riigikogu heißt wörtlich übersetzt „Staatsversammlung“ aus dem Genitiv des Wortes „Staat“ (riik) und dem Begriff „kogu“, welcher eine Ansammlung oder Versammlung bezeichnet. Da die estnische Sprache kein grammatisches Geschlecht kennt, bleibt das Wort im deutschen Text ohne Artikel.

holt. Hier partizipieren allerdings nur jene Listen, die landesweit mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten haben. Auf diese Weise können zwar auch Unabhängige ein Mandat bekommen, in der Praxis stellt sich jedoch heraus, wie von Taagepera, der die Esten seit 1990 in Wahlrechtsfragen beraten hatte, wiederholt kritisiert wurde, daß nur wenige Kandidaten direkt durch das Erreichen der Quote gewählt werden und viele Abgeordnete, die erheblich weniger Stimmen persönlich erhalten haben, trotz geringer Popularität über die Liste durch die national verteilten Ausgleichsmandate ins Parlament einziehen. Taagepera bezeichnet das Wahlsystem darum als Apparat zur Enttäuschung der Wähler.<sup>200</sup> Spitzenkandidaten haben im wahrsten Sinne eine Lokomotivfunktion, welche es für die Parteien sinnvoll macht, mit möglichst vielen Kandidaten jedem Wähler ein gewünschtes Gesicht zu präsentieren, über das die Partei Stimmen sammelt, ohne den Kandidaten eine tatsächliche Chance für den Einzug ins Parlament geben zu können. Demzufolge stieg die Zahl der Kandidaten in den letzten Jahren sprunghaft an,<sup>201</sup> und Kandidaten mit mehr persönlichen Stimmen als mancher über die Liste Gewählte blieben unberücksichtigt, weil ihre Partei keine populäre Galionsfigur hatte. Trotz Taageperas berechtigter Kritik übersieht er, daß es ja dem einzelnen Wähler obliegen würde, die Präferenzstimme vielleicht zugunsten eines Kandidaten abzugeben, den er auch im Parlament sehen will, der aber die Stimme dringender benötigt, als der populärste Kandidat der Liste. Denn dieser kann nun einmal nicht mehrere Mandate einnehmen, und alle die Quote überschreitenden Präferenzen verfallen zugunsten der partiintern vergebenen Listenplätze. Taagepera berücksichtigt außerdem nicht, daß auch in anderen Staaten Listen wegen ihrer Spitzenkandidaten gewählt werden, und dadurch andere, weniger beliebte Politiker ins Parlament befördert. Mit den Wahlsystemen in den anderen baltischen Republiken hat die estnische Variante gemeinsam, im Unterschied zur Proporzwahl mit gebundenen Listen dem Wähler wenigstens zu ermöglichen, über die Zusammensetzung der Fraktion mitzuentscheiden. Dabei ist die lettische Variante mit lose gebundenen Listen und das Grabenwahlsystem in Litauen gewiß für den Wähler verständlicher als die estnische Lösung.

---

<sup>200</sup> Von 17 über 15 auf 11 entwickelte sich die Zahl der die Quote erreichenden Kandidaten während der Wahlen 1992, 1995 und 1999, obwohl aus dem zurückgehenden Überhang an Stimmen bei den Zugpferden der Parteien eine Tendenz zur Parteiidentifikation der Wähler herausgelesen werden kann. Vgl. Mikkel, Evald: 1999. aasta Riigikogu valimised ja kandidaadid; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S.86, 98, 118; Taagepera, Rein: Valimisreeglid Eestis aegade jooksul; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S.21ff.; Pettai: Vello: The Baltic States; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S.136; Alatalu, Toomas: Some notes to the local elections in Estonia; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Tallinn 11.1993, S.20

<sup>201</sup> vgl. Mikkel, Evald: 1999. aasta Riigikogu valimised ja kandidaadid; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S.90; UNDP Tallinn: Human development report 2000, Tallinn 2001, S.25

Unentschlossen zeigten sich die Verfassungsväter bei der Wahl des Präsidenten. Obwohl das Volk die Wahl durch das Parlament als Bestandteil der Verfassung in einem Referendum abgesegnet hat, ist die Forderung nach einer Volkswahl in Estland sehr populär. So war wenigstens der erste Wahlgang im Jahre 1992 direkt. Seither gilt für die Wahl des Präsidenten das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit in Riigikogu. Können sich die Parlamentarier auf keinen Kandidaten einigen, wird ein Wahlmännergremium aus Riigikogu und lokalen Volksvertretungen gebildet. Dieses Erfordernis führte 1996 und 2001 zu intensiven politischen Verhandlungen und einer langwierigen Kompromißsuche.

Dem Präsidenten kommen zwar weitgehend nur repräsentative Befugnisse zu,<sup>202</sup> doch der erste Amtsinhaber nach der Unabhängigkeit, Lennart Meri, hat durch seine Einmischung in tagespolitische Fragen, sei es verbal oder durch die Verweigerung seiner Unterschrift, den Kompetenzrahmen weitgehend ausgeschöpft, wenn nicht gar erweitert.<sup>203</sup> Seit seine zweite Amtszeit im Herbst 2001 endete, steht er an der Spitze der Befürworter einer Verfassungsänderung zugunsten der Direktwahl, wie sie von verschiedenen Parteien schon lange erhoben wird.

In **Lettland** gab es nach der Unabhängigkeit heftige Diskussionen über die Frage, ob dem Obersten Sowjet eine endgültige Entscheidung über die künftige Staatsordnung und vor allem ein Staatsbürgerschaftsgesetz zusteht. Letztlich setzte sich die nationalistische, diese Frage verneinende, Ansicht durch. Deshalb wurde nur eine vorübergehende Regelung für die Parlamentswahl von 1993 getroffen: Alle Bürger der „ersten“ lettischen Republik und deren Nachfahren erhielten das Wahlrecht für die Wahlen zur 5. Saeima.<sup>204</sup> Diese Zögerlichkeit, mit der nach langen Kontroversen nur Teilentwicklungen getroffen wurden, zog sich in den nachfolgenden Jahren durch die lettische Politik. Das Staatsbürgerschaftsgesetz wurde dabei mehrfach überarbeitet, von internationalen Organisationen kritisiert und in der Neufassung noch einmal geändert, um es dann in letzter Konsequenz dem Volk 1998 in einem Referendum vorzulegen.

Die 5. Saeima setzte zunächst die alte Verfassung aus dem Jahre 1922 wieder in Kraft, in der das Verhältniswahlrecht mit lose gebundenen Listen verankert ist. Die Stimmabgabe erfolgt durch Auswahl einer der kandidierenden Listen, die vom Wähler verändert werden darf. Durch ein Plus kann Vorzug, durch Ausstreichen eines Namens Ablehnung ausgedrückt werden. An der folgenden Auszählung nahmen 1993 nur jene Listen teil, auf die landes-

<sup>202</sup> vgl. Eesti Vabariik. Põhiseadus, Tallinn 1993

<sup>203</sup> vgl. Kaldre, Peeter: President lõhub raame; in: Luup Nr. 17, 19.8.1996

<sup>204</sup> Die baltischen Staaten haben völkerrechtlich nie aufgehört zu existieren, weil die sowjetische Annexion weder 1940 noch später international anerkannt wurde. Darum zählen die Balten ihre Parlamente beginnend in der Zwischenkriegszeit weiter und wehren sich gegen die Zählung der Republiken.

weit mindestens vier Prozent der Stimmen entfielen. Diese Hürde wurde 1995 auf fünf Prozent erhöht. Die Zahl der Mandate wird nach der Saint Laque-Methode ermittelt.

Geändert wurde außerdem die Dauer der Legislaturperiode des Einkammerparlaments „Saeima“, die historisch grundsätzlich drei Jahre betrug. Trotz der verspäteten ersten Wahl 1993 wurde deshalb 1995 bereits wieder gewählt, um den ebenfalls historischen Herbsttermin einzuhalten. Da häufige Wahlen international als teuer und der Arbeit des Parlaments hinderlich geltend, wurde die Wahlperiode nach 1998 auf vier Jahre verlängert.

Obwohl Lettland im wesentlichen eine parlamentarische Republik ist, in der die Regierung die Geschäfte führt, besitzt der Präsident doch einige wichtige Rechte. Er darf das Parlament auflösen, muß darüber aber eine Volksbefragung durchführen. Fällt das Votum für den Präsidenten negativ aus, muß er zurücktreten.<sup>205</sup> Wichtiger, weil häufiger genutzt, ist das Recht auf Benennung eines Regierungschefs. Dies erwies sich 1995 als wesentlich, als Präsident Guntis Ulmanis keinen Vertreter der beiden größten Fraktionen populistischer Parteien ernennen wollte. Eine Regierung kann überdies ohne Vertrauensvotum ernannt werden und – wenn ihr nicht das Mißtrauen ausgesprochen wird – im Amt bleiben. Bei den meisten Abstimmungen ist nur ein Votum der absoluten Mehrheit aller anwesenden Abgeordneten erforderlich.

Auch **Litauen** gab sich 1992 eine neue Verfassung, die in einem Referendum im Oktober angenommen wurde.<sup>206</sup> Diese Abstimmung war nicht die erste mit verfassungsrechtlichem Inhalt. Die Unabhängigkeitsbewegung Sąjūdis unter Vytautas Landsbergis hatte schon im Frühling desselben Jahres erfolglos versucht, die Institution der Präsidentschaft separat einzuführen. Das Referendum scheiterte wegen einer zu niedrigen Beteiligung.

Litauens 141 Mandate umfassendes Einkammerparlament „Seimas“ wird alle vier Jahre nach einem Grabenwahlsystem gewählt. Das Land ist in 71 Einerwahlkreise unter Berücksichtigung von Bevölkerungsverteilung und Verwaltungsgliederung eingeteilt. 25% Differenz zur durchschnittlichen Dichte werden noch toleriert. Die restlichen 70 Mandate werden in einem ganz Litauen umfassenden Wahlgebiet nach Proporz vergeben. Der Wähler hat demnach je eine Stimme für die Wahl des Abgeordneten im Wahlkreis seines Wohnortes sowie für die Wahl einer Partei oder Koalitionsliste.

Das Ergebnis eines Einerwahlkreises wird nur gewertet, wenn sich bei der Wahl wenigstens 40% der Wahlberechtigten beteiligten. Gewählt ist der Kandidat, welcher mindestens 50% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Erreicht niemand dieses Ergebnis, so findet innerhalb von zwei

---

<sup>205</sup> vgl. Latvijas Republikas Satversme, Riga 1993.

<sup>206</sup> vgl. Krupavičius, Algimantas: Dynamics of “post-communist” transformation: Lithuania after the 1992 general election; in: Lithuania today, November 1994, S.9ff.

Wochen eine Stichwahl zwischen den beiden bestplazierten Kandidaten statt. Da 1992 und 1996 einige Mandate wegen zu geringer Wahlbeteiligung nicht besetzt werden konnten, wurden beide Regelungen 2000 abgeschafft und durch das britische System der relativen Mehrheitswahl in einem Wahlgang ersetzt.

Das Ergebnis der nach Proporz zu bestimmenden Mandate wird dagegen schon bei einer Beteiligung von nur 25% gewertet. Alle Listen, auf die landesweit wenigstens vier Prozent entfielen, partizipieren an der Sitzverteilung. Die Quote für die Erlangung eines Mandates entspricht dem Quotienten aus gültigen Stimmen und der 70 zu vergebenden Sitze. Bleibt ein Rest übrig, so wird er gestrichen und der Quotient statt dessen um eins erhöht. Diese Regelung gilt nicht für politische Organisationen ethnischer Minderheiten. Diese erhalten auch mit weniger als vier Prozent entsprechend der erreichten Quote Mandate.

Nach der Erfahrung in westlichen Demokratien schien bisher die größere Fragmentierung des Parteiensystems im Proporz gegenüber dem Mehrheitswahlrecht als Gewißheit. Überraschenderweise hat die Grabenwahl in Litauen keineswegs zur Konsolidierung des Parteiensystems beigetragen. Dank der Direktmandate ist eine Vielzahl von Kandidaten kleiner Parteien regelmäßig im Parlament vertreten, die als Liste keine Chance auf Repräsentation haben. So kann auch Birch eine Konsolidierung dank dieses Systems ab 1996 aus ihren eigenen Zahlen nicht herleiten; denn die Fragmentierung nahm von 2,99 auf 3,32 zu. Immerhin liegen diese Werte unter denen der proportionalen Wahlsysteme der Nachbarn. Estland erreicht 6,0 und 4,15, Lettland 4,58 und 7,59.<sup>207</sup> Spätestens mit der Wahl von 2000 hat sich das Bild auch in Litauen gewandelt.

Mit der Mehrheit der anwesenden Abgeordneten bestimmt der Seimas eine Regierung. Spricht das Parlament in geheimer Abstimmung der Regierung mit der Mehrheit aller Abgeordneten das Mißtrauen aus, werden Neuwahlen angesetzt. In derselben Form kann der Seimas einem einzelnen Minister das Vertrauen entziehen und ihn zum Rücktritt zwingen.

Litauen ist im Unterschied zu seinen beiden nördlichen baltischen Nachbarn eine semi-präsidentielle Demokratie. Der Präsident wird vom Volk direkt für fünf Jahre gewählt. Erhält keiner der Kandidaten mehr als 50% der gültigen Stimmen, muß eine Stichwahl zwischen den beiden bestplazierten durchgeführt werden. Der Amtsinhaber bestimmt die grundlegenden Positionen in der Außenpolitik und implementiert seine Vorstellungen in Zusam-

---

<sup>207</sup> vgl. Birch, Sarah: Election and representation in post-communist Eastern Europe; in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Elections in Central and Eastern Europe, Berlin 2000, S.25ff.; Krupavičius, Algimantas: Electoral research in Lithuania; in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Elections in Central and Eastern Europe, Berlin 2000, S.144. Vgl Krupavičius, Algimantas: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania's Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.56

menarbeit mit der Regierung. Gleichzeitig muß der Präsident seine parteipolitischen Aktivitäten ruhen lassen und darf nur ein Mal wiedergewählt werden.<sup>208</sup>

---

<sup>208</sup> vgl. Republik of Lithuania, Constitution, Vilnius 1992.

### 3 Überblick über die Parteienlandschaften

Vor der weitgehend chronologischen Darstellung von Parteigründungen, -spaltungen und -zusammenschlüssen scheint es für das bessere Verständnis sinnvoll, eine einführende Übersicht der wichtigsten Parteien zu liefern, ihre ideologische Stellung einzuordnen und die politischen Akteure vorzustellen.<sup>209</sup> Dabei finden nur jene Parteien Beachtung, die für das betreffende Land insofern von Bedeutung sind, als sie wenigstens in einem Parlament vertreten waren.

#### 3.1 Estland

Antikommunismus ist seit der Unabhängigkeit so populär, daß niemand links sein will,<sup>210</sup> wie Alatalu treffend formuliert: „*One of the peculiarities of the Estonian parties is that except for the communists all others try to proclaim themselves to be conservative, right wing parties or parties right of centre. As a result, the right wing of the political spectrum is clearly overcrowded.*“<sup>211</sup> Im Parlament hat die Politik marktwirtschaftlicher Reformen keine Gegner; das ist mit ein Grund, warum Estland in der westlichen Presse als Musterschüler gilt. Das freie Feld der Linken im estnischen Parteiensystem ist laut Toomla eine Nische, welche die Rentner- und Familienunion gemeinsam mit den russischen Parteien und den von den Kommunisten übrig gebliebenen Sozialisten nicht besetzen konnte.<sup>212</sup>

Die **Zentrumspartei (Keskerakond)** ist wesentlicher Nachfolger der Volksfront und war über Jahre fixiert auf ihren Vorsitzenden **Edgar Savisaar**, der von 1990 bis 1992 erster Ministerpräsident der Unabhängigkeit war. Während der vielen Jahre in der Opposition ist die Partei vor allem populistischer geworden; in Ermangelung einer starken Linken besetzt sie sowohl soziale Themen als auch die Minderheitenthematik. Edgar Savisaar ist seit seinem Abhörskandal noch mehr zum enfant terrible der estnischen Politik geworden als durch seinen umstrittenen Regierungsstil. Überraschenderweise ist er in der Bevölkerung trotzdem – und vor allem unter den Nicht-

---

<sup>209</sup> Eine komplette Darstellung der zu den Wahlen in den baltischen Staaten angetretenen Parteien gibt es in meinen Artikeln: Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung, Zeitschrift für Parlamentsfragen Sonderband 1995, S.300-324; Demokratische Transformation im Baltikum, Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1999, S.924-955; Die dritten Parlamente der Esten, Letten und Litauer, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2002, S.290-305

<sup>210</sup> vgl. Lagerspetz, Mikko / Vogt, Henri: Estonia; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): The Handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.72

<sup>211</sup> vgl. Alatalu, Toomas: Estonian elections unanswered questions ans answers; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Tallinn 1992, S.18

<sup>212</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakondlik maaistik anno 1997, Luup Nr. 26, 22.12.1997

Esten<sup>213</sup> – beliebt und wird regelmäßig mit der höchsten Zahl an persönlichen Stimmen ins Parlament gewählt.<sup>214</sup>

Die **Allianzpartei (Koonderakond)** ging aus dem **Freien Estland (Vaba Eesti)** hervor und entwickelte sich als Regierungspartei von 1995 bis 1999 in Richtung Liberalismus. Ihre Entstehung verdankt die Partei der spaltenden Natur von Edgar Savisaar.<sup>215</sup> Nachdem dieser als Regierungschef zurücktreten mußte, blieben unter Übergangspremier **Tiit Vähi** einige Minister im Amt, die man gemeinsam als Kern der neuen Partei betrachten kann.

1992 war die Allianzpartei mit der **Landunion (Maaliit)** unter dem Namen **Sicheres Heim (Kindel Kodu)** angetreten, 1995 gewann dann die Allianzpartei mit Landunion und Landvolkpartei sowie der Versammlung der Landwirte und der Familien- und Rentnerunion<sup>216</sup> als **KMÜ (Koonderakonna ja Maarahva Ühendus)**. Tiit Vähi wurde ein zweites Mal Regierungschef und nach seinem Rücktritt aufgrund eines Skandals von **Mart Siimann** abgelöst. Durch den Einfluß der Agrarier hatte sich die Allianzpartei in einigen Punkten vom Staatsinterventionismus nicht ganz lossagen können, was Ursache der später zu erörternden Koalitionsprobleme war.

Nachdem die Partei mit den Parlamentswahlen 1999 von der Regierungsbank in die Bedeutungslosigkeit wechseln mußte, löste sie sich schließlich 2001 selbst auf.

**Bauernparteien** gibt es nicht weniger als sechs: **Land-Zentrumpartei (Maa-Keskerakond)**, **Landunion (Maaliit)**, **Bauernvolkpartei (Talurahva Erakond)**, **Versammlung der Landwirte (Põllumeeste Kogu)**, **Waldpartei (Metsaerakond)** und **Landvolkpartei (Maarahva Erakond)**.<sup>217</sup> Eine Vereinigung von Landunion und Landvolkpartei wäre nach Toomla natürlich, bedenkt man, wie nahe sich die politischen Ansichten sind. Für eine Vereini-

---

<sup>213</sup> Die Esten nennen die nicht der Titularnation angehörenden Bevölkerungsgruppen schlicht „andere“ (muulased), während die Letten sie als „Andersvölkische“ (cittautieši) bezeichnen. Obwohl die in den baltischen Republiken lebenden Vertreter anderer fremder Völker neben den Russen, allem voran Weißenrussen, Ukrainern und Polen, oftmals so weit russifiziert sind, daß sie ihre Muttersprachen nicht benutzen oder auch nur beherrschen, sollen in der vorliegenden Arbeit die Minderheiten nicht als Russen, sondern als nicht der Titularnation angehörend, folglich Nicht-Esten oder -Letten oder im Zusammenhang mit der Staatsbürgerschaft Nicht-Bürger bezeichnet werden.

<sup>214</sup> Auch der Politologe und Auslandseste Rein Taagepera gehörte zunächst dieser Partei an und kandidierte für sie sogar für das höchste Staatsamt. Taagepera ist inzwischen Dozent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Tartu. Von ihm stammen mehrere für diese Arbeit verwendete Beiträge.

<sup>215</sup> vgl. Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, Manuscript S.2

<sup>216</sup> Diese Partei hatte sich 1994 einen neuen Namen gegeben, vorher hieß sie Estnische Demokratische Gerechtigkeitsunion. Vgl. Lagerspetz, Mikko / Vogt, Henri: Estonia; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): The Handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.69; Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.182

<sup>217</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad liiguvalt hoogsalt ühenäolisuse poole, Postimees 1.2.1999

gung der noch verbleibenden Bauernparteien sei die Zeit aber wohl noch nicht reif.<sup>218</sup>

Die übrigen Parteien kandidieren auch nicht alle selbständig. Die Land-Zentrumspartei ist Teil der Moderaten, während die Allianzpartei 1995 mehrere Bauernparteien in der KMÜ an sich binden konnte. **Arnold Rüütels** Landvolkpartei ist ob dessen Popularität sicher die wichtigste Bauernpartei, obwohl er selbst zwischen 1992 und 2001 keine Spitzenfunktionen innehatte. Wichtig wurde die Partei erst durch die Vereinigung mit der Familien- und Rentnerunion, der Landunion und der Versammlung der Landwirte zur Volksunion (Rahvaliit) 2000.<sup>219</sup> 2001 wurde Rüütel nach zwei erfolglosen Anläufen doch noch Präsident.

Die **Moderaten (Mõõdukad)** des Übergangspremiers von 1994/95, **Andres Tarand**, werden manchmal auch als „Gemäßigte“ übersetzt und sind die Vereinigung aus den Sozialdemokraten und einer der vielen agrarischen Parteien: der Land-Zentrumspartei, die beide aus Enttäuschung über Savisaar die Volksfront verlassen hatten. Die Sozialdemokraten machen ihrem Namen kaum Ehre: „*Social democrats were in 1992-1994 part of a dogmatically free-enterprise government coalition*“<sup>220</sup> und arbeiteten auch von 1999 bis 2001 mit Mart Laars Vaterland zusammen. Sie sind aus mehreren winzigen Gruppen hervorgegangen wie etwa der Demokratischen Arbeitspartei (Eesti Demokraatlik Tööerakond), die gerade einmal 18 Aktivisten hatte. Die Moderaten verstanden sich zwar als das soziale Gewissen der Reformregierung, tragen letztlich aber deren liberale Wirtschaftspolitik mit, was für eine Bauernpartei wie für Sozialdemokraten gleichermaßen überraschend ist.

Erst seit Ende der neunziger Jahre treten die Moderaten nicht mehr als Koalition, sondern als Partei auf, in welcher inzwischen die winzige Volkspartei des Exil-Esten **Toomas Hendrik Ilves** aufgeht. Die Partei trägt nun offiziell den Namen **Volkspartei Moderate (Rahvaerakond Mõõdukad)**. Die Volkspartei selbst ging aus der Bauernpartei (Talurahva Erakond) und der Volkspartei der Republikaner und Konservativen (Vabariiklaste ja Konservatiivide Rahvaerakond) hervor, die sich 1994 von Vaterland abgespalten hatten.<sup>221</sup>

Die **Vaterlandsunion (Isamaaliit)** ist aus der Fusion von Vaterland (Isamaa)<sup>222</sup> mit der Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei hervorgegangen. Vaterland selbst war zunächst ebenfalls eine Koalition mehrerer kleiner Parteien. Stärkste Partei darin war die Estnische Christlich Demokratische

<sup>218</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakondlik maaistik anno 1997, Luup Nr. 26, 22.12.1997

<sup>219</sup> vgl. Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, Manuscript 2000, S.3

<sup>220</sup> Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.335

<sup>221</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.295

<sup>222</sup> Für die Presse des Westen wurde die internationalere Bezeichnung Pro Patria gewählt.

Union (Eesti Kristlik Demokraatlik Liit) von **Mart Laar** und Illar Hallaste, der sich von Beginn an zu viele Feinde gemacht hatte, als daß er selbst hätte die Führung übernehmen können. Hallaste wurde nach der Wahl 1992 Fraktionsvorsitzender.<sup>223</sup> Die **Estnische Christdemokratische Partei (Eesti Kristlik Demokraatlik Erakond)** unter Toivo Jürgenson war ideologisch auf der gleichen Linie, nur kleiner und unbekannter. Außerdem beteiligten sich an Vaterland noch die **Estnische Konservative Volkspartei (Eesti Konservatiivne Rahvaerakond)**, die **Republikanische Allianzpartei (Vabariiklaste Koonderakond)**, welche ihrerseits mit **Res Publica** verbunden war und den späteren Außenminister und Präsidenten Lennart Meri in die Politik holte, als auch die **Estnische Liberaldemokratische Partei (Eesti Liberaaldemokraatlik Partei)**. Als Kern der Partei kann die Gesellschaft für Denkmalschutz angesehen werden, aus der auch Res Publica hervorging.<sup>224</sup>

Die Vaterlandsunion wird nach wie vor von der starken Persönlichkeit des Historikers Mart Laar geprägt, der als Architekt der radikalen Veränderungen in Estlands Gesellschaft und Wirtschaft gilt. Die Vaterlandsunion hält nicht viel vom Sozialstaat, sondern vertraut ganz auf die Eigeninitiative des Einzelnen.

Die **Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei (Eesti Rahvuslik Sõltumatuse Partei)**<sup>225</sup> wurde von Dissidenten wie **Tunne Kelam** und Lagle Parek als eine der ersten neben der Kommunistischen Partei am 21. August 1988 illegal gegründet,<sup>226</sup> was allerdings nicht verhinderte, daß sich ihr auch frühere Kommunisten anschlossen.<sup>227</sup> Noch in der ersten Legislaturperiode Koalitionspartner von Vaterland, vereinigte sie sich nach der verlorenen Wahl von 1995 mit Vaterland zunächst in der Fraktion und dann ganz zur einheitlichen Partei Vaterlandsunion.

Die **Reformpartei (Reformierakond)** ist die jüngste unter den einflußreichen in Estland. Sie wurde erst 1994 vom früheren Präsidenten der estnischen Nationalbank, **Suum Kallas**, mit einem Teil der von Vaterland abgespaltenen politischen Kräfte gegründet und ist unter den wirtschaftspolitisch liberal

<sup>223</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.17f., 33

<sup>224</sup> Eine ausführliche Beschreibung der diversen Diskussionsclubs, aus denen Vaterland hervorging findet sich bei Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.163

<sup>225</sup> Erwähnenswert ist die Wortwahl im Namen, wo „sõltumatus“ (Unabhängigkeit) anstelle von „iseseisvus“ (Selbstständigkeit) steht. Obwohl man im Deutschen in diesem Zusammenhang eher von Unabhängigkeit spricht, war das in Estland zu dieser Zeit zumindest nicht selbstverständlich. Erinnert sei hier an den ebenfalls zitierten Buchtitel von Valter Udam „Taasiseseisvumine“, was so viel bedeutet wie das „wieder-selbständig-Machen“. Im Deutschen läßt sich diese Tätigkeit nicht substantivieren.

<sup>226</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.15. Arter spricht hingegen vom 20. August. Vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.156.

<sup>227</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.165

eingestellten Parteien Estlands die radikalste. Daß in seiner Amtszeit als Präsident der Nationalbank bei einem Spekulationsgeschäft zehn Millionen US-Dollar verloren gingen, hat den weiteren Erfolgzug Siim Kallas' nicht verhindert. Geplant ist eine Vereinigung mit der **Russisch-Baltischen Partei in Estland (Vene Balti Erakond Eestis)**.

Zu den **wichtigsten kleinen Parteien** gehören die russischen. Da sind die **Vereinigte Volkspartei Estlands (Eesti Ühendatud Rahvapartei)** und die **Russische Partei in Estland (Vene Erakond Eestis)**. Erstere steht dem alten System näher und kandidierte 1999 gemeinsam mit den Kommunisten, während sich die zweite Partei eher als Vertreter der Estland gegenüber loyalen Russen versteht. Zusammen mit der **Russischen Einheitspartei (Vene Ühtsuspartei)** bildeten sie 1995 die Wahlliste **Unsere Heimat ist Estland! (Meie kodumaa on Eesti!)**.

Als politische Eintagsfliege erwies sich auf der extremen Rechten **Besseres Estland / Estlands Bürger (Parem Eesti / Eesti Kodanik)** des Auslands-Esten und pensionierten US-Colonels **Jüri Toomepuu**, den Lieven als extrem sprunghaft bezeichnet.<sup>228</sup> Er zog in das erste Parlament nach der Unabhängigkeit ein und verschwand anschließend wieder.

Die Unabhängigen Royalisten (**Sõltumatud Kuningriklased**) warben „*with apparent seriousness*“ für die Einführung der Monarchie. Deren Anhänger fanden sich vorwiegend auf den großen estnischen Inseln Saaremaa (Ösel) und Hiuma (Dagö).<sup>229</sup> Die Royalisten argumentierten, es sei sicherheitspolitisch vernünftig, sich von Rußland abzukoppeln und durch die Einführung der Monarchie eine quasi familiäre Beziehung zu Schweden herzustellen, indem ein neu zu schaffender estnischer Thron einem schwedischen Prinzen angetragen werde. Estlands fehlende monarchische Tradition sei insofern kein Einwand, als auch Norwegen erst nach der Unabhängigkeit eine eigene Dynastie begründet habe. Die Einführung der Monarchie solle jedoch nicht sofort geschehen, da Estland dafür noch nicht reif sei. Da die Royalisten eine Gruppe von aus Funk und Fernsehen bekannten Humoristen und Entertainern waren, scheinen Zweifel an ihrer Ernsthaftigkeit berechtigt.<sup>230</sup>

<sup>228</sup> Diese Partei vertrat die Ansicht, die mit autoritären Elementen gespickte Verfassung von 1938 müsse wieder in Kraft gesetzt werden. Vgl. Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, S.; Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.284

<sup>229</sup> vgl. Pettai; Vello: The Baltic States; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S.136f.

<sup>230</sup> Zumindest bescherte die alte Regierung den Royalisten einen Teilerfolg bei der Suche nach einem geeigneten Objekt als Kern der neuen Monarchie. Nachdem die Verwaltungsgliederung der Zwischenkriegszeit wieder eingeführt worden war, gehörte der südliche Zipfel der Insel Saaremaa zu keinem Kreis mehr. Während dort vor dem Zweiten Weltkrieg wegen der hohen Einwohnerdichte eine eigene Verwaltungseinheit existierte, wurde diese auf Grund der heute schwachen Besiedlung weder erneuert, noch das Gebiet einem anderen Bezirk zugeordnet. Die Bürger riefen daraufhin mehr als Touristenscherz das „Königreich Torgu“ aus. Auch „König Kirill I.“ war Abgeordneter der Royalisten-Fraktion in Riigikogu, jedoch nicht Mitglied der Partei.

### **3.2 Lettland**

Im lettischen Parteiensystem finden erheblich mehr Spaltungen und Vereinigungen statt als in den Nachbarrepubliken. Die Liste für die drei bisherigen Wahlen ist daher etwas länger.

**Lettlands Weg (Latvijas Ceļš)** ging aus einem Diskussionsklub (Klubs 21) hervor, in dem sich Intellektuelle und Wirtschaftsexperten mit Auslandslettten trafen, um schon zur Zeit der Volksfrontregierung über die Zukunft des Landes zu debattieren. Dies ist ein Beispiel, wie die neue Elite nur zum Teil von der Volksfront gestellt wurde, schreibt Lakis.<sup>231</sup> Die liberale Partei umfaßt neben den Exil-Letten ehemalige kommunistische Kader, wurde 1993 bewußt als moderate Kraft mit marktwirtschaftlichen Idealen aus der Taufe gehoben und ist seit den ersten Wahlen 1993 als einzige ununterbrochen an der Macht. Mit **Valdis Birkavs, Māris Gailis, Vilis Krištopans** und **Andris Bērziņš** hat die Partei schon vier Ministerpräsidenten gestellt. Lettlands Weg kann in Lettland als professionellste Partei mit innerparteilicher Demokratie bezeichnet werden, die unter den großen als einzige erfolgreich über die Jahre hinweg nicht zerfallen und personell stabil ist.

Die **Christdemokraten** gehören zu den unstetigsten Teilen des lettischen Parteiensystems und haben bereits eine Vielzahl von Parteien kommen und gehen sehen. Zunächst wurde am 21. März 1991 die **Christdemokratische Union (Kristīgi Demokrātu Savienība)** gegründet. Im Laufe der Jahre kam es zu mehreren Mutationen, von Listenverbindungen mit der Bauernunion bis hin zur Fusion mit den inzwischen christdemokratisch umbenannten Resten der alten Volksfront, aus welchem Anlaß der Name in Anlehnung an Christdemokraten im westlichen Ausland in **Union der Christlichen Demokraten (Kristīgo Demokrātu Savienība)** geringfügig geändert wurde. Die Partei ist heute unbedeutend und ein Beispiel für die geringe Bindungskraft klassischer Milieuparteien, insbesondere einer Glaubensgemeinschaft in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft.

Erneute Veränderungen gab es für die Christdemokraten 2001 mit der Umbenennung **Der Neuen Partei (Jaunā Partija)**, die selbst nur kurz existierte, in **Die Neue Christliche Partei (Jaunā Kristīgā Partija)**. 2002 wurde mit **Lettlands Erster Partei (Latvijas Pirmā Partija)**, die auch als Priesterpartei bezeichnet wird, weil alle führenden Politiker aus diesem Beruf kommen, eine weitere Partei in dieser politischen Nische gegründet. Während die letzten beiden Parteien anschließend fusionierten, wollen die eigentlichen Christdemokraten einstweilen die neue Partei nur unterstützen.

---

<sup>231</sup> vgl. Lakis, Pēteris: Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā, Riga 1997, S.123ff.

Die nationalistische Partei **Für Vaterland und Freiheit / Lettlands National-Konservative Partei (Tēvzemei un Brīvībai / Latvijas Nacionāli Konservatīvā Partija)** ist aus der Fusion vorher miteinander konkurrierender Parteien des rechten Flügels entstanden. Die anfangs wichtigere von beiden, die ehemalige **Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung (Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība)** hatte sich zuerst in **Lettlands Nationale Konservative Partei (Latvijas Nacionāli Konservatīvā Partija)** umbenannt und arbeitete weiterhin mit der wertkonservativen **Grünen Partei Lettlands (Latvijas Zaļā Partija)** zusammen.

Nach langjährigem Kampf um die Vorherrschaft im nationalkonservativen Lager mit der radikaleren nationalistischen Partei Für Vaterland und Freiheit (Tēvzemei un Brīvībai) kam es schließlich 1997 zur Vereinigung. Die dabei abgespaltenen dritten Parteien sind alle anschließend am Wählervotum gescheitert. Die namentlich gleichberechtigte Vereinigung zur Partei Für Vaterland und Freiheit / Lettlands Nationale Konservative Partei kann aber nicht darüber hinweg täuschen, daß die wichtigsten Politiker der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung in der neuen vereinigten Partei politisch nicht mehr aktiv sind.

Mit verantwortlich für den Niedergang der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung war der Deutsche Joachim Siegerist. 1993 hatten die Politiker der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung ihn gern in ihre Reihen aufgenommen, weil er als ausländischer Geschäftsmann die nötigen finanziellen Mittel für eine umfangreiche Werbeaktion hatte, die ob ihrer Schärfe und Polarisierung nach verbreiteter Meinung zum relativen Mißerfolg beitrug.<sup>232</sup> Siegerist nahm sein Parlamentsmandat wegen mangelnder Sprachkenntnisse so gut wie nie in Anspruch.

Für Vaterland und Freiheit hat über Jahre hinweg vehement gegen jede Liberalisierung bei der Einbürgerung der in Lettland starken Minderheiten und für eine Verschärfung der Sprachgesetzgebung gekämpft, letztlich aber in Koalitionen mit Lettlands Weg alle unter anderem von der OSZE geforderten Änderungen mitgetragen.

Wirtschaftspolitisch ist die Partei, insbesondere nach der Abspaltung des liberalen Flügels der Unabhängigkeitsbewegung, tendenziell staatsinterventionistisch. Die Privatisierung der letzten großen Unternehmen wurde über Jahre und mehrere Regierungen hinweg gebremst.<sup>233</sup>

---

<sup>232</sup> Im Wahlkampf war Siegerist international aufgefallen, weil er die gesetzliche Freiheit der Letten, an einem beliebigen Ort ihrer Wahl die eigene Stimme abzugeben – dies wird mit einem Stempel im Paß registriert – ausnutzte, um in der Hauptstadt Busse zur Verfügung zu stellen, welche die Wähler in das weniger als 50 km entfernte Jelgava brachten, wo Siegerist selbst kandidierte. Die Teilnahme wurde außerdem mit Bananen belohnt.

<sup>233</sup> vgl. Dreifelds, Juris: Latvia in transition, Cambridge 1996, S.87

Nachdem **Joachim Siegerist** in der ersten Legislaturperiode nach der Unabhängigkeit aus der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung ausgeschlossen worden war, gründete er vor den Wahlen von 1995 zusammen mit dem alten Parteifreund **Odisejs Kostanda** seine eigene Partei, die **Volksbewegung für Lettland – Siegerist-Partei (Tautas Kustība Latvijai – Zīgerista Partija)**. Programmatisch vertrat die Siegerist-Partei einen Wirrwarr aus Antikommunismus und Unterstützung für das einfache Volk gegen das Establishment; sie nutzte das Unverständnis und die Angst der Menschen vor internationalen Organisationen wie der EU. Siegerist verdiente sein Geld als Geschäftsmann durch den Import und Verkauf westlicher Produkte und setzte sich geschickt in Szene, indem er Rentner unterstützte oder die Finanzierung medizinischer Behandlung für kranke Kinder inklusive ihrer Überführung nach Deutschland übernahm. Siegerist bestätigte damit die verbreitete negative Meinung über andere Politiker, die sich um das Volk nicht kümmern.

Die **Sozialdemokratische Vereinigung (Sociāldemokrātu Apvienība)** ist eine Koalition aus **Lettlands Sozialdemokratischer Arbeiterpartei (Latvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku Partija)** und **Lettlands Demokratischer Partei der Arbeit (Latvijas Demokrātiskā Darba Partija, LDDP<sup>234</sup>)** aus der Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Die erste der beiden Parteien, hervorgegangen aus der Volksfront, hatte sich unter **Egīls Baldzēns** bei der Wahl 1993 noch deutlich von der Schwesterpartei abzugrenzen versucht. Die zweite Partei ist der programmatisch zur Sozialdemokratie mutierte Rest der lettischen Kommunisten, die sich im Laufe des Umbruchs von der zur KPdSU gehörenden lettischen kommunistischen Partei getrennt hatte. Gemeinsam ist beiden Parteien eine für Sozialdemokraten überraschend nationalistische Einstellung. So ist der Vorsitzende Juris Bojārs trotz seiner KGB-Vergangenheit, die zwar nicht seine Popularität<sup>235</sup> mindert, ihm aber die Kandidatur zum Parlament versagt, strikt gegen die doppelte Staatsbürgerschaft für die 1940 ins Exil geflüchteten Letten und deren Nachkommen.<sup>236</sup> Das konnte die neuerliche Spaltung nicht verhindern. 2002 gründete Baldzēns unter dem Namen **Sozialdemokratische Union (Sociālde-**

<sup>234</sup> Grundsätzlich möchte ich auf die in Presse und Literatur übliche Gewohnheit, bekannte und / oder offizielle Abkürzungen zu verwenden, verzichten, weil es bei drei Staaten mit verschiedenen Sprachen plus der Sprache des Textes und englischsprachiger Originalzitate nur zu großen Verwirrungen kommen kann. Die estnische ERSP wird im Englischen zur ENIP, und auf Deutsch müßte man ENUP abkürzen. Die einzige Ausnahme gilt für die LDDP, die mit derselben Abkürzung als gewendete kommunistische Partei in Lettland **und** Litauen auftaucht und als solche auch mit der Abkürzung aus der Originalsprache identifizierbar bleibt.

<sup>235</sup> Vor den ersten Wahlen wurde ein viel größerer Erfolg von Bojārs befürchtet, da er dank seiner rhetorischen Fähigkeiten ziemlich populär ist. Vgl. Lieven, Anatol: *The Baltic revolution*, New Haven und London 1994, S.300

<sup>236</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Blūzma, Valdis: Sabiedriski politiskās domas un partiju sistēmas attīstība; in: Latvijas Universitātes žurnāla "Latvijas Vēsture" fonds, Latvijas Zinātnu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): *Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993.*, Riga 1998, S.380

**mokrātu Savienība)** eine neue Fraktion, wenn ihm auch nicht besonders viele Parteifreunde folgten.

Die **Demokratische Partei Hausherr (Demokrātiskā Partija Saimnieks<sup>237</sup>)** hat eine bewegte Herkunft. Weil die Volksfront zu national geworden war, hatten am 17. Oktober 1992 einige – vorwiegend aus der kommunistischen Partei stammende – Abgeordnete die **Demokratische Zentrumspartei (Demokrātiskā Centra Partija)** gegründet, an deren Spitze unter anderen das Ehepaar **Aivars Kreituss** und **Ilga Kreituse** stand. Wegen der Namensgleichheit mit einer Vorkriegspartei änderte die mit einer kleinen Fraktion im Parlament vertretene Partei schon kurz nach der Wahl 1993 ihren Namen, indem sie das Zentrum aus dem Namen strich.<sup>238</sup> 1994 kam es zur Vereinigung mit der Partei „**Hausherr**“ (*Saimnieks*) des umstrittenen Ex-Innenministers der Volksfrontregierung, **Ziedonis Čevers**. Die Partei driftete anschließend in den Populismus ab, was ihr zwar 1995 ein vergleichsweise gutes Ergebnis bescherte, sie aber schon 1998 in der Bedeutungslosigkeit verschwinden ließ.

Die anfangs als Listenkoalition **Harmonie für Lettland – Wiedergeburt der Volkswirtschaft (Saskaņa Latvijai – Atdzimšana Tautsaimniecībai)** aufgetretene **Partei der Volksharmonie (Tautas Saskaņas Partija)** hat ihre Wurzeln in der Volksfront, für die **Jānis Jurkāns** als Außenminister diente. Unter ihm wird gegenüber Rußland eine freundliche Rhetorik propagiert, flankiert von einer sozialstaatlichen Programmatik, womit die Wählerschaft in der Hochburg im stark ethnisch gemischten und vergleichsweise armen Südosten des Landes angesprochen wird. Das hat bisher verhindert, daß die Partei je an einer Regierung beteiligt war. 1994 kam es zur Abspaltung des eher liberalen Flügels, der als **Vereinigung der Volkswirte (Tautsaimnieku Apvienība)** eine neue Partei gründete, und durch die Zusammenarbeit mit den Sozialisten von **Alfrēds Rubiks** zu einer Wende nach links. Die Partei spricht zwar wie die Sozialisten die russischsprachigen Bürger an, unterscheidet sich von den Sozialisten darin, daß diese aus der Interfront hervorgegangen sind, während die Partei der Volksharmonie aus der Volksfront

---

<sup>237</sup> Für das lettische Wort *Saimnieks* gibt es keine direkte Entsprechung im Deutschen. Deutschsprachige Publikationen streiten über die Frage, ob „Herr im Haus“ oder „*Hausherr*“ die treffendere Übersetzung ist. Tatsächlich ist der Begriff im Lettischen nicht deckungsgleich mit Eigentümer: *Saimnieks* ist der Betreiber, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Der Begriff kann also Eigentümer oder Familieneoberhaupt bedeuten. Nichtsdestotrotz ist die fragliche Partei mit dem Slogan „*Esi saimnieks savā zemē*“ im Wahlkampf angetreten, was ins Deutsche nur mit „sei Herr im eigenen Land“ übertragen werden kann. Derselbe Satz figurierte übrigens schon auf Plakaten der Volksfront zehn Jahre zuvor und ist daher als Parole auf dem Weg in die Unabhängigkeit nicht anders zu verstehen. Der Einfachheit halber wird in der vorliegenden Abhandlung „*Hausherr*“ als Übersetzung verwandt. Die kursive Hervorhebung in der Benennung stammt vom Original.

<sup>238</sup> vgl. Matthes, Claudia-Yvette: Politisches und Rechtssystem Lettlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.73

hervorging und sich als einzige Partei sieht, die deren Werte nach wie vor hochhält.<sup>239</sup>

Nachdem 1994 das Gesetz verlangte, sich als Partei registrieren zu lassen, entstand aus der bis dahin als Bewegung unter dem Namen **Gleichberechtigung (Līdztiesība)** im Parlament sitzenden Gruppe die **Sozialistische Partei (Sociālistiskā Partija)**. Doch da man sich nicht darauf einigen konnte, wie weit die Partei eine Lobbypartei der Russen sein soll, spaltete sich ein Teil ab, der weiterhin unter Gleichberechtigung<sup>240</sup> firmiert.<sup>241</sup>

Am 5. Juli 1990 gegründet, stellt **Lettlands Bauernunion (Latvijas Zemnieku Savienība)** den Versuch dar, an alte Erinnerungen und die nach verbreiteter Meinung goldenen Zeiten Lettlands in den späten dreißiger Jahren anzuknüpfen. Die Bauernunion<sup>242</sup> war die Partei des mit diktatorischen Vollmachten regierenden Kārlis Ulmanis. Zur Unterstützung dieses Pathos gewann die Partei anfangs den Neffen des kinderlosen Übervaters, **Guntis Ulmanis**, für ihre Partei, der sogar über zwei Amtszeiten Präsident war. Dennoch gelang es dieser Partei nach dem Rückzug aus der ersten Koalition wegen Differenzen in der Landwirtschaftspolitik nicht, Wählerschaft an sich zu binden, und sie verschwand gemeinsam mit den Christdemokraten auf nationaler Ebene in der Bedeutungslosigkeit. Die Bauernunion ist ein Beispiel für den Mißerfolg historischer Parteien.

### **3.3 Litauen**

Das Parteiensystem in Litauen zeichnete sich während der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit durch seine Stabilität auf der einen wie durch seine Fähigkeit zu klaren Mehrheitsverhältnissen auf der anderen Seite aus. Diese Struktur wurde in der Literatur intensiv behandelt und als Stabilität oder Polarisierung bewertet. Seit der Krise im Parteiensystem 1999 und 2000 hat sich das Bild grundlegend geändert. Beide Attribute können nun auch für Litauen nicht mehr gelten.

---

<sup>239</sup> vgl. Ostrovska, Ilze / Odīte, Liene / Žītars, Valdis / Āboltiņa, Signe / Strode, Ieva / Indāns, Andris / Brants, Māris / Vanaga, Sanita: 6. Saeimas vēlēšanās gaidot; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr.6, 06.1995, S.32

<sup>240</sup> Gleichberechtigung ist nie verboten worden, wie Beichelt fälschlich behauptet. Vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.178. Vielmehr war es neben Rubiks weiteren Personen ab 1995 wegen ihrer Vergangenheit nicht erlaubt, für das Parlament zu kandidieren.

<sup>241</sup> vgl. Matthes, Claudia-Yvette: Politisches und Rechtssystem Lettlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.72

<sup>242</sup> Die heutige Partei darf nicht verwechselt werden mit der Lettischen Bauernunion (Latviešu Zemnieku Savienība), die sich ebenfalls mit Berufung auf die einflußreiche Vorkriegspartei von Kārlis Ulmanis wiedergründet hatte. Der grammatischen Unterschied „Lettisch“ oder „Lettlands“ ist im Hinblick auf die starken Minderheiten bedeutend. Vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.271

1993 entstand aus Sajūdis die **Heimatunion (Litauens Konservative) (Tėvynės Sajunga (Lietuvos Konservatoriai))** von Vytautas Landsbergis; sie vertritt eine Mischung aus liberaler Politik mit einer klaren Akzentuierung litauischer Interessen. Versuche, die Bewegung in eine Partei umzuwandeln, hatte es seit 1990 verschiedene gegeben, denen jedoch kein Erfolg beschert war, weil viele der vorher unter diesem Dach kandidierenden Formationen, wie die Sozial- und die Christdemokraten, an Sajūdis als parteiübergreifender Bewegung festhalten wollten respektive, abgeschreckt vom polarisierenden Führungsstil Landsbergis', das Bündnis schon vorher verließen. So war die neue Partei schließlich keine Umbrella-Bewegung<sup>243</sup> mehr, sondern nur noch deren rechter Flügel. Damit setzte die Partei die oft als Polarisierung beschriebene Tradition der Unabhängigkeitsbewegung fort. Als wichtiger Vertreter ist außerdem **Gediminas Vagnorius** zu nennen, der sich als zweimaliger Ministerpräsident mit Landsbergis ebenfalls zerstritt.

Dem gegenüber standen lange Zeit die gewendeten Kommunisten Litauens, die sich als erste in der Sowjetunion von der Zentrale lösten und die **Demokratische Partei der Arbeit (Lietuvos Demokratinė Darbo Partija)** gründeten. Durch ihre Galionsfigur, den 1992 zum Präsidenten gewählten **Algirdas Brazauskas**, genoß die Partei Popularität – eine Ausnahme unter den baltischen Ex-Kommunisten. Die LDDP konnte nach ihrem Wahlsieg 1992 zwar als Regierungspartei die Kontakte zur Sozialistischen Internationale intensivieren, die Aufnahme scheiterte jedoch, weil die Internationale generell „gewendeten“ Kommunisten mißtraut und ohnehin nur eine Partei pro Land aufnimmt.<sup>244</sup>

Das sozialdemokratische Feld hatte nämlich 1990 schon die früh aus Sajūdis ausgestiegene **Litauens Sozialdemokratische Partei (Lietuvos Socialdemokratų Partija)** besetzt, die sich auf ihre Geschichte während der Zwischenkriegszeit beruft. Sie ist damit die einzige Partei, die sich an Sajūdis beteiligte und trotzdem links der Mitte positionierte. Die Sozialdemokratie reklamiert mit ihrer Wiedergründung 1989 die erste Parteigründung der nachsowjetischen Phase für sich. Im Unterschied zur postkommunistischen LDDP gehören die Sozialdemokraten schon seit Oktober 1990 der Sozialistischen Internationale an. Als Lösung hat (der Rentner) Brazauskas im Vorfeld der Wahlen 2000 endlich die Zusammenarbeit beider sozialdemokratischer Par-

---

<sup>243</sup> Wie wenig Sajūdis vorher schon eine Umbrella-Bewegung war, sondern sich in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten über die frühe Vorderung nach nationaler Unabhängigkeit hinaus weiter radikalierte, beschreibt Mikkel. Vgl. Mikkel, Evald: The Cleavage Formation and the Emergence of 'Party Systems' in the Post-Soviet Societies: Estonia and Lithuania Compared, ohne Ort 1998, S.11

<sup>244</sup> vgl. Veser, Reinhard: Politische Parteien in Litauen; in: Osteuropa 10/94, S.941f.; Clark, Terry D.: The 1996 elections to the Lithuanian Seimas and their aftermath; in: Journal of Baltic Studies, Vol XXIX, Nr.2 1998, S.135f. Krupavičs, Algis: Partiju attīstība Lietuvā un to starptautiskie sakari; in: Baltijas valstis liktenģriežos, Riga 1998

teien erreicht. Unter seinem Namen beteiligten sich an der Koalition noch weitere kleinere Parteien.

Im katholischen Litauen gehörte **Litauens Christdemokratische Partei (Lietuvos Krikščionių Demokratų Partija)** im politischen System der Zwischenkriegszeit bis zum Putsch unter Smetona, der sie 1936 nach zehn Jahren verbot, zu den wichtigsten Kräften. Die Partei beruft sich seit der Wiedergründung 1990 auf ihre lange Tradition seit 1904, war anfangs Teil von Sąjūdis und verweigerte sich später deren Polarisierung.<sup>245</sup>

Aus der Volksfront heraus entstand zunächst die Zentrumsbewegung unter dem populären **Romualdas Ozolas** und 1993 **Litauens Zentrumsunion (Lietuvos Centro Sajunga)** als Partei von Politikern, die sich auf keiner der beiden Seiten heimisch fühlten.<sup>246</sup> Die Programmatik ist gemäßigt, für Marktwirtschaft und freie Entfaltung des Individuums mit Betonung von Familien-, Bildungs-, Gesundheits- und Sicherheitspolitik, in denen der Staat eine führende Funktion übernehmen soll.

**Litauens Liberale Union (Lietuvos Liberalų Sajunga)** war lange eine Splitterpartei ohne Bedeutung, was sich 1999 schlagartig im Rahmen des Streits um die Privatisierung der Ölgesellschaft Mažeikių Nafta änderte. **Rolandas Pakšas**, damals Ministerpräsident der regierenden Heimatunion, lehnte den Verkauf an eine amerikanische Gesellschaft ab, stellte sich damit gegen die eigene Partei und wurde dadurch sehr populär. Er trat als Regierungschef zurück und übernahm sozusagen die Liberalen, die er mit großem Erfolg in die Wahlen von 2000 führte.

Die **Neue Union (Sozialliberale) (Naujoji Sajunga (Socialliberalai))** wurde vom früheren Generalstaatsanwalt, **Artūras Paulauskas**, gegründet, nachdem er in der Stichwahl um die Präsidentschaft 1998 Adamkus knapp unterlegen war. Die Partei verfügt programmatisch und personell nur über eine dünne Plattform. Das wurde besonders nach der Parlamentswahl 2000 deutlich, als Paulauskas zunächst mit den Liberalen eine Koalition einging, die dann an den Themen Steuern und Privatisierung scheiterte. Ideologisch steht die Partei den Sozialdemokraten näher, mit denen sie seither zusammenarbeitet.

**Wichtige Splitterparteien** sind folgende: Die 1989 gegründete **Litauische Demokratische Partei (Lietuvos Demokratų Partija)** unterscheidet sich nur marginal von der Zentrumsunion. Sie ist eine der typischen Parteien, deren Programme Pamphletumfang nicht überschreiten<sup>247</sup> und gelangte ausschließlich mit direkt gewählten Kandidaten ins Parlament.

---

<sup>245</sup> vgl. Veser, Reinhard: Politische Parteien in Litauen; in: Osteuropa 10/94, S.937, 939f.

<sup>246</sup> vgl. Veser, Reinhard: Politische Parteien in Litauen; in: Osteuropa 10/94, S.941

<sup>247</sup> vgl. Veser, Reinhard: Politische Parteien in Litauen; in: Osteuropa 10/94, S.940

Neben **Litauens Union der Nationalisten (Lietuvos Tautininkų Sąjunga)** gibt es verschiedene rechts von Sajūdis stehende Nationalisten, die teilweise in Fraktionsgemeinschaft oder durch Direktmandate im Parlament vertreten waren und in verschiedenen Konstellationen kandidiert haben. Wichtigster Politiker ist ein Verwandter des früheren Diktators Anatasas Smetona, der die Tradition der Staatspartei nach dem Putsch von 1926 heute fortsetzen will und eine äußerst nationalistische Volkstumsideologie vertritt,<sup>248</sup> seinerseits ebenfalls nur über ein Direktmandat ins Parlament eingezogen ist.

---

<sup>248</sup> vgl. Veser, Reinhard: Politische Parteien in Litauen; in: Osteuropa 10/94, S.940

## 4 Wahlen von 1990-2000

### 4.1 Wahlen zum Obersten Sowjet – die „Founding Elections“<sup>249</sup>

Nachdem die Unabhängigkeit als wesentliches Ziel erreicht worden war und die ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten die singende Revolution eingeholt hatten, legte sich die anfängliche Begeisterung der Bevölkerung. Die Gesellschaft und mit ihnen das Parteiensystem begannen sich aus den Volksfronten heraus und neben ihr zu verändern und zu differenzieren. Diese Auflösung der breiten Opposition war keine Überraschung.<sup>250</sup>

Der Aufbau der folgenden Kapitel orientiert sich nicht strikt von einem Wahltermin zum nächsten. Die Ereignisse im Vorfeld von Wahlen und die Konsequenzen derselben werden um deren zentrales Datum zusammengefaßt. Die Wahlen zum Obersten Sowjet bilden den Auftakt, obwohl sie bereits im vorangegangenen Kapitel behandelt wurden. Waren sie dort Beispiel für den Erfolg der Volksfronten im sowjetischen System auf dem Weg in die Unabhängigkeit, so geht es jetzt konkret um die parteipolitische Entwicklung. Mit anderen Worten: Der vorangegangene Abschnitt beschäftigte sich mit dem Unabhängigkeitskampf Estlands, Lettlands und Litauens, jetzt richtet sich der Block auf die Parteiensysteme dieser Länder.

Natürlich dürfen dabei die Unterschiede nicht übersehen werden, welche die ersten halbwegs freien Wahlen deutlich von den nachfolgenden abheben – und dies von Land zu Land unterschiedlich. Gemeinsam ist den Sowjets der drei baltischen Staaten, daß die Kommunisten sich für das Mehrheitswahlsystem entschieden, weil sie sich von der direkten Konfrontation der Kandidaten

---

<sup>249</sup> Unter Founding Elections werden die ersten freien Wahlen verstanden, in denen sich ein neues Parteiensystem herausbildet. Für die baltischen Staaten ist dieser Begriff schwierig anwendbar, weil die ersten freien Wahlen noch in der Sowjetunion stattfanden, zwar mit der Wahlmöglichkeit zwischen Kommunisten, Umbrella-Bewegungen und Nationalisten als frei bezeichnet werden konnten, aber bevor das Monopol der Kommunisten auch juristisch aufgehoben war. Teilweise gelten darum die ersten Wahlen **nach** der Unabhängigkeit als Founding Elections. Als Kompromiß schlägt Krupavičius vor, von Founding Elections bei den Wahlen zu den Obersten Sowjets in den baltischen Republiken 1990 und von Party-System Building Elections für den ersten Urnengang nach der Unabhängigkeit zu sprechen. Vgl. Krupavičius, Algis: Electoral research in Lithuania; in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Elections in Central and Eastern Europe, Berlin 2000, S.147; Kasapovic, Mirjana / Nohlen, Dieter: Wahlsysteme und Systemwechsel in Ost-europa; in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996, S.246. Krupavičius widerspricht sich in einem anderen Text jedoch selbst mit der Behauptung, keines der Kabinette der Obersten Sowjets sei eine Partieregierung gewesen, folglich habe es keine Konkurrenz zwischen Parteien in diesem Parlament gegeben. Vgl. Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.164. 1999. Die Riigikogu-Wahl von 1999 sei im Verständnis der Menschen die dritte Wahl gewesen, so Toomla, obwohl die offizielle Numerierung das Parlament 9. Riigikogu nennt. Vgl. Toomla, Rein: Eessõna; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S.7

<sup>250</sup> vgl. Juchler, Jacob: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas; in: Osteuropa 2/94, S.127

und der Aufstellung unbelasteter Funktionäre und populärer Reformer eher einen Sieg versprachen als vom Verhältniswahlsystem.<sup>251</sup>

Versuche, die Umbrella-Bewegungen in eine politische Partei umzuwandeln, gab es vor allem von Landsbergis und Savisaar. Beide konnten sich jedoch nicht entscheiden, ob sie sozusagen **ihre** Partei gründen oder aber die Volksfront dauerhaft etablieren wollten „*as the national movement, and continue denouncing political parties in general as little groups which splinter society and bicker among themselves.*“<sup>252</sup>

Was auf den ersten Blick nach einer ähnlichen Entwicklung aus der Volksfront heraus zu Parteiensystemen aussieht und so auch zumeist in der Literatur dargestellt wird, entpuppt sich als ziemlich unterschiedlich. „*Die bei uns lange gepflegten Bilder von der innenpolitischen Situation im Baltikum stimmen einfach nicht*“. Es stünden nicht Nationaldemokraten gegen Altstalinisten, schreiben Kerner und Weiland, bieten jedoch nur die Alternative, die Situation als „*kompliziert*“ und „*verworren*“ zu bezeichnen. Was in bezug auf die Bipolarität noch grundlegend stimmen mag, doch kann im nachhinein nicht darüber hinweggesehen werden, daß die Parteien die nationalistische Karte wiederholt zu spielen versuchten. Kerner und Weiland räumen denn auch selbst nationalistische Tendenzen und autoritäre Ansätze ein<sup>253</sup>. Behauptung, das heutige Parteienspektrum sei aus den rechts von den Kommunisten stehenden Volksfronten entstanden, ist gleichfalls zu einfach und wird dem Faktum nicht gerecht, daß schon seit 1988 de facto ein Mehrparteiensystem bestand, dessen Spuren noch heute im Parlament erkennbar sind. Wie aufgezeigt, gibt es zwischen Estland und Lettland große Übereinstimmungen in der Entwicklung des Parteiensystems vor der Wahl zum Obersten Sowjet als auch anschließend. Litauen unterscheidet sich graduell von diesem Bild, indem die radikalen Fraktionen beider Seiten nie eine große Bedeutung erlangten. Woraus Pettai schließt, nach dem überragenden Sieg der Volksfronten in allen drei baltischen Republiken sei die Kohäsion in Litauen am stärksten gewesen, bleibt unklar. Nirgendwo sonst mußte so oft die Führung ausgetauscht werden, während es in Lettland sogar bis zum späteren Wahltermin nur einen Regierungschef gab.<sup>254</sup> Landsbergis hatte durch seine Stellung den Eindruck einer Kontinuität der Partei erweckt, wohingegen in Lettland weder Gorbunovs noch Godmanis den Niedergang der Volks-

---

<sup>251</sup> vgl. Kasapovic, Mirjana / Nohlen, Dieter: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa; in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996, S.221

<sup>252</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.280

<sup>253</sup> vgl. Kerner, Manfred / Weiland, Felix: Kompliziert und verworren... Die politische Situation in Lettland und Litauen; in: Osteuropa 10/92, S.877f.

<sup>254</sup> vgl. Pettai: Vello: The Baltic States; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S.131

front aufzuhalten konnten oder wollten. In Estland wurde der Zerfall hat durch die Absetzung Savisaars beschleunigt.

In Estland und Lettland zerfielen die Volksfronten durch Austritte politischer Kräfte, die sich nach dem Erreichen des gemeinsamen Ziels eine neue politische Nische suchten. Bestenfalls auf lange Sicht läßt sich behaupten, daß in Estland aus der Volksfront mit der Zentrumspartei und der Allianzpartei zwei politische Parteien hervorgegangene sind, während es in Litauen mit der Vaterlandsunion von Landsbergis nur eine ist, die radikalsten Nationalisten, die sich schließlich einfach einen neuen Namen gaben. In Lettland hingegen hatte sich die Volksfront in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit nie aufgelöst und war in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.

Es muß darüber hinaus auf einen weiteren wesentlichen Unterschied zwischen den Volksfronten der baltischen Staaten hingewiesen werden: Die Volksfront in Estland und Lettland war unter Einschluß der Kommunisten eine wirkliche Umbrella-Bewegung. Hier überließ man den Reformkommunisten das Prestigeamt des Parlamentssprechers, während der Regierungschef aus eher nationalistisch gesinnten Reihen stammte. In Litauen hingegen usurpierte Sajūdis dank der eigenen Mehrheit das gesamte Feld und mußte dafür die politische Verantwortung tragen. In Estland und Lettland konnten liberal-konservative Bewegungen aus der Volksfront heraus als neue politische Kräfte entstehen.

Während also die Landsbergis-Fraktion der konservativste und nationalistischste Teil von Sajūdis war und diese Rolle unter den relevanten Parteien des litauischen Parteiensystems weiterhin einnimmt, sind die Volksfronten in Estland und Lettland vergleichsweise eher eine Linke gewesen. Die Koalition mit den Kommunisten, die in Estland und Lettland Programm war, spaltete der Sajūdis in Litauen. In Estland ging aus der Volksfront die im Spektrum der relevanten Parteien eher links zu verortende Zentrumspartei hervor. In Lettland bleibt das Bild diffus.

Die Aufgaben der Volksfronten wurden sich mit der Unabhängigkeit hinfällig. Übrig blieben weniger eine Ideologie oder eine politische Richtung als vielmehr Integrationsfiguren, deren Handeln und Ambitionen die weitere Entwicklung der Parteiensysteme in wesentlichen Zügen steuerten, wobei sich die drei Parlamentspräsidenten als zentrale Personen in ihren Ambitionen sicher unterscheiden: Gorbunovs drängte nie nach hohen Ämtern, Landsbergis blieben sie verwehrt, und Rüütel mußte zehn Jahre auf seine Rückkehr in Amt und Würden warten. Insofern wäre es zu einfach, in Amt und politischer Zugehörigkeit eine Vorprogrammierung der weiteren politischen Karriere sehen zu wollen. Mit Staniszki gesprochen: „*Mit anderen Worten, während der ersten Phase der Transformation projizieren die neuen politischen Eliten, die sich aus reformorientierten ehemaligen Mitgliedern des*

*Parteiapparates und ehemaligen Oppositionsführern zusammensetzen, eher die Vorstellung von der Gesellschaftsentwicklung auf die Gesellschaft, als daß sie die Interessen konkreter Gruppen repräsentieren.“<sup>255</sup>*

In **Estland** ist die Angabe des Wahlergebnisses bei diesem entscheidenden Urnengang besonders schwierig, weil die Literatur widersprüchlich ist, die Autoren nicht einig sind.<sup>256</sup> Sicher fiel der Sieg der Volksfront mit 24% geringer als erwartet und bedeutend schlechter als in den benachbarten baltischen Republiken aus. Sie verschätzte sich in der Unterstützung der Bevölkerung und verlor auch wegen der Aufstellung besonders vieler Kandidaten. Auf diese Weise verteilten sich die Stimmen auf zu viele Kandidaten, die deshalb den Gegnern unterlagen, wie Lennart Meri etwa Mart Laar.<sup>257</sup> Die Volksfront mußte mit **Freies Estland (Vaba Eesti)** und dem **Estnischen Komitee (Eesti Komitee)**, welche fünf, einen und vier Minister stellten, koalieren.<sup>258</sup>

Obwohl die Volksfront nicht so stark war wie in den südlichen Nachbarländern und folglich auch deren Integrationskraft nicht entwickelte, setzte der Prozeß der eigenen Desintegration, wie Lauristin berichtet, schon 1991 durch die Gegnerschaft zwischen Volksfront und Estnischem Kongreß ein. Das war nicht einfach nur ein Gegensatz zwischen Personen und ihren Ansichten, sondern als Folge der 50 Jahre währenden Repression Ausdruck einer grundsätzliche Spaltung des estnischen Volkes.<sup>259</sup> Ursache dafür war unter anderem, daß Savisaar den Kongreß unbeachtet ließ und nicht, wie ursprünglich vereinbart, mit den nationalen Kräften zusammenarbeitete, sondern ausschließlich ein Kabinett aus alten Kommunisten zusammenstellte, wenn auch die Mitgliedschaft in der ihn tragenden Volksfront überlappend war und mehr als nur diese Kräfte umfaßte.<sup>260</sup>

Das Komitee, ein 71köpfiges vom Kongreß gewähltes Organ<sup>261</sup>, war nicht damit einverstanden, daß die Volksfront den Parlamentspräsidenten und den Regierungschef stellte. So kam es wohl wegen Edgar Savisaars eigenen Ambitionen auf das Amt des Ministerpräsidenten zu einer Absprache, in deren Folge auch Mitglieder der Volksfront gegen die eigene Kandidatin für das Parlamentspräsidium, Marju Lauristin, stimmten.<sup>262</sup> Dabei konnte sich Edgar

---

<sup>255</sup> vgl. Staniszakis, Jadwiga: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa; in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, S.327

<sup>256</sup> Toomla erstellt vergleichende Tabellen für die verschiedenen Statistiken zu den Wahlergebnissen von Volkskongreß, Estnischem Kongreß und Oberstem Rat. Vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.208ff.

<sup>257</sup> vgl. Mart Laar, Mart / Ott, Urmas / Endre, Sirje: Teine Eesti, Tallinn 2000, S.666f.

<sup>258</sup> vgl. Mart Laar, Mart / Ott, Urmas / Endre, Sirje: Teine Eesti, Tallinn 2000, S.676

<sup>259</sup> vgl. 20. augusti klubi (Hrsg.): Kaks otsustavat päeva Toompeal, Tallinn 1996, S.81

<sup>260</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.275

<sup>261</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.210

<sup>262</sup> vgl. Mart Laar, Mart / Ott, Urmas / Endre, Sirje: Teine Eesti, Tallinn 2000, S.670f.

Savisaar als Regierungschef mit einer Stimme Mehrheit nur knapp durchsetzen.<sup>263</sup> Gewählt wurde der Reformkommunist Arnold Rüütel.

Im Urteil der eher national eingestellten Politiker zeichnete sich Savisaars Regierungszeit auf IME folgend durch die Lancierung immer neuer utopischer Ziele aus. So verlor er nach und nach den Sukkurs weitgehend aller wichtigen Kräfte innerhalb der Volksfront, von der sich unter Führung bestimmter Politiker Grüne, Sozialdemokraten und die Land-Zentrumspartei abspalteten.<sup>264</sup> Savisaar hatte sich mit zu vielen ehemaligen Freunden überworfen. Bei den Konservativen hatte er sich unbeliebt gemacht, weil er auf einen Ausgleich mit den Russen pochte und gegebenenfalls zur Nullvariante als Lösung der Staatsbürgerschaftsfrage bereit war.<sup>265</sup> Doch ohne das Vertrauen des Parlaments war Savisaar mit der Krise überfordert.<sup>266</sup> Die chaotischen Zustände im Parlament verschärften freilich diese Krise. Auf Grund einer provisorischen Regelung war den Abgeordneten in Estland anfangs der beliebige Wechsel zwischen den Fraktionen möglich, sie konnten sogar Mitglied zweier parlamentarischer Gruppen gleichzeitig sein, was auch in den Parlamenten der beiden Nachbarländer Dank häufiger Fraktionswechsel unruhige Zeiten nach sich zog. Die in den Fraktionen verzeichneten Abgeordneten des Obersten Sowjets ergaben addiert mehr als die 105 Mitglieder des Parlaments. Ab Juni 1990 mußte sich jeder Abgeordnete für eine Fraktion entscheiden, wobei es erlaubt blieb, Fraktionen aufzulösen und neue zu bilden. Ein Überblick über die Zusammensetzung bleibt somit für beide Parlemente strittig,<sup>267</sup> die Fraktionen veränderten und entwickelten sich weg von der Ausgangskonstellation mit Kommunisten, Volksfront, Grünen, Landunion, Freies Estland und Demokratischer Partei hin zu dem Parteiengefüge, welches 1992 kandidierte.<sup>268</sup>

Am 4. November 1990 gab es den ersten Versuch, Savisaar durch Siim Kallas zu ersetzen. Savisaar obsiegte zwar, verlor jedoch nach und nach die Unterstützung der Mehrheit im Obersten Sowjet und konnte 1991 die Niederlage in einem erneuten Mißtrauensantrag nur Dank durch Unterstützung der Interfront abwenden. Made, einstiger Mitstreiter bei IME, hält Savisaar für einen Vollblutpolitiker, der alles daran setze, an die Macht zu kommen und

<sup>263</sup> vgl. Ruus, Jüri: Patterns of Estonian opposition 1987-1992; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and Economic reform policies, Umeå 1994, S.35f.

<sup>264</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.185f.

<sup>265</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.177

<sup>266</sup> vgl. Tarand, Kaarel: Süüdistusest otsuseni; in: Luup Nr. 4, 17.2.1997

<sup>267</sup> vgl. Mart Laar, Mart / Ott, Urmas / Endre, Sirje: Teine Eesti ,Tallinn 2000, S.667. Ein Überblick von Toomla vergleicht zwei Listen des Estnischen Komitees, die sich widersprechen. Vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.210ff.

<sup>268</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.211. 214

diese bis hin zu diktatorischen Vollmachten auszuweiten anstrebe. Aber am 23. Januar 1992 scheiterte Savisaar im Parlament mit dem Antrag, ihm wegen der tiefen Wirtschaftskrise Sonderrechte einzuräumen; statt dessen wurde ihm vorgeworfen, über Wirtschaftsreformen zu sprechen und tatsächlich eine Preiskontrolle einführen zu wollen.<sup>269</sup> Die Urteile sind ansonsten geteilt: Savisaars Antrag wurde einerseits mit dem Staatsstreich von Konstantin Päts 1934 verglichen,<sup>270</sup> Ruus dagegen hält die kritische Lage in Estland für den Grund zum Sturz Savisaars, den er als Abdriften Estlands nach rechts bezeichnet.<sup>271</sup>

Savisaar selbst beurteilt seine Zeit als Premier kritisch, weil sich eine Antipathie gegen die Volksfront und vor allem ihn selbst entwickelt habe. Während seine Regierung davon ausging, die Bevölkerung verstehe die Maßnahmen, hätten seine Nachfolger gedacht, man könne die Menschen manipulieren. Savisaar unterstreicht dies mit dem Hinweis auf die große Popularität der Regierung während seiner ganzen Amtszeit. Heute dagegen würden Regierungen weniger dank der Unterstützung aus der Bevölkerung als durch Vereinbarungen zwischen Parteien gebildet.<sup>272</sup> So richtig diese Beobachtung auf den ersten Blick ist, übersieht Savisaar die einfache Cleavage-Struktur in seiner Regierungszeit, als (fast) alle das gleiche Ziel anstrebten.

Savisaar wurde von Vähi abgelöst. Der Übergangsregierungschef war nur aufgrund des Widerstands von Rüütel nicht bereits 1990 nominiert worden. Vähi konnte sich auf die Stimmen der Unabhängigen Demokraten, der Landunion und Vaterland verlassen. Vaterland trat allerdings nicht in die Regierung ein und knüpfen ihr Stillhalten an eine Bedingung: Die Regierung Vähi durfte keine politische sein und ihre Kabinettsmitglieder mußten versprechen, bei den nächsten Wahlen nicht anzutreten. Das Klima im Obersten Sowjet wurde später gestört, als die Nationalisten, die hier eine klare Minderheit waren, in der verfassungsgebenden Versammlung plötzlich den Ton angaben, wodurch die Regierungsfähigkeit Vähis eingeschränkt wurde.<sup>273</sup>

Obwohl **Lettland** sich nach 1990 zunächst nur wenig von Estland unterschied, ergibt der Blick in die Literatur ein anderes Ergebnis. Das Mehrheitswahlrecht, so von Beyme, habe in Lettland zum Zwei-Parteien-System

---

<sup>269</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.6ff.; Kaldre, Peeter: Edgar Savisaare sinusoid; in Luup Nr. 24, 25.111996

<sup>270</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.66. Es heißt, Edgar Savisaar habe beispielsweise zur besten Sendezeit Redezeit im Radio verlangt. Vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.177

<sup>271</sup> vgl. Ruus, Jüri: Patterns of Estonian opposition 1987-1992; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and Economic reform policies, Umeå 1994, S.36, 40

<sup>272</sup> vgl. Edgar Savisaar, Edgar: Usun Eestisse, Tallinn 1999, S.13ff.

<sup>273</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.6ff.

geführt.<sup>274</sup> Dies stimmt in Lettland insofern noch weniger als in Estland, als die Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung sich an den Wahlen zum Obersten Sowjet beteiligten, obwohl Teile der Nationalisten die Wahl als illegitim ablehnten. Die Volksfront vertrat die Ansicht, man müsse das System mit seinen eigenen Mitteln schlagen, so daß alle Gruppen mit Ausnahme des Bürgerkomitees an der Wahl teilnahmen. Die Volksfront gewann 131 von 201 Sitzen, die Kommunisten 59, die Sozialdemokraten fünf, während die übrigen elf Sitze an unabhängige Kandidaten gingen.<sup>275</sup>

Aus der Volksfront, die als eine Koalition von Parteien und Einzelpersonen gegründet worden war, lösten sich im Laufe der Jahre folgende Parteien heraus: Im Mai 1992 die Demokratische Zentrumspartei, aus der sich unter Jānis Jurkāns wiederum eine Fraktion abspaltete, die mit der Position zum Staatsbürgerschaftsrecht nicht einverstanden war. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums entstand im Dezember 1992 die Gruppe Vaterland aus der Volksfront, die extrem nationalistische Ideen vertrat. Daneben entstand eine Fraktion, welche die relativ unumstrittene Idee vertrat, die Verfassung von 1922 zu reaktivieren.<sup>276</sup> Die Volksfront bestand schließlich nur noch aus 53 der ursprünglichen Abgeordneten.<sup>277</sup>

Zwischen Juni bis Dezember 1989 wurde die historische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Lettland wieder aktiviert,<sup>278</sup> für die sich mit Valdis Šteins eine schillernde Figur des politischen Lebens in Lettland stark machte. Es folgten große Auseinandersetzungen, weil Šteins weniger an sozialdemokratischen Zielen denn an einer nationalradikalen Politik interessiert war. So gab es anfangs einen Beschluß, keine Mitglieder aufzunehmen, die in der Kommunistischen Partei waren, was u.a. dazu führte, daß linksgerichtete Politiker aus der sich auflösenden Kommunistischen Partei sich nicht den Sozialdemokraten anschließen konnten. Šteins zog sich schließlich zurück und gründete die erfolglose Konservative Partei.<sup>279</sup> Seither existierten insgesamt drei Parteien sozialdemokratischer Richtung, die Sozialdemokratische Arbei-

<sup>274</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.29

<sup>275</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.265

<sup>276</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Sabiedriski politiskās domas un partiju sistēmas attīstība; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.361ff.

<sup>277</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.299

<sup>278</sup> vgl. Levits, Egīls: Lettland unter sowjetischer Herrschaft. Die politische Entwicklung 1940-1989; in: Meisner, Boris: Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.; Nolte, Hans-Heinrich: Nationenbildung östlich des Bug, Hannover 1994, S.199; Matthes, Claudia-Yvette: Politisches und Rechtssystem Lettlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.55

<sup>279</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986-1993., Riga 1998, S.2630ff.

terpartei, die Sozialdemokratische Partei und Lettlands Unabhängige Kommunistische Partei. Die Arbeiterpartei war, wie oben schon erwähnt, als Exilpartei schon lange Mitglied der Sozialistischen Internationale, deren Ehrenvorsitzender, Bruno Kalniņš, Chef der lettischen Partei war.<sup>280</sup>

Im Februar 1990 gründete sich die LNK, die unabhängige Kommunistische Partei Lettlands, die sich schon im September desselben Jahres in LDDP, Demokratische Partei der Arbeit, umbenannte. Im Dezember 1991 wurde Juris Bojārs ihr Vorsitzender in Nachfolge von Ivars Ķežbers. Unter dem neuen Chef trat die Partei zwar für eine erleichterte Einbürgerung der Nicht-Letten ein, war aber entschieden gegen die doppelte Staatsbürgerschaft für Exil-Letten.<sup>281</sup>

Mit besonders viel Aufmerksamkeit wurde die Gründung des „Klub 21“ unter Beteiligung von Valdis Birkavs und Juris Podnieks beobachtet.<sup>282</sup> Es war dies ein Versuch, aus der Volksfront heraus Interessierte zur Gründung einer neuen Partei zusammenzubringen. Daran beteiligten sich unter anderen die bekannten Exil-Letten Gunārs Meierovics und Egīls Levits.<sup>283</sup> Während Gorbunovs (dessen unglaubliche Popularität nicht durch den Umstand ins Wanken gebracht wurde, daß er als Chefideologe der Kommunisten noch wenige Jahre zuvor für die Verfolgung der „Helsinki 86“-Gruppe federführend verantwortlich war) unbedingt dabei sein sollte, wollte man den damaligen Ministerpräsidenten Ivars Godmanis wegen der schlechten Umfragewerte von Anfang an nicht in der Partei haben.<sup>284</sup> Eine zeitweilige Entscheidung, denn Godmanis wurde später immerhin Minister für die zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegründete, aus dem Klub hervorgegangene Partei Lettlands Weg.

Die Volksfront in Lettland, wo die Konflikte wegen des höheren Bevölkerungsanteils der ethnischen Minderheiten kritischer waren,<sup>285</sup> konnte einerseits aus diesem Grund eine größere Integrationskraft entwickeln, andererseits auch wegen der hier größeren Zahl von gegen Reformen eingestellten Abgeordneten im Parlament. Allerdings wurde durch den Zerfall der Sowjetunion und das Verbot der Interfront das Gewicht der Nationalisten im politischen Spektrum größer.<sup>286</sup> Im Herbst 1991 habe es kaum noch eine Legitima-

<sup>280</sup> vgl. Rajevska, Feliciana / Jurciņa, A.: Sociāldemokrātija mūsdieni pasaule, Riga 1990, S.27

<sup>281</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.266ff. Bei Bāra wird April 1990 angegeben. Vgl. Bāra, Daina: The development of political parties in Latvia, Manuscript, Riga 1993, S.4f.

<sup>282</sup> Der Klub war von Beginn an eines der wesentlichen Objekte für Korruptionsvorwürfe. Vgl. Dreifelds, Juris: Latvia in transition, Cambridge 1996, S.86

<sup>283</sup> Der Jurist Levits publizierte auch vielfach über Lettland und wird auch in der vorliegenden Arbeit zitiert.

<sup>284</sup> vgl. Gailis, Māris: Varas tehnoloģija , Riga 1997, S.75ff.

<sup>285</sup> Nach offiziellen Zahlen sollen die Minderheiten, die als Nachfahren von früheren lettischen Staatsangehörigen in der lettischen SSR lebten, 1993 schon immerhin 18% der Wählerschaft ausgemacht haben. Vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.301

<sup>286</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.297

tion für den nach sowjetischem Recht gewählten Obersten Sowjet gegeben und damit keinen Grund, die aus ihm hervorgegangene Regierung im Amt zu lassen. Die nationale Opposition hätte in diesem Moment Druck auf die Regierung ausüben können, „verschließ aber die einmalige Möglichkeit“ wie Kerner und Gobiņš urteilen.<sup>287</sup>

Dazu trug das Unverständnis des parlamentarischen Systems wesentlich bei, wo durch ständige Zusatzanträge die Lesung von Gesetzesnovellen Monate in Anspruch nahm. Typisch die Kritik eines Abgeordneten, der Godmanis Vorwürfe machte, ohne selbst bessere Vorschläge einzubringen, und zur Rede gestellt, dies ebenfalls als Aufgabe der Regierung ansah. Die allgemeine Enttäuschung über die Regierung und die Ansicht, diese arbeite mehr für ihre Eigeninteressen als für die Bevölkerung, begann schon in dieser Zeit wegen der Wirtschafts- und Versorgungskrise. Politiker waren so unbeliebt, daß ein Abgeordneter vor der Wahl 1993 sagte, das beste, was ihm passieren könne, sei, daß die Wähler seine Mitgliedschaft im Parlament vergessen. Selbst Breschnew könne man mit mehr Erfolg aufstellen.<sup>288</sup> Das Hauptproblem war, so Godmanis gegenüber einer Biographin in Anspielung auf die Trennung von Rußland, daß die Menschen hier seien und die Ressourcen jenseits der Grenze. Es gebe nichts, wovon man die Kosten für Energie hätte zahlen können; lösen könne dieses Problem nur die Zeit.<sup>289</sup> Trotz eines umfangreichen Demokratisierungsprogrammes blieb der Mangel an konkreten Ideen zum Übergang in der Wirtschaft die Schwäche der Volksfront, berichtet Arter. Dennoch sei das erste Programm mit der Forderung nach mehr Autonomie innerhalb der Sowjetunion als schrittweise Annäherung an das eigentliche Ziel sinnvoll gewesen. Daß diese Forderung nicht sofort aufgestellt wurde, war sowohl auf die Machthaber in Moskau als auch auf die fehlende Akzeptanz der Bevölkerung für derartig radikale Forderungen zurückzuführen. Das zeigt die verhältnismäßig geringe Unterstützung für die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung, die keine Massenbewegung war. Umfragen im April 1989 hatten eine große Zustimmung für die Volksfront wie für die Grünen ermittelt. Die Nationalisten waren abgeschlagen. „*The party was clearly still associated in the popular mind with risk*“.<sup>290</sup>

In Lettland war, wie bereits angeschnitten, wegen der russischen Minderheit die Fraktion der Unabhängigkeit reserviert gegenüberstehenden Abgeordneten größer als in Estland und Litauen. Die Volksfront überlebte daher länger als in den Nachbarstaaten, und die Regierung Godmanis blieb länger

<sup>287</sup> vgl. Gobiņš, Mārcis / Kerner, Manfred: Lettland im Jahre 3 der Unabhängigkeit, unveröffentlichtes Manuskript, S.6

<sup>288</sup> vgl. Lieven, Anatol: *The Baltic revolution*, New Haven und London 1994, S.265f.

<sup>289</sup> vgl. Utēna, Inga: *Cilvēks Godmanis*, Riga 1997, S.151f.

<sup>290</sup> vgl. Arter, David: *Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia*, Aldershot Dartmouth 1996, S.158.

im Amt, obwohl mit Reformkommunisten, moderaten Dissidenten und Nationalisten recht unterschiedliche Flügel vertreten waren. Keine andere Fraktion wäre in der Lage gewesen, die Regierung zu ersetzen, wobei freilich auf Ministerebene der Verschleiß hinreichend groß war und letztlich nur Godmanis bis zu den Neuwahlen im Amt blieb. Gleichzeitig nennt Lieven Ziedonis Čevers als Beispiel für einen Minister der Nomenklatura, der bis 1993 trotz aller Veränderungen in Schlüsselpositionen blieb. Durch diese Konstellation kam es jedoch zu keiner endgültigen Entscheidung über die Staatsbürgerschaftsfrage. Gorbunovs als Vertreter der Reformkommunisten, der lange Zeit für die Null-Variante optiert hatte, schloß sich schließlich strengeren Forderungen an, wie sie die Moderaten um Dainis Īvāns und die Radikalen um Andrejs Krastiņš forderten.<sup>291</sup>

In Litauen kandidierten die in der KPdSU verbliebenen Kommunisten, die Christdemokraten, eine grüne Partei und die neu belebte sozialdemokratische Partei neben Sajūdis und den Nationalkommunisten, welche de facto eine große Koalition eingingen. Krupavičius führt das auf den Wunsch beider Organisationen zurück, den Übergang zur Demokratie auf dem Verhandlungswege zu vollziehen. Algirdas Brazauskas und Justas Paleckis wurden deshalb, obwohl Reformkommunisten, zunehmend mit der Unabhängigkeitsbewegung identifiziert.<sup>292</sup>

„Ein nicht wieder gutzumachender Fehler wurde begangen“, kommentierte Juozaitis 1991 die Entscheidung von Sajūdis, nach dem Wahlsieg nicht den populären Reformkommunisten Algirdas Brazauskas zum Parlamentspräsidenten zu wählen, sondern ihren Chef Vytautas Landsbergis. Es heißt da weiter, Landsbergis habe Presse und Umfragen zufolge nur einen geringen Teil der Sympathien hinter sich, und auf diese Unzufriedenheit sei auch die baldige innere Gespaltenheit zurückzuführen. Landsbergis habe sich mit der Behauptung verteidigt, die Presse sei von Moskau gesteuert und schreibe folglich nicht die Wahrheit.<sup>293</sup> Während in Estland und Lettland mit Rüütel und Gorbunovs Kommunisten Parlamentspräsidenten wurden, unterlag Brazauskas Landsbergis in Litauen mit 38 gegen 91 Stimmen.<sup>294</sup> Der Kommunist Brazauskas wurde unter der Regierungschefin des Sajūdis, Kazimiera Prunskienė, die eine große Koalition anstrebte, lediglich Vizeministerpräsident.

---

<sup>291</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.289ff.

<sup>292</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.135f.

<sup>293</sup> vgl. Juozaitis, Arvydas: Ein historischer Fehler; in: Kibelka, Ruth: auch wir sind Europa, Berlin 1991, S.131ff.

<sup>294</sup> vgl. Butenschön, Marianna: Estland, Lettland, Litauen Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992, S.264

Landsbergis hatte zielstrebig alle Posten selbst besetzt und die Kommunisten in die Opposition gedrängt mit dem Erfolg, daß sie in den Augen der Bevölkerung für die Politik bis 1992 nicht verantwortlich waren. Das positive Bild von Landsbergis als Führer des Volkes ist ein Resultat der westlichen Berichterstattung. Landsbergis konnte nicht, seine Bewegung besser konsolidieren als die anderen Volksfronten, wie Merkel behauptet.<sup>295</sup> Vielmehr ist Landsbergis mit Savisaar vergleichbar; beide führen die größten Nachfolgeparteien der ehemaligen Volksfronten. Dennoch gibt es in Litauen große Unterschiede zu Estland und Lettland, wo die Nationalisten in den Alternativparlamenten, den Kongressen, saßen. Die litauischen Nationalradikalen waren Teil von Sajūdis und trauten weder Prunskienė noch Brazauskas. Die noch radikalere **Freiheitsunion (Lietuvos Laisves Sąjunga)** bekam in Litauen bei weitem keinen Einfluß wie die Unabhängigkeitsparteien in Estland und Lettland.<sup>296</sup>

Während so aus Sajūdis sieben Fraktionen hervorgingen,<sup>297</sup> gelang es der kommunistischen Partei, sich schon 1990 ein gemäßigt sozialdemokratisches Programm zu geben. Im Dezember benannte sie sich um; da aber der Name Sozialdemokratie schon besetzt war, blieb es bei Partei der Arbeit. Sajūdis dagegen begann sich trotz des Wahlerfolges auf dem Höhepunkt seines Einflusses schon 1990 wieder aufzulösen. Aus seiner Mitte entstanden am 21. Juni 1990 die Zentrumsfraktion, im Mai die Liberalen, im Herbst 1991 die Moderaten und im März 1992 die Nationale Progreß Partei.<sup>298</sup> Die konservative Restfraktion von Parlamentspräsident Landsbergis setzte sich bei Sajūdis politisch durch und sammelte ab September 1991 Unterschriften für die Initiierung eines Referendums über die Wiedereinführung der Präsidentschaft. Darum ist es überraschend, daß Merkel Litauen unter die Staaten subsumiert, in denen die alten Machthaber aufgrund eines machtpolitischen Patts einen starken Präsidenten wollten, während die Opposition das Parlament zu stärken trachtete.<sup>299</sup> Dies trifft auf Litauen nicht zu, weil umgekehrt der Oppositionsführer Landsbergis Ambitionen auf die Präsidentschaft verfolgte. Prunskienė trat am 7. Januar 1991 nach anhaltenden Schwierigkeiten mit Landsbergis und der eigenen Partei mit ihrem Kabinett zurück;<sup>300</sup> ihr Nachfolger Gediminas Vagnorius wurde mit Unterstützung der Nationalradikalen

<sup>295</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.437

<sup>296</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.92f.

<sup>297</sup> vgl. Krupavičs, Algīs: Partiju attīstība Lietuvā un to starptautiskie sakari; in: Baltijas valstis likteņgriežos, Riga 1998, S.156ff.

<sup>298</sup> vgl. Krupavičius, Algīs: Political parties in contemporary Lithuania. Some Features; in: Lithuania today, May 1992, S.4ff; Novagrockienė, Jūratė: From political differentiation towards stabilization of Lithuanian party system; in: Streaming towards social stability, Vilnius und Tampere 2000, S.173

<sup>299</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.142, 431

<sup>300</sup> vgl. Butenschön, Marianna: Estland, Lettland, Litauen Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992, S.264, 285

am 13. Januar 1991 Ministerpräsident.<sup>301</sup> Doch sollte seine Amtszeit wegen interner Uneinigkeit nur bis zum 22. Juli 1992 dauern.

Das Referendum über die Präsidentschaft fand am 23. Mai 1992 statt.<sup>302</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die Bewegung in einer schwachen Position, von Ministerpräsident Gediminas Vagnorius durch die neue Mehrheitskonstellation von Linken und Zentrum gefährdet. Sajūdis hatte gehofft, die eigene Position durch das Referendum stärken zu können, was sich jedoch als Irrtum erwies. Das Referendum scheiterte an mangelnder Beteiligung, weil bei einer Teilnahme von 57% mit einer Zustimmungsrate von 69,48% nur 40% der Wahlberechtigten mit „ja“ gestimmt hatten.<sup>303</sup> Trotz großer Mehrheit war das Ergebnis ungültig. Die Paralysierung der Politik setzte sich anschließend fort, die Rechte boykottierte Parlamentssitzungen und forderte sofortige Neuwahlen, während die anderen Fraktionen gemeinsam zur Durchsetzung ihrer Politik nicht stark genug waren.<sup>304</sup> Auf Vagnorius folgte Abišala.

## 4.2 Die ersten Wahlen – die „Party-System Building Elections“

Die ersten Wahlen 1992 und 1993 hätten in Estland und Lettland im Gegensatz zu Litauen einen Umschwung von politischen Themen und Akteuren gebracht, meint Pettai und charakterisiert überraschend Litauen als stabiler als die nördlichen Nachbarn,<sup>305</sup> wo es doch gerade in Litauen 1992 mit dem Sieg der Opposition zu einem kompletten Machtwechsel kam, während in Estland die Nationalisten gewannen, welche schon das Übergangskabinett Vähi unterstützt hatten, und in Lettland eine Partei siegte, die ebenfalls weitgehend aus der Volksfront hervorgegangen war und hier sogar die größte personelle Kontinuität in der Regierung nach sich zog. Der Umschwung hin zur Linken kam im Gegenteil in Litauen eine Legislaturperiode früher als in Lettland und Estland, wo die nationale Frage als Wahlhelfer der Rechten noch sehr aktuell war. Dieses Bild wird nur marginal getrübt, weil, wie Pettai in Estland und Lettland beobachtet, die Politiker so oft hin- und her gewechselt hatten, daß es keine konkret verantwortliche Partei mehr gab, und die Parteien den „*clean slate*“ präsentierten.<sup>306</sup>

<sup>301</sup> vgl. Butenschön, Marianna: Estland, Lettland, Litauen Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992, S.349

<sup>302</sup> vgl. Mališauskas, Edmundas: The presidential institution in Lithuania: Pro et contra; in: Lithuania today May 1992, S.7ff

<sup>303</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Lithuania says “yes” for democracy once again; in: Lithuania today, June 1992, S.8ff.

<sup>304</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Elections, parties and leaders in the mirror of public opinion; in: Lithuania today, October 1992, S.10ff

<sup>305</sup> vgl. Pettai: Vello: The Baltic States; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S.131

<sup>306</sup> vgl. Pettai: Vello: The Baltic States; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S.140f.

Nichtsdestotrotz sind die Akteure vor allem in **Estland** nach wie vor dieselben, obwohl die Esten verbal am radikalsten den Schlußstrich unter die sozialistische Diktatur zogen. Die Parteienkoalition Vaterland trat mit der Parole „*plats puhtaks*“<sup>307</sup> an, was etwa „*tabula rasa*“ bedeutet. Anfangs wurden zwar Bedenken geäußert, dieser Slogan sei zu aggressiv; sie erwiesen sich aber angesichts des Erfolgs als falsch.<sup>308</sup>

<b>Partei / Wahlkoalition</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Mandate</b>
Vaterland	22,0%	29
Sicheres Heim	13,6%	17
Volksfront	12,3%	15
Moderate	9,7%	12
Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei	8,8%	10
Unabhängige Royalisten	7,1%	8
Estnischer Bürger	6,9%	8
Rentnerunion	3,7%	
Bauernverband	2,9%	
Grüne	2,6%	1
Unternehmerpartei	2,3%	1
Linke Möglichkeit	1,6%	
Nationalpartei der rechtswidrig Repressierten	0,9%	
Invalidenunion	0,4%	
Erbarmung	0,4%	
Demokraten	0,1%	
Naturgesetzpartei	0,1%	

*Tabelle 1: Wahlergebnis vom 20. September 1992 in Estland*

Noch im Frühjahr 1992 lag die Allianzpartei des damaligen Ministerpräsidenten Vähi in Umfragen vorne,<sup>309</sup> weshalb ihr Sieg allgemein erwartet wurde. Während Savisaar mit seiner damals noch **Volks-Zentrumspartei (Rahva-Keskerakond)** versuchte, den Geist der Volksfront wiederzubeleben, habe Vaterland kaum über bekannte Persönlichkeiten verfügt und als zu klein gegolten. In der Tat waren die bekannteren Persönlichkeiten auf nationalistischer Seite, wie Tunne Kelam oder Lagle Parek, Vertreter der Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei. Nach Untersuchungen des Wahlergebnisses, ermöglichte gerade die große Unterstützung der Auslands-Esten den knappen Sieg von Vaterland. Entscheidender dürfte jedoch das Fehlen von Vähi gewe-

<sup>307</sup> Die direkte Übersetzung dieser Parole lautet: „den Platz säubern“. Sie wurde von Meri schon vorher als Außenminister in der Regierung Savisaar am radikalsten umgesetzt, indem er bei Amtsantritt 1990 die damals knappe Besetzung des Ministeriums von zehn Personen komplett entließ und sich mit neuen Mitarbeitern umgab. Vgl. Mart Laar, Mart / Ott, Urmas / Endre, Sirje: *Teine Eesti*, Tallinn 2000, S.677

<sup>308</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: *Eesti pöördub läände*, Tallinn 1999, S.25

<sup>309</sup> Nach Arter führte sie auch anschließend wieder in den Meinungsumfragen. Vgl. Arter, David: *Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia*, Aldershot Dartmouth 1996, S.183

sen sei, den damals 24% der Wähler weiterhin als Regierungschef sehen wollten. Trotz der vorherigen Vereinbarung zwischen Vaterland und Vähi, nach der er nicht kandidieren sollte, habe Hallaste ihm versprochen, Vaterland werde ihn nach einem Sieg als Ministerpräsident nominieren. Vungo und Marran spekulieren, daß Vähis Abneigung gegen Vaterland aus diesen Tagen stammt.<sup>310</sup> Ob es unter einem Ministerpräsidenten Vähi eine andere Politik gegeben hätte, bleibt angesichts des Fehlens einer echten Linken im Parlament fraglich. Zwar gab es einige Vertreter solcher Parteien, die ihrem eigenen Verständnis nach liberal sind und eventuell, wären sie an der Regierung, der OSZE bei der Minoritätengesetzgebung schneller nachgegeben hätten. Doch das ist Spekulation.

Vaterland verhandelte zwar wie versprochen zunächst mit dem Sicheren Heim, doch die Moderaten und die Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei wurden bald die wichtigeren Partner, weil das Sichere Heim einerseits nicht ohne Savisaar in die Regierung wollte und Verhandlungsführer Peeter Lorents andererseits alles auf eine Karte setzte und neben dem Amt des Regierungschefs alle wirtschaftlich verantwortlichen Positionen verlangte. Er war überzeugt, daß die Mehrheit der drei anderen mit 51 Stimmen zu knapp sein würde.<sup>311</sup>

Die erwähnte inhaltliche Nähe fast aller Fraktionen und die Ähnlichkeit der Herkunft der späteren Koalitionspartner, der eine vergleichbare Homogenität der Opposition entgegenstand, lässt den ersten Eindruck Sootlas von der neuen Regierung unverständlich erscheinen: „*At the first glance, the governing coalition has been able to fill in the entire political spectrum: the clearly right wing Isamaa (Vaterland, d.V.) on the one side and strongly left-wing Moderates and the ENIP (die Unabhängigkeitspartei, d.V.) on the other.*“<sup>312</sup>

Eine zweite Enttäuschung für Vähi dürfte Meris Frontwechsel gewesen sein, während Savisaar sich für Rein Taagepera<sup>313</sup> als Präsidentschaftskandidat entschied. Die Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei stellte ihrerseits die Dissidentin Lagle Parek auf, während Arnold Rüütel für Sicheres Heim kandidierte. Die drei ersten Kandidaten sagten, sie kandidierten mehr gegen Rüütel denn gegeneinander.<sup>314</sup>

Auf Druck der Bevölkerung wurde 1992 zumindest die erste Runde der Präsidentschaftswahlen direkt durchgeführt, obwohl die gerade verabschiedete Verfassung die Wahl durch das Parlament vorsah. Die höhere Wahlbeteili-

<sup>310</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: *Eesti pöördub läände*, Tallinn 1999, S.21ff., 11, 34

<sup>311</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: *Eesti pöördub läände*, Tallinn 1999, S.21ff., 11, 34

<sup>312</sup> vgl. Sootla, Georg: Prospects of Estonia's development int the programmes of pre-election coalitions; in: *The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics*, Tallinn October 1992, S.13

<sup>313</sup> Taagepera ist ein amerikanisch-estnischer Politikwissenschaftler, der in Tartu lehrt und dessen Untersuchungen zum Thema im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls zitiert wird.

<sup>314</sup> vgl. Lieven, Anatol: *The Baltic revolution*, New Haven und London 1994, S.286

gung als bei den Parlamentswahlen verdeutlicht, warum es für die öffentliche Meinung dann wieder schwer zu verkraften war, daß die letzte Entscheidung dem Parlament oblag, obwohl das Volk selbst erst drei Monate vor der Präsidentschaftswahl in einem Referendum die Verfassung angenommen hatte. Vaterland opferte mit dieser Wahl einen Teil der eigenen Popularität, weil der in der Direktwahl unterlegene Kandidat Meri im Parlament obsiegte.<sup>315</sup>

<b>Kandidat</b>	<b>Direktwahl</b>	<b>2. Wahlgang</b>
Lennart Meri	29,52%	59
Arnold Rüütel	44,78%	31
Rein Taagepera	23,39%	
Lagle Parek	4,23%	

*Tabelle 2: Präsidentschaftswahl Estland 1992*

Lorentz sollte damit Recht behalten, daß die Regierung nicht stabil genug war, eine ganze Legislaturperiode zu überdauern. Regierungskrisen blieben nicht aus, allerdings weniger aufgrund der knappen Mehrheit denn wegen beständiger Umgruppierungen der Fraktionen. Ein erstes Mißtrauensvotum gegen Mart Laar im November 1993 hatte noch keine Aussicht auf Erfolg, weil es im Prinzip keinen ernsthaften Vorwurf gegen ihn gab, wie der Journalist Tarand behauptet.<sup>316</sup> Allerdings hatte es zuvor einen Skandal im estnischen Militär gegeben, welcher den Verteidigungsminister der Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei, Hain Rebas, zum Rücktritt veranlaßte. Als der Nachfolger, Arvo Kiir, keine Mehrheit bei der Nominierung erhielt, spaltete sich die **Zukunftspartei (Tulevik Erakond)** unter seiner Führung von der Unabhängigkeitspartei ab. Der Trend setzte sich mit der Abspaltung der **Nationalen Fortschrittspartei (Eesti Rahvuslik Eduerakond)** im Herbst fort. Beide unterstützten trotzdem weiter mit dem Rest der Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei die Regierung. Durch den gleichzeitigen Zerfall des Besseren Estland gab es eine Fraktion der Fraktionslosen, der auch die Vertreter der Zukunftspartei angehörten.<sup>317</sup>

Trotz innerparteilicher Auseinandersetzungen konnten sich die Gegner von Mart Laar in der Partei nicht durchsetzen. Schon im November 1993 spalteten sich dann die Liberalen und im Juni 1994 die **Rechten (Parempoolsed)** von der Vaterland-Fraktion ab.<sup>318</sup> Damit blieben Mart Laar nur noch 43 Mandate im Parlament.

<sup>315</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.31f.

<sup>316</sup> vgl. Tarand, Kaarel: Süüdistusest otsuseni; in: Luup Nr. 4, 17.2.1997

<sup>317</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.161f.

<sup>318</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.170; Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.170

Auf der anderen Seite blieben auch die Oppositionsfaktionen von inneren Konflikten nicht verschont. Im Dezember 1992 gründete sich die erwähnte Fraktion der Unabhängigen, eine Abspaltung von der Partei Estnischer Bürger. Im November 1993 spalteten sich die Freien Demokraten von der Zentrumsfraktion ab. In der Fraktion unter Führung der Volksfront gab es ebenfalls kleine Veränderungen. Die vom ehemaligen Regierungschef Savisaar gegründete Zentrumspartheid ordnete die letzten unabhängigen Abgeordneten der gemeinsamen Fraktion unter und übernahm faktisch die Führung. Sicheres Heim dagegen löste sich vollständig in die zwei Fraktionen der Wahlkoalition auf, die Estnische Bauernpartei und die Allianzpartei mit jeweils acht Abgeordneten.

<b>Partei / Wahlkoalition</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Mandate</b>
Lettlands Weg	32,38%	36
Lettlands nationale Unabhängigkeitsbewegung	13,35%	15
Harmonie für Lettland - Wiedergeburt der Volkswirtschaft	12,00%	13
Lettlands Bauernunion	10,64%	12
Gleichberechtigung	5,76%	7
Für Vaterland und Freiheit	5,36%	6
Lettlands Union der christlichen Demokraten	5,01%	6
Demokratische (Zentrums) Partei	4,76%	5
Lettlands Volksfront	2,07%	
Lettlands Grüne Partei	1,20%	
Russische nationaldemokratische Liste	1,16%	
Lettlands demokratische Partei der Arbeit	0,94%	
Lettlands Glück	0,88%	
Unser Land	0,82%	
Liga der ökonomischen Aktivität	0,75%	
Lettlands sozialdemokratische Arbeiterpartei	0,66%	
Antikommunistische Union	0,53%	
Republikanische Plattform	0,45%	
Konservative und Union lettischer Bauern	0,25%	
Union der Unabhängigen	0,18%	
Lettlands liberale Partei	0,14%	
Lettlands Partei der Einheit	0,10%	
Liberale Allianz	0,03%	

*Tabelle 3: Wahlergebnis vom 5. und 6. Juni 1993 in Lettland*

Der Sturz Mart Laars erfolgte dann am 26. September 1994 durch einen Mißtrauensantrag der Royalisten, den 60 Abgeordnete unterstützten. Dem Ministerpräsidenten wurde der Rubelverkauf an Tschetschenien und der damit finanzierte Waffenkauf in Israel zum Verhängnis. Vähi hatte die ihm anvertraute Information über dieses Geschäft veröffentlicht, und das kurz vor

dem Abzug der russischen Truppen, was von Mart Laar verlangte, die Öffentlichkeit zu belügen. Erst nach dem Abzug konnte er öffentlich zugeben, daß die Rubel nicht mehr da waren.<sup>319</sup>

Präsident Meri beauftragte zunächst den damaligen Chef der Estnischen Bank, Siim Kallas, mit der Regierungsbildung. Dem Kandidaten war jedoch am 13. Oktober 1994 kein Erfolg besichert.<sup>320</sup> Anschließend vereinigte Andres Tarand von den Moderaten am 4. November 1994 die alte Koalition in ähnlicher Zusammensetzung neu. Neben der Estnischen Unabhängigkeitspartei beteiligten sich die Partei des neuen Ministerpräsidenten, die Moderaten, und die Rechten.

Noch 1993 waren lettische Politologen der Ansicht, daß die politischen Parteien und Organisationen **Lettlands** das traditionelle Spektrum abdecken. Sie konstatieren eine Orientierung nach nationalen Fragen nur bis 1991, woraufhin sich das Parteiensystem zunehmend nach sozioökonomischen, professionellen, intellektuellen und ideologischen Gesichtspunkten restrukturierte, räumen aber die Langsamkeit dieses Prozesses im Rahmen einer insgesamt schleppenden Transformation ein.<sup>321</sup> Den auf dem Papier stehenden Wahlplattformen nach mag das so gewesen sein. Zutreffend ist diese Feststellung in einer sozioökonomisch noch wenig differenzierten und auf die nationale Frage fixierten Gesellschaft nicht. Wegen der in Lettland besonders eklatanten Minderheiten-Problematik nämlich zögerte die Volksfrontregierung unter Ministerpräsident Godmanis am längsten mit den Wahlen, während und weil ein Staatsbürgerschaftsgesetz nicht verabschiedet werden konnte. Zum Zeitpunkt der Wahl war also im Grunde noch nichts entschieden, das Parteienspektrum orientierte sich an der Frage, ob Lettland ein nationaler oder aber ein multinationaler Staat werde. Hauptthema während des Wahlkampfes wurden folglich die „*Three D – i.e. how far to go with deoccupation, decolonization and debolshevization*“<sup>322</sup>, ein Slogan, der damals sehr populär war, und von der Volksfront bis zu den Nationalisten benutzt wurde.<sup>323</sup> Die Partiprogramme ließen sich darum besonders in diesem Punkt unterscheiden, während konkrete ökonomische Konzepte fehlten. Fast alle Parteien bezeichneten sich expressis verbis als Zentrumsparteien<sup>324</sup> und bekannten sich zur Marktwirtschaft. Jene Kräfte, die einen nationalen Staat anstrebten, warben

<sup>319</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.183

<sup>320</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.188

<sup>321</sup> vgl. Semanis, Einars (Hrsg.): Demokrātijas pamati, Riga 1993, S.139f.

<sup>322</sup> vgl. Semanis, Einars: The transition of the political regime in Latvia, Preelection situation in 1993, Manuscript, Riga 1993, S.3

<sup>323</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.299

<sup>324</sup> vgl. Bāra, Daina: The development of political parties in Latvia, Manuscript, Riga 1993, S.14

für eine Orientierung nach Westen, während die anderen auf die Verflechtungen mit Rußland hinwiesen, die man nicht einfach kappen könne und solle.<sup>325</sup>

Die Niederlage der Volksfront schreibt Blūzma dem damaligen Ministerpräsidenten zu, der als Galionsfigur für die Volksfront kandidierte,<sup>326</sup> kein Wort darüber, daß die Zeiten von Volksfronten an sich vorbei waren und die wichtigsten Politiker der Volksfront längst andere politische Parteien gegründet hatten – allen voran Lettlands Weg. Diese Partei erreichte mit rund einem Drittel der Stimmen einen für Osteuropa geradezu überragenden Sieg. Das Parlament blieb dennoch fragmentiert, was sich durch die Existenz radikaler Fraktionen auf beiden Seiten des sich an der nationalen Frage orientierenden Parteiensystems äußerte. Die politischen Gegner der späteren Regierung im Parlament fanden sich darum auf beiden Seiten. Mit der Partei der Volksharmonie und der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung erwuchs zunächst eine doppelte gemäßigte Opposition, die daneben noch von weiteren radikaleren Gruppen, Gleichberechtigung und Für Vaterland und Freiheit, unterstützt wurde. Pettai nennt die heterogenere ethnische Situation ebenfalls als Grund für das hochgradig fragmentierte und polarisierte Parteiensystem.<sup>327</sup> Oberländer ergänzt, den Unterschied zwischen dem heutigen lettischen Staat und dem der Zwischenkriegszeit nach Ansicht der Letten charakterisierend, daß die Situation heute viel komplizierter sei. Damals gab es einen nationalen Staat, der einige Minderheiten hatte, und von den Letten wird Lettland auch heute als solcher begriffen.<sup>328</sup> Das gilt vor allem für die nationalistischen Kräfte, welche die von der Sowjetunion einst annektierte Republik ganz einfach wiedererstehen lassen wollen.

Für die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung war das Ergebnis der Wahlen zur fünften Saeima mit 15 Mandaten unbefriedigend. Auf der Suche nach den Gründen für die Niederlage wurden einige Kandidaten beschuldigt, die schon während des Wahlkampfs zu populistisch gewesen seien, was für einige Parteianhänger unannehmbar war. Dies richtete sich vor allem gegen den deutschen Geschäftsmann Joachim Siegerist, der in seitengroßen Anzeigen Stimmung gegen angebliche Kommunisten und KGB-Veteranen in allen führenden Parteien und vor allem dem Lettischen Weg machte. Die Ta-

---

<sup>325</sup> vgl. Lakis, Pēteris: *Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā*, Riga 1997, S.126ff.

<sup>326</sup> vgl. Blūzma, Valdis: *Sabiedriski politiskās domas un partiju sistēmas attīstība*; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): *Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993.*, Riga 1998, S.363

<sup>327</sup> vgl. Pettai: *Vello: The Baltic States*; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: *Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism*, London 1999, S.123-154, 149

<sup>328</sup> Goethe-Institut Riga: *Rigaer Gespräche, Kāpēc trīsdesmitos gados demokrātija cieta neveiksmi gan Vācijā, gan Latvijā?* Riga o.J., S.28

geszeitung Diena brach später den Vertrag mit Siegerist über die Publikation von Wahlwerbung, um ihre Reputation zu erhalten.<sup>329</sup>

Auf der anderen Seite des Spektrums konnte das links-kollektivistisch-internationalistische Potential ins Parlament gelangen, weil ein im Vergleich zu Estland größerer Teil der Minderheiten von Staatsbürgern Lettlands der Zwischenkriegszeit abstammten, somit Staatsbürger war und folglich das Wahlrecht hatte. Der Ausschluß der Migranten aus sowjetischen Zeiten vom Wahlrecht hat die Chancen der Linken sicher trotzdem gemindert.<sup>330</sup>

Kandidaten	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang
Guntis Ulmanis	12	46	53
Gunars Meierovics	35		
Aivars Jerumanis	14	10	
Enthaltungen	16	20	26

*Tabelle 4: Präsidentschaftswahl Lettland 1993*

Im lettischen Parlament begannen die Zwänge zu Kompromissen sofort. Es blieb keine Zeit zu Koalitionsverhandlungen, weil die Wahl des Präsidenten Vorrang hatte. Die Abstimmung konnte jedoch nicht ohne Einfluß auf spätere Verhandlungen sein. Zur Wahl traten drei Kandidaten an. Lettlands Weg stellte den Exil-Letten Gunārs Meierovics, die Bauernunion Guntis Ulmanis, einen Neffen des letzten lettischen Vorkriegs-Präsidenten, und die Christdemokraten portierten Aivars Jerumanis, ebenfalls einen Exil-Letten aus den USA. Die Christdemokraten machten prompt ihre eventuelle Unterstützung der Regierung, die nur von Lettlands Weg geführt sein konnte, von der Wahl ihres Kandidaten abhängig. Dies geschah im ersten Wahlgang nicht. Meierovics zog seine Kandidatur aus Koalitionsraison zurück und empfahl Lettlands Weg die Unterstützung Ulmanis'. Dieser erhielt daraufhin im zweiten Wahlgang 46 Stimmen und Jerumanis verzichtete auf die Aufrechterhaltung seiner Kandidatur.

Bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen verweigerte sich Lettlands Weg schon wegen der Größe der eigenen Fraktion dem Vorschlag der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung, ein paritätisch besetztes Kabinett nationaler und liberaler Kräfte zu bilden,<sup>331</sup> und die Unabhängigkeitsbewegung mußte somit in die Opposition gehen. Der Widerstand Siegerists gegen eine Zusammenarbeit mit Lettlands Weg war von geringerer Be-

<sup>329</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Sabiedriski politiskās domas un partiju sistēmas attīstība; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.367

<sup>330</sup> vgl. Cerps, Uldis: The left-wing parties in Latvia and their performance in the 1993 parliamentary elections; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.98

<sup>331</sup> vgl. Gailis, Māris: Varas tehnoloģija , Riga 1997, S.90

deutung. Daß die (damals noch) Demokratische Zentrumspartei sich an der Regierung nicht beteiligte, war dagegen eher überraschend, gab es doch mit Lettlands Weg und der Bauernunion viele programmatische Gemeinsamkeiten. Hier zeigte sich die Bedeutung persönlicher Ambitionen, denn Lettlands Weg und die Bauernunion billigten der Demokratischen Zentrumspartei kein Ministerium zu.

Die Christdemokraten waren schon durch die Präsidentschaftswahl als Partner ausgeschieden, denn sie bestanden auf Jerumanis, der für die anderen unannehmbar war, weil ihm kurz zuvor vom lettischen Botschafter in den USA sein Status als Ehrenkonsul aberkannt worden war. Er hatte die lettische Unabhängigkeit als nur eine scheinbare bezeichnet und behauptet, das Land werde weiterhin von Kommunisten ferngesteuert.<sup>332</sup>

Lettlands Weg und Bauernunion bildeten schließlich unter Ministerpräsident Valdis Birkavs eine Minderheitsregierung auf der Basis von 48 Mandataten. Dank vieler Abgeordneter, die sich ihrer Fraktion nicht verpflichtet fühlten, mußte mit ernsthaften Problemen bei Abstimmungen nicht gerechnet werden; gerade in der Demokratischen Zentrumspartei-Fraktion war kaum ein Abgeordneter Mitglied der Partei. Außerdem waren wegen der Haft des Abgeordneten Rubiks<sup>333</sup> in der Regel ohnehin nur 99 Abgeordnete anwesend. Birkavs Nachfolger im Amt, Māris Gailis, erinnert sich an einen Abgeordneten der Demokratischen Zentrumspartei, welcher ständig für die Regierungsvorlagen stimmte, wofür er aus seiner Partei ausgeschlossen wurde und anschließend als Abgeordneter der Regierungspartei ins nächste Parlament zu gelangen.<sup>334</sup>

Während der Diskussion über das Staatsbürgerschaftsgesetz unterzeichneten Mitglieder und Abgeordnete der konservativen Oppositionsparteien in und außerhalb des Parlaments eine Deklaration zur Bildung des sogenannten **Nationalen Blocks (Nacionālais Bloks)**. Die Erklärung verpflichtete zwar niemanden zu einem entsprechenden Stimmverhalten, setzte sich jedoch die Verhinderung eines liberalen Staatsbürgerschaftsgesetzes zum Ziel. Diese Vereinbarung wurde auch von Abgeordneten der Bauernpartei unterzeichnet. Obwohl der Nationale Block in der Sache eigentlich nichts erreichte, brachte er immerhin das Parteienspektrum in Aufruhr und trug mit zum späteren Sturz der Regierung Birkavs bei.

Der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung als wesentlicher Initiatorin des Nationalen Blocks gelang es zunächst gut sich zu konsolidieren und vom Problem Siegerist zu erholen, welcher die Partei verlassen hatte.

---

<sup>332</sup> vgl. Gailis, Māris: *Varas tehnoloģija*, Riga 1997, S.90

<sup>333</sup> Rubiks war 1993 wegen seiner Beteiligung an dem Putschversuch 1991 als Bürgermeister der Hauptstadt Riga zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden und wurde 1997 wegen guter Führung vorzeitig entlassen, darf aber nicht mehr kandidieren.

<sup>334</sup> vgl. Gailis, Māris: *Varas tehnoloģija*, Riga 1997, S.94

Zwei weitere Mitglieder der Fraktion wurden ausgeschlossen. 1994 gewann die Unabhängigkeitsbewegung bei den Kommunalwahlen 34% und kam gemeinsam mit den anderen Nationalisten im Rigaer Stadtrat an die Macht.<sup>335</sup>

Bei der Opposition auf dem anderen Flügel führte die Uneinigkeit in der Staatsbürgerschaftsfrage ebenfalls zu harten Auseinandersetzungen, die in die Spaltung der Partei der Volksharmonie mündeten.<sup>336</sup> Unter der Führung von Edvīns Kide, einem vormaligen Mitbegründer der LDDP, der 1993 über die Partei der Volksharmonie ins Parlament gewählt worden war und sich von den Kommunisten distanzierte, gründete sich die Fraktion **Politische Vereinigung der Volkswirte (Tautsaimnieku Politiskā Apvienība)**.<sup>337</sup> Im Mai 1995 folgte die Bildung der Demokratischen Partei *Hausherr* unter Führung von Ziedonis Čevers, dem früheren Chef des sozialistischen Jugendverbandes Komsomol. Der Vereinigung dieser beiden Parteien – *Hausherr* war bei den Kommunalwahlen 1994 in Riga erfolgreich – wollte sich anfangs die Politische Vereinigung der Volkswirte anschließen, wozu es dann nicht kam, wie auch die Fusion von Lettlands Partei der Einheit mit der Bauernunion ausblieb.<sup>338</sup>

Diese erste Veränderung der Parteienlandschaft hatte innerhalb des Parlaments große Bedeutung. Nachdem einige Abgeordnete der Bauernunion bereits die Petition des Nationalen Blocks unterzeichnet hatten, weitete sich die schwelende Regierungskrise 1994 aus. Bei einem Mißtrauensantrag gegen Wohlfahrtsminister Ritenis im März 1994 stimmten gerade 36 Abgeordnete gegen seine Entlassung, exakt die Stärke der Fraktion von Lettlands Weg. Bald darauf zogen sich die Kabinettskollegen der kleineren Koalitionspartei unter Führung von Landwirtschaftsminister Jānis Kinna aus der Regierung zurück. Kinna bezeichnete die mangelnde Kooperationsbereitschaft von Ministerpräsident Birkavs als Grund für seinen Rücktritt. Vermutlich wird eher die Sorge vor einer Wahlniederlage beim nationalen Urnengang 1995 dafür verantwortlich gewesen sein. Der Uneinigkeit lag außerdem der innere Widerspruch der Regierung zwischen Lettlands Weg als einer liberalen Partei und der Bauernunion zugrunde, die mehr staatlichen Interventionismus in der Landwirtschaft befürwortet.

<sup>335</sup> vgl. Latvijas Valsts Archīvs / Latvijas Nacionāli Konservatīvā Partija - LNNK (Hrsg.): Tauta Zeme Vals-ts, Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība dokumentos, Riga 1995, S.5, 8

<sup>336</sup> vgl. Matthes, Claudia-Yvette: Politisches und Rechtssystem Lettlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.73

<sup>337</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Sabiedriski politiskās domas un partiju sistēmas attīstība; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātpu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.380

<sup>338</sup> vgl. Ostrovska, Ilze / Odīte, Liene / Zītars, Valdis / Āboltiņa, Signe / Strode, Ieva / Indāns, Andris / Brants, Māris / Vanaga, Sanita: 6. Saeimas vēlēšanas gaidot; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr.6, 06.1995, S.26

Kurz danach trat Birkavs mit seiner gesamten Regierung in der Überzeugung zurück, der Präsident werde ihn wieder berufen und dieselbe Koalition womöglich fortgesetzt. Doch selbst die Bauernunion hatte vermutlich bei ihrem Koalitionsaustritt nicht mit den tatsächlichen Folgen gerechnet.<sup>339</sup> Präsident Ulmanis beauftragte den Politiker Andrejs Krastiņš von der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung mit der Regierungsbildung. Der Versuch, eine Regierung der konservativ-nationalistischen Kräfte unter Einschluß der Bauernunion ohne Lettlands Weg zu bilden, schlug im August jedoch fehl. Bei 28 Enthaltungen und 27 Gegenstimmen votierten lediglich 35 Abgeordnete für die vorgelegte Kabinettsliste. Zwar genügt die einfache Mehrheit für die Bestätigung einer Regierung, jedoch muß dies die einfache Mehrheit aller abgegebenen Stimmen sein, somit zählen die Enthaltungen de facto wie Gegenstimmen. Verantwortlich für das Scheitern war unter anderem der Rückzug der Politischen Vereinigung der Volkswirte. Im September bildete der vormalige Minister für Reformen Māris Gailis, Mitglied von Lettlands Weg, eine Koalitionsregierung mit der Politischen Vereinigung der Volkswirte, in der Birkavs das Außenministerium übernahm. Für das Kabinett votierte die nötige relative Mehrheit von 45 Abgeordneten, darunter auch die Partei der Volksharmonie.

In Litauen wurde Sajūdis nicht von rechts verdrängt, sondern die alten Eliten, nämlich die sich nun als Sozialdemokraten bezeichnenden vormaligen Nationalkommunisten unter Algirdas Brazauskas, gewannen die Wahl, obwohl ihr Vorsitzender als Kandidat für die Präsidentschaft für das Amt des Regierungschefs gar nicht zur Verfügung stand. Juchler bezeichnet den Sieg der Reformkommunisten als überraschend,<sup>340</sup> was er für Veser nicht war: „Zur Sajūdis-Tradition, für die Landsbergis steht, gehört jedoch auch ein mitunter sehr aggressiver Politikstil, der seit 1990 die litauische Gesellschaft immer wieder stark polarisierte.“<sup>341</sup> Die konsequent konservative Politik Landsbergis' während der vorangegangenen drei Jahre, die das Regierungslager spaltete und zu mehrfachen Wechseln an der Spitze der Regierung führte, war eine Ursache für die Niederlage. Die alten Kräfte standen außerdem in Litauen, wo das Minoritätenproblem kaum ins Gewicht fällt, weniger als Synonym für die Okkupation durch die Sowjetunion.

Dellenbrant ist sogar der Ansicht, die Situation werde nicht richtig erfaßt, wenn sie als Rückkehr der Kommunisten verstanden wird; vielmehr sei eine sozialdemokratische Partei an die Macht gekommen. Die litauischen Kommunisten, argumentiert er, hätten sich als erste in der Sowjetunion von Mos-

---

<sup>339</sup> vgl. Gailis, Māris: *Varas tehnoloģija*, Riga 1997, S.127

<sup>340</sup> vgl. Juchler, Jakob: *Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 - Gesamtüberblick und Fallstudien*, Zürich 1994, S.138

<sup>341</sup> vgl. Veser, Reinhard: *Politische Parteien in Litauen*; in: *Osteuropa* 10/94, S.937

kau losgesagt und einen Reformkurs propagiert.<sup>342</sup> Diese Interpretation wird durch Krupavičius' Hinweis auf das schwache Abschneiden der eigentlichen Sozialdemokraten ergänzt, welche bei den Wählern zu sehr mit der Unabhängigkeitsbewegung in Verbindung gebracht worden seien.<sup>343</sup> Clark will im Sieg der gewendeten Kommunisten aus drei Gründen keinen Rückschlag sehen: Eine Unzufriedenheit mit dem Übergang zur Marktwirtschaft und der Privatisierung ist nicht gleichzusetzen mit einer Unzufriedenheit mit der Demokratie als solcher, zumal der Wechsel demokratisch erfolgte und das Parteiensystem konsolidierte. Die Unzufriedenheit mache eher die gegenwärtigen Politiker für die Misere verantwortlich als die 50 Jahre Sozialismus zuvor.<sup>344</sup> Gaidys hält die Vielzahl der gewählten, völlig unbekannten Kandidaten der LDDP als Zeichen für die große Enttäuschung von Sajūdis anhand der.<sup>345</sup> Die Partei selbst habe offenbar den überwältigenden Sieg nicht erwartet; sie hatte mit 71 Kandidaten weniger aufgestellt als sie zur Besetzung der 73 Mandate benötigt hätte, welche sie schließlich errang.<sup>346</sup> Die LDDP versuchte Vorurteilen auch dadurch vorzubeugen, daß sie parteiunabhängige Experten ins Kabinett holte und diese erst 1994 gegen ein politisches Kabinett auswechselte.<sup>347</sup>

Der großen Regierungsfraktion der gewendeten Kommunisten standen verschiedene, teilweise sehr konservative Gruppen gegenüber. Nach der Konstituierung des Parlaments spaltete die oppositionelle Listenkoalition aus Litauens Demokratischer Partei, Litauens Christlich Demokratischer Partei, der Union der politischen Gefangenen und Exilanten, der Bürgercharta und der Volksunion sich aus vornehmlich taktischen Gründen in mehrere Fraktionen

<sup>342</sup> vgl. Dellenbrandt, Jan Åke: The re-emergence of multi-partyism in the Baltic states; in: Berglund, Sten / Dellenbrandt, Jan Åke: The new democracies in Eastern Europe. Party systems and political cleavages, 1994, S.110

<sup>343</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.138

<sup>344</sup> vgl. Clark, Terry D.: The Lithuanian Political Party System: A Case Study of Democratic Consolidation; in: East European Politics and Societies, 1/1995 S.41 und allgemein Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa, Gütersloh 1995, S.44. Der Kaunaser Politologe Nerijus Prekevičius äußerte im Gespräch die Ansicht, daß es offensichtlich der Wahlsieger LDDP ob der politischen Situation damals als opportun erachtete, statt der Einparteienregierung mit Sajūdis zu kooperieren. Selbst nach der Amtsübergabe von Lubys an Šleževičius blieben einige Minister von Sajūdis zunächst im Amt.

<sup>345</sup> vgl. Gaidys, Vladis: Political preferences in Lithuania: Why the 1992 elections was a surprise, WAPOR conference „Public Opinion and Public Opinion Research in Eastern Europe“, Tallin 1993, S.4

<sup>346</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.140

<sup>347</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.165

auf. Einerseits geschah dies in Tradition des Obersten Sowjets, wo Fraktionen nach Belieben gebildet und aufgelöst wurden, andererseits in der Hoffnung, durch die mehrfache Inanspruchnahme der Fraktionsrechte intensiver opponieren zu können. Die genannten Gruppierungen durchmischten sich dabei mit der bei der Wahl noch allein angetretenen Sajūdis-Fraktion. Diesen Versuchen wurde später durch die regierenden Sozialisten ein Riegel vorgeschoben: Es wurde den Fraktionswechslern 1993 verboten, völlig neue Fraktionen zu bilden.<sup>348</sup>

Novagrockienė sah seinerzeit in dieser Entwicklung den Übergang von der Fragmentierung als Charakteristikum des Parteiensystems zur Polarisierung,<sup>349</sup> doch im Grunde war diese schon vorher vorhanden, und die Fragmentierung fand nach der Wahl innerhalb der Fraktionen statt. Nichtsdestotrotz setzte sich die Ansicht weitgehend durch, das durch weniger Parteien stabiler wirkende Litauen als polarisiert zu bezeichnen, wenn auch das Spektrum in den baltischen Nachbarstaaten von der Existenz zweier Flügel aus betrachtet nicht unbedingt ein anderes war. Nørgaard stellt die damals angesichts der aktuellen Konstellation interessante Frage, ob in Litauen wegen der Polarisierung Platz für kleinere Parteien sein wird und das System gegebenenfalls zur schnelleren Konsolidierung beitragen wird.<sup>350</sup> Das wurde vielfach behauptet, erwies sich jedoch später als Irrtum.

---

<sup>348</sup> vgl. Lithuania today, July-August 1993, S.6f.

<sup>349</sup> vgl. Novagrockienė, Jūratė: From political differentiation towards stabilization of Lithuanian party system; in: Streaming towards social stability, Vilnius und Tampere 2000, S.180

<sup>350</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.96

<b>Partei / Wahlkoalition</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Mandate</b>	<b>Direktm.</b>	<b>Gesamt</b>
Litauische demokratische Arbeiterpartei	43,98%	36	40	76
Unabhängigkeitbewegung	20,52%	17	10	27
Litauische christliche demokratische Partei & Litauens				
Union der politischen Gefangenen und Exilanten	12,22%	10	8	18
Litauens sozialdemokratische Partei	6,05%	5	3	8
Christdemokraten & Litauens Volksjugend "Junges				
Litauen"	3,55%		1	1
Litauische Zentrumsunion	2,52%		2	2
Litauens Union der Polen	2,14%	2	2	4
Litauens Volksunion	1,99%		4	4
Litauens Liberale Union	1,51%			
Litauens Freiheitsliga	1,19%			
Bewegung des Nationalen Fortschritts Litauens	1,07%			
Bewegung der Litauischen Moderaten	0,70%			
Soziale-politische Bewegung für soziale Gerechtigkeit	0,52%			
Soziale-politische Bewegung Litauen	0,42%			
Litauens Bewegung "Tschernobyl"	0,26%			
Litauens Eintracht	0,22%			
Litauens Union der Patrioten	0,10%			
Einzelkandidaten			1	1

*Tabelle 5: Wahlergebnis vom 25. Oktober und 15. November 1992 in Litauen*

Aber nicht nur die Diskussion der Polarisierung lässt Fragen offen. Novagrockienė erklärt ihre Beobachtung wenig zufriedenstellend mit der Entwicklung des Parteiensystems, welche untrennbar verbunden sei mit dem Transformationsprozeß, der alle institutionellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche erfasse. Das ist eine recht allgemeine Feststellung, die auf fast jeden osteuropäischen Staat zutrifft. Für alle baltischen Staaten gilt, was Novagrockienė weiter als litauische Besonderheit zu erkennen glaubt, wie etwa der Zusammenhang mit dem unterbrochenen Prozeß der Nationalisierung, sowie der Nationalismus als Plattform zur Mobilisierung der Bevölkerung gegen die kosmetischen Korrekturen im Kommunismus. Dann folgt das Postulat, diese Umstände hätten zur Gründung von Parteien geführt, die mit derselben elitären Arroganz auftraten wie die Kommunisten und die Massen ignorierten.<sup>351</sup> Doch einerseits gab es zu dieser Wahl in Litauen keine nennenswerten Parteineugründungen, andererseits bleibt offen, wo diese Abgehobenheit konstatiert wird.

Nach der Parlamentswahl trat Ministerpräsident Aleksandras Abišala ab und räumte den Posten für die nächste Übergangsregierung bis zur Präsidentschaftswahl. Die siegreiche LDDP einigte sich mit Sajūdis auf Bronislawas Lubys von der LDDP als Nachfolger. Aus der Präsidentschaftswahl am 14.

<sup>351</sup> vgl. Novagrockienė, Jūratė: The formation and development of multiparty system of Lithuania, Vilnius 1996, S.6ff.

Februar 1993 ging bei einer Beteiligung von 78,6% Algirdas Brazauskas mit 60,1% als Sieger hervor. Der von Sajūdis unterstützte Exil-Litauer und Botschafter in Washington, Stasys Lozoraitis, unterlag mit 38,1%,<sup>352</sup> zugunsten dessen Landsbergis auf eine offensichtlich chancenlose Kandidatur verzichtet hatte. Lozoraitis selbst war eher unpopulär, weil er den größten Teil seines Lebens im Ausland verbracht hatte.<sup>353</sup> Weitere Kandidaten waren Kazimieras Petraitis von der Republikanischen Partei und Kazimieras Antanavičius, ein Mitgründer der Sozialdemokratischen Partei, den diese jedoch nicht unterstützte.<sup>354</sup>

Nach dem Sieg Brazauskas' wurde am 26. Februar 1993 Adolfas Šleževičius zum Regierungschef ernannt. Die LDDP verlor ihren charismatischen Vorsitzenden, der als Präsident seine Parteitätigkeit ruhen lassen mußte, und betrachtete bei den folgenden Kommunalwahlen das für sie schlechte Ergebnis nur als Folge der niedrigen Wahlbeteiligung.<sup>355</sup> Die gewendeten Kommunisten regierten in Vilnius sicher mit einer absoluten Mehrheit über die gesamte Legislaturperiode von hier vier Jahren hinweg. Nur wenige Monate vor dem Urnengang wurde das Land wie sein nördlicher Nachbar erst 1995/96 von einer Bankenkrise heimgesucht, bei der viele Litauer ihre Ersparnisse verloren. Da Ministerpräsident Adolfas Šleževičius seine Insiderkenntnisse genutzt hatte, persönliche Einlagen aus der kollabierenden Bank rechtzeitig zurückzuziehen, mußte er im Frühling 1996 wegen der negativen öffentlichen Meinung zurücktreten. Ihm folgte Mindaugas Stankevičius, der bis zu den Wahlen im Amt blieb. Damit bildete Litauen im Baltikum während der ersten Legislaturperiode in bezug auf die Stabilität der Regierung eine Ausnahme.

### 4.3 Die zweiten Wahlen

Ähnlich wie in den anderen baltischen Staaten traten in **Estland** 1995 mehr oder weniger dieselben Parteien mit denselben Vorsitzenden zur Wahl an, doch hatten viele Fraktionen ihre Namen inzwischen deutlich geändert. Daher röhren gewiß die Probleme westlicher Wissenschaftler bei der Identifizierung der politischen Kräfte. So kommt Beichelt bei den estnischen Parteien zu dem gänzlich entgegengesetzten Urteil: „*Ein guter Teil der 1995 neu in den Riigikogu gewählten Parteien war Ende 1998 bereits wieder zerfallen*“.<sup>356</sup> Das trifft nicht zu: Die aus der Volksfront hervorgegangene Zent-

<sup>352</sup> vgl. Archiv der Gegenwart 1993, S.37588

<sup>353</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.271

<sup>354</sup> vgl. Lithuania today, March 1993, S.2.

<sup>355</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.140

<sup>356</sup> vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuscript 2000, S.224

rumspartei erhielt Zulauf von der Unternehmerpartei und der Familien- und Rentner-Union, die Allianzpartei, eine Kraft aus dem Sicheren Heim, ebenfalls von der Familien- und Rentner-Union sowie dem Bauernverband. Die Moderaten hatten ihren Namen nicht geändert. Statt dessen hatten sie einige Mitglieder verloren, die gemeinsam mit Vertretern von Vaterland die Reformpartei gründeten. Vaterland selbst verlor noch einige Mitglieder an die neue Gruppierung der Rechten, um sich schließlich mit der Unabhängigkeitspartei zu verbinden, nicht jedoch zu vereinen. Auch diese Partei blieb von Verlusten nicht verschont: so bildeten einige Mitglieder mit den Estnischen Bürgern das Bessere Estland / Estnische Bürger. Die Grünen vereinigten sich mit den Royalisten zur **Vierten Kraft (Neljas Jõud)**.<sup>357</sup>

Im Vorfeld der Wahlen sind einige dieser Parteigründungen als besonders wichtig zu betrachten, so die Landvolkpartei unter der Führung des früheren Funktionärs und ersten Präsidenten nach der Unabhängigkeit, Arnold Rüütel. Inhaltlich vertritt die neue Partei die skeptische Einstellung der Provinzbevölkerung gegenüber der schnellen Reformpolitik. Die Landvolkpartei und die Allianzpartei schlossen für die Wahlen 1995 ein Bündnis unter dem Namen Vereinigung von Allianzpartei und Landvolk. Bei beiden handelte es sich um Parteien älterer Protagonisten, die bei der Wahl 1992 nicht zuletzt wegen ihrer Fragmentierung geschlagen worden waren.<sup>358</sup>

Die zweite bedeutende neue Partei ist die Reformpartei, gegründet unter der Führung von Kallas. Die Spaltung von Vaterland und die Gründung der Reformpartei 1994 sind für Pettai und Kreuzer ein Hinweis auf eine zunehmende Diversifizierung des ideologischen Spektrums in Estland: War 1992 das nationale Thema dominierend, so wurde es 1995 die Wirtschaftspolitik.<sup>359</sup>

Obwohl diese Beobachtungen auf den ersten Blick chaotisch wirken, kann dennoch von einer allmählichen Strukturierung der politische Landschaft gesprochen werden. Während die Wahlen von 1992 von Wahlkoalitionen dominiert wurden, in denen die Parteien zum größten Teil nicht unter ihrem eigentlichen Namen antraten, waren Verbindungen mit gesellschaftlichen Organisationen 1995 nicht mehr erlaubt, abgesehen von vereinigten Listen.<sup>360</sup> Weil das Gesetz ab 1994 außerdem eine Registrierung der Parteien verlangte, schnellte ihre Zahl auf über 30 hoch, denn es ließen sich auch einige Gruppierungen registrieren, die eigentlich eher als Interessengruppen anzusehen

<sup>357</sup> vgl. Kalmre, Vahur (Hrsg.): Postimehe valimisteatmik 1995, Tartu 1995, S.57f.

<sup>358</sup> vgl. Kalmre, Vahur (Hrsg.): Postimehe valimisteatmik 1995, Tartu 1995, S.11-29; Sootla, Georg: The consolidation of democracy in Estonia: Causes and consequences of party splintering; in: Elzbieta Matynia: Grappling with democracy, Prag 1996, S.199ff.

<sup>359</sup> vgl. Pettai, Vello / Kreuzer, Marcus: Party Politics in the Baltic States: Social Bases and Institutional Context; in: East European Politics and Societies, Volume 13, No.1, Winter 1999, S.169

<sup>360</sup> vgl. Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, Manuscript 2000

wären, wie die Familien- und Rentnerunion, die Waldpartei und die **Blaue Partei (Sinine Erakond)**.

Partei / Wahlkoalition	Stimmen	Mandate
Vereinigung von Allianzpartei & Landvolk	32,23%	41
Reformpartei	16,19%	19
Zentrumspartei	14,17%	16
Union von Vaterland & Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei	7,85%	8
Moderate	5,99%	6
Unsere Heimat ist Estland!	5,87%	6
Rechte	5,00%	5
Besseres Estland / Estnischer Bürger	3,61%	
Estnische Partei der Zukunft	2,57%	
Gerechtigkeit	2,27%	
Bauernpartei	1,51%	
Vierte Kraft	0,81%	
Zentrumsunion der Kinder der Nation	0,64%	
Waldpartei	0,60%	
Blaue Partei	0,35%	
Demokratische Union	0,06%	
Einzelkandidaten	0,27%	

Tabelle 6: Wahlergebnis vom 5. März 1995 in Estland

Im Vergleich zur ersten Legislaturperiode verbesserte sich vor allem das Verhältnis der russischen Parteien zueinander, die sich ob ihrer Unterschiede in der ideologischen Ausrichtung vorher mit einer Zusammenarbeit noch schwer getan hatten. Verschiedene russische Parteien rauften sich schließlich zu dem Bündnis Unsere Heimat ist Estland! zusammen.<sup>361</sup> Da die Zentrumspartei unter den Nicht-Bürgern die beliebteste aller estnischen Parteien war, schloß die **Vereinigte Volkspartei (Ühendatud Rahvapartei)**, die vorwiegend zu Estland loyal stehende Russen vertritt, eine Zusammenarbeit in der Region Ida-Virumaa nicht aus, wo die Nicht-Bürger das Wahlrecht auf kommunaler Ebene haben. Mit der Rückkehr Jewgenij Kogans<sup>362</sup> nach Estland begannen 1996 unruhige Zeiten, denn er versuchte, die Vorsitzenden der verschiedenen Organisationen gegeneinander auszuspielen, um selbst die Führung der Partei zu übernehmen, wobei nach verbreiteter Ansicht sein Interes-

---

<sup>361</sup> vgl. Kalmre, Vahur (Hrsg.): Postimehe valimisteatmik 1995, Tartu 1995, S.11-29; Sootla, Georg: The consolidation of democracy in Estonia: Causes and consequences of party splintering; in: Elzbieta Matynia: Grappling with democracy, Prag 1996, S.199ff.

<sup>362</sup> Der frühere Aktivist der Interfront ist dank seiner Mutter durch Geburt im Besitz der estnischen Staatsbürgerschaft.

se an der estnischen Politik geringer war, als an der Funktion eines Sprungbretts zum sogenannten **Mitbürger-Kongreß** in Moskau.<sup>363</sup>

Die Vereinigung von Allianzpartei und Landvolk errang mit 41 Mandaten einen im Vergleich zum Sieg von Vaterland 1992 überragenden Wahlsieg. Nichtsdestotrotz folgten intensive Koalitionsverhandlungen, aus denen eine Zusammenarbeit mit der Zentrumspartei hervorging. Savisaar wurde Innenminister, Vähi Premier. Bollow interpretiert dieses Ergebnis im Unterschied zu vielen postkommunistischen Ländern dieses Ergebnis nicht als Aufschwung der Linken, sondern als Erfolg der Mitte.<sup>364</sup> Das bleibt eine Definitionsfrage; zwar handelt es sich bei der Allianzpartei nicht direkt um Postkommunisten, doch bleibt die Partei die wesentliche Heimat der alten Funktionäre.

Schon im Herbst 1995 gab es einen Skandal, nachdem öffentlich geworden war, daß Savisaar während der Koalitionsverhandlungen heimlich Tonbandaufzeichnungen von seinen Unterredungen gemacht hatte. Er mußte zurücktreten, und seine Partei zog sich zur inneren Erneuerung bald ganz aus der Koalition zurück, weil nicht genügend Persönlichkeiten zur Verfügung standen. Vähi trat schließlich mit seinem gesamten Kabinett am 12. Oktober zurück. Bereits am 22. Oktober schloß der neue alte Premier eine Koalition mit der Reformpartei, deren ambitionierter Vorsitzender Kallas das Außenministerium übernahm.

Nachdem für eine Übergangszeit Politiker, die sich von Savisaar distanziert hatten, die Parteiführung übernehmen konnten, wurde der alte Vorsitzende nach einer kurzen Schonfrist im März 1996 bereits mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Kurz darauf spaltete sich die **Entwicklungspartei (Arengupartei)** unter Andra Veidemann von der Zentrumspartei ab. Es folgten die Kommunalwahlen und nach einem anfänglichen Pakt Savisaars mit der Vaterlandsunion und der Reformpartei der Umsturz im Tallinner Stadtrat, wo die Zentrumspartei den damaligen Vorsitzenden des Stadtrates, Mart Laar, nach nur zwei Wochen mit Hilfe der Allianzpartei stürzte.<sup>365</sup> Damit wurde Savisaar endgültig zum enfant terrible der estnischen Politik und sorgte für weitere Regierungskrisen.

---

<sup>363</sup> vgl. Kõik mittekodanikud valima. Jevgeni Kogan on tagasi; in Luup Nr.17, 19.8.1996

<sup>364</sup> vgl. Bollow, Undine: Politisches und Rechtssystem Estlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.107

<sup>365</sup> vgl. Malberg, Kristi: Miks vihatakse Edgar Savisaart? Äripäev Nr.183, 26.11.999; Kaldre, Peeter: Edgar Savisaare sinusoid; in: Luup Nr. 24, 25. 11.1996

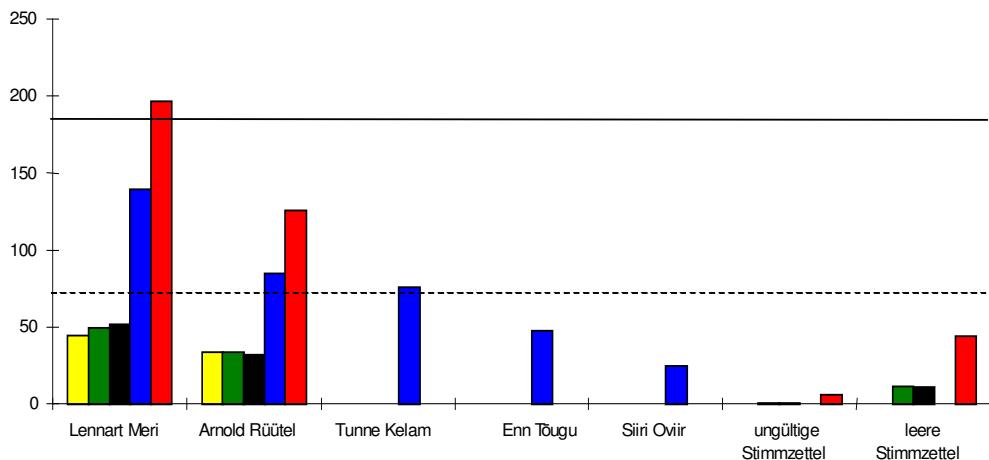


Abbildung 1: Präsidentschaftswahl Estland 1996<sup>366</sup>

Obwohl in Koalition mit der Reformpartei befindlich, schloß die Partei des Regierungschefs einige Monate später erneut ein nicht näher spezifiziertes Kooperationsabkommen mit dem früheren Partner. Vähi und Kallas retteten zunächst nach heftigen Konflikten über diese Vereinbarung ihre Koalition auf nationaler Ebene. Doch die Zusammenarbeit sollte trotzdem nicht mehr lange funktionieren. Diverse gegenseitige Vorwürfe wurden erhoben, und die Reformpartei zog sich schon einen Monat später endgültig aus der Regierung zurück. Vähi konnte im Anschluß an diese Regierungskrise keine neue Koalition bilden und stand ohne Partner da. Allein Zentrumspartei und Entwicklungspartei versprachen ihre parlamentarische Unterstützung, die Opposition würde einstweilen die Regierung nicht zu Fall bringen. Doch als der Ministerpräsident bald darauf in einen Skandal um eine Wohnungsprivatisierung verwickelt wurde, die er als Tallinner Stadtratsvorsitzender offenbar unsauber durchgeführt hatte, mußte er von seinem Parteifreund Mart Siimann abgelöst werden. Es blieb bei derselben Minderheitsregierung, obwohl Siimann damit nicht zufrieden war. Seine Absicht, in Absprache mit der Opposition per Mißtrauensvotum das Parlament aufzulösen, scheiterte – jedoch nicht an der Opposition, sondern an der eigenen Partei.<sup>367</sup>

In dieser politischen Konstellation wurde die Präsidentschaftswahl 1996 besonders spannend. Amtsinhaber Meri war anerkanntermaßen während der vergangenen drei Jahre in der Welt zum angesehenen Repräsentanten seines Staates geworden. Auf der anderen Seite war er nicht Kandidat der 1995 siegreichen Parteien, sondern von der nun in der Opposition befindlichen Vater-

<sup>366</sup> Die gestrichelte Linie zeigt das nötige Mehr im Parlament, die durchgezogene im Wahlmännergremium an.

<sup>367</sup> vgl. Maier, Konrad: Estland: Tiger im Baltikum?; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/98, 4. September 1998, S.22

landsunion portiert worden, für welche er ein ebenso unbequemer wie umstrittener Präsident gewesen war, weil er sich im Konflikt mit der von Mart Laar geführten Regierung profiliert und dabei unter den Politikern nicht unbedingt Freunde gewonnen hatte.<sup>368</sup> Gleichzeitig traf Meri die „Volksseele“.<sup>369</sup> Trotz dieser Erfahrungen wurde anfangs sowohl von der Vaterlandsunion als auch von der neuen Reformpartei eine zweite Amtsperiode unterstützt. Meris Gegenkandidat von der Wahl 1992, Arnold Rüütel, sollte ihn als Spitzenpolitiker der Landvolk Partei und damit einer der Hauptexponenten der gegenwärtigen Koalition auch 1996 herausfordern. Die Uneinigkeit der Parteien führte dazu, daß alle Register des komplizierten Wahlsystems der estnische Verfassung gezogen wurden. In Riigikogu fand sich wie erwartet in drei Wahlgängen keine Zwei-Dritteln-Mehrheit für einen der beiden Kandidaten nicht. Entsprechend wurde der Wahlausschuß gebildet, zu dem dann weitere Personen nominiert wurden. Die Allianzpartei war in der Kandidatenfrage unentschieden und portierte schließlich mit Enn Tõugu ein neues Gesicht, während die Zentrumspartei mit ihrer Abgeordneten Siiri Oviir die einzige Frau ins Rennen um das höchste Staatsamt schickte. Die Vaterlandsunion entschied sich zum Schluß doch noch, mit Tunne Kelam einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Im Grunde bezogen die Parteien mit dieser Strategie nur ihre Positionen, denn es gab mehrheitlich eine Tendenz zugunsten Meris, die alle anderer Kandidaturen außer der Rüütels aussichtslos erscheinen ließen. Dieser genoß im Gegenteil zu Meri bei dieser Wahl allerdings geringere Unterstützung in der Bevölkerung; 42% befürworteten eine weitere Amtszeit, ebenso viele wie 1992 Rüütel lieber als Präsident gesehen hätten. Die Verhältnisse hatten sich also umgekehrt, wobei die Unterstützung für Meri damals mit 29% sogar jene Rüütels von 1996 von 18% überstieg.<sup>370</sup> Überraschend war nach der ersten Wahlrunde in geheimer Abstimmung das gute Abschneiden des Allianzpartei-Kandidaten wie auch der große Vorsprung des nicht nur von der aktuellen Mehrheit eher ungeliebten Amtsinhabers. Letzterer konnte beim zweiten Wahlgang ein Mehr von acht Stimmen über das Notwendige erzielen.

Die wohl bedeutendste Veränderung in der Parteienlandschaft **Lettlands** war die Mutation der kleinen Demokratischen Partei. Sie vereinigte sich im April 1995 mit der Partei *Hausherr* des früheren Volksfront-Innenministers Ziedonis Čevers zur Demokratischen Partei *Hausherr*. *Hausherr* ist insofern

---

<sup>368</sup> Das betraf die Unterzeichnung des Truppenrückzugsabkommens mit Boris Jelzin, das ohne Absprache mit der Regierung erfolgt war sowie die Weigerung 1993, neue Minister der Regierung Laar zu vereidigen. Meri hatte in diesem Fall nach einigen Tagen eine Verfassungskrise durch seinen Rückzug verhindert.

<sup>369</sup> vgl. Kaldre, Peeter: President lõhub raame; in: Luup Nr. 17, 19.8.1996

<sup>370</sup> vgl. Vöörmann; 05./ Tarand, Kaarel: Presidendi-Puzzle eesti moodi; in: Luup Nr. 17, 19.8.1996; Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.150f. Verfassungsrechtler meine, Meris habe seine Kompetenzen dabei überschritten.

dubios, weil ihr Vorsitzender nach seinem Abgang aus der Regierung die Stiftung **Sicherheit (Drošība)** gegründet hatte. Die Stiftung hat das Ziel, Geschäftsleute vor dem organisierten Verbrechen zu schützen, indem sie von den Mitgliedsbeiträgen Polizei und andere Sicherheitskräfte finanziell unterstützt. Mitglied darf allerdings nur werden, wer bis dato noch keine Schutzgelder gezahlt hat.<sup>371</sup> Weil Čevers versprach, innerhalb von drei Monaten mit dem organisierten Verbrechen fertig zu werden, wurde gemunkelt, der Erfolg der Stiftung gründe sich einzig auf Čevers' umfangreiche Dossiers, zusammengetragen in seiner Zeit als Innenminister, wenn er nicht sogar seinen guten Kontakten zum organisierten Verbrechen geschuldet sei.<sup>372</sup>

*Hausherr* wurde überdies als schlechtes „Remake“ von Lettlands Weg, dem nur der Reformer Gorbunovs unbelastet genug war, bezeichnet, da mit Čevers selbst und Kēzbers karrierebewußte frühere KP-Funktionäre die Partei führten. Gleichzeitig resümiert Kerner treffend: „*Die politische Ausrichtung von DPS ist unklar*“.<sup>373</sup> Dem Sog einer Fusion waren die Politische Vereinigung der Volkswirte, die als Regierungspartei vor den Wahlen dieser jedoch nicht zustimmen konnte, und die **Partei der Einheit (Latvijas Vienības Partija)** ausgesetzt. Bei letzterer blieb der Erfolg aus, da man deren Chef, Alberts Kauls, offenbar keine höhere Position anzubieten bereit war.<sup>374</sup> Kauls, ehemaliger Chef der Vorzeige-Kolchose Ādaži, war erst 1995 in die Partei eingetreten und hatte dieser Splittergruppierung zu Lasten der Bauernunion einen kometenhaften Aufstieg in der Wählergunst beschert.<sup>375</sup>

Die Bauernunion bildete mit den Christdemokraten und der **Demokratischen Partei Lettgallens (Latgales Demokrātiskā Partija)** eine Listenverbindung. Überraschend daher Zītars kurz vor der Wahl vertretene Ansicht, die Bauernunion habe einerseits wegen ihrer Bekanntheit gute Chancen und weil sie Regierungserfahrung mit dem rechtzeitigen Absprung verbinde<sup>376</sup>. Es bleibt freilich die Ironie der Geschichte, daß sich die Einheitspartei später auflöste und viele Angeordnete zur Fraktion der Bauernunion wechselten.<sup>377</sup>

---

<sup>371</sup> vgl. Atklātā sabiedriskā fonda „Par Latvijas iekšējo drošību“ statūti, Riga 1993

<sup>372</sup> Kerner berichtet gar, *Saimnikes* sei hinter vorgehaltener Hand die Partei als Mafia-Liste bezeichnet worden. Vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.141

<sup>373</sup> vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.141

<sup>374</sup> Kerner behauptet, dies sei dem Willen Kauls' zum Trotz am Widerstand in den eigenen Reihen gescheitert. Vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.144

<sup>375</sup> vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.144

<sup>376</sup> vgl. Ostrovska, Ilze / Odīte, Liene / Zītars, Valdis / Āboltiņa, Signe / Strode, Ieva / Indāns, Andris / Brants, Māris / Vanaga, Sanita: 6. Saeimas vēlēšanas gaidot; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr.6, 06.1995, S.23

<sup>377</sup> vgl. Antonevics, Māris: Manuskript, S.14

Nach dem Mißerfolg bei der Wahl 1993 taten sich auf der Linken LDDP und Sozialdemokraten mit einigen anderen Splittergruppen wie der Rentnerföderation unter der Führung des LDDP-Chefs Juris Bojārs, doch noch zusammen und bildeten im April 1995 die Koalition **Arbeit und Gerechtigkeit (Darbs un Taisnīgums)**, während die Partei von Jurkāns, die aus der Volksfront hervorgegangen war, nun mit Rubiks Sozialisten zusammenarbeitete.<sup>378</sup>

<b>Partei / Wahlkoalition</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Mandate</b>
Demokratische Partei "Hausherr"	15,15%	18
Lettlands Weg	14,64%	17
Volksbewegung für Lettland (Siegerist Partei)	14,89%	16
Für Vaterland und Freiheit	11,93%	14
Lettlands Partei der Einheit	7,14%	8
Lettlands Bauernunion & Lettlands Union der Christdemokraten & Lettgallens		
Demokratische Partei	6,33%	8
Lettland Nationale Konservative Partei &		
Lettlands Grüne Partei	6,31%	8
Lettlands Sozialistische Partei	5,58%	5
Partei der Volksharmonie	5,55%	6
Arbeit und Gerechtigkeit	4,56%	
Politische Vereinigung der Volkswirte	1,48%	
Union Lettischer Bauern	1,36%	
Lettlands Partei der Russischen Bürger	1,24%	
Lettlands Volksfront	1,16%	
Politischer Verband der Minderbemittelten &		
Lettische Uanabhängigkeitspartei	0,99%	
Unser Land & Antikommunistische Union	0,52%	
Partei der Demokraten	0,26%	
Lettlands Liberale Partei	0,22%	
Lettlands Nationale Demokratische Partei	0,14%	

*Tabelle 7: Wahlergebnis vom 30. September und 1. Oktober 1995 in Lettland*

Das Wahlergebnis war verblüffend. Zwar gab es im wesentlichen zwei Wahlsieger, doch mehr denn je verteilten sich die Stimmen recht gleichmäßig auf wenigstens vier große Parteien. Für Vaterland und Freiheit hatte insbesondere in Riga gewonnen, während im stark russifizierten Osten die Sozialisten reüssierten. Besonders schockiert war die Öffentlichkeit vom territorial etwa gleichmäßig verteilten, großen Erfolg Siegerists. Die Umfragen hatten das gute Abschneiden der Volksbewegung für Lettland nicht vorhergesehen, vermutlich wegen der fehlenden Bereitschaft der Siegerist-Anhänger, ihre

<sup>378</sup> vgl. Baldzēns, Egīls: Situation in Lettland vor den Parlamentswahlen im Herbst 1995, Manuskript, Riga 1995

wahre Meinung öffentlich zu äußern, was Zepa mit der „Schweigespirale“ von Elisabeth Noelle-Neumann erklärte. Die Wähler von Siegerist sprachen demnach nicht über ihre Präferenzen, weil sie sich in der Minderheit wähnten.<sup>379</sup> Und dafür gab es gute Gründe. Siegerist betrieb eine Kampagne, die als Wählerkauf deklariert werden kann. Minderbemittelte wurden nicht nur verbal umworben. Siegerist verteilte auf dem Lande großzügig und medienwirksam technische Ausrüstung und medizinisches Gerät.<sup>380</sup> Folglich hatte Siegerist den Ruf des Wohltäters durch umfangreiche Hilfe tatsächlich „*nicht ganz unberechtigt*“ erhalten und konnte seine „*wahrlich märchenhaften Wahlversprechen überzeugend erscheinen*“ lassen.<sup>381</sup>

Die Parteien des linken und rechten Lagers gingen aus diesem Urnengang etwa gleich stark hervor. Die vormalige Regierungspartei Lettlands Weg schloß sich überraschend problemlos dem Nationalen Block an, der seine Regierung über zwei Jahre hinweg bekämpft hatte. Daraufhin nannten sich die Parteien der anderen Seite kurzerhand **Nationaler Versöhnungsblock (Nacionālais Izlīguma Bloks)**. Die undurchschaubare Siegerist-Gruppe schlug sich aus unerfindlichen Gründen auf diese Seite, obwohl sich beim Nationalen Versöhnungsblock erheblich mehr ehemalige Funktionäre aus Sowjetzeiten befanden. Der Deutsche führte damit seine antikommunistische Wahlkampagne ad absurdum.<sup>382</sup>

Seit der Wahl für oder gegen die Unabhängigkeit 1990 hatte sich bis zu den Wahlen 1995 keine Parteiidentifizierung gebildet. Stattdessen wurde das Wahlverhalten als Protest interpretiert, weil die meisten Wähler mit ihrer Wahl die eigene Entscheidung von 1993 revidierten. „*The electorate are tired of politics and voting more in protest than in favour of any specific attitudes and values.*<sup>383</sup>“ Die Wähler versuchten also nicht, Politik und Politiker zu beeinflussen, sondern erwarteten von einer anderen Wahl erneut die Lösung ihrer Probleme von oben.<sup>384</sup> Typisch für die Wahl 1995 war außerdem, daß viele Wähler schon nach zwei Monaten mit ihrer Entscheidung erneut unzufrieden waren, was besonders auf die Wähler der populistischen Parteien zutraf, nämlich 60% der Siegerist-Wähler. Acht Prozent von ihnen und 40%

---

<sup>379</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.45; Zepa, Brigitā: Vēlētāju uzvedība un pašvaldību vēlēšanās 1990-1995; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.16

<sup>380</sup> vgl. Ostrovska, Ilze / Odīte, Liene / Zītars, Valdis / Āboltiņa, Signe / Strode, Ieva / Indāns, Andris / Brants, Māris / Vanaga, Sanita: 6. Saeimas vēlēšanās gaidot; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr.6, 06.1995, S.29

<sup>381</sup> vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.142

<sup>382</sup> vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.142

<sup>383</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.103

<sup>384</sup> vgl. Zepa, Brigitā: Līdzdalība kā politiskās nācijas veidošanās nosacījums; in: Pilsoniskā apziņa, Riga 1998, S.233

insgesamt gaben an, ihre Entscheidung spontan unmittelbar vor der Wahl getroffen zu haben.<sup>385</sup>

Zunächst beauftragte Präsident Ulmanis den eigenen politischen Präferenzen folgend Māris Grīnblats von Für Vaterland und Freiheit mit der Regierungsbildung, obwohl ein Erfolg wegen der Mehrheitsverhältnisse von Beginn an als unwahrscheinlich galt. Die einzige Hoffnung ruhte auf der Einheitspartei von Alberts Kauls, die ob ihrer ländlichen Klientel tendenziell dieselben staatsinterventionistischen und nationalistischen Ideen vertrat. Da Kauls und seine Anhänger aus dem Milieu der gewendeten Kommunisten stammen, zu denen Für Vaterland und Freiheit sowie die Unabhängigkeitsbewegung in Opposition standen, erwiesen sich die Verhandlungen als schwierig. Zwar konnte Grīnblats einige Abgeordnete zur Stützung seines Kabinetts überredenden, doch in der entscheidenden Abstimmung votierte nicht ein einziger Vertreter für Grīnblats. Sie entschuldigten sich mit der zweifelhaften Ausrede, Posten in der Regierung zu erhalten genüge nicht, es gehe um die richtige Landwirtschaftspolitik. Eine Studie der Naumann-Stiftung behauptet sogar, die Einheitspartei habe das Landwirtschaftsthema bei den Verhandlungen überhaupt nicht in den Vordergrund gerückt.<sup>386</sup>

Erst nach dem Scheitern Grīnblats' erhielt Ziedonis Čevers wegen des leichten Übergewichts der anderen Seite den Auftrag zur Regierungsbildung. Trotz Čevers Bereitschaft, „*nur um an die Macht zu gelangen*“ wie behauptet wurde, mit jeder Partei zu koalieren, sogar entgegen seiner Beteuerung im Wahlkampf mit der Siegerists, mißlang auch dieser Versuch.<sup>387</sup> Da Ulmanis bereits vorher erklärt hatte, niemals ein Kabinett mit Siegerist zuzulassen,<sup>388</sup> war der Zusammenhalt des ohnehin fragilen Nationalen Versöhnungsblocks geschwächt und die Aussicht einer Regierungsübernahme mit oder ohne Siegerist ebenso von vornherein fraglich. Doch auch ohne präsidentielles Veto hatte Jurkāns im Vorfeld der Sondierungsgespräche kategorisch abgelehnt, mit Siegerist am gemeinsamen Kabinettstisch zu sitzen. Umgekehrt stiegen die Chancen Čevers durch die mögliche Unterstützung der ebenfalls aus der Nomenklatura hervorgegangenen Bauernpartei, behauptet die Naumann-Studie. Die Ablehnung durch „ihren“ Präsidenten wie auch die Fraktionsgemein-

---

<sup>385</sup> vgl. Zepa, Brigit: *Vēlētāju uzvedība un pašvaldību vēlēšanās 1990-1995*; in: *Socioloģijas un politoloģijas žurnāls* Nr. 7, 05.1996, S.11

<sup>386</sup> vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Latvia's Failure in Government Forming after the Elections of October 1, 1995*, Tallinn 1995, S.17

<sup>387</sup> vgl. Matthes, Claudia-Yvette: Politisches und Rechtssystem Lettlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): *Handbuch Baltikum heute*, Berlin 1998, S.77; Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: *Osteuropa* 47/1997, S.147

<sup>388</sup> vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Latvia's Failure in Government Forming after the Elections of October 1, 1995*, Tallinn 1995, S.6

schaft mit den Christdemokraten dürften den Ausschlag zugunsten einer Identifikation mit dem Nationalen Block gegeben haben.<sup>389</sup>

Der Politologe Jānis Ikstens widerspricht dem Vorwurf, der Versöhnungsblock habe um jeden Preis an die Macht gelangen wollen. Statt dessen bescheinigt er diesem Bündnis, ganz seinem Namen entsprechend, eine gemeinsame Basis in der Suche nach einer Aussöhnung mit Rußland.<sup>390</sup> Wo Ikstens da Siegerist ortet, bleibt jedoch offen. Der hatte nach dem Scheitern des Kabinetts Grīnblats am 23. Dezember 1995 plötzlich bekanntgegeben, in Südtalien bei einem Autounfall an der Wirbelsäule verletzt worden zu sein, er könne erst zwei Wochen später wieder in das politische Leben zurückkehren. Mit dieser vagen Information, die von niemandem nachgeprüft werden konnte, hatte sich die Siegerist-Partei aus der Affäre gezogen, die Regierungsbildung durch Čevers nicht zu blockieren und gleichzeitig ihr Gesicht zu wahren. Der von Naumann behauptet anschließende Aufwärtstrend in Umfragen wider spricht Zepas vorher zitierter Untersuchung.<sup>391</sup>

Mattusch bezeichnet den Versöhnungsblock als „zeitweilig“,<sup>392</sup> da es ihn als Institution tatsächlich nur so lange gab, bis nach den Wahlen 1995 eine große Koalition gebildet werden mußte. In der Folge habe diese Polarisierung eine weitere Strukturierung des Parteiensystem bewirkt. Bezieht man die Entwicklung des Nationalen Blocks, der zwar früher gegründet worden war, sich aber als 1995 ebenso zeitweilig erwies, in die Betrachtung mit ein, veränderte sich die Ordnung im Parteiensystem von einer Regierung der Mitte, wie sie unter Birkavs und Gailis existierte, mit Opposition von beiden Flügelpositionen des politischen Spektrums, hin zu zwei sich einander gegenüberstehenden Blöcken, die keine regierungsfähige Mehrheit zustande bringen konnten. Beide lösten sich mit der Bildung der „großen“ Koalition auf, die schließlich von den größten Parteien Lettlands Weg, Demokratische Partei *Hausherr* und Für Vaterland und Freiheit gebildet wurde. Weil ein von Lettlands Weg geführtes Kabinett bei den Partnern nicht durchsetzbar war, einigten sich die Partner auf den Geschäftsmann und früheren stellvertretenden Landwirtschaftsminister der Volksfront-Regierung, Andris Šķēle, als Ministerpräsidenten.

Da diese drei Parteien zusammen nur über 49 Mandate verfügten, wurden weitere Kräfte zur Beteiligung an der Regierung aufgerufen. Die Verfassung

---

<sup>389</sup> vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Latvia's Failure in Government Forming after the Elections of October 1, 1995, Tallinn 1995, S.18

<sup>390</sup> vgl. Ikstens, Jānis: Drošības politika - potenciāls partiju sistēmas nestabilitātes avots Latvijā; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.7

<sup>391</sup> vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Latvia's Failure in Government Forming after the Elections of October 1, 1995, Tallinn 1995, S.6, 14

<sup>392</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.110

Lettlands hätte nach einem dritten gescheiterten Versuch der Regierungsbildung Neuwahlen verlangt, wofür niemand die Verantwortung tragen wollte. Während der Verhandlungen erklärten sich schließlich die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung, Christdemokraten und Bauernunion sowie die Partei der Einheit zur Mitarbeit bereit. Lettlands Weg konnte sich soweit durchsetzen, das Verkehrsministerium zu übernehmen,<sup>393</sup> während die Staatsbürgerschaftsfrage ausgespart wurde. Für Vaterland und Freiheit wurde mit der Möglichkeit eines späteren Referendums vertröstet,<sup>394</sup> welches dann 1998 tatsächlich durchgeführt wurde.

In den populistischen Fraktionen, deren Zusammenhalt ob der programmatischen Schwäche gering war, gab es früh Auflösungstendenzen. So spaltete sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahl die Siegerist-Partei. Es wurde die Fraktion **Für das Volk und die Wahrheit (Tautai un Taisnībai)** gegründet. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums trennten sich im Juli 1996 einige Abgeordnete von der Partei der Volksharmonie, nachdem einige Mitglieder zur Demokratischen Partei *Hausherr* übergetreten waren. Jurkāns` Partei verlor damit im Parlament die Fraktionsstärke.<sup>395</sup>

Die Regierung wurde nicht weniger erschüttert. Der frühere Finanzminister der Regierung Birkavs, Uldis Osis, beklagte, daß es keine Regierung und keine Opposition mehr gebe. Vielmehr sei eine Vielzahl von Parteien im Parlament, doch keine stark genug, die Führungsposition zu übernehmen, folglich stritten sie mit einem „*Vinegret aus populistischen Lösungen und infantilen Rezepten nur um Ämter und Einfluß*“. Die politische Situation sei instabiler als fünf Jahre zuvor.<sup>396</sup> Positiv wirkte sich der Zerfall auch des populistischen Lagers innerhalb der Regierung aus. Kauls trat nach kurzer Amtszeit schon im Mai 1996 als Landwirtschaftsminister zurück. Die Partei beschloß daraufhin zunächst, sich ganz aus der Regierung zurückziehen, widerrief diesen Entschluß anschließend, um bald gänzlich zu zerfallen. Mehrere Abgeordnete wechselten zur Bauernunion, ein Politiker schloß sich der Demokratischen Partei *Hausherr* an. Anschließend verließ, auch Čevers die Regierung. In beiden Fällen kann über die fehlende Bereitschaft zur Unterordnung im Kabinett spekuliert werden. Das würde zumindest erklären, warum die jeweilige Partei nicht versuchte, durch ihren Austritt die gesamte Regierung zu stürzen.

In dieser politischen Situation war die Wahl des Präsidenten ganz anders als in Estland eine Formalität. Die Kandidatur von Ilga Kreituse war ob ihrer Persönlichkeit selbst in der eigenen Partei, der Demokratischen Partei *Haus-*

<sup>393</sup> vgl. Gailis, Māris: *Varas tehnoloģija*, Riga 1997, S.243

<sup>394</sup> vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: *Osteuropa* 47/1997, S.147; Gailis, Māris: *Varas tehnoloģija*, Riga 1997, S.242

<sup>395</sup> vgl. Vulfsons, Mavriks: *Nationality Latvian? No, Jewish. Cards on the table*, Riga 1998, S.158

<sup>396</sup> vgl. Osis, Uldis: *Postsociālistiskās Latvijas politiskā kretinisma ziedu laiki*; in: *Diena* 10. April 1996

herr, umstritten. Ein Teil der Fraktion unterstützte im entscheidenden Moment darum Ulmanis, der ohne Schwierigkeiten schon im ersten Wahlgang mit 53 Stimmen wiedergewählt wurde. Für die liberalen und konservativen Parteien stand ohnehin fest, daß neben Ulmanis kein anderer Kandidat aus ihren Reihen durchsetzbar gewesen wäre. Ulmanis störte niemanden und profitierte von der Unfähigkeit der Parteien, sich auf jemand anderen zu einigen. Die weiteren Kandidaten Imants Liepa und Alfrēds Rubiks waren ebenso chancenlos.

Danach konnte die Regierung Šķēle über Monate hinweg vergleichsweise erfolgreich und ruhig arbeiteten, bis sich Ende 1996 Probleme mit dem Präsidenten ergaben. Der Regierungschef drohte seinen Rücktritt an und reichte das Gesuch schließlich zu einem Zeitpunkt ein, da keine Aussicht auf einen anderen Kandidaten aus den Reihen der Koalitionspartner bestand, auf den diese sich hätten einigen können. Ulmanis konnte Šķēle nur erneut berufen und stärkte damit dessen Position. Šķēle bildete umgehend ein neues, seinen Wünschen mehr entsprechendes Kabinett. Doch dieser Sieg war nur ein Sieg auf Zeit. Die Parteien der Koalition hatten sich inzwischen derart an ihre Zusammenarbeit gewöhnt, daß ihnen der über den Parteien stehende Chef mit seiner Selbstdarstellung zu mißfallen begann. Kurzerhand kam Šķēle im Juli 1997 mit seinem Rücktritt einem allfälligen Mißtrauensvotum zuvor. Daraufhin konnte Guntars Krasts von Für Vaterland und Freiheit eine Regierung bilden.

Im Juni spaltete sich die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung angesichts der Frage der Regierungsbeteiligung über die Beteiligung an der Regierung. Meinungsverschiedenheiten zwischen dem nationalistischen und dem liberalen Flügel gab es schon länger, doch während der Diskussion über die Stellung zum Referendum über die Verschärfung des Staatsbürgerschaftsgesetz, das von Für Vaterland und Freiheit eingebracht worden war, wandten sich einige Gegner entschieden gegen das Projekt. Ministerpräsident Šķēle verlangte von seinen Koalitionsparteien damals, dieses Thema aus der tagespolitischen Diskussion zu nehmen.<sup>397</sup> Bekannte Politiker wie Alexandrs Kiršteins und Andrejs Krastiņš, die immerhin als Minister der Regierung Šķēle angehört hatten, verließen gemeinsam mit den Grünen die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung und gründeten die **Nationale Reformpartei (Latvijas Nacionāli Reformu Partija)**. Der Rest der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung vereinigte sich anschließend mit Für Vaterland und Freiheit.

---

<sup>397</sup> vgl. Graf, Heike / Kerner, Manfred: Die baltischen Staaten als Problem der sozialwissenschaftlichen Forschung in den neunziger Jahren; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.15

Trotz der überraschend reibungslosen Zusammenarbeit in der Koalition wurde *Hausherr* von den überwiegend liberalen und konservativen Strömungen politisch marginalisiert. Im Frühjahr 1998 führten eine Demonstration, ein Gedenktag und zwei Bombenexplosionen mit der anschließenden diplomatischen Krise zwischen Rußland und Lettland<sup>398</sup> auch zu einer Regierungskrise. Moskau reagierte scharf auf die Ereignisse in Lettland und drohte den Balten sogar mit dem Ende der Erdöllieferungen. *Hausherr* zog sich aus der Regierung zurück und versuchte, Ministerpräsident Krasts zu stürzen. Obwohl die verbliebene Koalition nur 47 Sitze im Parlament hatte, sprach dieses Dank der Unterstützung der Nationalen Reformpartei und der Grünen mit insgesamt 58 von 100 Stimmen dem Regierungschef das Vertrauen aus.

Im selben Zeitraum gab es noch einige andere Veränderungen des Parteiensystems außerhalb des Parlaments. Anfang 1996 gründete sich aus der Mitte der schon 1994 zur Partei gewandelten Volksfront die **Christliche Volkspartei (Kristīgā Tautas Partija)**. Diese Partei ihrerseits vereinigte sich im Juni 1997 mit der größeren Schwesterpartei Union der christlichen Demokraten zur **Christlichen Demokratischen Union (Kristīgi Demokrātu Savienība)**. Die Namensänderung erfolgte in bewußter Anlehnung an die in Westeuropa, vor allem Deutschland, übliche Begrifflichkeit. Im Oktober 1997 kündigte die **Vereinigung der sozial nicht Gesicherten (Maznodrošināto Politiskā Apvienība)** ihre Selbstauflösung und den vermutlichen Beitritt zur LDDP an, welche ihrerseits in Vereinigungsplänen mit der sozialdemokratischen Konkurrenzpartei stand.

In Litauen wurden ohne grundlegende Veränderungen am Grabenwahlssystem 1996 kleinere Veränderungen vorgenommen, so wurde die Hürde für den Einzug ins Parlament auf 5% erhöht, für Wahlkoalitionen auf 7%. Die 71 Einzelmandate werden nur vergeben, wenn die Wahlbeteiligung mindestens 40% beträgt. Die Sonderregelung für die Polen, für die nur eine 2%-Hürde galt, wurde 1996 aufgehoben.<sup>399</sup> Dabei zeitigt das Wahlrecht bemerkenswerte Ergebnisse, weil die Mehrheitswahl so ganz anders als im Westen nicht die

---

<sup>398</sup> Bei der Demonstration handelte es sich um eine ungenehmigte Versammlung mehrheitlich russischer Rentner, die gegen Preiserhöhungen bei Warmwasser und Nahverkehr sowie die soziale Lage im Allgemeinen protestierten und mit der Valdemāra Straße eine der Hauptverkehrsadern der lettischen Hauptstadt länger als eine Stunde blockierten. Der Gedenktag galt den SS-Angehörigen lettischer Herkunft, die während der deutschen Besatzungszeit teilweise zwangsweise eingezogen worden waren. Bomben explodierten neben der russisch-orthodoxen Kirche und der russischen Botschaft, welche sich beide im Zentrum befinden.

<sup>399</sup> vgl. Armbrüster, Georg: Politisches und Rechtssystem Litauens, in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.44; Krupavičius, Algimantas: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania's Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.56

Zahl der Parteien reduziert, sondern im Gegenteil mit populären Vertretern von Splitterparteien diesen den Einzug ins Parlament ermöglicht.<sup>400</sup>

Vor den Wahlen von 1996 hatten sich ein System von fünf Parteien etabliert, die Aussichten auf Sitze nach Proporz hatten: die LDDP, die Sozialdemokraten, die Zentrumsunion, die Christdemokraten und die Konservativen. Dennoch stimmten die litauischen Wähler für viele Splittergruppen, die nicht ins Parlament kamen. 1996 stieg diese Zahl im Vergleich zu 1992 sogar noch einmal von 255.000 auf 428.000 von insgesamt 1.306.000 Stimmen.<sup>401</sup> Aufgrund dieser Entwicklung erhielt die Konservative Partei eine überzeugende Mehrheit. Die Zentristen, die noch 1992 den Sprung ins Parlament nicht geschafft hatten, nahmen diesmal die Hürde. Nach einhelliger Ansicht litauischer wie ausländischer Politologen hatte der Wahlsieg der Konservativen in Litauen denselben Grund, wie jener der Postkommunisten vier Jahre zuvor: die Unzufriedenheit mit der ökonomischen Situation.<sup>402</sup>

---

<sup>400</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Party systems in central east Europe: Dimensions of system stability, University of Strathclyde, Glasgow 1999, S.17

<sup>401</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.156

<sup>402</sup> vgl. Bischof, Henrik: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Osteuropa 1996 - Länderberichte, Bonn 1997, S.32

<b>Partei / Wahlkoalition</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Mandate</b>	<b>Direktm.</b>	<b>gesamt</b>
Vaterlandsbund / Litauische Konservative	29,80%	33	37	70
Litauische christliche demokratische Partei	9,91%	11	5	16
Litauische demokratische Arbeiterpartei	9,52%	10	2	12
Litauische Zentrumsunion	8,24%	9	5	14
Litauens sozialdemokratische Partei	6,60%	7	5	12
Litauische Nationale Partei "Junges Litauen"	3,81%		1	1
Litauens Frauenpartei	3,67%		1	1
Christdemokratische Union	3,08%		1	1
Litauens Polnische Wahlaktion	2,98%		2	2
Litauens Allianz der nationalen Minderheiten	2,43%			
Litauische Nationalisten & Litauische demokratische Partei	2,09%		3	3
Litauens Liberale Union	1,84%		1	1
Litauische Bauernpartei	1,66%		1	1
Litauens Union der Russen	1,63%			
Union der politischen Gefangenen und Exilanten	1,50%		1	1
Litauens Freiheitsunion	1,49%			
Litauens Partei der Ökonomie	1,20%			
Litauens Freiheitsliga	0,91%			
Litauens Union der sozialen Gerechtigkeit	0,89%			
Litauens Sozialistische Partei	0,73%			
Litauens Republikanische Partei	0,37%			
Nationale Fortschrittspartei	0,29%			
Litauens Partei der Lebenslogik	0,24%			
Litauische Volkspartei	0,19%			
Einzelkandidaten			4	4

*Tabelle 8: Wahlergebnis vom 10. und 20. Oktober 1996 in Litauen*

Clark wundert sich über die Koalition der Konservativen mit den Christdemokraten, weil jene eher gemeinsame Ideen mit den Zentristen gehabt hätten und die sozialen Vorstellungen dieser eher mit sozialdemokratischen Forderungen in Einklang zu bringen gewesen wären.<sup>403</sup> Die Politik von Landsbergis ist vor allem anti-russisch und pro-westlich. Die Christdemokraten dagegen vertreten in der Koalition die protektionistische Ideen. Die Vaterlandsunion nahm deshalb die Zentristen mit in die Regierung, um den eigenen liberalen Kurs abzusichern, wie das Abstimmungsverhalten bestätigte. Die Konservativen benötigten mit ihrer knapp verfehlten absoluten Mehrheit immer nur wenige Stimmen zur Durchsetzung ihrer Gesetzesvorschläge. Die Christdemokraten verweigerten dabei der eigenen Regierung die Unterstützung in sozialen Fragen, worauf Landsbergis dann mit der Opposition regierte.

Nach dem überwältigenden Sieg seiner Partei bei den Parlamentswahlen wurde Landsbergis wieder Parlamentspräsident und ließ sich nicht zum Mi-

<sup>403</sup> vgl. Clark, Terry D.: The 1996 elections to the Lithuanian Seimas and their aftermath; in: Journal of Baltic Studies, Vol XXIX, Nr.2 1998, S.140ff.

nisterpräsidenten wählen. Nominiert wurde statt dessen der frühere Sajūdis-Premier Vagnorius. Der große alte Mann des litauischen Umbruchs bereitete sich dagegen auf die Wahlen zur Präsidentschaft vor, die zur Jahreswende 1997/98 stattfinden sollten. Doch schon der erste Wahlgang endete für ihn mit 15,92% verheerend. Er kam hinter dem Exil-Litauer aus Amerika, Valdas Adamkus, mit 27,9% und Artūras Paulauskas mit 45,28% nur auf den dritten Platz und schied somit für die Stichwahl im Januar 1998 aus. Landsbergis blieb weiterhin Parlamentspräsident. Adamkus konnte Paulauskas mit 50,37% zu 49,63% knapp schlagen.

Landsbergis, auf diese Weise in eine Statistenrolle ohne politische Bedeutung gedrängt, beklagte im Januar 1999 die Spaltungspolitik im Regierungslager durch den seit 1996 amtierenden Ministerpräsidenten Gediminas Vagnorius, der im Mai 1999 zurücktrat und durch den Bürgermeister von Vilnius, Rolandas Paksas, ersetzt wurde. Der Regierungschef hatte sich zuletzt in einem „*kalten Krieg*“ mit Präsident Adamkus befunden, welcher sich nicht nur in die Politik einmischte, sondern auch sein Mißfallen an der Politik Vagnorius‘ offen kundtat. Die Regierung wolle nicht freie Bürger, sondern eine von ihr beherrschte Gesellschaft, was zurückföhre zur sowjetischen Nomenklatura. Die eigene Fraktion gab Vagnorius zunächst Rückendeckung, doch da Landsbergis der Sitzung fern blieb und sich von der Forderung an den Präsidenten, eine Expertenregierung einzusetzen, an der man sich nicht beteiligen wolle, distanzierte, war Vagnorius‘ Verbleiben im Amt unhaltbar geworden. Mit diesem Schritt wurde der über Jahre dauernde Konflikt zwischen Vagnorius und Landsbergis nicht beendet; denn obwohl Vagnorius lediglich als ordentliches Parteimitglied und Abgeordneter im Seimas saß, hatte er noch immer viel Einfluß in der Partei. Dennoch konnte Landsbergis seine Position als Parteivorsitzender stärken.<sup>404</sup>

Paksas trat allerdings noch 1999 nach kurzer Amtszeit trotz seiner großen Popularität ebenfalls zurück, weil er den Verkauf von Mažeikių Nafta an die amerikanische Firma Williams nicht mittragen wollte. Angesichts der anhaltenden Kritik an der Regierung und Landsbergis spekulierte die Presse über einen Rückzug Landsbergis‘ aus der Politik, was den neuen Ministerpräsidenten Andrius Kubilius, der zu Sajūdis-Zeiten Fraktionschef gewesen war, zum starken Mann gemacht hätte. Während dieser sich bereiterklärte, die Leitung der Partei zu übernehmen, dementierte der Parlamentspräsident.

Am 20. Dezember wurde eine neue Konservative Partei von Laima Andrikienė und ihrem Gatten gegründet, die beide Ende 1998 von Landsbergis‘

---

<sup>404</sup> vgl. Damboer, Michael: Politische Kultur in Litauen - irrational und antidemokatisch?; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000, S.11, Tauber, Joachim: Das politische System Litauens; in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.162f.

Partei wegen Aktionen gegen die Konservative Partei ausgeschlossen worden waren. Andrikiene war langjähriges Mitglied der Volksfront und von 1996 bis 1998 Ministerin für Europäische Angelegenheiten. Auch der Koalitionspartner, die Christdemokraten, wurde von Zerwürfnissen erfaßt. Feliksas Pavlubinskas verließ die Fraktion und trat im Januar einer schon vorher abgesplitterten Fraktion bei, in der sich die radikalen Christdemokraten versammelt hatten. Diese Zerstrittenheit des konservativen Lagers blieb nicht ohne Folgen für seine Popularität. Die regierende Koalition aus Konservativen und Christdemokraten hatte bei der Bevölkerung das Vertrauen verloren. Die Konservative Partei sank in Umfragen zu Jahresanfang 2000 auf 4,8%. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Anhänger der Liberalen Union Litauens, dessen Vorsitzender seit Dezember das ehemalige Mitglied der Konservativen und Ex-Premier Rolandas Pakšas war, von 4,7% im November auf 14,7% im Dezember.

#### **4.4 Die dritten Wahlen**

Bei den Founding Elections wie auch bei den späteren beiden Urnengängen nach der Unabhängigkeit war die Möglichkeit des Vergleichs der baltischen Länder unter anderem deshalb gegeben, weil die Termine nahezu synchron stattfanden. Seit Ende der neunziger Jahre lief die Entwicklung aber zunehmend auseinander. Trends in der Entwicklung des Parteiensystems können schon rein wahltechnisch immer weniger gleichzeitig beobachtet werden, weil die unterschiedliche Länge der Legislaturperioden den dritten Wahlzyklus nach der Unabhängigkeit auf einen Zeitraum von zwei Jahren streckte. Lettland schaffte die dreijährige Legislatur erst nach den Wahlen vom Herbst 1998 ab.

Im Vorfeld der Wahlen von 1999 in **Estland** wurde erneut eine Gesetzesänderung wirksam, nach der für die offizielle Registrierung einer Partei mindestens 1.000 Mitglieder erforderlich sind. Gleichzeitig wurde das Kandidieren in einer Koalition untersagt; jede Partei muß nunmehr unter ihrem eigenen Namen antreten. Folglich fanden verschiedene Vereinigungen statt. Es verschwanden die Landunion und die Familien- und Rentnerpartei, die zur Allianzpartei stießen. Die Moderaten ihrerseits traten nun endlich nicht mehr als Koalition aus Sozialdemokraten und Land-Zentrumspartei, sondern als eigene Partei auf und schluckten die winzige Volkspartei des Exil-Esten Toomas Hendrik Ilves<sup>405</sup> nunmehr als **Volkspartei Moderate (Rahvaera-kond Mõõdukad)** firmierend, während zur russischen **Vereinigten Volkspartei (Ühendatud Rahvapartei)** die **Russische Einheitspartei (Vene Üht-**

---

<sup>405</sup> Ilves war bereits unter Mart Siimann parteiloser Außenminister und bekleidete dasselbe Amt seit dem Regierungsantritt der Koalition von Mart Laar.

suspartei) und die Sozialdemokratische Arbeitspartei (Sotsiaaldemokraatlik Tööerakond) stießen.<sup>406</sup>

Partei / Wahlkoalition	Stimmen	Mandate
Zentrumspartei	23,41%	28
Vaterlandsunion	16,09%	18
Reformpartei	15,92%	18
Moderate	15,21%	17
Allianzpartei	7,56%	7
Estnische Landvolkpartei	7,27%	7
Estnische Vereinigte Volkspartei	6,13%	6
Christliche Partei	2,43%	
Russische Partei in Estland	2,03%	
Blaue Partei	1,60%	
Bauernversammlung	0,50%	
Entwicklungspartei	0,38%	
Einzelkandidaten	1,46%	

Tabelle 9: Wahlergebnis vom 7. März 1999 in Estland

Eine Koalition wurde schließlich ohne und gegen den relativen Sieger Savisaar durch die liberal-konservativen Kräfte Vaterlandsunion, Reformpartei und Moderate gebildet. Mart Laar wurde wieder Regierungschef und äußerte sich in einem Interview über Koalitionsmöglichkeiten so: Savisaar komme als Partner nicht in Frage.<sup>407</sup> Gerüchte behaupten gar, die Zentrumspartei würde von der russischen Unterwelt finanziert, alle wüssten das, nur könne es niemand beweisen. In jedem Fall hielt Savisaar, seit dem Abhörskandal 1995 Persona non grata der estnischen Politik, mit dem kaum ein anderer Politiker zusammenarbeiten möchte, die Koalition unter Laar zusammen, obwohl die Moderaten inhaltlich von der Zentrumspartei deutlich weniger weit entfernt sind als von ihren Partnern.<sup>408</sup> Laar blickte ob seiner Erfahrung optimistisch in die Zukunft. In seiner ersten Regierung habe man zu viel voller Selbstüberzeugung gestritten. Diesmal würden die Streitigkeiten in Koalitionsverhandlungen ausgetragen und das einmal Beschlossene auch umgesetzt. Seine Regierung werde die volle Legislaturperiode durchstehen.<sup>409</sup> Lange Zeit sah es danach aus, als sollte Laar Recht behalten, viele Konflikte zwischen den Regierungspartnern konnten gelöst werden. Daß es dennoch Ende 2001 zum Koalitionsbruch kam, ist weniger überraschend als der erste Anschein vermuten läßt. Savisaar und Kallas waren seit Ende der achtziger Jahre, als sie IME lancierten, gute Bekannte. Zwar hatten ihre Parteien in den neunziger Jahren

<sup>406</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad liiguvad hoogsalt ühenäolisuse poole, Postimees 1.2.1999

<sup>407</sup> vgl. Paet, Urmas: Mart Laar õpib eelmise valitsuse ajal tehtud vigadest, Postimees 5.3.1999

<sup>408</sup> vgl. Paet, Urmas: Mart Laar õpib eelmise valitsuse ajal tehtud vigadest, Postimees 5.3.1999

<sup>409</sup> vgl. Paet, Urmas: Mart Laar õpib eelmise valitsuse ajal tehtud vigadest, Postimees 5.3.1999

ein diametral entgegengesetztes Image gepflegt, nichtsdestotrotz stammen die Galionsfiguren der beiden anderen Koalitionspartner, Moderate und Vaterlandsunion viel direkter aus der Opposition früherer Zeiten. Gerade die Moderaten sind aus der Volksfront hervorgegangen und haben diese wegen Saarsaare verlassen, mit dem weder die eher nationalkonservative Vaterlandsunion noch weniger die mit ihr vereinigte Unabhängigkeitspartei je zusammenarbeiten wollte. Angesichts dieser Personalia tritt die propagierte Ideologie in den Hintergrund.

Neben diesem tiefer in der Vergangenheit liegenden Aspekt hatte die Koalition in den Monaten nach der Kommunalwahl in einigen größeren Städten gegen Kooperationen zwischen Reform- und Zentrumspartei verloren, wie etwa in Pärnu, der viertgrößten Stadt des Landes. Eklatant sichtbar wurde der Riß in der Koalition dann bei den Präsidentschaftswahlen, als sich die Partner nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten und folglich eine Niederlage erlitten. In diesem Rahmen kam es dann in der zweitwichtigsten Stadt des Landes, Tartu, zum Machtwechsel. Nachdem die Reformpartei sich dort geweigert hatte, alle vier Wahlmänner mit dem dort kleineren Partner Vaterlandsunion zu teilen, kam es zur Krise um den Kandidaten der Vaterlandsunion, Peeter Tullviste, der als Vorsitzender des Stadtrates gestürzt wurde. Und das war nur das Vorspiel für den Machtwechsel im Stadtrat der Hauptstadt, wo die Koalition ohnehin keine eigene Mehrheit hatte.

Entgegen dem Grabendenken der Politiker nach der Wahl 1999 betont Toomla, die in Riigikogu vertretenen politischen Kräfte ähnelten einander sehr, aus dem Rahmen falle bestenfalls die Vereinigte Volkspartei. Kontinuität kennzeichne außerdem die Regierungspolitik, so erkennt Toomla wenig Unterschiede zwischen den Regierungen Siimann und Mart Laar an.<sup>410</sup> Seit dem Sieg von Vaterland 1992 sind die liberalen Marktreformen in Estland so populär, daß die radikale Reformpolitik keinen Gegner hat. „*Mehr noch – im Moment gibt es in unserer Gesellschaft keine politische nennenswerte Kraft, die diesen Erfolgsweg grundsätzlich gegen etwas anderes austauschen könnte oder wollte*“, resümiert Toomla, gleichzeitig sei auch die Frage nach der Nationalität aus dem Bewußtsein der estnischen Gesellschaft verschwunden.<sup>411</sup>

Diese Meinung wird von Beobachtern seit 1999 nicht mehr geteilt. Die politische Zeitschrift Luup sah in diesem Optimismus eher einen Mythos. Seit der singenden Revolution gefielten sich die politischen Führer darin, festzu-

<sup>410</sup> vgl. Palmaru, Raivo: Sada päeva, mis ei vapustanud kedagi; in: Luup Nr. 13 (96), 28. juuni 1999

<sup>411</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad liiguvalt hoogsalt ühenäolisuse poole, Postimees 1.2.1999. Das Originalzitat: „*Veelgi enam - hetkel ei ole meie ühiskonnas ühtki arvestatavat poliitilist jõudu, kes tahaks ja suudaks seda arenguteed välja vahetada põhimõtteliselt minge muu vastu.*“; Bellow, Undine: Politisches und Rechtssystem Estlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.110

stellen, wie nah Estland den westeuropäischen Staaten gekommen sei, Demokratie und freie Gesellschaft eingeführt, ja in manchen Bereichen gar den Westen schon überholt habe. Aber wie passe das damit zusammen, daß von den wenigen Bürgern, die noch an die Urnen zu locken sind, 25% für den Autoritarismus und die starke Hand stimmten? Gemeint ist freilich Savisaar. Eher zeigten die Ergebnisse der Wahl von 1999, wie sehr die verbreitete Euphorie in Politik und Medien ein kultivierter Mythos sei. 1992 habe nicht der Liberalismus gewonnen, sondern es wurde alles gewählt, was gegen die Sowjetunion war. Marktwirtschaft klang nach freiem Estland. 1995 gewannen die alten Kader, die einfach dem Wahlvolk das Blaue vom Himmel herunter versprachen. Daß nun wieder die alten Marktwirtschaftler an der Macht sind, sei kein Erfolg eines Lernprozesses, die Esten seien nicht klüger geworden: Nach vier Jahren Korruptionsskandalen hätten sie nur wieder neue Gesichter sehen wollen.<sup>412</sup> Gegen diese pessimistische Sicht spricht mit Sicherheit der nur relative Sieg der Dreierkoalition, einzeln sind alle Parteien schwach – und ist der Wunsch nach neuen Gesichtern nicht in jeder Demokratie virulent? Ganz abgesehen davon waren die Gesichter mitnichten neu. Außerdem steht die estnische Erfahrung im Einklang mit der Tendenz im gesamten Baltikum.

Die russischen Parteien konnten aus der Zunahme von 94.000 Wahlbürgern zwischen 1995 und 1999, davon 32% in Tallinn und 33% in Ida-Virumaa, keinen Vorteil ziehen, weil die die Russen vertretenden Parteien keine gemeinsame Liste aufstellen konnten wie 1995. Die Vereinigte Volkspartei Estlands kandidierte schließlich gemeinsam mit der aus den Kommunisten hervorgegangenen Arbeitspartei, während die Russische Partei in Estland alleine antrat, der es nur bedingt gelang, die russischsprachigen Bürger wirklich anzusprechen. Beide russischen Parteien erreichten gemeinsam in Ida-Virumaa immerhin über 60% der Stimmen.<sup>413</sup> Folglich ist ein ethnischer Cleavage in starker Ausprägung in Estlands Parteiensystem nicht zu erkennen, obwohl sich immerhin eine russische Fraktion hat behaupten können. Die Vertreter der russischen Parteien, die im nationalen Parlament nicht alle vertreten sind, spalten sich allerdings nach den Kommunalwahlen im Herbst 1999; ein Teil im Tallinner Stadtrat unterstützte die bis Ende 2001 im Amt befindliche konservativ-liberale Koalition.

Die Präsidentschaftswahl 2001 wurde mit besonderer Spannung erwartet, weil der Amtsinhaber, ein anerkannt guter Präsident, nicht wieder kandidieren konnte. Dabei waren zwei Aspekte bedeutend: Einerseits portierte die größte Fraktion in Riigikogu mit Peeter Kreitzberg keinen Kandidaten, dem

---

<sup>412</sup> vgl. Berg, Holger / Vabar, Sven: Potjomkini küla keset küla; in: Luup Nr. 7 (90), 5. aprill 1999

<sup>413</sup> vgl. Berg, Eiki: Vene erakonnad 1999. aasta märtsivalimistel; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S.63, 68, 70

ein Sieg zuzutrauen gewesen wäre, und Savisaars Aussichten waren noch geringer. Gleichzeitig konnte sich die Regierungskoalition auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen. Die Moderaten waren schon 1999 mit der Lösung in den Kommunalwahlkampf gegangen, Andres Tarand möge Nachfolger Meris werden. Die Reformpartei nominierte ihrerseits den Parlamentspräsidenten Toomas Savi. In der Vaterlandsunion konnte schon innerparteilich keine Einigkeit erzielt werden. Tunne Kelam galt vielen als zu alt und konservativ, nicht zuletzt, weil er der Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei entstammt. Knapp konnte sich anlässlich eines Parteitages dann Peeter Tulviste, ein früherer Professor der Universität Tartu durchsetzen, dessen Intellektualität ihn sicher zum würdigsten Nachfolger Meris gemacht hätte. Gleichzeitig war absehbar, daß das Parlament wie 1996 keine Mehrheit für einen der Kandidaten finden würde und somit die Delegierten der Landkreise aufgerufen würden. Daher auch zwei Jahre vor der nächsten Wahl die während der Kommunalwahl Kampagne der Moderaten für ihren Präsidentschaftskandidaten Tarand, der sich später überraschend zurückzog.

Kandidat	Riigikogu			Wahlmännergremium	
	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang	4. Wahlgang	5. Wahlgang
Peeter Kreitzberg	40	36	33	72	
Andres Tarand	38				
Peeter Tulviste		35	33	89	
Arnold Rüütel				114	186
Toomas Savi				90	155

*Tabelle 10: Präsidentschaftswahl Estland 2001*

Meri war allseits und vor allem in den Städten so beliebt, daß die Bevölkerung in Meinungsumfragen eine dritte Amtszeit für den Amtsinhaber favorisiert hätte, Rüütel siegte offensichtlich deswegen, weil die Landbevölkerung sich in Tallinn zu wenig repräsentiert fühlte. Er repräsenierte gleichermaßen die Ängste der Landbevölkerung vor den Reformen und dem Beitritt zur EU wie er auch als ehemaliges Mitglied der Kommunisten für viele wählbar war, die eine ähnliche Vergangenheit haben. Bemühungen der Vaterlandsunion, mit Hilfe der Zentrumspartei in letzter Sekunde die Wahl scheitern zu lassen, um eine erneute Runde im Parlament zu erzwingen, in der man sich dann mit den Koalitionspartnern hätte einigen können, scheiterten.

Im Anschluß an diesen Eklat für die Dreierkoalition brachen die Fronten zwischen den drei Partnern auf, die sich in einigen politischen Sachfragen schon vorher uneinig gewesen waren. Im Dezember konnte sich Savisaar in der Hauptstadt zum Bürgermeister wählen lassen, nachdem er die Reformpartei aus der bisherigen Koalition herausgeworben hatte. Dies wiederum faßte Regierungschef Laar als Mißtrauensvotum auf. Obwohl in Riigikogu die

Mehrheit für die Koalition eindeutiger war als im Tallinner Stadtrat, trat er mit seiner Regierung zurück.

Obwohl in parlamentarischen Demokratien für gewöhnlich der Chef der stärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt wird, hat sich Präsident Rüütel dem Koalitionsabkommen der beiden neuen Partner entsprechend für Kallas als Regierungschef entschieden, da Savisaar sich entschied, zunächst Bürgermeister von Tallinn zu bleiben und als Vorsitzender des Koalitionsrates die Fäden zu ziehen. Im Gegenzug stimmte die Reformpartei einer stärkeren Kabinettsvertretung des größeren Partners zu und erhielt neben dem Innen- das Verteidigungsministerium. Trotz langwieriger Verhandlungen mit der Volksunion, die unbedingt in der Opposition bleiben wollte, konnte keine Mehrheitsregierung gebildet werden.

1998 wurden in **Lettland** zwei neue Parteien gegründet: Die Neue Partei (Jaunā Partija) unter Vorsitz des Komponisten Raimonds Pauls und die Volkspartei (Tautas Partija) unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Andris Šķēle. Während sich erstere anfangs lange programmatisch nicht festlegen wollte, ist das Manifest der zweiten ehrgeizig. Die Neue Partei erlaubte sich über eine lange Phase, mit dezenten Hinweisen auf eine eher sozialdemokratische Richtung keinen dezidierten programmatischen Standpunkt zu beziehen. An dieser Linie wurde sogar festgehalten, nachdem die Partei offiziell gegründet worden war; es hieß, man werde sich erst anlässlich eines weiteren Parteitages festlegen. Unter den Spaltenpolitikern der Partei blieb die Rolle von Raimonds Pauls unklar, welcher während der Umbruchphase politisch aktiv war, sich aber später als Künstler zurückgezogen hatte. Ainārs Šlesers steht als örtlicher Chef einer norwegischen Unternehmensgruppe in Lettland vor, welche das größte Kaufhaus in der Rigaer Altstadt führt. Der selbe Konzern renovierte einen Gebäudekomplex im zentral gelegenen Vērmanes Park, der anschließend unter dem Namen Musikalisches Zentrum Raimonds Pauls Vernisāža als größte Diskothek des Baltikums seine Pforten öffnete.

Das Manifest der Volkspartei spricht von Vaterlandsliebe, Heimatrecht und Einsatz für die Entwicklung des lettischen Staates, bildhaft verdeutlicht darin, daß eine Familie mit drei Kindern bei Doppelverdienern sozial abgesichert sein müsse. Im Detail weist die Partei auf wesentliche Schwachstellen des Reformprozesses inklusive der fehlenden Identifikation der Bürger mit dem demokratischen System hin, ohne jedoch Lösungen aufzuzeigen. Nicht nur damit spricht man dem Volk aus der Seele; die Schuld an den schwierigen Bedingungen einer nicht enden wollenden Übergangsperiode, die das Überleben des lettischen Volkes gefährde, gibt die Volkspartei den „anderen“ Politikern, als würden dieselben Probleme in anderen Transformationsstaaten nicht bestehen. Einem überzogenen Moralverständnis folgend sollen denn

alle Verstöße gegen diese Prinzipien durch Parteimitglieder vor ein Ehrengericht der Partei getragen werden. Unklar bleibt die Einstellung zur russischen Bevölkerung, die zu respektieren sei, während die Partei andererseits ein lettisches Lettland fordert.

<b>Partei / Wahlkoalition</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Mandate</b>
Volkspartei	21,19%	24
Lettlands Weg	18,05%	21
Für Vaterland und Freiheit / LNNK	14,65%	17
Partei der Volksharmonie	14,12%	16
Sozialdemokratische Vereinigung	12,81%	14
Die neue Partei	7,31%	8
Lettlands Bauernunion	2,47%	
Partei der Arbeit, Christliche Demokratische Union, Lettlands Grüne Partei	2,29%	
Volksbewegung für Lettland	1,73%	
Demokratische Partei Hausherr	1,60%	
Lettlands Partei der Wiedergeburt	0,52%	
Nationale Progrèspartei	0,47%	
Lettlands Partei der Einheit	0,46%	
Sozialdemokratische Frauenorganisation	0,33%	
Volksvereinigung "Freiheit"	0,32%	
Lettlands Nationaldemokratische Partei	0,30%	
Konservative Partei	0,24%	
Mara Land	0,23%	
Helsinki - 86	0,22%	
Partei der Demokraten	0,08%	
Lettlands Nationale Reformpartei	0,05%	

*Tabelle 11: Wahlergebnis vom 3. Oktober 1998 in Lettland*

Neben Neugründungen gab es Konsolidierungen. Aus der Listenkoalition der Sozialdemokraten entwickelte sich die Sozialdemokratische Vereinigung (Sociāldemokrātu Apvienība), welche später ganz zum historischen Namen überging, allerdings zu keinem Zeitpunkt ihre Herkunft aus einer postkomunistischen und einer antikommunistischen Fraktion verleugnen konnte. Die Partei der Volksharmonie fusionierte endgültig mit Gleichberechtigung zur Fraktion **Für Menschenrechte in einem integrierten Lettland (Par Cilvēka Tiesībām Vienotā Latvijā)**. Für manchen Beobachter kam das überraschend, weil die Partei der Volksharmonie den Sozialisten zwar nahe stehe, so Matthes noch im Wahljahr, mit ihnen wegen seiner lettischen Klientel aber nicht kooperieren könne, weil sie aus der Volksfront kommt, während die Sozialisten in direkter Nachfolge der Interfront stehen. Doch die Ansicht, die Fusion sei politischer Selbstmord, war schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung überholt. Ein Zeichen dafür, daß alte Gräben langsam überwunden

werden?<sup>414</sup> Das muß sich erst erweisen. Neuere Umfragewerte lassen ein günstiges Abschneiden vermuten.

Zepa sieht im Wahlergebnis die Reife des Elektorats. Nicht mehr emotional sei bei der Wahl entschieden worden wie noch 1995, sondern rational. Ins Parlament gelangten Politiker und Parteien mit Erfahrung, und selbst in jenen Fällen, wo neue Parteien einzogen, handelte es sich um Gruppen mit erfahrener Führung an der Spitze.<sup>415</sup> Das mag auf Andris Šķēle sicher zutreffen, bei Raimonds Pauls als Galionsfigur der Neuen Partei ist das eher fraglich. Während die Wähler von Für Vaterland und Freiheit / Lettlands Nationale Konservative Partei und Lettlands Weg mit 25% und 22% die meisten zufriedenen Wähler hatten, verstießen die Sieger Čevers und Siegerist damals beide eklatant gegen ihre Wahlversprechen bezüglich Koalitionen, was eine breite Unzufriedenheit ihrer Anhänger zur Folge hatte. Kitschelt hält die Entscheidung für eine solch charismatische Partei nicht zu Unrecht für einen Blankoscheck an die Parteiführung, die anschließend machen könne, was immer ihr beliebe.<sup>416</sup> Die Spitzen dieses Phänomens scheinen gebrochen, da beiden populistischen Parteien der Einzug ins Parlament 1998 nicht mehr gelang. Die Wählerschaft, welche 1995 in ihrer Ratlosigkeit so konträre Alternativen hatte wie DPS und Für Vaterland und Freiheit / Lettlands Nationale Konservative Partei in die engere Wahl gezogen, wanderte ab, von *Hausherr* eher zur Volkspartei als zu den ideologisch wohl näher verwandten Sozialdemokraten. Die Sozialisten konnten sich konsolidieren, weil sie den agrarischen Anteil oder 25% der tendenziell sozialistisch eingestellten Wählerschaft der Einheitspartei von Kauls bekamen. Das Wahlergebnis offenbarte natürlich gleichzeitig, daß die Wähler ihre Entscheidung einstweilen vor der Wahl noch jedes Mal neu treffen und eher selten eine konkrete Affinität zu einer bestimmten Partei aufweisen.<sup>417</sup> Diese für Litauen getroffene Feststellung trifft auf Lettland nicht weniger zu. Zepa schließt daraus zutreffend, daß sich das Parteiensystem Lettland noch nicht stabilisiert hat.<sup>418</sup> Warum sie angesichts des Erfolgs von Sozialisten, Sozialdemokraten und der Partei der Volksharmonie meint, es seien nur rechts- und zentrumsorientierte Parteien ins Parlament eingezogen,<sup>419</sup> ist allerdings nicht nachvollziehbar. Nichtsdestotrotz ist die Westintegration in Lettland bis hin zur Partei der Volksharmo-

<sup>414</sup> vgl. Matthes, Claudia-Yvette: Die Herausbildung des Parteiensystems in Lettland seit Beginn der Perestrojka, Diplomarbeit Freie Universität Berlin 1994, S.71

<sup>415</sup> vgl. Zepa, Brigita: Kad vēlēšanu kaislības paguvušas norimt, Diena 20. April 1999

<sup>416</sup> vgl. Kitschelt, Herbert: The Formation of party cleavages in post-communist democracies: Theoretical propositions, Party Politics Vol.1, Nr.4, 1995, S.450

<sup>417</sup> vgl. Wölkner, Sabina: Litauen - eine konsolidierte Demokratie? Der Stellvertretende Parlamentsvorsitzende Ozolas zum Parteiensystem; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000, S.30

<sup>418</sup> vgl. Zepa, Brigita: Kad vēlēšanu kaislības paguvušas norimt, Diena 20. April 1999

<sup>419</sup> vgl. Zepa, Brigita: Kad vēlēšanu kaislības paguvušas norimt, Diena 20. April 1999

nie akzeptiert, was bedeutet, daß es keine Alternative zum eingeschlagenen Kurs gibt oder wenigstens keine politische Kraft, die dies mit parlamentarischem Erfolg propagierte,<sup>420</sup> wie Toomla schon die estnische Situation beschrieb. Dem widerspricht nur Segerts Auffassung, der die Parteien der ethnischen Minderheiten Lettlands explizit als anti-System Parteien qualifizierte.<sup>421</sup>

Da sich der Vorsitzende der Volkspartei bei den meisten Parteien in der vorangegangenen Legislaturperiode hinreichend unbeliebt gemacht hatte, versuchten die zwei größten Partner der bisherigen Regierung ein neues Bündnis ohne die Volkspartei zu etablieren, was in Form einer Minderheitsregierung, die sich weitgehend auf die Zustimmung durch die Sozialdemokraten stützen konnte, mit der Neuen Partei gelang. Den Ministerpräsidenten stellte mit **Vilis Krištopans** Lettlands Weg. Nach den ersten Monaten der parlamentarischen Stützung des Kabinetts bestand auf Seiten der Regierungsparteien der Wunsch, ihrer Koalition eine Mehrheit zu verschaffen, als auch die Sozialdemokraten zunehmend in die Regierung drängte. Dem kam jedoch der Sturz des Kabinetts nach der Wahl der neuen Präsidentin zuvor.

Vīķe-Freiberga war als Außenseiterin in einem Abstimmungs marathon von sieben Wahlgängen ins Amt gewählt worden und letztlich ein wesentlicher Auslöser für den Fall der Regierung Krištopans. Am Anfang war sie nicht einmal aufgestellt. Für Lettlands Weg kandidierte der nach wie vor populäre Anatolijs Gorbunovs, der Komponist Raimonds Pauls für Die Neue Partei, deren offizieller Chef er war, ohne wirklich in der Politik aktiv zu werden. Vaira Paegle war die Kandidatin der Volkspartei. In keinem der ersten fünf Wahlgänge konnte ein Kandidat die nötigen 51 Stimmen in der Saeima auf sich vereinigen, obwohl der Kandidat mit dem jeweils schwächsten Ergebnis ab dem dritten Wahlgang nicht mehr kandidieren darf. Das ungewöhnliche Wahlrecht sieht nach fünf erfolglosen Runden die Möglichkeit vor, neue Kandidaten zu benennen, was Lettlands Weg mit Birkavs und Die Neue Partei mit ihrer Wirtschaftsministerin Ingrīda Ūdre taten. Volkspartei und Für Vaterland und Freiheit nominierten die von Intellektuellen in der öffentlichen Diskussion schon lange vor dem Wahltag favorisierte Vaira Vīķe-Freiberga.

Ihr Sieg veränderte das politische Machtverhältnis. 1998 war der Volkspartei das baldige Ende prophezeit worden, wenn Šķēle trotz großen Wahlerfolges keine Regierung bilden könne. Doch nun wurde derselbe Politiker zur Schlüsselfigur der anschließenden Regierungsbildung. Schon während der achtmonatigen Regierung von Vilis Krištopans hatte die Volkspartei den Konservativen von Für Vaterland und Freiheit immer wieder Avancen ge-

<sup>420</sup> vgl. Arons, Steven: Die Pubertät der lettischen Politik. Saeima-Abgeordnete im Gespräch; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000, S.82

<sup>421</sup> vgl. Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.67

macht, man beteilige sich ohne diese Partei an keiner Regierung. Am deutlichsten wurde diese Strategie bei der Verabschiedung des umstrittenen Sprachgesetzes. Die Nationalisten wollten eine lettische Übersetzung auf allen öffentlich zugänglichen Veranstaltungen durchsetzen. Dieser Entwurf wurde mit den Stimmen der Volkspartei bestätigt, obwohl die von beiden Parteien portierte Präsidentin schon im Hinblick auf die internationalen Reaktionen und die Empfehlungen der OSZE ihren Widerstand angekündigt hatte. Sie wies das Gesetz ans Parlament zurück, wo schließlich von Lettlands Weg und Volkspartei eine deutlich liberalisierte Fassung gegen Für Vaterland und Freiheit durchgesetzt wurde.

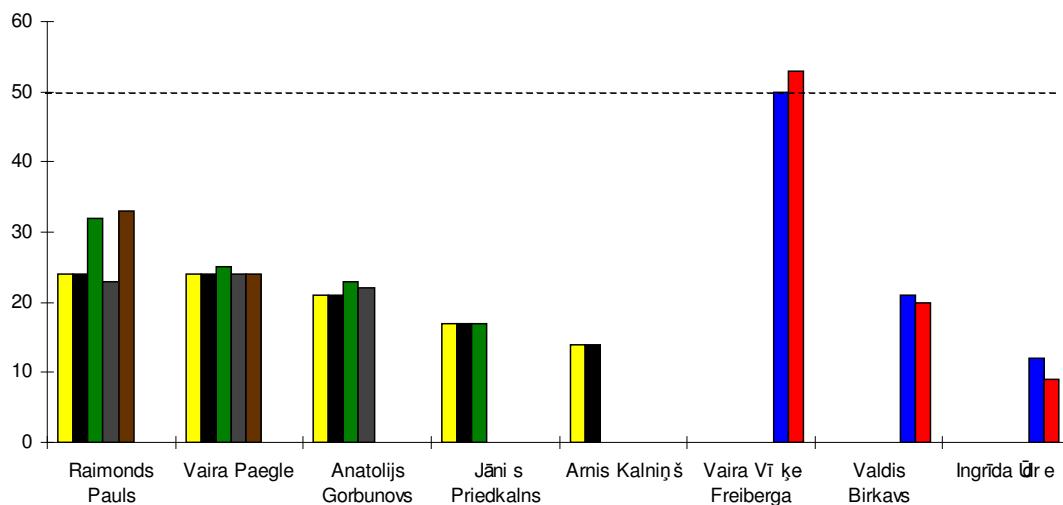


Abbildung 2: Präsidentschaftswahl Lettland 1999

Diese Kräftekonstellation war ebenfalls vorübergehend, nicht nur weil Lettlands Weg auch in dieser Regierung der dritte Partner blieb. Die Schwierigkeiten mit der Persönlichkeit Šķēles, der nicht aus seinen früheren Fehlern lernte und die Partner immer wieder durch einen autokratischen Regierungsstil vor den Kopf stieß, konnten nicht wirklich überwunden werden. Wahrscheinlich fühlte er sich nun mit seiner Hausmacht, der größten Partei im Parlament, zu sicher. Und so war es erneut Für Vaterland und Freiheit, die gegen Šķēle opponierte und mit ihm die zweite Regierung innerhalb einer Legislaturperiode zu Fall brachte. Lettlands Weg als zweitgrößter Partner konnte die Gunst der Stunde nutzen und das Amt des Ministerpräsidenten wiedererlangen. Nominiert wurde der populäre und für sein ausgleichendes Wesen bekannte damalige Bürgermeister der Hauptstadt Riga, Andris Bērziņš. Die Neue Partei war auch teilweise an der neuen Regierung beteiligt. Zwar stellte die gespaltene Fraktion keinen Minister, aber Bērziņš konnte weitgehend auf

die Unterstützung der Abgeordneten zählen, weshalb das Kabinett recht breit abgestützt war.

Zunächst sah es bei verschiedenen nationalkonservativen und liberalen Parteien so aus, als seien split-off's, die eher dem Gerangel innerparteilicher Faktionen im Westen entsprechen, seltener geworden. Sind damit die ständigen Veränderungen weniger populär als früher geworden und ist diese Entwicklung ein Zeichen für Konsolidierung? Nachdem Für Vaterland und Freiheit in der Legislaturperiode nach 1998 zwei Regierungen gestürzt hatte, fühlte sie sich auch in der Regierung Bērziņš alles andere als wohl, weil die Umfragewerte unter die entscheidende Fünf-Prozent-Hürde sanken; doch gab es zu dieser Koalition keine Alternative. Kerner zitiert die Konsolidierung des Parteiensystems betreffend eine Diskussion in der lettischen Presse aus dem Jahre 1995. Damals war behauptet worden, nur Šķēle oder der Chef der lettischen Nationalbank, Einars Repše, seien in der Lage, eine liberale Partei zu gründen. Rückblickend klingt das zynisch, ist doch die Volkspartei durch das Popularitätstief von Šķēle in ihrer Existenz bedroht, während just 2001 der Notenbankchef als neuer Stern am Himmel auftauchte. Repše gründete eine Partei mit dem Namen **Neue Zeit (Jaunais Laiks)**. Dieser Schritt, so überraschend er für eine populäre Persönlichkeit in einem sicheren Amt ist, beweist erneut die fehlende Identifikation des Wählers mit Parteien und Ideologien und die Bedeutung populärer Politiker,<sup>422</sup> unterstrichen durch die populistische und teils abenteuerliche Form der Gründung. Repše verlangte nämlich zunächst von der Öffentlichkeit, für ihn persönlich und die Partei eine große Summe zu spenden.<sup>423</sup> Obwohl er nicht einmal einen Bruchteil des erwünschten Betrages erhielt, entschied er sich dennoch zur Gründung der Partei. Demokratietheoretisch noch bedenklicher entwickelte sich der Gründungsparteitag, auf dem die Delegierten beschlossen, den Parteivorstand zu ermächtigen, künftig Entscheidungen über Programmatik und gegebenenfalls sogar Parteiausschlußverfahren ohne Konsultation eines Parteitages zu treffen – eine klare Selbstentmachtung.

Neben diesen Veränderungen auf der Rechten kam es links zur die Spaltung der Sozialdemokraten in die beiden Flügel, die seit der Vereinigung der historischen Sozialdemokraten mit den gewendeten Kommunisten nicht zu existieren aufgehört hatten. Egīls Baldzēns trennte sich mit einigen Kollegen von Juris Bojārs, nachdem die Gräben durch den Sieg bei den Wahlen zum Rigaer Stadtrat wieder aufgebrochen waren. Der Sohn Bojārs' wurde Bürgermeister und taktierte wegen der schwierigen Mehrheiten anfangs zwischen Für Vaterland und Freiheit sowie Für Menschenrechte in einem integrierten

<sup>422</sup> vgl. Kerner, Manfred / Gobinš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.149

<sup>423</sup> Eine halbe Million Lat waren damals rund anderthalb Millionen DM.

Lettland. Während letztere für die Fraktion der gewendeten Kommunisten ebenso naheliegender wie mehrheitstechnisch praktischer war, fand diese Konstellation weder bei den traditionellen Sozialdemokraten noch bei Für Vaterland und Freiheit Freunde. Letztere zogen sich schnell wieder aus der Kooperation zurück.

Gegen Ende der Legislaturperiode gab es einige grundlegende Änderungen im Parteiensystem **Litauens**. Unter der Führung des früheren Präsidenten und Kommunistenchefs Algirdas Brazauskas gelang es zunächst, die gewendeten ehemaligen Kommunisten mit den Sozialdemokraten zu einer Sozialdemokratischen Koalition zu vereinigen. Darüber hinaus gründete der frühere Generalstaatsanwalt, Artūras Paulauskas, die Neue Union (Sozialliberale) und der frühere Regierungschef der Heimatunion, Rolandas Paksas, wechselte in die bis dahin nur als Splitterpartei bekannte Liberale Union, die noch 1992 ob ihrer radikal liberalen Linie während der wirtschaftlichen Durststrecke eher die Ängste der Menschen schürte, denn Wählerstimmen gewinnen konnte.<sup>424</sup> Paksas, der für die Heimatunion Bürgermeister von Vilnius gewesen war, bevor er im Jahre 1999 für einige Monate Regierungschef wurde, war aufgrund seiner Ablehnung des Verkaufs der litauischen Öl firma Mažeikių Nafta zurückgetreten, nachdem er sich in der Koalition mit seiner Position nicht hatte durchsetzen können. Der Ex-Premier setzte seine Karriere von Herbst 1999 bis März 2000 als Berater von Präsident Adamkus in Energiefragen fort und wurde im April erneut zum Bürgermeister von Vilnius gewählt. Mit Paksas' Wahl zum Vorsitzenden übertrug sich seine aus diesem Widerstand resultierende Popularität auf die ~~Partei~~ **die Gegenpartei** **später** **die Ritter** Brazauskas, Paulauskas und Paksas sein würden, war absehbar. Nicht nur fiel die Popularität der Regierungsparteien, während jene der neuen Oppositionsbewegungen stieg; die im Frühjahr durchgeführten Kommunalwahlen brachten diesen Parteien auch einen eindeutigen Sieg. Die Partei von Paulauskas war lange Spitzenreiter bei Meinungsumfragen, was sich erst durch die kurzfristige erneute Einmischung des Pensionärs Brazauskas in die Politik änderte.

Nach der Wahl schien eine Koalition zwischen der Sozialdemokratischen Koalition von Brazauskas und der Neuen Union von Paulauskas nahezuliegen, weil nicht nur letztere sich in Klammern sozialliberal nennt, sondern auch wegen des persönlichen Kontakts zwischen den Galionsfiguren beider Formationen. Als Brazauskas bei den letzten Präsidentschaftswahlen aus Altersgründen und weil er das Amt nicht mit seiner kommunistischen Vergangenheit belasten wollte, nicht mehr kandidierte, unterstützte er Artūras Pau-

---

<sup>424</sup> vgl. Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.138

lauskas, der dann seinem aus Amerika zurückgekehrten Gegner und gegenwärtigen Amtsinhaber knapp unterlag. Brazauskas erklärte kurz nach der Wahl, daß nun seine Mentorenschaft für den jungen Politiker ende.

<b>Partei / Wahlkoalition</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Mandate</b>	<b>Direktm.</b>	<b>Gesamt</b>
Sozialdemokratische Koalition von Brazauskas	31,08%	28		49
Litauische demokratische Arbeiterpartei			14	
Litauens sozialdemokratische Partei			7	
Neue Union (Sozialliberale)	19,64%	18	11	29
Litauens Liberale Union	17,25%	16	18	34
Vaterlandsbund / Litauische Konservative	8,62%	8	1	9
Litauische Bauernpartei	4,08%		4	4
Litauische christliche demokratische Partei	3,07%		2	2
Litauische Zentrumsunion	2,86%		2	2
Neue demokratische Partei			2	2
Litauens Polnische Wahlaktion	1,95%		2	2
Moderat Konservative Union	2,01%		1	1
Litauens Freiheitsunion	1,27%		1	1
Litauische Nationale Partei "Junges Litauen"	1,15%		1	1
Moderne Christdemokratische Union			1	1
Litauens Christdemokratische Union	4,19%		1	1
Sozialdemokratie 2000	0,49%			
Litauische Nationalisten & Litauische demokratische Partei	0,88%			
Einzelkandidaten			3	3

*Tabelle 12: Wahlergebnis vom 8. Oktober 2000 in Litauen*

Das Wahlergebnis veränderte die bisherige Struktur des litauischen Parteiensystems grundlegend. Nicht zuletzt aufgrund des Wahlsystems hatte sich bis dato eine Zweiparteienherrschaft, geprägt von einem Gegeneinander des Konservatismus mit der Sozialdemokratie, krassem und sanftem Nationalismus, über nahezu drei Legislaturperioden herausgebildet, zählt man die Founding Elections von 1990 hinzu. Doch diese Cleavage-Struktur war nicht tief genug verankert. Mit dem Wandel von 2000 wurde ein vielfach wiederholtes Urteil hinfällig, welches noch 1998 auch der litauische Politologe Krupavičius erwähnt, daß nämlich das Parteiensystem seines Landes den traditionellen ideologischen Standards Westeuropas entspreche und seit 1992 in dem Sinne stabil sei, da immer die gleichen Parteien ins Parlament kommen.<sup>425</sup> Dieser Auffassung widersprechen schon im Januar 2000 einige deutsche Studenten: „Überhaupt drängt sich der Eindruck auf, daß sich die Konfliktlinien, entlang derer Parteienbildung in Litauen stattfindet, von jener in

<sup>425</sup> vgl. Krupavičs, Algis: Partiju attīstība Lietuvā un to starptautiskie sakari; in: Baltijas valstis likteņgriežos, Riga 1998, S.160

*den westeuropäischen Staaten unterscheidet.“<sup>426</sup>* Spätestes seit den Wahlen 2000 muß die angenommene Bipolarität als überholt gelten, was die Frage nach der angeblichen Polarisierung in Litauen ebenfalls neu aufwirft. Nørgaard stellte schon 1996 fest, das sich abzeichnende Zwei-Parteien-System in Litauen sei wohl zu schwach.<sup>427</sup>

Die Oberflächlichkeit einer solchen Betrachtung beweist die Tradition in Litauen, nach den Wahlen einige noch zur Wahl gemeinsam angetretene Listen aus taktischen Gründen in mehrere Fraktionen aufzuteilen. So entschlossen sich die drei Abgeordneten der gemeinsam mit den Sozialdemokraten angetretenen Neuen Demokratischen Partei Litauens von Kazimiera Prunskienė aus diesem Grunde, zur Streuung der Opposition eine eigene Gruppe im Seimas zu gründen.

Die Christlich Demokratische Partei, die von 1996 bis 2000 Bestandteil der Koalitionsregierung der Konservativen war, spaltete sich 2000, wobei die Modernen Christdemokraten entstanden. Zunächst gab es anschließend zur Kommunalwahl 2000 eine Zusammenarbeit mit der Bauernunion, die dann wieder zerbrach. 2001 schließlich vereinigten sich zwei christdemokratische Parteien, die Union der Christdemokraten von Kazys Bobelis und die Christdemokraten des ehemaligen Außenminister Algirdas Saudargas. Dieser Schritt ist eine Reaktion auf die Wahlniederlage; keine der beiden Parteien konnte ins Parlament einziehen, lediglich der Vorsitzende der nun vereinigten Partei, Bobelis, erwarb ein Direktmandat.

Die Interpretation des litauischen Demoskopen Gaydis bezeichnet das Ergebnis als Anti-Establishment-Wahl. Das ist nur insofern schlüssig, als die Regierung abgewählt wurde und ein Volksheld der jüngeren Zeit sowie eine alte Integrationsfigur gewonnen haben. Nichtsdestotrotz sind die drei Wahlsieger Brazauskas, Paksas und Paulauskas keine politischen Neulinge, sondern alte Profis, die bestenfalls in dem Ruf standen, für die jüngste Entwicklung nicht verantwortlich zu sein. Brazauskas war Rentner, Paulauskas Verlierer und Paksas wurde als „politischer Märtyrer“ angesehen.

Mit Brazauskas kehrte ein Politiker aus der Vergangenheit in die Tagespolitik zurück, der sich durch das Ergebnis berufen fühlte, die Regierung bilden zu dürfen. Doch wider Erwarten schienen sich die beiden anderen Sieger einig genug, daß Präsident Adamkus seinem Vorgänger den Auftrag nicht erteilte. Brazauskas kündigte daraufhin an, in Rente gehen zu wollen. Das überraschte partiell. Zwar sollte eine Untersuchung der Wahlprogramme von Krupavičius zeigen, wie nahe sich die Neue Union und die Liberalen in den

---

<sup>426</sup> vgl. Wölkner, Sabina: Litauen - eine konsolidierte Demokratie? Der Stellvertretende Parlamentsvorsitzende Ozolas zum Parteiensystem; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000, S.31

<sup>427</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.221

Fragen Freiheit, soziale Sicherheit und Ordnung stehen. Krupavičius Zahlen zeigen allerdings auch die ideologisch noch größere Nähe der Liberalen zur Heimatunion von Landsbergis, was wenig überrascht, doch angesichts der Mehrheitsverhältnisse keine andere Koalition zuließe. Die Neue Union gab sich ihrerseits tatsächlich weniger sozialdemokratisch als der Name vermuten läßt. Paulauskas war es offensichtlich wichtiger, nicht nur in der Regierung zu sein, sondern neben einem größeren und folglich mächtigeren Partner, wie die Sozialdemokraten es sind, nicht ganz so klein zu wirken. Dieser Wunsch drückte sich auch in Paulauskas' erfolglosem Versuch aus, ein paritätisch besetzte Kabinett in der neuen Regierung durchzusetzen. Der Einfluß in einer Koalition mit den Sozialdemokraten hätte gegebenenfalls kleiner ausfallen können.

Nichtsdestotrotz war die Liberale Union kein einfacher Partner, verfügte sie doch über eine elaboriertere Plattform zur Regierungsbildung, allem voran einen Kreis von Führungskadern um Rolandas Paksas, während die Neue Union neben Paulauskas keine Personaldecke hat. Nach Ansicht von Krupavičius und Gaydis wurde aus diesem Grunde Paksas Regierungschef und Paulauskas Parlamentspräsident.<sup>428</sup> Dennoch waren von Beginn an die kritischen Mehrheitsverhältnisse das größte Problem von Paksas und Paulauskas. Die bestehende Regierung hatte nur eine Minderheit der Abgeordneten hinter sich, weil die Liberale Union mit 33 Mandaten zuzüglich der Sozialliberalen mit 29 auf die Vereinigte Fraktion von der Zentrumsunion und der Union der Modernen Christdemokraten sowie der Wahlvereinigung der Polen Litauens zählen konnte. Damit kontrollierte Paksas im Seimas insgesamt nur 70 von insgesamt 141 Sitzen. So war die Koalition außerdem noch auf die Stimmen unabhängiger Abgeordneter und Vertreter kleiner Parteien angewiesen.

Die Regierung Paksas stürzte schließlich nicht aufgrund dieser Schwäche, sondern wegen ihrer inneren Zerrissenheit. Die von Paksas gewünschte Reformpolitik wurde von den Sozialliberalen nicht mitgetragen, deren Nähe zu den Sozialdemokraten sich innerhalb weniger Monate bewahrheitete. Präsident Adamkus hatte vor dem Auseinanderbrechen der Koalition diese wiederholt kritisiert und betont, daß es ein demokratisch normaler Prozeß sei, wenn die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion in die Regierung drängen. Die Beteiligung der früheren Kommunisten an einer stabilen Regierung wurde also wichtiger als eine von den Liberalen geführte. Brazauskas kehrte als neuer Ministerpräsident in den politischen Alltag zurück.

---

<sup>428</sup> Gaydis und Krupavičius anlässlich eines Workshops zum Wahlergebnis in Kaunas im Oktober 2000.

## 5 Welche Parteien gibt es?

Die wichtigste eingangs zu klärende Frage ist gewiß, welche Organisationen unter dem Begriff Parteienentwicklung in die Untersuchung einbezogen werden angesichts der allgegenwärtigen Lage, daß mit Bezeichnungen und Qualifikationen in Osteuropa recht freizügig umgegangen wird. Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die Parteien in Osteuropa nicht an westlichen Definitionen gemessen werden können. Bei dem Versuch zu begreifen und zu erklären, was nach der Wende zur Demokratie passierte, welche Parteien wie entstanden, steht die Politikwissenschaft also vor einer neuen Herausforderung.

Duverger sah Parteien auf zwei Arten entstehen: durch die innere oder die äußere Gründung – kurz als **bottom up** und **top down** bezeichnet. Dabei bezog sich das erste Beispiel auf die Entstehung von Freundeskreisen und Fraktionen innerhalb schon existierender Parlamente, in denen die Abgeordneten den Kontakt zu Gleichgesinnten suchten. Die äußere Gründung wiederum kommt aus sozialen Bewegungen, die nach der Durchsetzung der Interessen ihrer Klientel streben. Doch die seit Duverger grundlegende theoretische Standardfrage „*Wie entstehen normalerweise Parteien?*“ wurde kaum je gestellt, meint von Beyme: „*Die Folgen waren beachtlich. Die Parteien Osteuropas wurden an denen Westeuropas gemessen, und die Beschreibung stand dem normativen Verdikt osteuropäischer Unzulänglichkeiten gegenüber*“.<sup>429</sup> Doch von Beyme selbst liefert Unzulänglichkeiten in der Betrachtung. Parteien seien im Westen außerparlamentarisch durch soziale Bewegungen entstanden; und je später sie ins Parlament kamen, desto länger hielten sie an ihrer Ideologie fest: „*Nach 1989 konnte dieser Typ von Partei kaum entstehen.*“<sup>430</sup> Doch die Oppositionsparteien Osteuropas sind exakt auf demselben Wege entstanden, nur während eines erheblich kürzeren Zeitraums. Freilich setzt eine solche Sicht voraus, in einem sich entwickelnden Parteiensystem die sich den Ende der achtziger Jahre gegründeten Umbrella-Bewegungen sowie die Unabhängigkeitsbewegungen in Konkurrenz zu den Kommunisten als Parteien zu akzeptieren. Lipset und Rokkan folgend, kann es am Charakter der Volksfronten als breiten Emanzipationsbewegungen und damit Keimzellen der Parteienbildung keinen Zweifel geben: „*The four critical Cleavages described in terms of our paradigm were all movements of protest against the established national elite and its cultural standards and were parts of a broad wave of emancipation and mobilisation.*“<sup>431</sup> Im Baltikum

---

<sup>429</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteiensysteme in Osteuropa; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.13

<sup>430</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.278f.

<sup>431</sup> vgl. Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein: Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives, Free Press 1967, S.23

ging es mit der Unabhängigkeitsfrage zunächst um einen alle einigenden Cleavage. Das ist gewiß eine bottom up Entwicklung.

Dennoch finden sich die Kriterien Duvergers, die auf eine top down Entwicklung hinweisen, im Falle vieler Parteien in den osteuropäischen Transformationsstaaten ebenso wieder, welche nicht wie in Westeuropa aus Bewegungen entstanden sind, sondern bei denen das Parlament selbst zur wichtigsten Plattform von Neugründungen aus der Elite heraus<sup>432</sup> und abgehoben von der Bevölkerung geworden ist.<sup>433</sup> Diese Entwicklung trifft durch den späteren Zerfall der Volksfronten jene Kräfte, die ursprünglich bottom up entstanden waren, worauf von Beyme und Mair hinweisen.

Es sind also verschiedene Varianten der Parteienbildung zu beobachten. Nach Toomla verdankt das estnische Parteiensystem, und das gilt für die südlichen Nachbarn nicht weniger, seine Entstehung zu weiten Teilen aus Vereinigungen, Abspaltungen und „Herauswachsen“.<sup>434</sup> Für das wesentliche Anliegen der vorliegende Arbeit, nämlich eine Erklärung für die beständigen Veränderungen in den baltischen Parteiensystemen zu liefern, ist diese Erkenntnis von großer Bedeutung. Zusammenschlüsse oder Spaltungen von Parlamentsfraktionen müssen mit besonderer Aufmerksamkeit als wesentliches Moment der Parteienentwicklung analysiert werden, ohne den Zerfall der Volksfronten überzubewerten.

Das Ergebnis dieser ersten Gedanken ist insofern ambivalent. In Osteuropa ist die westliche evolutionäre Entwicklung von Massenparteien vor allem während der letzten Jahre eigentlich nicht anzutreffen, das meint auch Segert,<sup>435</sup> dennoch nahm die Demokratisierung im Baltikum ihren Ausgang von einer Massenbewegung, deren Organisation der Status einer Partei nicht abgesprochen werden kann. Segert versucht diesen Widerspruch mit einer Aufzählung aus westlichen Folien entstandener Ansätze zur Charakterisierung der Herkunft der Parteiensysteme, die empirisch in Osteuropa überprüft wurden, zu lösen:

- die Konfliktlinien der vordemokratischen Zeit,

---

<sup>432</sup> Segert führt den Begriff der Honoratiorenparteien ein, die Koalitionen besser gestellter Bürger seien. Vgl. Segert, Dieter: „Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas“ in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.58. Da sie wie ein Relikt aus alten Zeiten gelten, die den Anforderungen in einer modernen Demokratie nicht gewachsen sind, sehen Segert und Machos sie als Quasi-Honoratiorenparteien. Vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla: Parteien in Osteuropa, Opladen 1995, S.238f.

<sup>433</sup> vgl. Mair, Peter: Party system change. Approaches and interpretations, Oxford 1996, S.183ff. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.278f. Toomla führt hier noch die Krisentheorie von Beymes an, nach der Parteien im Rahmen von Veränderungen und Umbrüchen gegründet werden. Dazu zählen dann auch die Zentrumpartei, die Vaterlandsunion, Moderate und Reformpartei. Vgl. Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, Manuscript 2000, S.2

<sup>434</sup> vgl. Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, Manuscript S.2

<sup>435</sup> vgl. Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.59

- die unterschiedlichen Interessenlagen und Wertorientierungen während des Wechsels sowie
- die institutionelle Weichenstellung in Folge des Systemwechsels.<sup>436</sup>

Diese drei Eckpunkte sind nicht als Cleavages verstehen, denen sich das folgende Kapitel widmet. Eher handelt es sich um Momente oder Anlässe. Diese bieten generell mehr Möglichkeiten zum Verständnis der Parteiensysteme als Kitschelts Angebot, zwischen charismatischen, klientelistischen und programmatischen Parteien zu unterscheiden. Zwar finden sich diese Kriterien bei vielen Parteien, sie können aber nicht nur getrennt, sondern auch kumuliert auftreten. Kitschelt erkennt selbst die starken Variationen dieser Mechanismen über die Zeit und zwischen den Parteien an.<sup>437</sup>

## 5.1 Was ist eine Partei (im Baltikum)?

Dennoch ist die Fragestellung, wie Parteien angesichts einer Vielfalt von Organisationen und Begegnungen entstehen, im Grunde erst die zweite. Vorweg muß geklärt werden, welche Gebilde, Konstrukte oder Vereinigungen überhaupt hier als Parteien berücksichtigt werden sollen.

Wie Segert berechtigterweise feststellt, ist es schwierig, überhaupt zu begreifen, was in Osteuropa eine Partei ist.<sup>438</sup> Jede Analyse der Parteien in Osteuropa kämpft darum mit dem Umstand, daß größere Organisationen mit eindeutig Parteien zuzuordnenden Funktionen sich nicht einmal als solche bezeichnen oder auch nur verstehen, während gleichzeitig Gruppierungen, die sich als Partei verstehen und bezeichnen, allein aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl Partefunktionen sicher nicht zu erfüllen in der Lage sind. Aber kann es ohne Basis Parteien geben? Diese Paradoxa von Parteien, die keine sind, und Parteien, die keine sein wollen, erschweren den Umgang mit dem Thema in Osteuropa. Doch damit nicht genug – oder gerade deshalb (?) – scheitert die Klassifizierung der Parteien oftmals am westeuropäischen Verständnis und verkommt zum „quasi-irgendetwas“.

Um der Gefahr zu entgehen, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, soll hier nach Sartori ein möglichst simpler Parteienbegriff zugrunde gelegt werden: „*A party is any political group identified by an official label that presents at elections, and is capable of placing through elections (free or non-free) candidates for public office.*“ Parteien sind demnach von Wählerstimmen abhän-

---

<sup>436</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.387

<sup>437</sup> vgl. Kitschelt, Herbert: The Formation of party cleavages in post-communist democracies: Theoretical propositions, Party Politics Vol.1, Nr.4, 1995, S.449

<sup>438</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.239

gige Machterwerbsorganisationen.<sup>439</sup> Damit soll auch ein m.E. zu negativer Blick auf die Entwicklung der Parteiensysteme vermieden werden, welcher Arter ob der verbreiteten Antipathie gegen Parteien schlechthin dazu verleitet, für Estland ein Anti-Parteien-System – anhand der drei Faktoren mangelnde Bindung der Wähler an Parteien, die Wahlenthaltung und die Existenz von Anti-System-Parteien – zu konstatieren. Mit den Royalisten und den Estnischen Bürgern nennt Arter ohnehin zwei Beispiele, die von der politischen Landkarte verschwunden sind.<sup>440</sup> Toomla erklärt dennoch 1999 zur wesentlichen Frage, ob ein Anti-Parteien-System existiert oder nicht.<sup>441</sup> Ungeachtet dessen, wie die Antwort ausfällt, können beide mit dieser Bezeichnung leicht mißverstanden werden, denn gemeint sind nicht Parteien, die einem politischen Umsturz oder neuerlichen Systemwechsel das Wort reden würden, sondern Parteien, die keine sein wollen.

Weniger pessimistisch klingt Arters Meinung, das Parteiensverständnis sei an sich ein Lehen, seine Organisation vom Westen abgeschaut. Die Elite habe Parteien als eine Notwendigkeit beim Aufbau einer stabilen Demokratie begriffen, obwohl: „*The concept of „party“, however, was weakly understood and the Western ideologies upon several of them were based were largely taken for „trust“.*“<sup>442</sup> Vielleicht müßte korrekt formuliert werden, daß es zu Parteien in einer Demokratie wie im Westen auch in Osteuropa keine Alternative gibt. Eine Erkenntnis, die von Wählern wie Politikern mitunter widerwillig akzeptiert wird und ob der später noch zu diskutierenden politischen Kultur tatsächlich wohl auch nicht schneller verinnerlicht werden kann.

Es bleibt also nicht aus, die in der Osteuropa- und Transformationsforschung verwendeten Begriffe einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Die einschlägige Literatur bietet eine Vielzahl von Bezeichnungen für jene Parteien, die eigentlich keine sind. Das reicht von prosaischen Hinweisen auf mögliche Versammlungsorte wie der **Taxi-** oder **Telefonzellenpartei** bis hin zu Begriffen, welche Bezeichnungen für Entwicklungsstadien entlehnt sind, die Diskussiongruppen oder Freundeskreise **proto-Partei** oder **embryonische Partei** nennen.<sup>443</sup> Zehn Jahre nach dem Umbruch darf hingegen ein Phänomen als weitgehend erledigt betrachtet werden, welches Juchler als

---

<sup>439</sup> vgl. Sartori, Giovanni: Parties and party systems. A framework for analysis, Vol. 1, Cambridge University Press 1976, S.63f.

<sup>440</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.238

<sup>441</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.256

<sup>442</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.188

<sup>443</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.185ff.

„folkloristische“ Parteienlandschaft bezeichnete.<sup>444</sup> Gemeint waren Parteien wie die polnischen Bierfreunde oder die estnischen Royalisten. Auch wenn, wie später noch aufzuzeigen sein wird, das Problem des Populismus an sich in Osteuropa so wenig gebannt ist wie im Westen, haben doch inzwischen wirklich nicht ernst zu nehmende Parteien keine Chance mehr.

Pauschal wird oft zurückgewiesen, daß sich die Parteien in Osteuropa entlang existierender sozio-ökonomischer Cleavages etablieren können.<sup>445</sup> Vielfach röhren Irritationen schon aus einer eindimensionalen Sicht her, die sich auf ein einfaches Herkunftsszenario der Parteien beschränkt. Demzufolge gehen diese aus der Volksfront (oder Forumspartei) hervor, sind alte intellektuelle Netzwerke oder um eine Leitfigur der vormaligen Nomenklatur aus Parteidern, Planern und Leitern von Kollektiven – nach Arter „*politische Unternehmer*“<sup>446</sup> – herum gewachsene Partei. Unter diesen Politikern sind sowohl solche, die schon vor der Wende im alten System erfolgreich hohe Positionen bekleidet haben, als auch jene Aktivisten, die erst im Verlaufe der politischen Umwälzungen in die Politik kamen. Grofman, Mikkel und Taagepera weisen jedoch darauf hin, daß „*vocally anti-Communist groupings accepted former communists*“ und „*prominent people who had refused to join the Communist Party or had suffered under the Soviet regime joined the Secure Home, heavily dominated by former nomenklatura. Thus this distinction was fuzzy*“.<sup>447</sup>

Eine genaue Betrachtung der Ausgangslage 1988 zeigt, daß die meisten in der Politikwissenschaft genannten Charakteristika in der Realität irgendwo zu finden sind. Mit den Kommunisten gab es eine Partei im eigentlichen Sinne, zu der sich auf der politischen Bühne als wesentliche Konkurrenz die Volksfronten gesellten – eindeutig eine Bewegung mit einem Single-Issue, zunächst mehr Selbständigkeit wie unter dem Stichwort IME zu erhalten und anschließend nach der vollständigen Unabhängigkeit zu streben. Sie waren in der Gesellschaft durch parteiübergreifende Mitgliedschaften sogar von Kommunisten besonders breit abgestützt. Auch die Unabhängigkeitsbewegungen waren nicht nur dem Namen nach solche, sie hatten lediglich eine geringere Anhängerschaft in einer Bevölkerung, der radikale Forderungen zunächst nicht eigen waren. Daneben gab es frühzeitig eine Vielzahl von

---

<sup>444</sup> vgl. Juchler, Jakob: Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme, Zürich 1992, S.331

<sup>445</sup> vgl. Elster, Jon / Offe, Claus / Preuss, Ulrich K.: Institutional Design in Post-communist Societies, Cambridge 1998, S.135

<sup>446</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.185ff.

<sup>447</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.343

Gruppen von mutigen Menschenrechtlern bis hin zu Sektierern wie Tiit Madisson.<sup>448</sup>

Einem zu einfachen Eindruck von Parteien im Baltikum liegt aber nicht nur eine oberflächliche Sicht zugrunde. Ideologische Aspekte beeinflussen vor allem einheimische Beobachter. Am radikalsten bezeichnet Helme Parteien als Freundeskreise von Generationen, die sich zwecks Machterwerb zusammengeschlossen haben.<sup>449</sup> Die Ähnlichkeit mit der Parteidefinition Sartoris ist dabei kein Zufall. Vielmehr weist diese Meinung auf Probleme im Demokratieverständnis hin, die später behandelt werden sollen.

Westliche Wissenschaftler schließen sich mitunter dem Urteil an. So schreibt Glaßner, Parteien seien allenfalls formal ihren westlichen Gegenübern gleich, es handele sich um eine „*Proto-Parteienlandschaft*“, deren Objekte oftmals politische „*Organisationskerne neuer und alter Eliten auf der Suche nach Wählern*“ sind, die demokratische Verfahren und Prozeduren nur bedingt akzeptieren.<sup>450</sup> Einschränkend muß ergänzt werden, daß sich diese allgemeine Aussage vorwiegend auf Rußland bezieht und die Akzeptanz demokratischer Verfahren auf die innerparteiliche Willensbildung, welche angesichts der geringen Mitgliederzahl ohnehin hinreichend simpel ist.

Allerdings gibt es auch in den baltischen Staaten Hinweise auf eine Überschätzung der eigenen Bedeutung, die zu einer fehlenden Akzeptanz demokratischer Prozesse führt. Der häufige Regierungssturz nach 1998 in Lettland durch Für Vaterland und Freiheit ist eindeutig auf deren Unfähigkeit oder Unwillen zurückzuführen, sich mit der Stärke der eigenen Parlamentsfraktion und dem daraus resultierenden Einfluß auf die Politik abzufinden. Glaßner überspitzt solche Beobachtungen, indem er die Parteien als Organisationen bezeichnet, die sich selbst repräsentieren.<sup>451</sup> So lange sogar die Bereitschaft der Bürger, die Parteien als Instrument der Willensbildung zu begreifen, noch unterentwickelt ist, würden sich die Parteien schwertun, eine Repräsentation von Gesellschaftsschichten anzustreben, deren Existenz die Forschung an zweifelt.

Verschärfend kommt nach Segerts und Birchs Ansicht hinzu, daß die Parteien in Osteuropa zunächst alternative politische Ziele und Werte propagierten und während des Regimewechsels zu institutionalisierten Partnern bei der

<sup>448</sup> Madisson war noch bei der Demonstration im Hirvepark einer der wichtigsten Organisatoren dieser nicht erlaubten Veranstaltung. Später warf er der Regierung des unabhängigen Estlands Korrumpertheit vor und wurde wegen versuchten Staatstreches inhaftiert.

<sup>449</sup> vgl. Helme, Rein: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland; in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten. Staat-Wirtschafts-Gesellschaft, Hamburg 1995, S.75

<sup>450</sup> vgl. Glaßner, Gert-Joachim: Demokratisierung nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994, S.251ff.

<sup>451</sup> vgl. Glaßner, Gert-Joachim: Demokratisierung nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994, S.266

Abwicklung wurden, um anschließend die Reformpolitik selbst zu gestalten. „*Post-communist electoral competition pre-dated or occurred simultaneously with party systems formation*“.<sup>452</sup> Insofern standen die Parteien schon in der Gründungsphase vor der Herausforderung, mehr zu bewerkstelligen als nur Interessen zu repräsentieren und Protest zu organisieren. Ausnahmen bilden jene Parteien, die nicht erst im Rahmen des Umbruches entstanden; und das sind nur die gewendeten Staatsparteien sowie ihrem Selbstverständnis nach – die echten und falschen – historischen Parteien, wobei diese als Wiedergründungen nur dem Namen nach alt, de facto jedoch neu sind, weil – verglichen mit der Demokratisierung nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen – in den Staaten Osteuropas „*die Kontinuitäten viel schwächer, die Brüche deutlich tiefer*“ sind.<sup>453</sup>

Elster, Offe und Preuss zweifeln offensichtlich an, daß die Entwicklung der Massendemokratie mit der Parteibildung zusammenfällt, wenn sie die Parteien in Osteuropa als transitional bezeichnen, weil sie ein Produkt des Umbruchprozesses seien und nicht dessen Ursache. Sie seien nicht aus der kommunistischen Gesellschaft hervorgegangen und hätten weder konkrete Pläne für die Veränderung noch die feste Basis dazu. Diese Einschätzung ist zwar niederschmetternd, die Realität jedoch ambivalent. Die Oppositionsbewegungen hatten zwar eher einen „*anti-party-approach*“<sup>454</sup>, aber sie bestanden in Form der Volksfront und der Unabhängigkeitsbewegung gewiß nicht nur aus unpolitischen lockeren Freundeskreisen. Da diese Bewegungen und ihre Aktivisten, die Elite, wesentlich zum Umbruch beigetragen und ihn gesteuert haben, ja steuern mußten, bleibt es unverständlich, weshalb dieses Autorenkollektiv ihnen die Herkunft aus der kommunistischen Gesellschaft abspricht. Gerade darum verwundert der Vorwurf mangelnder Konzepte, denn aus welcher Schublade hätten die Politiker solche ziehen sollen? Daß das gegenwärtige Mehrparteiensystem erst während der Demokratisierung als Produkt des Umbruchs entstehen konnten, scheint hingegen trivial.

Der Versuch einer Erklärung dessen, was eine Partei im Baltikum ist, wird wegen der vorherrschenden Versuche einer Klassifizierung, die Herkunft und Selbstverständnis der politischen Elite vermengt und sie in ein Lagerdenken zu pressen versucht, diffus. Da hilft auch Arters ganz simple Definition nicht viel, eine Partei existiere erst dann, wenn sie den Abgang der Chefs über-

---

<sup>452</sup> vgl. Birch, Sarah: Election and representation in post-communist Eastern Europe; in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Elections in Central and Eastern Europe, Berlin 2000, S.27

<sup>453</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süßmuth (Hrsg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998, S.92f.

<sup>454</sup> vgl. Elster, Jon / Offe, Claus / Preuss, Ulrich K.: Institutional Design in Post-communist Societies, Cambridge 1998, S.132

lebt.<sup>455</sup> Dieser Gedanke ist vom Wunschdenken geprägt, weil der Abgang des Chefs und die Marginalisierung, wie verschiedentlich erlebt, nichts daran ändert, wie lange die Partei mit dem Vorsitzenden einflußreich war. Aus diesem Grunde eine Partei nicht zur Kenntnis zu nehmen, wäre eher eine ideologische denn eine praktische Definition.

## **5.2 Klassifizierung**

Ging es im vorangegangenen Abschnitt um die Frage, welche Gruppierungen als Parteien anzusehen sind, widmen sich die folgenden Abschnitte der Frage, in welche „Schublade“ sich die Parteien einsortieren lassen. Allerdings leiden die Versuche, die Parteienlandschaft in Osteuropa zu klassifizieren, unter den gleichen Schwierigkeiten wie schon die Definition von Parteien.

Fast alle Autoren, die sich mit Osteuropa beschäftigen, bemühen sich immer wieder um eine Klassifizierung der Parteien nach ihrer Herkunft und ihrem „Label“. Ein Unterfangen, welches sich oft als schwierig erweist, weil sich der Details Unkundige im Dschungel der Selbsteinschätzung der Parteien, offizieller Bezeichnung und persönlicher Vergangenheit der Protagonisten verirren können. Ein Beispiel dafür ist die Gleichsetzung der estnischen Vaterlandsunion und mit der lettischen Für Vaterland und Freiheit durch Beichelt. Mart Laars Partei als Architektin der liberalen Reformpolitik unterscheidet sich ganz grundlegend vom nahezu gleichnamigen Reformgegner in Lettland, der seit Jahren die Privatisierung zu bremsen oder gar verhindern versucht.<sup>456</sup>

### **5.2.1 Nach Herkunft**

Dennoch macht der einfachste Gedanke zunächst Sinn, wonach die Parteien entweder aus der Volksfront oder den Kommunisten hervorgegangen sind, wenn dieses Modell nicht in eine bipolar Betrachtung mündet. In Estland sehen Bollow und Nørgaard 1990 vier Gruppen:

- die früheren Dissidenten in der Unabhängigkeitspartei
- Volksfront
- Freies Estland (Vaba Eesti) von die Unabhängigkeit befürwortenden Kommunisten
- die alle Reformen ablehnende Interfront<sup>457</sup>

---

<sup>455</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.20

<sup>456</sup> vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskrift 2000, S.205

<sup>457</sup> vgl. Bollow, Undine: Politisches und Rechtssystem Estlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.106f. Nørgaard sieht hier nur drei, die Volksfront, die Unab-

Diese Einteilung liefert ein gutes Bild der Realität, welches für Estland und Lettland gleichermaßen gilt. Es entspricht der Entwicklung Ende der achtziger Jahre, als die ersten Gruppierungen neben den Kommunisten entstanden, die von der Autorität akzeptiert wurden und demzufolge den Beginn des Mehrparteiensystems kennzeichnen. Es handelt sich um die Kommunisten und die Opposition sowie derer einer radikaleren und einer moderateren Variante. So gibt es auf der einen Seite Reformkommunisten und die Interfront und auf der anderen die Volksfront und die Unabhängigkeitsbewegungen.

Lieven verwendet für Estland diese Einteilung mit den Begriffen Loyalisten, Volksfront, Vaterland und Freies Estland. Seine Beobachtung beruht auf den Fraktionen des Obersten Sowjet, was die Nennung von Vaterland anstelle der Unabhängigkeitsbewegung rechtfertigt, die ja selbst in diesem sowjetischen Parlament nicht vertreten war.<sup>458</sup> Ein wenig differenzierter zählen lettische Wissenschaftler drei breite aber nicht strukturierte Bewegungen: die Volksfront, die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung und die Interfront. Die Kommunisten werden hier nicht genannt, weil sie in zwei der genannten Bewegungen nahezu vollständig aufgingen.<sup>459</sup> Die einzige dann noch bleibende Unzulänglichkeit liegt in dem Umstand, daß die Volksfront alles andere als eine reine Oppositionsformation war, sie war vielmehr ein ambivalentes Gebilde, dem viele Kommunisten angehörten.

Litauen fällt hier aus dem Rahmen, weil die der Interfront und der Unabhängigkeitsbewegung vergleichbaren Kräfte zwar existierten, doch keine politische Bedeutung gewannen. Ursache dafür ist einerseits die hohe Zahl an litauischen Parteimitgliedern bei den Kommunisten bei gleichzeitig geringer russischer Bevölkerung, welche den Nährboden für die Interfront nicht her gab. Auf der anderen Seite war Sajūdis hinreichend nationalistisch, um in diesem Spektrum keinen Raum mehr für andere Bewegungen zu lassen. Folglich war die Volksfront hier nicht ganz so ambivalent wie in den Nachbarrepubliken.

Toomla nennt die **Interfront** eine aus verschiedenen Individuen bestehende Gruppe, die weder eine Partei noch eine Lobbyorganisation war und ihre Tätigkeit mit den Wahlen 1992 einstellte.<sup>460</sup> In Estland gibt es bis zur Rückkehr von Jewgenij Kogan keine wesentlichen Politiker dieser Gruppe, die nach 1992 aktiv waren. In Lettland hingegen zog die Liste 1993 Gleichbe-

---

hängigkeitspartei und die Kommunisten. Vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): *The Baltic States after Independence*, Brookfield US 1996, S.85

<sup>458</sup> vgl. Lieven, Anatol: *The Baltic revolution*, New Haven und London 1994, S.278

<sup>459</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: *Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes*; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): *Sabiedrības pārmaiņas Latvijā*, Riga 1998, S.152ff.

<sup>460</sup> vgl. Toomla, Rein: *Eesti erakonnad*, Tallinn 1999, S.238f.

rechigung ins Parlament ein, deren Vertreter bis heute in Fraktionsgemeinschaft mit anderen Parteien immer wieder gewählt wurden.

Besonders für Estland und Lettland wird vielfach behauptet, die Parteien der Mitte und rechts der Mitte seien aus der **Volksfront** hervorgegangen. Eine Beobachtung, die sich durch die Kontinuität der Elite erklärt, welche sowohl in der Volksfront als auch in späteren Parteien auftaucht. So richtig diese Beobachtung seien mag, so nimmt sie einerseits nicht hinreichend zur Kenntnis, daß die Volksfront als Bewegung aus der Zusammenarbeit verschiedener Gruppen entstanden ist. Andererseits bleibt unberücksichtigt, daß die Vorsitzenden neuer Parteien nicht nur aus der Volksfront kamen.

Als Bezeichnung tauchten die Namen der Volksfronten 1992 in Estland und Litauen – Rahvarinne und Sajūdis – im ersten Parlament noch auf, im Gegensatz zu Lettland, wo Tautas Fronte scheiterte. Doch hinter dem Wort verbarg sich bereits eine Partei, die nur einen politischen Flügel der Volksfront darstellte, welche als Rest den Namen usurpierten konnte. Während Daniels Īvāns und Ivars Godmanis – wenigstens vorübergehend – aus der lettischen Politik verschwanden, verbinden sich mit den Bewegungen in Estland und Litauen die Namen Savisaar und Landsbergis. Doch wo der erste den Namen der Volksfront übernehmend auch weiterhin hinter der Idee zu stehen vorgab, war Sajūdis schon lange konservativ-nationalistisch geworden.

Eben deshalb muß fein säuberlich zwischen dem Erfolg politischer Parteien und politischen Karrieren getrennt werden, um die Abhängigkeit des einen vom anderen aufdecken zu können. Insofern ist der Hinweis Mattuschs auf das Überleben des reformkommunistischen Lagers im Sicheren Heim in Estland und bei Lettlands Weg in Lettland<sup>461</sup> so richtig wie trügerisch. Sie vergißt, daß die Volksfronten in Estland und Lettland ebenso im Reformkommunismus wurzeln und deshalb beide Lager weit mehr als einen Erben haben. Mattusch betrachtet die verschiedenen Aspekte getrennt voneinander, statt nach einer kohärenten Erklärung zu suchen. Darum klingt es beinahe wie eine Kapitulation, wenn sie resümiert: „*Der vorliegende Beitrag geht von einer analytisch schwer entwirrbaren Wechselwirkung dieser Einflußfaktoren aus.*“<sup>462</sup>

Mit Ausnahme der inzwischen fusionierten Sozialdemokraten in Litauen ist keine nennenswerte Partei des Baltikums aus den Kommunisten hervorgegangen oder kann als deren Nachfolger bezeichnet werden. In Lettland hatten sich die klassischen Sozialdemokraten unter Baldzēns zunächst in einen

<sup>461</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.95, 98, 106

<sup>462</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.105f.

Kompromiß mit Bojārs' Postkommunisten gefügt und waren auch gemeinsam nicht stark. 2002 folgte die Trennung. Kerner und Weiland hatten dagegen 1992 den gewendeten Postkommunisten ob ihrer schieren Größe und Organisiertheit eine gewichtige Rolle beigemessen.<sup>463</sup>

Kitschelt sieht unabhängig von den bisher erörterten Herkunftsszenarios drei Lager, das liberal-demokratische, das populistisch-traditional-nationale und das post-sozialistische;<sup>464</sup> durchaus eine Einteilung mit Berechtigung. Sie unterscheidet liberale und nationalistische Tendenzen unter den oppositionellen Gruppen, die ihrerseits mit Ausnahme der Unabhängigkeitsbewegung aus der Volksfront hervorgegangen sind. Sie wird aber gleichzeitig der Tatsache nicht gerecht, daß an der Volksfront auch post-sozialistische Fraktionen beteiligt waren und gerade aus ihr auch pro-russische und sozialdemokratische Parteien hervorgegangen sind. Beide Lager haben inzwischen wiederum in Koalitionen oder sogar auf gemeinsamen Listen mit dem nicht in der Volksfront organisierten Teil des post-sozialistischen Lagers zusammengearbeitet. Während in Lettland die Sozialdemokraten mit den Nationalkommunisten fusionierten, bildet der ehemals pro-russische Flügel der Volksfront eine Fraktionen mit der früheren Interfront. In Litauen fusionierten die Postkommunisten mit den Sozialdemokraten. Aus diesen Gründen ist es unmöglich, eine Lagerstruktur der Parteiensysteme nach der Herkunft der Parteien zu entwerfen. Beides muß voneinander getrennt werden.

### 5.2.2 Nach „Label“

Westliche Politikwissenschaftler nehmen eine Einteilung in drei Gruppen vor, die Segert wie folgt benennt:

- gewendete Blockparteien und Kommunisten
- historische (wiedergegründete Vorkriegs-) Parteien
- Neugründungen<sup>465</sup>

Diese Differenzierung ist eine technische, sie orientiert sich wenig an Inhalten, sei es die Selbsteinschätzung der Parteien oder eine Fremdeinschätzung des politischen Standortes. Es handelt sich daher um ein Hybrid von Herkunft und Motivation im Moment der Parteigründung. Überdies gilt diese Qualifizierung im Baltikum nur beschränkt, wo die Nachfolgeparteien abgesehen von Litauen als solche nicht in Erscheinung oder nur via Persönlichkeiten oder in Fusionen zu Tage treten. Einfacher ist daher der umgekehrte Ver-

<sup>463</sup> vgl. Kerner, Manfred / Weiland, Felix: Kompliziert und verworren... Die politische Situation in Lettland und Litauen; in: Osteuropa 10/92, S.877

<sup>464</sup> vgl. Kitschelt, Herbert: Die Entwicklung postsocialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.493

<sup>465</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.242

such, die Parteien nach dem von ihnen gewählten „Label“ zu beurteilen, wie dies Grofman, Taagepera und Mikkel anbieten. Freilich ist dabei nicht ausgeschlossen, daß sich die ein oder andere Partei in zwei Gruppen wiederfindet:

- Parteinamen nach historischen Vorbildern
- Parteinamen als politische Standortbeschreibung (etwa Zentrum)
- Parteinamen nach westlichen Vorbildern.<sup>466</sup>

Obwohl baltische Wissenschaftler hier den besseren Überblick haben sollten, findet sich bei lettischen Autoren ebenfalls der Terminus der historischen Parteien. Bauernunion, Sozialdemokraten, Christdemokraten und Demokratische Zentrumspartei gelten als erfolglose Versuche, Parteien mit klassischer ideologischer Basis neu zu gründen.<sup>467</sup> Die Bauernunion hat zwar mit dem Neffen des legendären Präsidenten Ulmanis den Anspruch erheben, dessen Tradition fortzusetzen, nannte sich jedoch Bauernunion Lettlands und damit eine Nuance anders als die historische Lettische Bauernunion.<sup>468</sup> Am konkreten Beispiel läßt sich aufzeigen, warum solche „Label“ problematisch sind. Die erfolgreichste der genannten Parteien, die Demokratische Partei *Hausherr* erlangte just zu dem Zeitpunkt Bedeutung, als sie das „C“ für Zentrum gerade wegen der historischen Ähnlichkeit abgelegt und sich statt dessen mit der populistischen Formation *Hausherr* verbündet hatte.

In Estland gibt es noch interessantere Beispiele. So wurden zwar die Sozialdemokraten und die Landunion wieder gegründet, doch beide Namen sahen sich mit einer vollständig verkehrten Politik konfrontiert. Die Sozialdemokraten waren von 1992 bis 1994 Teil einer „dogmatically free-enterprise“ Koalition, und „*pre-Second World War Rural Union of wealthy private farmers found it's name hijacked by former Soviet state and „collective“ farm managers*“.<sup>469</sup>

Sämtliche Beispiele belegen, wie wenig ein historischer Name, selbst der einer einstmals starken Partei, für Erfolg bürgt, selbst wenn dieser sich für den Wähler emotional mit einem „goldenem Zeitalter“ verbindet. Eher drängt sich der Verdacht auf, daß sich die Zugkraft einer historischen Größe nicht von der in einer populären Persönlichkeit unterscheidet.

---

<sup>466</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.335f.

<sup>467</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, Riga 1998, S.153

<sup>468</sup> Der historische Namen „Latviešu Zemnieku Savienība“ umfaßt grammatisch nur die Bauern lettischer Nationalität. Davon wollte sich die Wiedergründung Ulmanis‘ absetzen. Andere Letten gründeten völlig erfolglos eine Partei mit diesem Namen und beriefen sich ebenfalls auf die historische Partei, sie vertraten die wirkliche Bauernunion.

<sup>469</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.335

*„Weiter sollte man unbedingt vermeiden, die politischen Kräfte nach ihren Selbstbezeichnungen zu klassifizieren.“<sup>470</sup>* Das gilt nicht nur für die inzwischen zum Allgemeinplatz gewordene Einsicht, daß Altkommunisten, die eigentlich links außen sind, zu Konservativen werden, sondern auch, weil viele politische Parteien sich Namen wie Bekleidung zuzulegen scheinen, ohne zu wissen, was diese ideologische Richtung überhaupt beinhaltet. Der Versuch, politische Parteien nach ihren Programmen zu spezifizieren, wäre ein Unding in Ländern, wo die Programme oft über Pamphletformat nicht hinausgehen und nichts weiter versprechen, als die Verbesserung der sozialen Situation und – jedenfalls meistens – die durchaus nicht von allen Bevölkerungskreisen befürwortete Westintegration. Die Versprechen sind identisch, stellt Ikstens richtig fest. Und darum sei es interessanter, nach den Wegen zu fragen, denn nach den Zielen, obwohl die Politiker darüber ungern sprechen. So bleibt oftmals nur Spekulation über den Standpunkt einer Partei ob der ideologischen und praktischen Vergangenheit ihrer Protagonisten.<sup>471</sup> Lettische Wissenschaftler bekräftigen, daß ein breites und ausgefranstes Konglomerat von teilweise widersprüchlichen politischen Ideen, die oft an der Grenze zum Populismus sind oder diese sogar überschreiten, angeboten wird, um möglichst viele Wähler anzusprechen.<sup>472</sup> Mitunter finden sich darin nicht einmal jene Anliegen wieder, die im Namen der Partei unter das Volk gebracht werden, wie Broks bezogen auf Bauernparteien feststellt: „*The political elite which formally represents farmer's interests does not have an adequately detailed or constructive program of agricultural development.*“<sup>473</sup> Dem pflichtet Ostrovska bei: Die lettische Bauernpartei hatte zwar eine Klientel, konnte oder wollte ihr aber nicht wirklich helfen.<sup>474</sup> Die Vielzahl der estnischen Bauernparteien neige eher dazu, die Interessen früherer Direktoren zu vertreten, als die Landbevölkerung.<sup>475</sup> Zu Recht kommen Kerner und Weiland also zu dem Ergebnis, daß viele „*Scharlatane am Werk*“ seien,<sup>476</sup> und das nicht zuletzt, weil manches Label einfach nicht zutrifft. So vertritt die Zentrums-

---

<sup>470</sup> vgl. Kerner, Manfred / Weiland, Felix: Kompliziert und verworren... Die politische Situation in Lettland und Litauen; in: Osteuropa 10/92, S.878f.

<sup>471</sup> vgl. Ikstens, Jānis: Jaunpartiju spožuma posts; www.politika.lv 12.09.2001

<sup>472</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, Riga 1998, S.152ff.

<sup>473</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: The formation of New political systems and the question of democratic stability: The Case of Latvia Manuscript, S.16

<sup>474</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.3

<sup>475</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.335f.

<sup>476</sup> vgl. Kerner, Manfred / Weiland, Felix: Kompliziert und verworren... Die politische Situation in Lettland und Litauen; in: Osteuropa 10/92, S.878f.

partei in Estland trotz ihres Namens eher sozialdemokratische Positionen,<sup>477</sup> was wiederum zu einem guten Teil der Oppositionsrolle geschuldet ist, wie etwa der Verzicht auf die Einführung der progressiven Steuer bei der Regierungsbildung mit der Reformpartei 2002 zeigte.

Die kurzen und wenig konkreten Programme werden also nicht allzu ernst genommen. Toomla legt in einer Untersuchung über die Programme der estnischen Parteien zur Wahl 1999 dar, wie nahe sich manche Parteien auf dem Papier stehen und wie wenig dies über die Partei und ihre Kooperationsbereitschaft aussagt.<sup>478</sup> Dies bestätigt Nissinen für Lettland. Viele Programme könnten für jegliche Couleur gelten. Doch die Behauptung, die Politiker wüßten genau, wo ihre Parteien ideologisch einzuordnen sind,<sup>479</sup> spricht für eine oberflächliche Bewertung von Interviewergebnissen. Natürlich wird kein Politiker sich scheuen, zu einem konkreten Zeitpunkt die eigene Fraktion als liberal, sozialdemokatisch oder konservativ zu bezeichnen. Das aber gibt keine Gewähr dafür, daß im Falle einer nachlassenden Popularität diese Selbsteinordnung nicht plötzlich ganz anders aussehen kann, sollte es dieselbe Partei überhaupt noch geben. Und so stellt die Autorin selbst fest, wie wenig westliche Maßstäbe in Lettland funktionieren. Alle Versuche, ein Parteiensystem zu strukturieren, die Herkunft oder die ideologische Ausrichtung der Parteien nach Namen oder Programmen zu klassifizieren, erweisen sich als zu oberflächlich, wie anhand der Herkunft der Elite bereits dargelegt.

Doch damit nicht genug: „*Politician represent interest that do not yet exist*“, meint Žeruolis. Neben dem Begriff der Partei an sich ist auch deren Ideologie ein Lehen, oder wie Glaßner sagt: „*Häufig ist ihre Programmatik geborgt*“.<sup>480</sup> Grofman, Mikkel und Taagepera werfen darum der Politik vor, Namen in Anlehnung an den Westen gewählt zu haben, um von dort finanzielle Unterstützung zu erhalten.<sup>481</sup> Denn das Lehen bezieht sich nicht allein auf den Namen, sondern auch auf die Programmatik. Die osteuropäischen Politiker sprechen zwar alle von Demokratie und Marktwirtschaft, egal ob der alten oder der neuen Elite zugehörig. „*But it would be a misunderstanding to take this for granted*“.<sup>482</sup>

---

<sup>477</sup> vgl. Žeruolis, Darius: Change and stability in emerging East European party systems: What the relevance of West European party models, Msc Dissertation, The London School of Economics and Political Science, S.7

<sup>478</sup> vgl. Toomla, Rein: Erakondade valimisprogrammid; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S.59

<sup>479</sup> vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, London 1999, S173

<sup>480</sup> vgl. Glaßner, Gert-Joachim: Demokratisierung nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994, S.262

<sup>481</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.336

<sup>482</sup> vgl. Juchler, Jakob: Global Processes, the Transformation in Eastern Europe and the European Unification, Manuscript 2000, S.4

### 5.2.3 Links-rechts-Schema

Paradox ist, daß viele Politologen in Osteuropa ihre westlichen Kollegen einerseits kritisieren, mit westlichen Maßstäben zu messen, andererseits aber selbst die Parteien in ein links-rechts-Schema pressen, obwohl ein solches eindimensionales Modell schwerlich in irgendeinem demokratischen Staat der Welt wirklich paßt.<sup>483</sup> Da ist der Historiker Ezergailis schon eine Ausnahme, der die aus der französischen Revolution stammende Einteilung nach rechts und links in der Demokratie überhaupt für unnötig hält.<sup>484</sup> Von Beyme bezeichnet die vorherrschende Einteilung in links und rechts gar als Zwang, welchem nachzugeben Parteien eher geneigt seien als Wähler.<sup>485</sup> Das ist nicht von der Hand zu weisen, darum wird dieser Begriff auch hier verwandt, denn in einem konkreten Kontext bleibt dennoch verständlich, ob mit links eine staatsinterventionistische oder mit rechts eine nationalistische Politik gemeint sind. Folglich sind weniger umfangreiche Erklärungen erforderlich.

Ostrovská hilft, diesen scheinbaren Widerspruch zu erklären. Vor allem in der Anfangsphase wurden Parteien, die eine Westorientierung vertraten, als rechts aufgefaßt, während die Propheten einer erneuten Annäherung an Rußland als links galten. Dabei wurde ein genauerer Blick auf die wirtschaftliche Programmatik durch die Assoziation der Westorientierung mit Sozialismus ersetzt.<sup>486</sup> Im Gegensatz dazu galten vor allem für die westliche Forschung anfangs die Parteien des absterbenden Systems als rechts, während die Reformkräfte die Linken oder die moderat Linken waren, wie man in Bezug auf die Sozialdemokratie zu differenzieren versuchte. Dies habe in Anbetracht der anfänglichen Orientierung der Nomenklatur seinen Sinn gehabt, so Blūzma<sup>487</sup> – konservativ waren die „Betonköpfe“ des *ancien régime*, während eine links-rechts Struktur sozio-ökonomischer Ausrichtung kaum erkennbar war, so Toomla, der statt dessen einen Stadt-Land sowie einen nicht näher spezifizierten ideologischen Konflikt erkennen will.<sup>488</sup> Die Orientierung an dem in

---

<sup>483</sup> Ein gutes Beispiel dafür ist Helme, der in ein und demselben Abschnitt 1995 keinen Linksrutsch erkennen will, dann aber einem finnischen Journalisten zustimmt, der das Wahlergebnis als einen kleinen Schritt nach links bezeichnet hat. Vgl. Helme, Rein: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland; in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten. Staat-Wirtschafts-Gesellschaft, Hamburg 1995, S.85

<sup>484</sup> vgl. Ezergailis, Andrievs: Demokratizācijas pastāvēšanai nebūt obligāti nav vajadzīgi „labējie“ un „kriesie“; in: Diena 19.3.1996

<sup>485</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Opladen 2000, S.65

<sup>486</sup> vgl. Ostrovská, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.2

<sup>487</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēgisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana, 1986.-1993., Riga 1998, S.274

<sup>488</sup> vgl. Toomla, Rein: Eesti erakonnad, Tallinn 1999, S.201ff.

der Presse auch im Westen beliebten links-rechts-Schema droht zwar einerseits die Diskussion der Cleavages vorwegzunehmen, ist jedoch neben den erwähnten Gründen für eine Simplifizierung auch deshalb erforderlich, weil das Schema von vielen Autoren als Qualifizierung einzelner Parteien bemüht wird, die gleichzeitig seine Abwesenheit als Achse im Parteiensystem konstatieren.

Toomlas erwähnte Einteilung markiert de facto weniger das Vorhandensein von Konflikten im Sinne von Cleavages als vielmehr eine Diskussionsgrundlage, was denn die estnischen Parteien voneinander unterscheidet. Tabellarisch lässt sich dies wie folgt darstellen:

- Alle Parteien sind davon überzeugt, daß die Marktwirtschaft eingeführt werden muß.
- Für fast alle Parteien, wie auch immer sie sich selbst einordnen, ist die nationale Zugehörigkeit wichtig. Oftmals haben konservative bis nationalistische Partien gleichzeitig ein eher kollektivistisches Wirtschaftsgedankengut.
- Der Stadt-Land-Konflikt ist nach wie vor ausgeprägt und erschwert eine links-rechts Einteilung.<sup>489</sup>

Wie der letzte Punkt bereits expressis verbis zeigt, bleibt die links-rechts Achse eine Fata Morgana. Gleichzeitig werden frei nach westlichem Muster die unterschiedlich konsequenteren Einstellungen zur Marktwirtschaft sowie die Konzessionsbereitschaft gegenüber den Minderheiten als links oder rechts rezipiert. Dabei wird diese Sicht des einfachen Mannes durch den Umstand konterkariert, daß nationalistische Parteien mitunter kollektivistische Ideen in der Wirtschaftspolitik vertreten und sozialdemokratische Ideologie mit Nationalismus verbunden wird. Es ist also kein Paradoxon, in welches Schema Politologen in Osteuropa ihre heimischen Parteiensysteme pressen wollen, es ist eindeutig ein Widerspruch, den sie letztlich selbst offenbaren.

Toomla leitet aus der Assoziation der Betonköpfe der alten Regierung mit dem Begriff konservativ her, es könne nach der ersten kurzen Unabhängigkeit der Zwischenkriegszeit in Estland keine Konservativen geben. Doch konservativ muß nicht die Bewahrung eines konkreten staatlichen Status Quo bedeuten, sondern eher eine Gegnerschaft zur Modernisierung. Richtig dagegen bleibt die Beobachtung, daß die Parteien Estlands statt konservativ in diesem Sinne eher als liberal zu bezeichnen sind. Genauso wenig gibt es eine der Arbeiterbewegung verpflichtete Linke im estnischen Parlament. Alle Parteien, auch die sich lange Zeit den sozial Schwächeren rhetorisch annehmende oppositionelle Zentrumspartei, bezeichnen sich als Mitte rechts, was Toomla auf deren Vorsitzenden und die moderate Töne verlangende politi-

---

<sup>489</sup> vgl. Toomla, Rein: *Eesti erakonnad*, Tallinn 1999, S.263 nach Dellenbrant

sche Kultur allgemein zurückführt.<sup>490</sup> Dies einmal konstatiert, erliegt Toomla seiner eigenen Klassifizierung, indem er trotz anfänglich der Selbsteinschätzung zustimmender Bewertung alle im Parlament vertretenen Parteien außer der rechten Reformpartei als mitte-rechts einstuft, dann aber selbst feststellt, daß die Zentrumspartei die progressive Steuer vertritt, während die anderen Parteien hier entweder stringent für die proportionale Einkommenssteuer sind oder aber, wie die Moderaten, nur vorsichtig dazu eine Stellung beziehen.<sup>491</sup>

In Lettland ist die Einschätzung nicht einfacher. Die lettische Politologin Ostrovska bezeichnete die Partei der Volksharmonie als „*scharf vom Zentrum nach links*“.<sup>492</sup> Obwohl diese Partei tatsächlich wirtschaftspolitisch eher auf sozialdemokratischer Linie liegt, begründet Ostrovska diese Einschätzung mit der wirtschaftspolitischen Orientierung nach Osten. Pro-russische Rhetorik wird im Westen teilweise ebenfalls so interpretiert, so von Nørgaard, der die Partei der Volksharmonie als Repräsentantin der Staatenlosen nennt.<sup>493</sup> Eine Vertretung dieser Interessen in Form einer Anwaltschaft ist gewiß möglich, und das ist sogar der Anspruch der Partei der Volksharmonie. Da die Vertreter dieser Minderheiten aber vor allem anfangs gar nicht über die Bürgerrechte verfügten und daher von der Beteiligung am politischen Prozeß ausgeschlossen waren, kann von einer Repräsentation sicher nicht die Rede sein.<sup>494</sup> Dieses Ergebnis ist angesichts der fraglichen „Label“ keine Überraschung. Wo wie in Osteuropa staatsinterventionistische Vorstellungen mit kosmopolitischen nur noch bei den „Betonköpfen“ zusammenfallen, kann es im westlichen Sinne kaum eine Linke geben. Im Baltikum, wo gerade die ältere Bevölkerung die nationale Frage als wichtig betrachtet, ist es noch einmal komplizierter.

Während von Beyme selbst dem Westen das Ende eines Klassifizierungseifers bescheinigt, wie ihn noch Sartori betrieben habe, gebe es mit der Ära professioneller Wählerparteien kaum noch Fundamentalopposition, überall herrsche gemäßigter Pluralismus, was eine solche Einteilung zwecklos wer-

---

<sup>490</sup> vgl. Toomla, Rein: *Eesti erakonnad*, Tallinn 1999, S.271f. Schon im einleitenden Kapitel war auf die Popularität der Volksfront als „moderatere“ Kraft im Vergleich zu den Unabhängigkeitsbewegungen in Estland und Lettland hingewiesen worden.

<sup>491</sup> vgl. Toomla, Rein: *Political Parties in Estonia*, Manuskript S.5

<sup>492</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: *Socioloģijas un politoloģijas žurnāls* Nr. 7, 05.1996, S.46f. Das Originalzitat: „*ass no centra pa kreisi*“.

<sup>493</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): *The Baltic States after Independence*, Brookfield US 1996, S.70

<sup>494</sup> Obwohl Klingemann, Lass und Mattusch die Minderheitenvertretung ebenfalls erwähnen, weisen sie wenige Seiten später selbst darauf hin, daß die Vorsitzenden der gegen die Unabhängigkeit eingestellten Fraktionen nicht kandidieren dürfen, teils wegen fehlender Staatsbürgerschaft teils ob eines speziellen Gesetzes gegen die politischen Gegner der Unabhängigkeit. Vgl. Klingemann, Hans-Dieter / Lass, Jürgen / Mattusch, Katrin: Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.176f., 181

den lasse.<sup>495</sup> Dennoch bleibt das baltische Bild diffus. In Lettland scheint die Rechte mit Lettlands Weg ununterbrochen an der Macht zu sein. Der Regierungswechsel in Estland 1995 wurde hingegen als Rückkehr der kommunistischen Kader betrachtet, obwohl gleichzeitig betont wurde, daß es in Estland gar keine wirkliche Linke gebe. Diese Rolle übernehmen partiell die Agrarier mit Forderungen nach staatlicher Unterstützung, während die Sozialdemokraten in Lettland als vergleichsweise nationalistische Partei westlichem Verständnis nach als Pseudo-Linke den Sozialisten gegenüberstehen, die sich ihrerseits vorwiegend als Vertreter der Minderheiten dem Wähler präsentieren.

---

<sup>495</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Opladen 2000, S.166

## 6 Woher kommen die Parteien?

Die Frage, was in den baltischen Staaten eine Partei ist, welche Organisationen Gegenstand dieser Untersuchung sind, hat in der Diskussion einer Einordnung nach Herkunft oder dem selbst gewählten Label der Parteien schon einige Hinweise auf zu repräsentierende Interessen und damit auch Cleavages in den baltischen Gesellschaften geliefert.

Der Cleavage-Ansatz zur Erklärung von Parteiensystemen geht zurück auf die in den sechziger Jahren entworfene Theorie von Lipset und Rokkan, nach der die Cleavage-Struktur Westeuropas, wie sie von der Reformation über Demokratisierung bis zur industriellen Revolution entstanden ist, zum Zeitpunkt der Parteienbildung bis spätestens zum Beginn des 20. Jahrhundert sozusagen eingefroren wurde. Diese These galt seit dem Eindringen der Grünen in die westeuropäischen Parteiensysteme als überholt. Nach der Wende in Osteuropa wurde dieser „*wie ein archaisches Relikt*“ wirkende Ansatz, so von Beyme, mit zum Teil heftiger Opposition reaktiviert, um Erklärungen für die „*ahistorischen Voten*“ zu finden,<sup>496</sup> obwohl es nach den sozialistischen Versuchen, eine homogene Gesellschaft zu schaffen, wenigstens Anfang der neunziger Jahre keine tief in der Gesellschaft verwurzelten soziale Konflikte gegeben habe. Umstritten ist nun, ob diese Theorie eventuell nur auf westliche Industriegesellschaften anwendbar ist und in Osteuropa versagt, wie auch die Frage, ob die Entwicklung der ersten Demokratisierungswelle in Osteuropa nach dem ersten Weltkrieg nur unterbrochen war und nun fortgesetzt wird oder nicht.<sup>497</sup>

Duverger bemerkte bereits, daß in einer Gesellschaft die Spaltungen seltener sind als die Überlappungen, das heißt, die Cleavages nicht deckungsgleich sind, sondern Schnittmengen bilden, also die Gesellschaft den Charakter einer cross-cutting-Struktur hat.<sup>498</sup> Während im Westen zuerst Cleavages existierten, aus denen heraus dann eine politische Repräsentation entstanden ist, wie das Beispiel der Grünen noch in den achtziger Jahren zeigt, leidet die Parteienentwicklung in Osteuropa unter dem Dilemma der Gleichzeitigkeit.

---

<sup>496</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteiensysteme und Demokratisierung in Osteuropa; in: Geschichte und Gesellschaft 3/92, S.280f. Der Autor läßt offen, warum er Wahlentscheidungen ohne Parteidiskriminierung, denen sich die behavioristischen Wissenschaftler nur „angeekelt“ zugewendet hätten, als „ahistorisch“ betrachtet. Damit erlaubt er keine Unterscheidung zwischen unerwartet und unlogisch. Daß die bisherigen politikwissenschaftlichen Erklärungen nicht greifen, schließt die Möglichkeit einer Begründung nicht automatisch aus. Merkel dagegen sieht im Cleavage-Ansatz ein Erklärungspotential. Nicht nur soziale Konflikte würden in politische übersetzt. Im Rahmen der defekten Demokratien beschäftigt er sich mit dem ethnischen Aspekt und hält den Kapital-Arbeit-Konflikt für nicht ausgeprägt genug, um als cross-cutting-cleavage ethnische Probleme zu entschärfen. Vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999, S.151f.

<sup>497</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.394

<sup>498</sup> vgl. Duverger, Maurice: Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S.244

Vielfach bemerken die Wähler erst im Laufe der Zeit, daß ihre eigentlichen Interessen nicht bei den politischen Kräften aufgehoben sind, von denen sie es aufgrund der Propaganda oder einem nebulösen Verständnis gleichnamiger Parteien in Westeuropa vermutet hatten. Das ist dann auch der Grund, warum das allgemeine Wahlrecht – oder sprechen wir für Osteuropa lieber von endlich freien Wahlen – keinen Status-Quo an politischem Denken zementieren kann.

Gleichzeitig verändert sich das Interesse der Wähler in einer Transformationsgesellschaft. Schon kurz nach der Wende läßt sich zwischen den Protegierten des alten Systems und seinen Opfern differenzieren, zwischen Neu-reichen und jenen, die sich auf das marktwirtschaftliche System nicht umstellen konnten. Auch vorher gab es soziale Unterschiede, doch waren sie nicht mit der Gefahr des sozialen Abstiegs verbundenen, sondern eher in den hierarchischen Strukturen des diktatorischen Staates begründet.

Hinzu kommen in Estland und Lettland Nationalitätenkonflikte zwischen Staatsbürgern und Migranten aus anderen vormaligen Sowjetrepubliken, von denen bei den 1991 veranstalteten Referenden über die Unabhängigkeit viele für das Ansinnen gestimmt hatten. In Lettland, wo die Frage der Staatsbürgerschaft bis zu den ersten Wahlen 1993 noch nicht endgültig geklärt war, wurde diese Frage prompt zum wichtigsten Wahlkampfthema und damit zum Abgrenzungskriterium zwischen den Parteien, deren Programme in wirtschaftlichen Fragen mit Ausnahme der Sozialisten eher geringe Unterschiede aufwiesen. Da das Thema auch nach sieben Jahren Unabhängigkeit nicht als gelöst betrachtet werden kann – man denke an die Anwesenheit der OSZE-Missionen in den genannten Staaten bis Ende 2001 – hat dieses Kriterium an Bedeutung nur bedingt eingebüßt. Ein Umstand, der den Cleavage-Ansatz durchaus rechtfertigt.

Diese Aspekte können allerdings nicht den Anspruch erheben, Cleavages zu sein. Es wird im Anschluß untersucht, inwiefern sich Entsprechungen im Parteiensystem finden.

## **6.1 Cleavage-Modelle**

Die Zahl der Modelle von Cleavages in Osteuropa ist so zahlreich wie die Versuche einer Klassifizierung der dortigen Parteiensandschaft. Der erste und einfachste Cleavage ist der Zentrum-Peripherie-Konflikt in der Sowjetunion, welcher sich angesichts des Konfliktes zwischen den baltischen Sowjetrepubliken und der Moskauer Zentrale spätestens ab 1987 deutlich abzeichnet. Zu Beginn der Unabhängigkeit 1991 gibt es dann sicher zwei weitere Cleavages: national versus kosmopolitisch sowie Marktwirtschaft versus ökonomischer

Populismus.<sup>499</sup> Dieser grobe erste Überblick zeigt, daß bei der Erörterung der diversen Modelle unbedingt ein wesentlicher Unterschied zwischen den baltischen Staaten und dem Rest Osteuropas zu beachten ist: das Baltikum war vor 1991 nicht unabhängig und weist daher eklatante Differenzen zur restlichen post-sozialistischen Welt auf. Dementsprechend entwickelte sich das Parteiensystem mit Bewegungen für und gegen mehr Freiheiten der Republiken.

Ein besonders einfaches Modell des Parteienswettbewerbs nach ökonomischen, ethnischen und historischen Aspekten bieten Evans und Whitefield an, es eignet sich darum als Einführung:

- Eine sozio-ökonomische Basis für den Parteienswettbewerb schaffe ein links-rechts-Spektrum.
- Ethnische Konflikte führen zu liberal-autoritären Systemen.
- Bei Abwesenheit beider Grundlagen würden Parteien nach einem Konsens-Modus konkurrieren und um Wähler mit common sense Zielen werben.<sup>500</sup>

Über diesen Ansatz läßt sich zwar kaum streiten, doch bleibt er zu allgemein und gibt wenig Hilfestellung zum Verständnis osteuropäischer Parteiensysteme. Daß von Beyme sich über den gemäßigteren Parteienpluralismus in den weniger entwickelten Staaten<sup>501</sup> der Region wundert, überrascht vor diesem Hintergrund, da die weniger entwickelten Gesellschaften gerade auch weniger Cleavages haben.

Ein differenzierteres Modell liefert Meyer als Kenner sozialistischer Gesellschaften, es verfügt über zwei Ebenen:

- links – rechts
- städtisch – ländlich
- christlich – atheistisch
- etatistisch – antistaatlich
- nationalistisch – proeuropäisch-internationalistisch
- Establishment – Populisten<sup>502</sup>

Diese Cleavages werden noch einmal in zwei Kategorien zusammengefaßt: die erste faßt sozio-ökonomische Aspekte zusammen:

- schnelle – langsame Reformen
- Stadt – Land

---

<sup>499</sup> vgl. Pettai: Vello: The Baltic States; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S.124

<sup>500</sup> vgl. Evans, Geofrey / Whitefield, Stephen: Identifying the bases of party competition in Eastern Europe; in: British journal of political science 23/94, S.539ff.

<sup>501</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.313

<sup>502</sup> vgl. Meyer, Gerd: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10/1993, S.9

- Markt – Staat
- Transformationsverlierer – -gewinner
- Kapital – Arbeit  
und die zweite umfaßt politische Ordnungsfragen
- nationalistisch – internationalistisch
- nationalistisch – pro Minderheiten
- autoritärer – libertärer Politikstil
- Verfassungsfrage: welchem Organ gebührt welche Macht
- unabhängige Medien – Regierungsmedien
- radikale – gemäßigte Entkommunisierung.<sup>503</sup>

Ein Modell, das sehr ins Detail geht. Merkel versucht es einfacher: Parteien in postautoritären Gesellschaften entstehen durch den Konflikt autoritäres Regime versus demokratische Opposition, gesellschaftlichen Cleavages und drittens das Wahlsystem.<sup>504</sup> Segert und Stöss vertreten hingegen die These, „daß sich die wesentlichen Konflikte aus dem (ökonomischen) Transformations- und dem (politischen) Transitionsprozeß herleiten“. Dies bezeichnen die Autoren als Modernisierungskonflikt, den Streit um Richtung und Geschwindigkeit von Demokratisierung der Politik und Liberalisierung der Wirtschaft. Die daraus resultierenden Konfliktlinien seien (Post)-Kommunisten versus Altkommunisten sowie Traditionalismus versus Verwestlichung. Dabei wird angenommen, daß diese zweite Konfliktlinie besonders tief verwurzelt ist, also die Zerrissenheit zwischen Besinnung auf die eigene Identität versus westlicher Zivilisation.<sup>505</sup> Dabei läßt sich diese Bipolarität wohl im Baltikum ansatzweise finden, gerade hier gibt es viele Traditionalisten, die sich auf eine – freilich mit Ausnahme Litauens – eigentlich gar nicht vorhandene eigene Geschichte und das Besondere ihrer Kultur besinnen möchten. Trotzdem ist der Einfluß der westlichen Zivilisation durch jahrhundertelange Herrschaft von Deutschen und Skandinaviern in Estland und Lettland ebenfalls tief verwurzelt, während die Besinnung auf das Eigene stark aus dem Protest gegen die fünf Jahrzehnte dauernde sowjetische Unterdrückung mit Massendeportationen bis Ende der vierziger Jahre herröhrt.

Alle diese Versuche, die in Osteuropa vorhandenen Cleavages zu benennen sind in ihrer Einfachheit oder Komplexität nicht falsch. Die baltischen Staaten unterscheiden sich aber von den anderen Staaten Osteuropa; hier sind zunächst drei Konfliktgegensätze zu konstatieren, die im Rahmen der Unabhängigkeit und danach entstanden sind. Und der zeitliche Aspekt ist dabei

<sup>503</sup> vgl. Meyer, Gerd: Parteien, Wählerverhalten und politische Kultur; in: Der Bürger im Staat 3/1997, S.152

<sup>504</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.156

<sup>505</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.398ff.

von ganz besonderer Bedeutung. Die Gesellschaften entwickeln sich ständig weiter und folglich waren nicht alle drei Grundcleavages sofort vorhanden:

- Nomenklatur contra Dissidenz, ein aus den Zeiten der Sowjetunion stammendes Phänomen.
- Nationalistisch contra kosmopolitisch, ein aus der Zeit des nationalen Erwachens stammendes Phänomen.
- Arm contra reich oder vielleicht besser Verlierer contra Gewinner des Transformationsprozesses, ein Phänomen der unmittelbar vergangenen Jahre.

## 6.2 Cleavages

Nun wird im Einzelnen auf die Cleavages eingegangen, wobei der Versuch unternommen wird, sie in der Reihenfolge ihrer Entstehung zu behandeln. Dabei wird freilich auch berücksichtigt, ob sich die Cleavages durch die Entwicklung der Staaten und Gesellschaften überholt haben.

### 6.2.1 Unitarismus versus Unabhängigkeit

„Sozialismus“ war schon lange vor der Wende als Wort in ganz Osteuropa ein unpopuläres. Einmal befreit vom Zwang, dem Kommunismus huldigen zu müssen, änderte sich neben der Einstellung auch die Rhetorik: „Alle Akteure äußerten nach 1989 einen dezidierten Antikommunismus, selbst bei den noch aktiven Mitgliedern der ehemaligen Staatsparteien war eine solche Orientierung überwiegend“<sup>506</sup> Die einzige Ausnahme davon – und damit bildete das Baltikum seinerseits in Osteuropa eine Ausnahme – bildete die Interfront, die allerdings nicht in erster Linie **kommunistisch** war, sondern vor allem **unionistisch**. Damit ging es laut Novagrockienė um die politischen Einstellung zu Vergangenheit und Zukunft des Landes,<sup>507</sup> und weniger um wirtschaftliche Fragen.

Nicht von ungefähr war das Fehlen einer effektiven Interfront in Litauen, wo es keine starke nationale Minderheit gab und folglich der unionistische Nährboden fehlte, mit ein Erfolgsgrund für den Reformkommunismus.<sup>508</sup> Aber das war nicht der einzige Grund. Die Kommunisten wurden hier 1990 durch die Nationalradikalen von der Macht verdrängt, wo in Estland und

---

<sup>506</sup> vgl. Segert, Dieter: Welche Vergangenheit wirkt nach 1989 auf die Parteienentwicklung in Osteuropa ein?; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.6

<sup>507</sup> vgl. Novagrockienė, Jūratė: Evolution of the party system in Lithuania since 1990; in: Krupavičius, Algimantas (Hrsg.): Lithuania's Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.243

<sup>508</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.105f.

Lettland breite Koalitionen standen. Die Kommunisten und vor allem ihre Galionsfigur Brazauskas, dem das Amt des Parlamentspräsidenten streitig gemacht worden war, trugen somit in den Augen der Bevölkerung keine direkte Verantwortung für die schwierige wirtschaftliche Lage.<sup>509</sup>

### **6.2.2 Titularnation versus Minderheiten**

Rajevska und Jurciņa stellen 1990 nüchtern fest, die Führung der Sowjetunion habe in den vergangenen Jahrzehnten bei der Planung nicht die soziale und professionelle Struktur der Bevölkerung berücksichtigt, sondern Fabriken dort errichtet, wo Arbeitskräfte fehlten, was zu einer verstärkten Migration just in die baltischen Republiken führte.<sup>510</sup> Diese Politik wird gemeinhin als Russifizierung<sup>511</sup> bezeichnet, wie sie in vielen Republiken, autonomen Regionen und Gebieten der Sowjetunion gang und gäbe war.

Die Minderheitenfrage im Baltikum könnte beinahe mit dem deutschen Sprichwort charakterisiert werden, nach dem „nichts so heiß gegessen wird wie man es kocht“. Die – vor allem westliche – Literatur steht vorwiegend vor einem ideologischen Problem. Gibt es in einem Land eine Minderheit, so wird unter Federführung von Organisationen wie des Europarats oder der OSZE peinlichst genau darauf geachtet, daß alle Rechte exakt gewährt und alle internationalen Normen eingehalten werden – und das obwohl es in den baltischen Staaten weder dem Front National noch der Fortschrittspartei oder

---

<sup>509</sup> vgl. Lieven, Anatol: *The Baltic revolution*, New Haven und London 1994, S.255

<sup>510</sup> vgl. Rajevska, Feliciana / Jurciņa, A.: *Nacionāla politika*, Riga 1990, S.29

<sup>511</sup> In der Literatur findet sich die Behauptung, der Begriff Russifizierung sei umstritten, weil nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden könne, daß die Ansiedlung von ethnischen Russen in nicht russischen Gebieten mit der Intention erfolgte, die ethnische Zusammensetzung dieser Gebiete zu verändern. Vgl. Arons, Steven: *Die Pubertät der lettischen Politik*. Saeima-Abgeordnete im Gespräch; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS 01.2000, S.80. In Lettland und Estland sind gegen den Willen der dortigen Bevölkerung viele Menschen – vorwiegend Russen – im Rahmen der forcierten Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg aus anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion zugewandert. Vgl. Eesti Konjunkturiinstituut, *Baltic Facts*, Tallinn 1992, S.9; Estnisches Außenministerium: *Estonia Today*, 09.1999; Statistisches Zentralamt der Republik Lettland & IKD: *Lettland, Statistische Kennzahlen 1999*, Riga 1999, S.5; <http://www.lrs.lt>. Mavriks Vulfs sons dazu: „*A period of intensive Russification began in Latvia. It was clear that Moscow was trying to turn Riga into a fortress of its own influence.*“ vgl. *Nationality Latvian? No, Jewish. Cards on the table*, Riga 1998, S.52. Eine Russifizierung fand statt und findet ihre Fortsetzung in der Russischen Föderation noch immer. Trotz der propagierten Völkerfreundschaft ist es für viele Völker nicht möglich, in ihrer Heimat in der Muttersprache zu studieren. Linz und Stepan berichten, die russischsprachige Bevölkerung habe sich eher mit der Sowjetrepublik identifiziert, in der sie lebten, als mit der Union als solcher. Vgl. Linz, Jean J. / Stepan, Alfred: *Problems of democratic transition and consolidation*, Baltimore London 1996, S.410ff. Daran bestehen berechtigte Zweifel, schon weil im selben Band auf die eher schwachen Kenntnisse der örtlichen Sprache hingewiesen wird, S.413. Die Autoren irren sich sogar, wenn sie behaupten, nur Nachfahren der Bürger von 1940 sei die Bürgerschaft zuerkannt worden, S.415. Eine weitere Einbürgerungsmöglichkeit gab es für die Teilnahme beim Referendum über die Unabhängigkeit. Zur Diskussion sollte einzig die Unterscheidung zwischen Integration und Assimilierung der nicht lettischen / estnischen Bevölkerungsgruppen gestellt werden, S.432. Diese Begriffe sind ebenso umstritten wie die zugrunde liegende Politik.

anderen westeuropäischen Nationalisten und xenophobischen Parteien vergleichbare Kräfte gibt oder auch nur ausländerfeindliche Übergriffe.

Dabei gibt es freilich keinen ernst zu nehmenden Autoren, der die Existenz eines bis heute aktuellen Minderheitenkonfliktes wenigstens in Estland und Lettland leugnen würde, obwohl viele Vertreter der Minderheiten bei den Anfang der neunziger Jahre durchgeführten Referenden über die Unabhängigkeit, an denen ja alle Einwohner teilnehmen konnten, mit ja gestimmt hatten. Nur so konnte es zu hohen Zustimmungsraten von 73,7% in Lettland, 77,8% in Estland und im ethnisch homogeneren Litauen sogar 90,5% kommen.<sup>512</sup> Die Russen in Lettland und Estland leben zwar geographisch verteilt, bilden aber verschiedentlich örtliche, numerische Mehrheiten.<sup>513</sup> Die Letten machen in ihrer Hauptstadt Riga nur ein Drittel der Bevölkerung aus. Städte des estnischen Kreises Ida-Virumaa wie Narva oder Sillamäe in Estland haben einen Russen-Anteil von 96%, andere große Orte wie Jõhvi und Kohtla-Järve haben immerhin noch ca. 80%.

Da der Überblick über die Verteilung der Minoritäten im Baltikum fehlt, sind falsche Schlußfolgerungen wenig überraschend. Bei Juchler taucht bezeichnenderweise in der Fußnote die Fehleinschätzung über den Erfolg der Kommunisten im Baltikum auf, wo er für Estland Sicheres Heim mit 17% als Kaderpartei den 4% der Kommunisten zurechnet und in Lettland bei nur 1% feststellt, daß die meisten Russen vom Wahlrecht ausgeschlossen waren.<sup>514</sup> Tatsächlich ist Gleichberechtigung als Partei der sowjetifizierten Russen lettischer Herkunft mit 6% eingezogen, während in Estland die Minderheiten 1992 noch ziemlich komplett vom Wahlrecht ausgeschlossen war, weil es im Gegenteil zu Lettland erheblich weniger „alteingesessene“ Russen gibt.

Das Problem kann selbst nach fast zehn Jahren Unabhängigkeit nicht als gelöst betrachtet werden, zu stark ist die Zahl der Minderheiten aus den früheren Sowjetrepubliken. Nicht umsonst war die OSZE in Estland und Lettland bis Ende 2001 mit ihre Missionen vor Ort. Noch 1998 wurde in Lettland zusammen mit den Wahlen ein Referendum gegen die erleichterte Einbürgerung durchgeführt, für das die damals immerhin gemeinsam in einer Koalition regierenden Parteien unterschiedliche Empfehlungen abgaben. Die Gegner einer langsameren Einbürgerung der ethnischen Minderheiten siegten mit knappen 52,54% gegen 44,89%. Allerdings war die Frage auf dem Abstimmungszettel obskur formuliert und konnte von uninformierten Bürgern auch

<sup>512</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.105

<sup>513</sup> An dieser Stelle muß auf Fehler bezüglich der Konzentration der Minderheiten in der Literatur hingewiesen werden. Vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.181

<sup>514</sup> vgl. Juchler, Jakob: Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 - Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994, S.129

falsch verstanden werden. Gegenstand der Abstimmung war ein Gesetz zur Änderung der geltenden Gesetzgebung, das der die verschärften Bestimmungen ablehnende Bürger befürworten mußte und umgekehrt.<sup>515</sup>

Nationalismus oder kulturelle Traditionen und Identität müssen nach wie vor als wesentliches Instrument angesehen werden, mit dem eine Mobilisierung der Bevölkerung möglich ist.<sup>516</sup> Das ist wiederum kein Wunder, denn das Sowjetregime hatte kulturelle Kreativität zur Differenzierung der Identität nicht zugelassen, so blieb nichts anderes als Nationalismus zur Formung der eigenen Identität, meint Ostrovska, was sie nicht negativ verstehen will. Nationalismus sei an sich nicht antidemokatisch, Demokratie verlange hingegen ein starkes Identitätsgefühl, welches vor allem in Zeiten dramatischer sozialer, politischer und kultureller Veränderungen just die Zugehörigkeit zu einer Nation vermitteln könne.<sup>517</sup>

In einem solchen **polarisierten Pluralismus** könnten sich, so fürchtet Segert, aus politischer Gegnerschaft dauerhafte Feindbilder entwickeln, die den Weg zum Kompromiß erschweren.<sup>518</sup> Der Theorie von Lipset und Rokkan folgend mußte die Gefahr bis dahin als groß gelten, daß der ethnische Konflikt sich in das Parteiensystem **einbrennt**. Merkel zur Folge wäre es paradox, wenn ein derart konsolidiertes Parteiensystem die Konsolidierung der Demokratie in den baltischen Staaten mitunter behindern könnte.<sup>519</sup> Ein Gedanke, welcher im Rahmen der Transformationstheorie erneut aufgenommen wird.

Bedauerlicherweise schwanken die Analysen nicht zwischen einer Bewertung der Minderheitenproblematik als real drängendes Potential oder beherrschbarer Interessengegensatz, nein, sie entscheiden sich meist für eine Variante. Andererseits gibt es gutgemeinte Kommentare, die gelegentlich dazu neigen, Beschwichtigungen auszusprechen. Kerner und Graf behaupteten 1998, nach dem Machtwort von Andris Šķēle 1996 sei das Nationalitätenproblem kein Thema mehr gewesen.<sup>520</sup> Zwar ist der Beobachtung zuzustim-

<sup>515</sup> Die Frage lautete: Vai jūs esat par 1998. gada 22. jūnija likuma „Grozījumi Pilsomības Likumā“ atcelšanu? [Sind Sie für die Aufhebung des Gesetzes „Veränderungen des Staatsbürgerschafsgesetzes“ vom 22.6.1998?] Weil man nicht für oder gegen das Gesetz, sondern dessen Aufhebung stimmen mußte, gab es in der Bevölkerung eine große Konfusion, die noch durch die lettische Grammatik verstärkt wird, wo nämlich die Aufhebung am Ende des Satzes steht.

<sup>516</sup> vgl. Staniszki, Jadwiga: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa; in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, S.326

<sup>517</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: Nationalism and democracy: The choice without choice; in: Latvijas Universitātes Filozofijas un Socioloģijas institūts, Riga 2000, S.155, 159

<sup>518</sup> vgl. Segert, Dieter: Geschichte des Spätsozialismus als Schlüssel zum Verständnis „postkommunistischer“ Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.14

<sup>519</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999, S.153

<sup>520</sup> vgl. Graf, Heike / Kerner, Manfred: Die baltischen Staaten als Problem der sozialwissenschaftlichen Forschung in den neunziger Jahren; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.15

men, daß trotz sprachlicher und nationaler Unterschiede kein grundsätzliches Problem beim Zusammenleben besteht. Wie wichtig dieser Aspekt trotzdem noch war, zeigt das Referendum in Lettland von 1998.

Smith-Sivertsen, Beichelt sowie Klingemann, Mattusch und Lass gehören zu jenen, die das Entstehen eines ethnischen Konflikts prognostizieren.<sup>521</sup> Die Nationalitätenpolitik der baltischen Staaten wird von westlichen Wissenschaftlern schon allein deshalb verurteilt, weil sie ein restriktives Vorgehen gegen schon im Land lebende Minderheiten grundsätzlich für unmoralisch halten.<sup>522</sup> Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien befürwortete solche Einstellungen noch, die den Fakten im Baltikum jedoch nicht gerecht werden. Zwar handelt es sich hier um bereits im Lande lebende Minderheiten, keineswegs jedoch um dort aus lange zurückliegenden historischen Gründen lebende Bevölkerungsgruppen oder eine historische Durchmischung von Kulturen und Religionen, auch wenn insbesondere Lettland schon vor der Okkupation durch die Sowjetunion kein ethnisch homogener Staat war. Vielmehr gab es aus historischen Gründen – Fremdherrschaft durch Deutsche, Skandinavier und Russen – eine Minderheit mit allerdings deutlich geringerem Bevölkerungsanteil. Weil Lettland schon vor der sowjetischen Besetzung ein multi-kulturelles Land war – Daugavpils<sup>523</sup> hatte noch zur Jahrhundertwende anstatt der heutigen knapp 20% Letten nur derer vier – bekamen viele Nicht-Letten die Bürgerrechte mit Beginn der neuerlichen Unabhängigkeit. Bedauerlicherweise betrachtete Beichelt schon in seinem vorangegangenen Artikel das Minderheitenproblem in Lettland aus einem ideologischen Blickwinkel, demzufolge es „*eventuell*“ dafür verantwortlich sei, daß es in Lettland fast doppelt so viele Parteien gibt wie in Litauen. Es fehle jedoch an vergleichenden Untersuchungen, weshalb man andere Faktoren nicht ausschließen könne.<sup>524</sup> Beichelt entgeht, daß eine Doppelung des Parteienspektrums entlang einer ethnischen Achse gerade durch teilweise Ausgrenzung vom Bürgerrecht ausgeschlossen ist.

Doch sogar unter Letten wird die Meinung vertreten, ob der Geschichte müsse die Zukunft Lettlands als ein Völkergemisch gesehen werden.<sup>525</sup> Folg-

---

<sup>521</sup> vgl. Klingemann, Hans-Dieter / Lass, Jürgen / Mattusch, Katrin: Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.184

<sup>522</sup> „*The peaceful revolution in Eastern Europe began under the flag of civil ‘society’ (...) however, the result of the system’s change in many cases was a new ‘uncivil society’, consisting of nationalism and ethnic strife.*“ vgl. Beyme, Klaus von: Transition to democracy in Eastern Europe, London 1996, S.130f. Oder Beichelts Behauptung von der „*demokratietheoretisch bedenklichen Ausgrenzung der russischen Minderheit – die hier keineswegs gerechtfertigt werden soll (T.B.)*“. Vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Dissertation, Manuscript, S.180

<sup>523</sup> Diese Stadt im Osten Lettlands gehörte zeitweilig zu Polen und war ein Zentrum des Judentums.

<sup>524</sup> vgl. Beichelt, Timm: Die Wirkung von Wahlsystemen in Mittel- und Osteuropa, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1998, S.617

<sup>525</sup> vgl. Rajevska, Feliciana / Jurciņa, A.: Nacionālā politika, Riga 1990, S.37

lich hat Smith-Sivertsen eher recht, einen Cleavage zwischen nationalistischen und kompromißbereiten Letten zu erkennen,<sup>526</sup> denn dieser nationaltisch-multinationale Cleavage ist nicht einfach ein Konflikt zwischen Nationalitäten. Um so verwunderlicher ist die Erwähnung der Partei der Volksharmonie als russische Interessenvertretung gegenüber der Erkenntnis, daß eine Aggregation der rund 20% Wähleranteil nationaler Minderheiten eine Russenpartei möglich machen würde, die aber mangels Motivation nicht zu stande kommt.<sup>527</sup> Die Schwierigkeiten bei der Einschätzung diese komplexen Frage bestätigen sich in den Widersprüchen der die baltische Nationalitätenpolitik verurteilenden Literatur. So sehen Smith-Sivertsen und Beichelt gleichermaßen einen Konflikt. Während aber ersterer Russen vertretende Parteien sieht, behauptet der andere, die Russen hätten keine Vertretung im Parlament.<sup>528</sup>

Wie der spätere erste Ministerpräsident und langjährige Außenminister, Birkavs, sicher richtig beurteilt, kann davon ausgegangen werden, daß viele Nicht-Letten, die bei dem Referendum für die Unabhängigkeit stimmten, niemals damit gerechnet, ja nicht einmal darüber nachgedacht hatten, sich in einem Nationalstaat wiederzufinden, was nicht nur den Verlust von Privilegien nach sich zog, sondern daß sie wegen der hauptsächlichen Beschäftigung in der Industrie, die sofort nach der Unabhängigkeit durch den Zusammenbruch der Sowjetunion zum erliegen kam, viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren.<sup>529</sup> Auf der anderen Seite wäre die Gründung eines multikulturellen Staates für die Letten unannehmbar gewesen. Die Nationalradikalen hatten von vornherein ein Problem mit internationalem Protest, auf den ihre Linie stieß. Angesichts der Geschichte wäre es absurd gewesen, Deportationen oder andere Maßnahmen des Drucks zu wiederholen. Nach der Unabhängigkeit bestand die Aufgabe darin, wie Birkavs schon Anfang der neunziger Jahre meint, einen Ausgleich zu finden zwischen dem lebenswichtigen Interesse am Überleben der Letten unter Berücksichtigung der Interessen der Vertreter anderer auf dem lettischen Territorium lebenden Völker, die allein ob des Umstandes, daß die Nicht-Letten fast 50% der Bevölkerung ausmachten, eigentlich nicht mehr mit dem Begriff der Minderheit zu charakterisieren

<sup>526</sup> vgl. Smith-Sivertsen: Latvia; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): *The Handbook of political change in Eastern Europe*, Cheltenham 1998, S.93ff.

<sup>527</sup> Daß die Russen keinen monolithischen Block gebildet haben, stellt auch Arter fest. Er unterscheidet zwischen denen, welche die Staatsbürgerschaft beantragt haben, welche diese nicht anstreben, weil sie als Geschäftsleute diesen Status nicht als wichtig erachten und jenen, die am liebsten nach Rußland zurückkehren würden, wenn die wirtschaftlichen Zustände dies zuließen. Vgl. Arter, David: *Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia*, Aldershot Dartmouth 1996, S.227

<sup>528</sup> vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.172, 202. Dabei wird Gleichberechtigung nicht einmal genannt, sondern nur die Partei der Volksharmonie.

<sup>529</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: *Socioloģijas un politoloģijas žurnāls* Nr. 7, 05.1996, S.2f.

waren. Dieser Cleavage war wegweisend für die Formierung des Mehrparteiensystems zur Wahl 1993. Drei Ansätze des Für und Wider wurden jeweils durch Radikale und Softliner vertreten:

- Die nationalradikale Variante, die eine Reduzierung der Fremden im Lande bis zur Realisierung des Verhältnisses 27:25 zugunsten der Letten vor sieht. Das waren die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung und Für Vaterland und Freiheit.
- Der Versuch einer Integration, wie er von der Regierung propagiert wurde. Vertreter dieser Linie war vor allem Lettlands Weg.
- Ein multinationales Staatsgebilde mit zwei offiziellen Sprachen wurde von den russischen Parteien sowie von der auf Ausgleich bedachten Partei der Volksharmonie vertreten.<sup>530</sup>

Die radikale Variante hat sich unter den Letten genauso wenig durchsetzen können wie eine Null-Lösung. Dies habe Stabilität mit sich gebracht, stellen westliche und lettische Wissenschaftler unisono fest. Letztere halten es für paradox, wie die Ausgrenzung der anderen Enthnien von der Wahlbeteiligung eine stärkere Konfrontation bis hin zum Patt und zur Verfassungskrise verhindert habe.<sup>531</sup>

In Estland scheint diese Frage angesichts der Wahlergebnisse und der selbstgewählten Label der Parteien kaum von Bedeutung zu sein. Ganz anders in Lettland. Sozialisten und die Partei der Volksharmonie, die inzwischen in Fraktionsgemeinschaft auftreten, erschweren seit 1993 immer wieder die Regierungsbildung in Lettland, indem sie durch ihre Anwesenheit das Spektrum der Reformkräfte und deren Einfluß verringern. Bis 2001 konnte deshalb befürchtet werden, was Klingemann, Lass und Mattusch vorsichtig formulieren: „*Die Wahlteilnahme neuer Staatsbürger mit einem spezifischen kulturellen Hintergrund und spezifischen Interessen könnte die Zusammensetzung der Parteiensysteme und der neuen Regierungen beeinflussen*“.<sup>532</sup> In Anbetracht des Ergebnisses der Kommunalwahlen 2001 in Riga scheint jedoch die Mehrheit der ethnischen Minderheiten nicht unbedingt **ihre** Parteien zu wählen, wenn auch die Mehrheit der Wähler **ihrer** Parteien nicht der Titularnation angehören. Dabei erfreuen sich die sozialistisch anmutenden Parolen auch unter weniger wohlhabenden Letten zunehmender Beliebtheit. Es geht also statt um Nationalitätenfragen offensichtlich nun um die Einstellung

---

<sup>530</sup> vgl. Valdis Birkavs, Valdis: *Vara un sabiedrība*, Riga 1993, S.3ff.

<sup>531</sup> vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.271; Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: *Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes*; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): *Sabiedrības pārmaiņas Latvijā*, Riga 1998, S.171

<sup>532</sup> vgl. Klingemann, Hans-Dieter / Lass, Jürgen / Mattusch, Katrin: Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum; in: Segert, Dieter: *Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa*, Frankfurt am Main 1994, S.185

zur Reformpolitik, die ihrerseits alles andere als deckungsgleich mit der nationalen Zugehörigkeit ist. Seit Jahren gilt es in Lettland als offensichtlich, daß – ob nun Staatsbürger oder nicht – der russische Teil der Bevölkerung im Wirtschaftsleben eine wichtige Position einnimmt.

### **6.2.3 Zentrum versus Peripherie**

Der Konflikt zwischen Stadt und Land ist in den baltischen Staaten besonders virulent, weil die Landwirtschaft für die Sowjetunion eine große Bedeutung hatte und oftmals Lebensbedingungen und Versorgungslage auf dem Lande besser waren als in der Stadt – ganz im Gegenteil zur Lage in den kapitalistischen Ländern. In diesen Veränderungen der Lebenssituation sieht Segert den wesentlichen Grund für die Erfolglosigkeit der historischen Parteien, zu denen neben Sozialdemokraten die im Baltikum wichtigen Bauernparteien zählen. Mit dem „mächtigen Modernisierungshobel der sozialistischen Revolution“ ist die Gesellschaft tatsächlich stark verändert worden.<sup>533</sup> Von Beyme sieht diesen in Osteuropa traditionell starken Cleavage durch die Urbanisierung des Sozialismus nivelliert, denn Bauern im eigentlichen Sinne gab es auf den kollektivierten Gütern nicht mehr.

Die Schlußfolgerung, die Bedeutung des Agrarsektor setze sich deshalb mit allen seinen Folgen auf das Parteiensystem nicht fort, ist hingegen ein Trugschluß.<sup>534</sup> In Estland und Lettland versteht sich die Titularnation als Volk von Bauern, was aus der jahrhundertelang währenden Unterdrückung durch fremde Oberschichten herrührt. Gleichzeitig haben nach der Unabhängigkeit im wesentlichen die Städter von der Marktwirtschaft profitiert, was einer Umkehrung der sozialen Struktur im Vergleich zur sowjetischen Zeit bedeutet.

Eine Deckungsgleichheit von pro- und anti Unabhängigkeitsfraktionen und Stadt-Land Cleavages dahingehend, daß die Landbevölkerung eher sozialistisch und multinational eingestellt gewesen wäre,<sup>535</sup> läßt sich im Baltikum nicht feststellen, weil auf dem Land mit mehrheitlichem Bevölkerungsanteil der Titularnation die Zustimmung für das alte System trotz wirtschaftlicher Vorteile nicht größer war. Eher trägt die inzwischen eingetretene Verarmung auf dem Lande zum Erfolg von Populisten bei.

---

<sup>533</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.279 und. Segert, Dieter: Geschichte des Spätsozialismus als Schlüssel zum Verständnis „postkommunistischer“ Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.23

<sup>534</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.290f.

<sup>535</sup> vgl. Kasapovic, Mirjana / Nohlen, Dieter: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa; in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996, S.246

Dem scheint Krupavičius zu widersprechen; zu Beginn der Unabhängigkeit hätten Bauern und Arbeiter eher zu den Sozialisten geneigt, während die Intelligenz und Geschäftsleute vorwiegend die nationalistischen und konservativen Strömungen, also Sajūdis und die Christdemokraten unterstützten.<sup>536</sup> Jedoch konnten die gewendeten Kommunisten in Litauen als Vertreter der Nation auftreten, was ihnen in Lettland und Estland verwehrt blieb. Nicht umsonst gibt es gerade in Estland eine Vielzahl von Bauernparteien. In Lettland waren auf dem Lande die verschiedensten Parteien erfolgreich, darunter die Bauernunion, die Einheitspartei und die Siegerist Partei oder die Demokratische Partei *Hausherr*. Gemeinsam ist ihnen ein lettischer und ein staatsinterventionistischer Ansatz.

#### 6.2.4 Marktwirtschaft versus Staatsinterventionismus

Die Erörterung dieses Cleavage ist besonders schwierig, weil er in sozialistischen Zeiten nicht existierte, während gleichzeitig die abenteuerlichsten Vorstellungen von **dem Kapitalismus** in Osteuropa vorherrschen. Daneben ist die Bezeichnung: Als sozio-ökonomisch kann der Cleavage wegen seiner jahrzehntelangen Abwesenheit nur schwer bezeichnet werden, Klassengegensätze und Klassenkampf wiederum waren zu sehr ideologisch belegt.

Nichtsdestotrotz ist dieser Cleavage wichtig, weil die Osteuropäer schmerzhaften Umstellungsprozessen ausgesetzt waren und noch sind. Nach der auf den Barrikaden im Winter 1991 errungenen Unabhängigkeit, als die Russen das Gas abdrehten, mußten die Balten im kalten Winter bei bis zu minus 13 Grad<sup>537</sup> in ihren Wohnungen ausharren, eine nicht nur ökonomische, sondern ebenso politische, soziale und moralischen Krisensituation. Ein politisch wichtiges Paradoxon nennt Juchler deshalb die Ablehnung aller Linken nach der Wende in Osteuropa bei gleichzeitiger Vorliebe für Werte wie Gerechtigkeit und Gleichheit.<sup>538</sup> Weil neben **Partei** auch der Begriff **sozial** diskreditiert war, konnten sich sozialdemokratische Parteien zunächst fast nirgends etablieren, obwohl sie unter den herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Umständen erfolgreicher hätten sein müssen.<sup>539</sup>

Durch die schon beim Zentrum-Peripherie-Konflikt erwähnte „einseitige Modernisierung in der Zeit des Staatssozialismus“ hat das „in Gänze gescheiterte Gesellschaftssystem (...) doch seine Spuren hinterlassen“ in der Gesellschaft, auch wenn das System gescheitert ist. Die Nivellierung zwischen

---

<sup>536</sup> vgl. Krupavičius, Algis: The impact of the general elections and of political differentiation of society; in: Lithuania today, March 1993, S.8ff.

<sup>537</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.267

<sup>538</sup> vgl. Juchler, Jakob: Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 - Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994,S.141

<sup>539</sup> vgl. Jakob Juchler, Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas, S.136; in: Osteuropa 2/94.

Stadt- und Landleben ist als Teil des nicht zugelassenen Markt versus Staat-sinterventionismus-Konfliktes mitverantwortlich für die gegenwärtig geringeren sozio-kulturellen Unterschiede in Osteuropa.<sup>540</sup> Klassische Umverteilungsforderungen hätten sich mangels sozialer Unterschiede somit zunächst gegen keine **Klasse** richten können.

Grofman, Mikkel und Taagepera führen noch einen Grund an, indem sie die Existenz eines sozio-ökonomischen Cleavages leugnen, weil mitunter die Eltern arm sind, deren Kinder ihrerseits zu den Gewinnern des Systemwechsel zählen.<sup>541</sup> Dabei bleibt unklar, warum ein sozio-ökonomischer Cleavage unbedingt bedeuten muß, daß verschiedene Generationen einer Familie im gleichen sozialen Kontext verharren. Gerade in einer sich im Übergang befindenden Gesellschaft ist die Wahrscheinlichkeit anderer Verhältnisse noch größer als sonst. Gibt es diesen Konflikt, handelt es sich natürlich um einen sozio-ökonomischen. Daran ändert auch die Kritik Beichelts und Minkenbergs nichts, die statt Kapitalismus versus Staatsinterventionismus lieber Selbstverwirklichung versus Bedarf nach Führung sehen wollen.<sup>542</sup> Das ist nur eine andere Bezeichnung oder Beschreibung für dasselbe Phänomen.

Es ist einstweilen nach Segerts Ansicht noch unklar, in welchen Zeiträumen eine den Westen kopierende nachholende Modernisierung stattfinden kann. Folglich werden die beobachteten Abweichungen in der politischen Struktur vermutlich noch eine Weile lang zu beobachten sein, prognostiziert er.<sup>543</sup> Dies wird partiell, betrifft aber eher die Abweichungen von westlichen Strukturen als die Abwesenheit eines sozio-ökonomischen Cleavages. Der nämlich ist dank der wirtschaftlichen Reformen im Begriff sich zu etablieren.

Darum muß aus heutiger Sicht die Beobachtung des Mißerfolgs sozialdemokratischer Parteien revidiert werden. Sie galt insbesondere für die ersten freien Wahlen. Später siegten durchaus linken Parteien, so etwa die Nationalkommunisten in Litauen. Andere, nicht ganz so erfolgreiche Parteien wie die Demokratische Partei *Hausherr* oder die Partei der Volksharmonie, meiden nach wie vor das sozialdemokratische Label, obwohl eine Partei dieses Namens seit 1998 im Parlament sitzt. Die Postkommunisten wollten ins linke

<sup>540</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süßmuth (Hrsg): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998, S.98

<sup>541</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.350

<sup>542</sup> vgl. Minkenberg, Michael / Beichelt, Timm: Explaining the radical right in transition: Theories of right-wing radicalism and opportunity structures in post-socialist Europa, Manuscript für das 97. jährliche APSA-Treffen in San Francisco, 2001, S.14

<sup>543</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süßmuth (Hrsg): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998, S.98. Es ist zudem überhaupt der Diskussion wert, inwiefern der Begriff der Moderne ein westliche geprägter ist. Vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.29

Lager wachsen, doch durch die Privatisierung waren die alten Kader und Manager großer Betriebe teils zu Produktionsmittelbesitzern geworden, was eher Populismus gegen den Markoliberalismus hervorrief.<sup>544</sup> Heute muß die Vermutung eher dahingehend formuliert werden, daß sozial als Begriff, nicht aber die Idee als solche diskreditiert war. Wie sehr das soziale Engagement der Regierung als selbstverständlich verstanden wurde, wird später zu erörtern sein.

---

<sup>544</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Opladen 2000, S.69

## 7 Wie verändert sich die Parteienlandschaft?

Mit Hilfe der Identifizierung von Cleavages ist es also möglich, das Entstehen der Parteien in den baltischen Staaten zu erklären. Dabei ist es zunächst einmal unwichtig, welcher Art diese Cleavages sind. Im vorangegangenen Abschnitt wurde schon angedeutet, daß während der Übergangsperiode, der Transformation zur Demokratie unter Berücksichtigung der gleichzeitigen wirtschaftlichen Umstellung – im Dilemma der Gleichzeitigkeit – neue Cleavages entstehen. Daher verwundert es zunächst nicht, wenn die Parteienlandschaft zehn Jahre nach der Unabhängigkeit der baltischen Staaten nicht mehr so aussieht wie zu Beginn.

Fukuyama hatte Anfang der 90 Jahre die optimistische Theorie aufgestellt, durch den weltweiten Durchbruch der liberalen Demokratie sei das Ende der Geschichte erreicht.<sup>545</sup> Dem ersten Augenschein nach zu urteilen, hat die dritte Welle der Demokratisierung<sup>546</sup> tatsächlich alle Weltregionen ergriffen. Doch nicht jede nominelle Demokratie muß tatsächlich eine sein oder anders formuliert, wie demokratisch sind diese (neuen) Demokratien? Die Beantwortung dieser Frage muß natürlich in Betracht ziehen, daß die Definition von Demokratie alles andere als einheitlich ist, und das gilt gleichermaßen für die Staaten, die anerkanntermaßen Demokratien sind.

Die für den baltischen Fall bedeutenden Aspekte dieses Ansatzes liegen in der Frage des **Demos** und des Ausschlusses nationaler Minderheiten vom politischen Entscheidungsprozeß einerseits sowie einem komplexeren zweiten Punkt. Dieser läßt sich umreißen mit Schlagworten wie **Partizipation** und **Zivilgesellschaft**, muß aber als Gegenstand einer tiefen Spaltung in der Politikwissenschaft gelten. Denn es ist umstritten, ob für eine Demokratie die oberflächliche Einhaltung der demokratischen Spielregeln genügt, oder aber

---

<sup>545</sup> vgl. Fukuyama, Francis: *Das Ende der Geschichte*, München 1992. Fukuyama behauptet nicht, es werde nichts mehr auf der Welt passieren und die Zeitungen würden leer sein. Er meint nur, die Staaten gingen von autoritären Regimen zur Demokratie über. Dabei werden jedoch ein paar diskussionswürdige Behauptungen aufgestellt: Die liberale Demokratie komme zumindest theoretisch mit Problemen wie Umwelt, Drogen und Kriminalität zurecht (vgl. S.23). Da entsteht ein Widerspruch zu Fukuyamas Ablehnung linker Demokratiekritik, welche dieser Staatsform eine Vernachlässigung der Gleichheit vorwerfe. Nach Fukuyamas Meinung ist Ungleichheit etwas Normales. Es gebe nun einmal hübschere und häßlichere, begabte und weniger begabte Menschen (vgl. S.385ff.) Damit nimmt er m. E. nicht zur Kenntnis, daß gerade die Normalität der Unterschiede und der verbreitete Wunsch, derselben zu entkommen, das gesellschaftliche Kernproblem ist, welchem die liberale Demokratie nichts entgegenzusetzen hat. Damit bleibt ein Bodensatz von Problemen bestehen, welcher in der Freiheit einfach unvermeidlich ist. Den Kampf dagegen haben sich meist autoritäre Regime auf die Fahnen geschrieben. Aber Fukuyama geht mit seiner von Hegel weiterentwickelten Theorie, es ginge dem Mensch um Anerkennung, zu sehr davon aus, die Menschen wüßten die Freiheit zu schätzen. In Wahrheit sind sie in ihrem Streben nach Harmonie und Sicherheit nur zu gerne bereit, Freiheit gegen Ordnung zu tauschen, solange ihnen diese Ordnung gefällt.

<sup>546</sup> Von Beyme spricht trotzdem in bezug auf Osteuropa von der vierten Welle der Demokratisierung. Vgl. Beyme, Klaus von: *Transition to democracy in Eastern Europe*, London 1996, S.149

ob sie eine demokratische Gesellschaft voraussetzt. Beide Aspekte bedürfen einer genaueren Untersuchung.

Merkel hält es für symptomatisch, daß die Transformationsforschung keine demokratietheoretische Debatte entwickelt habe. In Kulmination der Kritik an diversen Autoren zur Charakterisierung der Demokratie hält Merkel den meisten Kollegen vor, die „*soziale und politische Inklusion*“<sup>547</sup> oder Partizipation unterzubewerten.

Dieses Urteil Merkels überrascht, denn die Diskussion, welche Mindestvoraussetzungen für eine Demokratie gegeben sein müssen, ist durchaus umfangreich. Sie reicht von minimalen Anforderungen wie etwa der fehlende Sehnsucht nach einem anderen System, genannt „*the only game in town*“, bis hin zu umfangreichen Forderungen wie dem zweimaligen Machtwechsel als handfestem Beweis. Merkel selbst kritisiert Przeworski, der als stabil nicht das Legitime ansieht, sondern das Fehlen einer Alternative. Merkel pocht auf die Legitimität des Status Quo, also des herrschenden Systems, da nur in einem legitimen System kein Interesse an anderen Modellen aufkomme.<sup>548</sup> Plasser schließt sich dieser Ansicht an, eine Reduktion einzig auf den Mangel einer Alternative „*läßt die Dynamik des demokratischen Wettbewerbs außer acht*“. Damit meint er die Gefahr, welche von Akteuren ausgeht, welche die demokratische Regeln nicht wertschätzen.<sup>549</sup> Die Schlußfolgerung: „*Eine bloße Alternativenlosigkeit wird daher nicht lange auf das Ausbleiben von Gegenentwürfen bauen können*“, geht insofern von einem Automatismus aus, dessen Existenz durch nichts bewiesen ist. Denn wo sich niemand an der Demokratie beteiligt, muß doch keineswegs obligatorisch eine Kraft auf ihren Sturz hinwirken. Und wenn es an Unterstützung ebenso fehlt wie an Gegnern, was soll dann passieren? So meint auch Nørgaard, die Unterstützung für die Demokratie erfolge eher aus dem Mangel an einer Alternative: es gibt zwar keine Begeisterung für die Demokratie, aber genauso wenig eine ernst zu nehmende Bewegung, die deren Existenz in Frage stellte.<sup>550</sup> Folglich ist Klingemann zuzustimmen, daß die Unzufriedenheit mit der Performanz der Demokratie nicht automatisch eine Gefährdung der Demokratie bedeutet: „*Die Bürger, die mit der gegenwärtigen Performanz der Demokratie unzu-*

---

<sup>547</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften; in: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26/95 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1996, S.44

<sup>548</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften; in: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26/95 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1996, S.53

<sup>549</sup> vgl. Plasser, Fritz / Ulram, Peter / Waldrauch, H.: Politischer Kulturwandel in Ostmitteleuropa, Opladen 1997, S.50f.

<sup>550</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S. 106, 117

frieden sind, bilden nicht notwendigerweise ein Reservoir für antidemokratische Bestrebungen – auch nicht in den neuen Demokratien“.<sup>551</sup>

Segert schließt sich dem Minimalstandpunkt insofern an, als er allein das Faktum mehrerer demokratischer Wahlen als Beweis dafür akzeptiert, daß die Parteien funktioniert haben.<sup>552</sup> Bezogen auf das Baltikum schließen sich dieser Ansicht sowohl Maier für Estland als auch Tauber für Litauen an; das Parteiensystem habe sich bewährt und die Elite beachte die demokratischen Spielregeln.<sup>553</sup> Freimanis und Semanis schreiben: „*regular elections, partisan competition, associational recognition and access, accountable representation, parliamentary sovereignty, access to several sources of information, the opportunities to offer rival policies and candidates, basic liberal rights and so forth are becoming the excepted rule of political life in Latvia.*“<sup>554</sup>

Auch das Kriterium Machtwechsel, sei es der einmalige oder zweimalige, ist als solches schwierig, denn was ist als ein solcher Machtwechsel zu betrachten, wo mehr oder weniger alle mit allen koalieren? Beichelt behauptet, es wäre zu einer Alternation in der Regierung gekommen mit Ausnahme Estlands, wo alle Parteien Regierungserfahrung haben.<sup>555</sup> Das trifft nur bedingt zu, da die Zentrumspartei in den zehn Jahren nach der Unabhängigkeit nur wenige Monate Regierungserfahrung hat und erst 2002 wieder an einer Koalition beteiligt ist. In Lettland ist die wichtigste Regierungspartei, Lettlands Weg, seit 1993 ununterbrochen an der Macht.

Im Umbruchprozeß muß sich der Staat im seinem Verständnis von der „*Verkörperung repressiver Herrschaft*“ zum „*Garant rechtsstaatlicher Prinzipien*“ wandeln. Dies verlangt von den Akteuren ein tiefgreifendes Verständnis der Offenheit demokratischer Verfahren. Merkel führt ein Zitat der deutschen Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley an, die sich darüber beklagte, daß der Kampf für Gerechtigkeit mit dem Rechtsstaat endete. „*Ein substantielles Mißverständnis gegenüber der primär auf Verfahren gegründeten rechtsstaatlichen Demokratie.*“<sup>556</sup> Und das gilt nicht nur in der früheren DDR. Es geschieht für viele Bürger also das Unerwartete und Ungewollte: „*Gegen die*

<sup>551</sup> vgl. Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre; in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gerd / Welzel, Christian: Demokriemessung, Wiesbaden 2000, S.266, 280

<sup>552</sup> vgl. Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.78

<sup>553</sup> vgl. Maier, Konrad: Estland: Tiger im Baltikum?; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/98, 4.9.1998, S.26, Tauber, Joachim: Der schwere Weg nach Westen: Litauen 1990-1998; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/98, 4.9.1998, S.43

<sup>554</sup> vgl. Freimanis, Aigars / Semanis, Einars: The transition of the political regime in Latvia; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.65

<sup>555</sup> vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.193

<sup>556</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/98, 30.1.1998,S.10

*Ziele der Revolution wie Gleichheit, Wohlstand und Gerechtigkeit führen die neuen Demokratien Ungleichheit ein und spalten die Gesellschaft.*<sup>557</sup> Demzufolge ist der Blick der Bevölkerung auf den Wandel ein anderer als im Westen erwartet. Die zusammengebrochene Gesellschaft war zwar stabil, aber ungerecht. Die neue wird vielleicht gerecht, ist aber einstweilen noch instabil. Grund für die Instabilität der Demokratie ist das krasse Mißtrauen, welches die Bürger ihren staatlichen Organen entgegenbringen. Eine schwere Hypothek, wenn Demokratie nicht nur oberflächlich existieren, sondern tatsächlich verwirklicht werden soll. Lettische Wissenschaftler fragen darum, wie lange ein solches politisches System überleben kann, ohne die Werte der Demokratie zu schädigen, wenn sie auch einstweilen die Entscheidungsprozesse und damit die Stabilität des Staates als nicht gefährdet betrachten.<sup>558</sup>

Merkel entwirft das Bild der Zivilgesellschaft als Konfliktgesellschaft,<sup>559</sup> ein Modell, in dem es wesentlich auf die Kompromißfähigkeit der Eliten ankommt, ob sich eine junge Demokratie etablieren kann. Das bezieht sich zunächst auf Verfahrenskompromisse, ob die demokratischen Spielregeln von allen akzeptiert werden. Besser noch gebe es zudem Programmkompromisse, eine Einigkeit über die wesentlichen Reformen. Kommt es dazu nicht, bestehe die Gefahr eines Rückfalls in ein autoritäres System. Merkel analysiert Staaten, in denen die Demokratie zwar offiziell gesiegt, sich aber nur unzureichend durchgesetzt hat. Was in der Literatur schon als illiberale Demokratie aufgetaucht ist, nennen Merkel und Croissant „*defekte Demokratien*“,<sup>560</sup> welche die „*Grauzone*“ zwischen Demokratie und Diktatur erfassen soll.<sup>561</sup> Zehn Jahre nach Fukuyamas Publikation gewiß eine interessante Möglichkeit, wie mit Abweichungen von der normativen Variante – die auch nach Merkel nicht als makelloser Idealfall mißzuverstehen ist – umgegangen werden kann.

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, warum sich die Parteien-systeme weiterhin ändern, ist schnell erkennbar, daß die Staaten Osteuropas generell eine hohe Volatilität aufweisen. 10-20% geben immer der gleichen Partei die Stimme, 30-40% entscheiden sich spontan.<sup>562</sup> Rund zehn Jahre

<sup>557</sup> vgl. Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa, Gütersloh 1995, S.47

<sup>558</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, Riga 1998, S.143ff., 171

<sup>559</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/98, 30. Januar 1998, S.12

<sup>560</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien; Manuskript erschienen in: PVS 1/2000

<sup>561</sup> vgl. Aurel Croissant / Peter Thiery: Von defekten und anderen Demokratien; in: Weltrends Nr. 29, Winter 2000/2001, S.10f.

<sup>562</sup> vgl. Meyer, Gerd: Parteien, Wählerverhalten und politische Kultur; in: Der Bürger im Staat 3/1997, S.157

nach dem Wechsel von der Diktatur zur Demokratie mit etwa drei freien Wahlen in jedem Land ist es noch fast keiner Regierung gelungen, eine Wahl zu gewinnen.<sup>563</sup> Gewählt wurde immer die bisherige Opposition oder eine neue Partei. Hier soll zwischen einem äußeren und einem inneren Aspekt bei diesem Phänomen unterschieden werden.

Der **innere Aspekt** betrifft die Elite selbst. Die Bevölkerung stimmt eher nach Personen als nach Programmen ab, was in einem späteren Kapitel im Detail behandelt wird. Folglich genießt diejenige Bewegung oder Partei eine größere Popularität, zu der eine populäre Persönlichkeit stößt. Gleichzeitig bringt es Popularität, sich von einer unpopulären Organisation oder Partei, faktischen Bindungen und als korrupt oder dumm erkannten Politikern zu trennen.

Dasselbe Phänomen aus der entgegengesetzten Richtung betrachtet entspricht dem **äußeren Aspekt**. Die Bevölkerung oder der Wähler stimmt für eine Person und folglich für die von ihr gegründete Partei oder ein Politiker gründet die Partei, nach der die Wählerschaft verlangt.

Da die Parteien aus der Gesellschaft kommen – sei dies nun die Masse des Volkes oder die Elite – könnte ein Blick auf die Transformationstheorien zu begreifen helfen, warum im Laufe dieser zehn Jahre unablässig Veränderungen vonstatten gehen. Dabei handelt es sich einerseits um zunächst nach einer Konsolidierung aussehende Vereinigungen von Parteien ähnlicher Ausrichtung. Gleichzeitig gibt es aber auch Spaltungen und eine große Zahl von Neugründungen.

Um die Zeitdimension wieder aufzunehmen: Eingangs war erklärt worden, daß seit 1988 de facto ein Mehrparteiensystem bestand, welches durch die mögliche Teilnahme an Wahlen 1989 zum Kongreß der Volksdeputierten und 1990 zu den Obersten Sowjets bestätigt wurde. Das Parteiensystem blieb vom Datum der international anerkannten Unabhängigkeit vergleichsweise unbeeinflußt, wandelte sich aber im Rahmen von Parlamentswahlen – jeweils sowohl im Vorfeld als Vorbereitung auf den Urnengang als auch im Anschluß sozusagen als Ergebnis des (Wahl-)ergebnisses.

Was hatte sich jeweils verändert oder welche Veränderungen wurden behindert? In der Literatur werden immer wieder die inneren Problemen erwähnt, mit denen viele Staaten Osteuropas bei der Konsolidierung der Demokratie kämpfen. Oft untersucht und erwähnt sind ethnische Probleme in stark gemischtethnischen Staaten. Ein zweites anerkanntes Problem ist die Partizipation. Nachdem der Weg in die Unabhängigkeit die Menschen stark

---

<sup>563</sup> Im Sommer 2002 gewannen die Sozialdemokraten zum zweiten Mal hintereinander die Parlamentswahlen in Tschechien. Angesichts der knappen Mehrheit – die Koalition hat nur exakt die absolute – und wegen des Wechsels an der Spitze von Partei und Regierung, sieht dieser Sieg nur bedingt wie der Sieg einer amtierenden Regierung aus.

politisiert hatte, folgte eine Phase der Enttäuschungen und des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben.

## 7.1 Ausschluß ethnischer Minderheiten vom Demos

Lettland wird von Merkel wegen der fehlenden automatischen Gewährung der Bürgerrechte für die Minderheiten als defekte Demokratie bezeichnet, obwohl die verfassungsmäßige Ordnung weitgehend von allen – eingeschlossen der Ausgeschlossenen – akzeptiert wird. Es ist schon angesichts der Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums klar, daß ein großer Teil auch der Minderheiten sich einen Vorteil von der Unabhängigkeit versprach – ganz entgegen der Agitation der Interfront.<sup>564</sup> Es ist eine andere Frage, ob sich viele Russen vielleicht nicht vorstellen konnten, plötzlich in einem tendenziell fremden Nationalstaat zu leben.

Die rigide Politik der Staatsbürgerschaft in Estland und Lettland hatte natürlich zunächst eine ausschließende Wirkung, was nur die eine Seite der Nationalitätenpolitik beschreibt, denn sie entwickelte ebenso eine nicht zu unterschätzende homogenisierende Wirkung auf die politisch aktiven Elemente der Gesellschaft.

In Estland konnte 1992 überhaupt keine russische Partei ins Parlament kommen, während 1995 die 5%-Hürde durch eine heterogene Koalition nur knapp überschritten wurde. Somit wurde zum fragilen Beginn der Unabhängigkeit eine extreme Konfrontation aus dem Parlament heraus gehalten.

Anders sah es in Lettland aus, wo vor allem im Osten des Landes eine Minderheit von Nicht-Letten lebt, die Dank ihrer Vorfahren von Anfang an im Besitz der Staatsbürgerschaft war. Menschen unterschiedlichster Nationalität hatten hier schon immer gelebt, waren jedoch mehr als die baltischen Titularnationen einer Tendenz zur Russifizierung ausgesetzt.<sup>565</sup> Mit der politischen Bewegung Gleichberechtigung, den späteren Sozialisten und der Partei der Volksharmonie hat diese Bevölkerungsgruppe mindestens zwei Vertretungen im Parlament, die ab 1998 unter dem Namen **Für Menschenrechte in einem integrierten Lettland** eine Fraktionsgemeinschaft bilden.<sup>566</sup> Obwohl beide Listen seit 1993 im Parlament sitzen, weisen die lettischen Wissenschaftler auf das Paradoxon hin, daß die Ausgrenzung anderer Ethnien neben den Letten eine stärkere Konfrontation bis hin zum Patt und zur Ver-

---

<sup>564</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.200

<sup>565</sup> Zigeuner zu 90,1%, Polen 61,7%, Juden 45,4%, Russen 39,1% Weißrussen 20,1% und Ukrainer 6,3%.  
Vgl. Dreifelds, Juris: Latvia in transition, Cambridge 1996, S.86

<sup>566</sup> vgl. Pettai, Vello / Kreuzer, Marcus: Party Politics in the Baltic States: Social Bases and Institutional Context; in: East European Politics and Societies, Volume 13, No.1, Winter 1999, S.168

fassungskrise verhindert habe.<sup>567</sup> Darum war die anfängliche Ausgrenzung von der politischen Partizipation vermutlich der politischen Stabilität im Lande dienlich. Inzwischen haben sich die erhofften Vorteile für viele Vertreter der Minderheiten eingestellt. Mit zunehmendem Wunsch nach Einbürgerung drückt sich die Loyalität aus.

Merkel zweifelt mit seiner Beurteilung Lettlands diesen Konsens faktisch an. Seiner Ansicht nach besteht die Gefahr, daß in multi-ethnischen Staaten kein Konsens zustande komme und demokratische Institutionen ethnische Konflikte verschärfen könnten. Das baltische Beispiel gilt insofern als paradox, weil demokratische Verfahren den Konflikt nach Merkels Ansicht verschärfen, wenn die Mobilisierung über ethnische Aspekte verläuft. Für solchen Staaten fordert er besondere Konfliktlösungsmuster in der Verfassung.<sup>568</sup> „*Auch hier müssen die baltischen Staaten mit der Diskriminierung der russischen ‚Bürger‘ (...) als ein demokratieabträgliches und vernunftwidriges Beispiel für die ethnisch-nationale Definition von citizenship gelten.*“<sup>569</sup> Unter den baltischen Wissenschaftlern pflichtet nur Pabriks bei, der lettische Staat gefährde seine Existenz mit einer Politik, die darauf abzielt, die nicht lettischen Bevölkerungssteile von einer Integration auszuschließen.<sup>570</sup> Merkel übersieht, daß die Gefahr, welche der Titularnation durch die Migration drohte, den Reformprozeß erst ausgelöst hat und damit natürlich auch sein Inhalt ist, was die Notwendigkeit einer auf Dauer ausgleichenden Politik keineswegs in Abrede stellt.

Doch Merkel überbewertet offensichtlich die Situation grundsätzlich, wenn er den Ausschluß eines Teils der Bevölkerung „*von politischen, ökonomischen und sozialen Rechten*“ als gefährlich bezeichnet.<sup>571</sup> Dieser dreifache Eingriff in das alltägliche Leben der Bevölkerung wäre tatsächlich eklatant, allerdings beruht die Bewertung auf falschen Informationen, denn weder in Estland noch in Lettland findet ein Ausschluß der Minderheiten oder Nicht-Staatsbürger von sozialen und ökonomischen Rechten statt. Oben war schon erwähnt worden, wie aktiv gerade die Russen im wirtschaftlichen Leben Lettlands sind.

Merkel spricht außerdem noch vom Ausschluß vom Staatsvolk durch nicht legitim und legal gesetzte Kriterien, sondern aufgrund willkürlicher Ent-

---

<sup>567</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, Riga 1998, S.171

<sup>568</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.380f.

<sup>569</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.384

<sup>570</sup> vgl. Pabriks, Artis: Komunitārisma un individuālisma vērtību ietekme uz politiskās nācijas veidošanos Latvijā; in: Pilsoniskā apziņa, Riga 1998, S.107f.

<sup>571</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.433

scheidungen der politischen Elite.<sup>572</sup> Auch dies ist im Baltikum nicht der Fall, weil der Ausschluß der sowjetischen Migranten keinesfalls willkürlich, sondern aufgrund nachvollziehbarer Kriterien und auf legalem Wege erfolgte, der trotz langjährigen Monitorings durch die OSZE von allen internationalen und europäischen Organisationen in seiner gegenwärtigen Form akzeptiert worden ist.

Diese m.E. falschen Einsichten führen zu Folgeirrtümern, wie der Vergleich zwischen der Zentrumspartei in Estland und den Sozialdemokraten in Lettland bei Beichelt zeigt. Beide Parteien könnten nach seiner Ansicht die Interessen von benachteiligten Russen vertreten.<sup>573</sup> Während Savisaar mit seinem relativen Mehr in der Opposition befndlich nach 1999 lediglich nach Gegenpositionen zur regierenden Koalition suchte, sind die Sozialdemokraten unter Bojārs viel zu nationalistisch, um für russische Wähler attraktiv zu sein.

## 7.2 Handlungsspielraum der Elite

In Osteuropa ist das Spannungsfeld zwischen Elite und Masse besonders wichtig, berücksichtigt man das Verhältnis zu sozialistischen Zeiten und die Umstände des Zusammenbruchs der sozialistischen Diktaturen, die von Beyme in drei verschiedene Szenarios einteilt:

1. Erosion der sozialistischen Regierung durch einen mit der Opposition ausgehandelten Wandel.
2. Kollaps durch den Druck einer oppositionellen Massenbewegung.
3. Gelenkter Wandel durch gewendete kommunistische Parteien.<sup>574</sup>

Charakteristisch für die ehemaligen Sowjetrepubliken ist, daß keine dieser Varianten wirklich zutreffend beschreibt, wie die Wende vonstatten ging. Den Anfang bildete der gelenkte Wandel von Glasnost und Perestroika. Es folgten der Moskauer Putsch im August 1991<sup>575</sup> und die Proteste in Moskau, welche die Putschisten zur Aufgabe nötigten. Boris Jelzins Rolle war dabei sicher wichtiger als die Winter-Barrikaden im Baltikum, er nämlich forderte die Armee auf, den Befehl zu verweigern, um nicht gegen die Verfassung der Sowjetunion zu verstößen.<sup>576</sup>

<sup>572</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien; Manuskript erschienen in: PVS 1/2000, S.8

<sup>573</sup> vgl. Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.271

<sup>574</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Parteiensysteme und Demokratisierung in Osteuropa; in: Geschichte und Gesellschaft 3/92, S.278

<sup>575</sup> An dem Putsch war unter anderem der frühere lettische KP-Chef, Boris Pugo, beteiligt. Nach dem Scheitern erschoß sich Pugo. Vgl. Taurēns, Jānis: Latvijas vēstures pamatjautājumi, Riga 1996, S.143

<sup>576</sup> Nach Butenschöns Ausführungen sei der Umsturzversuch im Baltikum der Probelauf für den Augustputsch gewesen, und die Überlegung sei nicht von der Hand zu weisen, daß die Geschichte anders verlaufen wäre, wenn sich Gorbatschow von den Aktionen der Armee in Vilnius distanziert hätte. Der Staats-

Das Verhalten von Elite und Masse während des Systemwechsels bezeichnet Merkel als besonders bedeutend für die Transformation. Er bestreitet andererseits, daß die entstehende Demokratie um so stabiler werde, je mehr die Masse am Umbruch beteiligt ist. Als Beispiele nennt er Polen und Ungarn, wo jeweils anhaltende Massenproteste respektive Elitenkompromisse den Systemwechsel begleiteten. Für die zusammenbrechende Sowjetunion gilt das nur eingeschränkt, weil die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zum einen von der Demokratisierung der Sowjetunion getrennt gesehen werden muß und gleichzeitig dieses Streben also Folge der gescheiterten Opposition gegen die Reformer Ursache derselben Unabhängigkeit ist, die somit für die Reformer eher aus Versehen eintrat. Zur Demokratisierung und schließlich zur Auflösung der Sowjetunion wäre es aber ohne den Massenprotest in den baltischen Staaten vielleicht nicht gekommen. Oder anders formuliert, die Demonstrationen der Balten sind der Ausgangspunkt der Welle von Veränderungen in der Sowjetunion, in deren Folge auch die anderen, unabhängigen Satellitenstaaten mehr Freiheiten erhielten.

Merkel zufolge belegen empirische Beobachtungen weiter, daß die Massen nur zum Ende des alten Regimes und später während der Konsolidierung als Zivilgesellschaft auftauchen.<sup>577</sup> Während also die Massen – wenn auch anfangs nicht ausschlaggebend – doch sicher ein wichtiger Faktor waren, um Druck auf die Elite auszuüben, hatte diese ihrerseits ein besonders großes Handlungsspektrum. Im Systemwechsel schaffen die Akteure erst die Regeln, nach denen sie anschließend selber spielen. Und zu diesen Akteuren gehören unweigerlich in einer modernen Demokratie auch Parteien. Merkel und Puhle kommen zu dem Schluß, daß überall dort, wo die Parteien noch nicht in diese wichtige Rolle geschlüpft sind, es mit der demokratischen Konsolidierung nicht weit her ist.<sup>578</sup> „Erneut bestätigte sich die Erfahrung, daß die Entstehung und Entwicklung moderner Massendemokratien mit der Geschichte politischer Parteien zusammenfällt“.<sup>579</sup> Ostrovska drückt die Möglichkeiten zur Stabilisierung der Demokratie plakativer aus, entweder via Stärkung der Zivilgesellschaft oder durch die Liberalisierung der Wirtschaft, wobei die lettisch-

---

und Parteichef schwieg damals jedoch, während die Welt auf das Ende des Ultimatums in Kuwait blickte und es für die Unterstützung der Balten bei verbalen Protesten blieb. Vgl. Butenschön, Marianna: Die Stabilisierung der Unabhängigkeit; in: Grotzky, Johannes: Freiheit alleine macht nicht satt, München 1996, S.84f.

<sup>577</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999, S.54

<sup>578</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999, S.143

<sup>579</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.380

sche Elite die zweite Variante ausgewählt habe, um die eigene Autorität zu stärken.<sup>580</sup>

Die Medien berichten regelmäßig ausführlich über Korruptionsaffären, welche „*als Indiz dafür gewertet werden*“, daß der Transformationsprozeß (hier mit Fokus auf die Privatisierung) von Vorteilnahme geprägt war.<sup>581</sup> In Lettland, und nicht allein dort, ist Merkels Kriterium der Ignoranz gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung durch einen Teil der Staatsbürger mit vollen Bürgerrechten zu finden. Weil dies in Osteuropa hauptsächlich unter dem Begriff Korruption subsumiert wird, ist eine kurze Auseinandersetzung mit Begriff und Inhalten unabdingbar.

Natürlich sind die Möglichkeiten zur Korruption in Ländern, wo die Zivilgesellschaft noch nicht funktioniert, größer, illegitimes Handeln kann durchaus noch legal sein und Schlupflöcher werden genutzt, denn daß „*Macht korrumpt*“, ist eine Binsenweisheit.<sup>582</sup> Überdies wird – sicher nicht zu Unrecht – „*das Austauschen von Gefälligkeiten (...) häufig als Relikt der Sowjetzeit angesehen*“.<sup>583</sup> Doch oftmals bleibt es bei den Vorwürfen ohne konkrete Beweise bei bloßen Anschuldigungen. Die Einstellung von Bevölkerung und Presse steht in keinem Verhältnis zu den Fakten. 42% der Letten sind der Ansicht, man könne im Lande auf ehrliche Weise nicht reich werden. Daran ist nicht zuletzt die Gesetzgebung Schuld. Die Assoziation der unabhängiger Kriminologen Lettlands (Latvijas Neatkarīgo Kriminologu Asociācija) wirft der Anti-Korruptionsgesetzgebung vor, keine konkrete Definition von Korruption zu liefern. Da ist von rechtswidrigen Handlungen und Interessenkonflikten die Rede, welche nicht näher beschrieben werden.<sup>584</sup> Folglich traut niemand ehrlichen Geschäften. Diese Ideologie aber stigmatisiert alle, die durch Initiative das eigene Auskommen sichern. Reichtum wird mit grundsätzlicher Skepsis entgegengetreten, er wird mit Ungezetzlichkeit und Korruption in Verbindung gebracht. Eine eher marxistisch zu nennende Sicht der Bevölkerung auf die Welt.<sup>585</sup>

---

<sup>580</sup> Nach Ostrovskas Ansicht ist statt einer ökonomischen Restrukturierung eine Superelite entstanden, die den idealen Nährboden für ein hohes Maß an Korruption bildet. Dabei ist es in einem kleinen Land, wo sich die Eliten von früher kennen sicher ohne besondere Anstrengung möglich, Seilschaften zu erhalten. Vgl. Ostrovska, Ilze: The State and its civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.73

<sup>581</sup> vgl. Bechelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Manuskript 2000, S.194, 311

<sup>582</sup> vgl. Daatland, Christer Drangshold: From confusion to clarity. A study of the influential factors behind the Estonian party system, Manuskript, Bergen 1997, S.1; Soosaar, Enn: Eesti asja arutusi, Tallinn 2000, S.85

<sup>583</sup> vgl. Lemke, Jakob: Zwölf Jahre, zwölf Regierungen. Akteure, Ereignisse, Spezifika der litauischen Politik; in: Osteuropa 9/10/2002, S.1243

<sup>584</sup> vgl. Ieskats Latvijas Republikas likumdošanas aktos korupcijas novēršanas jomā, Riga 2000, S.6ff.

<sup>585</sup> vgl. Sedlenieks, Klāvs: Lietderīgā korupcija: Latvijas iedzīvotāju uzskati par korupciju, valstī un tirgū, Rīga 2000, S.12, 9

Wissenschaftler mögen sich dem inhaltlich weniger anschließen, dennoch unterstützen sie mit ihren Ansichten die Volksmeinung und legitimieren sie. Ostrovska ist der Ansicht, daß Politiker in Parteiprogrammen und Reden die Prinzipien der Demokratie auf einem theoretischen Niveau akzeptierten, aber an ihren Handlungen gemessen würden. Und da meinten viele Menschen, das neue Regime sei noch ungerechter als das alte, was sich in den vielen Fällen von Korruption zu bestätigen schien,<sup>586</sup> die fast nie untersucht würden, was Ostrovska unter anderem an der beständigen Erhöhung der Zahl der Beamten mißt.<sup>587</sup> „*Im wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozeß Ostmitteleuropas verstärken sich eher noch die Rolle des Staates und die Erwartungen der Menschen an ihn*“, meint Meyer.<sup>588</sup> Diese inadäquate Haltung sah schon 1993 der spätere Ministerpräsident Lettlands, Birkavs, als eines der größten Probleme seines Landes an. Die Menschen erwarteten von der neuen demokratischen Macht mehr als sie kann,<sup>589</sup> doch das setzt eine leistungsfähige Wirtschaft sowie eine hohe staatliche Abschöpfung und Umverteilung voraus, und osteuropäische Staaten haben nicht die Mittel im Budget, um breite Bevölkerungsschichten zu unterstützen.

Derart unkonkrete Vorwürfe lassen mehr als fraglich erscheinen, was als Korruption und was eher als Lobbyismus zu werten ist, ein Begriff, mit dem die einheimische Wissenschaft Probleme hat. So verunglimpt Lakis nicht nur konkret den erwähnten Klub 21 als Vorläufer der Partei Lettlands Weg, sondern bezeichnet den Lobbyismus als allgemeines Phänomen moderner Industriegesellschaften, gegen das zu kämpfen schwierig sei.<sup>590</sup> Weiter wirft er – die Herkunft der Spitzenpolitiker von Lettlands Weg beschreibend – der Politik dieser Partei vor, konkrete Wirtschaftsgruppierungen zu vertreten.<sup>591</sup> Dem schließt sich als westliche Wissenschaftlerin Mattusch an, die Parteien als Interessenmaximierer bestimmter Klientel bezeichnet.<sup>592</sup> Ostrovska weitet den Vorwurf aus: wirtschaftliche Interessen als gemeinsames Ziel aller Gruppierungen<sup>593</sup> stünden an Stelle ideologischer Auseinandersetzungen.<sup>594</sup> Ein

<sup>586</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: The institutionalization of democratization - a concealed interest group; in: *Humanities and Social Sciences* 1(18)/98, S.27f.

<sup>587</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: Nationalism and democracy: The choice without choice; in: *Latvijas Universitātes Filozofijas un Socioloģijas institūts*, Riga 2000, S.158

<sup>588</sup> vgl. Meyer, Gerd: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10/1993, S.6f.

<sup>589</sup> vgl. Birkavs, Valdis: *Vara un sabiedrība*, Riga 1993, S.11f.

<sup>590</sup> vgl. Lakis, Pēteris: Politiskās elites veidošanās mehanismsi postkomunistiskajā sabiedrībā; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): *Sabiedrības pārmaiņas Latvijā*, Riga 1998, S.194f.

<sup>591</sup> vgl. Lakis, Pēteris: *Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā*, Riga 1997, S.123ff.

<sup>592</sup> vgl. Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): *Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989*, Berlin 1996

<sup>593</sup> In der lettischen Literatur wird der Begriff „grupējumi“ (Gruppierungen) für das verwendet, was im Deutschen eine Seilschaft oder Oligarchen sind. Gerade angesichts der Notwendigkeit, politische Freunde-

Vorwurf, der zunächst absurd klingt, sind doch auch in westlichen Demokratien die Zeiten ideologischer Grabenkämpfe einer moderneren Interessenvertretung gewichen, wie von Beymes oben zitierter Buchtitel von den „professionalisierten Wählerparteien“ beschreibt. Zudem definiert sie den Begriff Gruppierung, Seilschaften oder Oligarchen nicht und grenzt ihn auch nicht vom Lobbyismus ab, dessen Ziel es sei, Dokumente und Argumente vorzubereiten, welche den entsprechenden Regierungsvertretern Hilfestellung geben sollen.<sup>595</sup> Das klingt so, als würde die Lobby einer bestimmten Branche dem für sie zuständigen Minister, dessen persönliche Einstellung zu dieser oder jener Fragestellung im Nebel lassend, dabei helfen müssen, seine Meinung zu formulieren, als gäbe es keine Ministerialverwaltung mit Experten.

Ostrovskas und Lakīs unterscheiden gleichermaßen nicht zwischen Lobbyismus und Korruption, definieren nicht, wo die Grenze der Legitimen und für den Pluralismus notwendigen Interessenvertretung liegt. So sieht einzig Klāsons die Verbindung von Politik und Wirtschaft nicht nur negativ, sondern hält offen sichtbare Kooperation, die dem Wähler Klarheit verschafft, für sinnvoll.<sup>596</sup> Andere lettische Autoren formulieren den Vorwurf denn auch freundlicher und mithin treffender sowie gegen die Parteien allgemein gerichtet; sie sprechen von finanzieller Abhängigkeit, welche die Parteien zu „*eigenartigen, latenten Lobbyismus-Institutionen*“ degradiere.<sup>597</sup> Dessen ungeachtet behaupten Merkel und Puhle wiederum, es gebe in Osteuropa **keinen** Klientelismus.<sup>598</sup>

Die einzige westliche Autorin, die sich intensiv mit der Verstrickung zwischen Wirtschaft und Politik in Lettland beschäftigt, ist Nissinen. Sie wiederholt im wesentlichen nur die Vorwürfe lettischer Wissenschaftler, was den Verdacht aufkommen läßt, daß sie vielen Informationen ungeprüft Glauben schenkt. Nørgaard schließt sich dem Urteil vom korrupten Lettland an, ohne im einschlägigen Kapitel eindeutige Beweise oder aussagekräftige Beispiele zu liefern. Es bleibt beim Hörensagen, denn die simple Feststellung Nørgaards, die Bürokratie werde von Letten bestellt, während große Teile der Wirtschaftselite nicht lettisch sind,<sup>599</sup> kann allein keine Erklärung bieten. Die

---

kreise im Vor-Partei-Stadium oder aber Listenkoalitionen als Guppierung zu bezeichnen, soll für den hier gemeinten Gegenstand der Begriff der Oligarchen und Seilschaften zum besseren Verständnis genutzt werden.

<sup>594</sup> vgl. Ostrovskas, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.46f.

<sup>595</sup> vgl. Ostrovskas, Ilze: Politiskā vara, Riga 1991, S.16

<sup>596</sup> vgl. Klāsons, Gints: Politiskās elites rekrutācijas avoti Latvijā 7. Saeimas laikā, Bakkalaureatsarbeit, Universität Lettlands 2001, S.55

<sup>597</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, Riga 1998, S.168. Das Originalzitat: „*savdabīgu, latentu lobisma institūciju*“.

<sup>598</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999, S.150

<sup>599</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.225

ebenso simple Feststellung Nissinens, ein Vorteil an Informiertheit für **Insider** bedeute einen Vorteil bei der Privatisierung wie etwa im Fall Šķēle als früherem stellvertretenden Landwirtschaftsminister, der in der Lebensmittelindustrie Fuß faßte, ist so trivial wie die Charakterisierung von *Hausherr* als Business-Partei der Klientel mit Ostkontakte. Nichtsdestotrotz kommt auch Nissinen nicht daran vorbei zuzugeben, daß wesentliche Sponsoren von Parteien wie die Parex-Bank das gesamte politische Spektrum fördern. Mit einem Wort, die Vorwürfe bleiben abermals unkonkret bis widersprüchlich. So kommt sie zu dem wenig überraschenden Schluß „*it is difficult to make a distinction between bribery and normal lobbying in Latvia.*“<sup>600</sup>

Diese Beobachtungen und Behauptungen sowie deren recht unterschiedliche Interpretation zusammenfassend werden die Schwierigkeiten auf der Suche nach einer Erklärung deutlich. Vermengt wird in dieser Diskussion generell und in den baltischen Staaten im Besonderen nicht nur, welche und vor allem wessen Interessen zu vertreten legitim ist, sondern auch welche Interessen überhaupt da sind. Denn daß eine Handvoll Unternehmer konkrete Interessen hat, ist so logisch wie deren Artikulation verständlich. Und das findet in den baltischen Republiken statt. Da diese Interessen die Mehrheit der Bevölkerung nicht berühren oder die Bevölkerung wenigstens glaubt, sie berührten sie nicht, sieht die Wissenschaft in der Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft Seilschaften und Oligarchien entstehen. Ostrovska konstruiert für Lettland ein Anti-Modell, in dem statt demokratischer Entwicklung aufgrund der Unterstützung durch eine breite Masse diese das Objekt von Manipulation durch Seilschaften sei.<sup>601</sup> Damit widerspricht sie der eigenen Behauptung, die Massen träten die Verantwortung gerne an die Elite ab.<sup>602</sup> Darin manifestiert sich die Repräsentationsfrage als Problem der lettischen Politikwissenschaft.

In dieser Atmosphäre wird das Parteiensystem sowohl durch informelle Strukturen geschwächt, welche den verfassungsmäßigen Entscheidungsprozeß teilweise überlagern, als auch durch die Reaktion der Öffentlichkeit. Zwei Aspekte, die sich gegenseitig ergänzen. Die fehlende Beteiligung der Bevölkerung setzt dem Machtanspruch der Elite nichts entgegen und überläßt kampflos jenen Kräften – also Gruppierungen, Oligarchen oder Seilschaften, denen sie sowieso kein Vertrauen schenkt ein Vakuum, was die Unzufriedenheit<sup>603</sup> mit der als oberflächlich empfundenen Demokratie noch multipliziert.

---

<sup>600</sup> vgl. Nissinen, Marja: *Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy*, London 1999, S.202ff.

<sup>601</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: *Politiskā vara*, Riga 1991, S.16

<sup>602</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: *The State and its civil society: Priorities in a period of transition*; in: *Humanities and Social Sciences* 4(13)/96 1(14)/97, S.66

<sup>603</sup> Juchler hat in einer Zufriedenheitsstudie dieses Ergebnis relativiert, denn auch im Westen sind viele Menschen der Ansicht, die Politiker kümmerten sich nicht um die Probleme des kleinen Mannes. Vgl. Juchler,

### 7.3 Legitimationsdefizit

Wenn die Wissenschaft den Parteien vorwirft, Interessen zu vertreten, die nicht existieren oder schlimmer noch Partikularinteressen, dann stellt sich die Frage, was mit den Massen geschehen ist, welche die Eliten des alten Regimes zum Umdenken bewegt hatten. Welche Interessen bestehen dort? Wie sind sie zu repräsentieren? Wenn die Hauptakteure Parteien sind, wen repräsentieren sie?

Nachdem die Unabhängigkeit erreicht war, glaubte die Masse, ihre Aufgabe erfüllt zu haben und erwartete, daß sich die nationale Elite künftig um sie kümmern werde. Diese Erwartung wurde von vielen schnell als fataler Irrtum erkannt, wobei die Masse oftmals dennoch hofft, diese Situation möge sich mit der Wahl eines neuen Volkstribunen beim nächsten Urnengang bessern.<sup>604</sup> Damit stellt sich automatisch die Frage, welche Bedeutung die Massen haben; Merkel und Lauth folgend: Welche Bedeutung muß der Zivilgesellschaft für die Demokratie zugebilligt werden? Und welche Form der Zivilgesellschaft erweist sich in welcher Phase als günstig?<sup>605</sup> Denn das Modell der Zivilgesellschaft ist als Maßstab gleichermaßen umstritten. Analytiker, die stabile Elitenbündnisse als Garant für das Funktionieren der Demokratie annehmen, unter ihnen Ágh, hielten die demokratische Einstellung oder das demokratische Verhalten der Bevölkerung eher für die Konsequenz oder das Ergebnis, und nicht für die Ursache oder Voraussetzung einer stabilen Demokratie.<sup>606</sup>

Politik ist in keinem Staat beliebt. Sie wird überall als **schmutziges Geschäft** bezeichnet. Und dennoch, was als politische Kultur bezeichnet wird, unterscheidet sich von Staat zu Staat. In Lettland äußert sich der Mißmut in einer besonders häufigen Verwendung des Wortes **Volk**, womit sich der Sprecher von der Politik oder besser der politischen Elite abgrenzt, die sich um das Volk nicht kümmere, so der Volksmund, welcher deshalb Politiker gerne als **Diebe** bezeichnet, weil sie sowohl ob ihrer Stellung als auch dank der Unordnung der Übergangszeit mehr Möglichkeiten hatten und diese teilweise illegal auszunutzen verstanden, wie Klāsons bestätigt: „*Viele der früheren Vertreter der Nomenklatura sahen in der Periode des Umbruchs die*

Jakob: Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 – Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994, S.14

<sup>604</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: The State and it's civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.69

<sup>605</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/98, 30.1.1998, S.4

<sup>606</sup> vgl. Boulanger, Christian: „Politische Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ in der Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik; in: Berliner Osteuropa Info 13/99, S.14f.; Ágh, Attila: Die neuen politischen Eliten in Mittelosteuropa; in: in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.429

*Möglichkeit reich zu werden – Eigentümer dessen zu werden, was sie bis dahin nur kontrolliert hatten.“ Jedenfalls war es der politischen Elite möglich, während des Privatisierungsprozesses die Gesetzgebung nach ihren Bedürfnissen zu beeinflussen.<sup>607</sup> Juchler unterstützt diese These vollumfänglich: „Während des Umstellungsprozesses entstanden neue spezifische Produktionsverhältnisse. Dabei mischten sich die entstehenden kapitalistischen Verhältnisse mit Elementen des alten Systems, insbesondere den korporatistischen und klientelistischen Geflechten sowie den bürokratisch-staatlichen Zuteilungsmechanismen. Der Kampf um die Neuverteilung der Ressourcen und Spitzenpositionen wurde recht rüde ausgetragen, was in Osteuropa zu entsprechenden Bezeichnungen wie „Filzkapitalismus“, „wilder Kapitalismus“ bis hin zu „Banditenkapitalismus“ führte. Wichtige Folgen dieser neuen Verhältnisse waren die Schwächung der regulativen und sozialen Funktionen des Staates sowie eine zunehmende Ungleichheit, die vor allem in Ländern mit geringen rechtsstaatlichen und „zivilgesellschaftlichen“ Traditionen enorme Ausmasse annahmen“.<sup>608</sup> Und deshalb ist lettischen Sozialwissenschaftlern nur zuzustimmen, wenn sie meinen: „*Most residents perceive such policies as an unwillingness of the elite to understand the ‚ordinary people‘*“, sondern: „*Population regards politicians as more caring for themselves than for the people.*“<sup>609</sup> Bestenfalls wird Politik – ausschließlich im negativen Sinne – als Kampf um Einflußsphären und Macht begriffen, der sie freilich auch ist. Die Bürger fühlen sich von der politischen Elite entfremdet, was sich in grundlegendem Mißtrauen äußert.<sup>610</sup> Und darin sind sich Wissenschaftler und Volksmeinung im Baltikum einig, wie Žeruolis‘ Quintessenz belegt: „*East European parties seem to be more interested in governance than in interest aggregation*“.<sup>611</sup> In diesem **Wir**-Verständnis<sup>612</sup> äußert sich zum einen das sowjetische, kollektivistische Erbe, aber auch die romantische Erinnerung an die Zeiten des nationalen Erwachens, als im Winter 1991 die Menschen auf den Barrikaden in Tallinn, Riga und Vilnius alle nur ein Ziel hatten: die Un-*

<sup>607</sup> vgl. Klāsons, Gints: Politiskās elites rekrutācijas avoti Latvijā 7. Saeimas laikā, Bakkalaureatsarbeit, Universität Lettlands 2001, S.30f., 54. Das Originalzitat: „*Ļoti daudz no bijušajiem nomenklatūras pārstāvjiem pārmaiņu laikā saskatīja iespēju kļūt bagātiem – iespēju kļūt par īpašniekiem tam, ko līdz šim viņi tikai kontroleja.*“

<sup>608</sup> vgl. Juchler, Jakob: Der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess Osteuropas in komparativer Perspektive. Projektbericht für die World Society Foundation, Zürich 2000, S.5f.

<sup>609</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: The formation of New political systems and the question of democratic stability: The Case of Latvia Manuscript, S.3

<sup>610</sup> vgl. Zepa, Brigitā: Līdzdalība kā politiskās nācijas veidošanās nosacījums; in: Pilsoniskā apziņa, Riga 1998, S.234

<sup>611</sup> vgl. Žeruolis, Darius: Change and stability in emerging East European party systems: What the relevance of West European party models, Msc Dissertation, The London School of Economics and Political Science, S.11

<sup>612</sup> „*They versus us*“ schreibt auch Yves Mény: The people, the elites and the populist challenge, Key note adress to the German political science association meeting, Bamberg October 1997, S.9

abhängigkeit. Aus dieser Homogenität leiten viele ein zu ideales Verständnis des gesellschaftlichen Willens her, das wenig real ist, nichtsdestotrotz als solches aber auch von der einheimischen Wissenschaft propagiert wird. Der Geograph und Politiker Šteins will jeden Bürger an der Lösung politischer Probleme beteiligen.<sup>613</sup> Die Idee der repräsentativen Demokratie, die Entscheidungen delegiert, wird da noch eher goutiert als bei Ozoliņš, dessen Definition von Macht eindeutig negativ ausfällt. Es handele sich um die Fähigkeit und Möglichkeit einer Gruppe, anderen ihren Willen aufzuzwingen. Immerhin rechnet Ozoliņš dem Politikbegriff im Gegensatz zur Moral den Zwang zum Kompromiß zu. Nur machten sich dort mehr und mehr Konfrontation und Ungeduld breit, das stünde im Gegensatz zu den Prinzipien der Demokratie.<sup>614</sup> Ašmanis vertritt die Ansicht, Politiker dürften nicht ihre persönlichen Interessen vertreten, sondern müßten eine gesellschaftlichen Schicht repräsentieren, wenn nicht gar gesamtgesellschaftlich agierend das Gemeinwohl fördern.<sup>615</sup> Als Lehrbuchweisheit gewiß zutreffend, entpuppt sich diese Vorstellung in der Realität als normatives Politikverständnis, das eine tiefgreifende Legitimationskrise der Elite zur Folge hat. Und die manifestiert sich an den in den Augen der Bevölkerung unzureichenden Politikergebnissen.

Merkel beklagt, es werde nur diskutiert, welcher Weg die Demokratie kondensieren hilft, nicht aber die Frage, welches Eliten- und Massenverhalten diesen Prozeß begünstigen oder behindern könnte und setzt selbst den Maßstab eines Minimums „*diffuse Unterstützung*“. Nur wenn es einen Ausgleich zwischen der Interessenvertretung und dem Allgemeinwohl gebe, erhalte ein System die nötige Zustimmung der Bevölkerung, seine Legitimität.<sup>616</sup> Und genau dieser ist einstweilen in den baltischen Republiken nicht gegeben, was vermischt mit weiteren aktuellen und tagespolitischen Problemen zu einem gefährlichen „*Polit-Cocktail*“ der jungen Demokratie wird, wie Meyer hinzufügt: „*Vor allem aber lässt sich eine weit verbreitete, zugleich tradierte und neu wachsende politische Apathie sowie ein teils latenter, teils manifester Autoritarismus als Ausdruck der Legitimationsschwierigkeiten des politischen Systems beobachten.*“<sup>617</sup> Merkel sieht die Gefahr sicher zu recht, daß das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen gestört wird, wenn es nicht sogar gar nicht erst entstehen kann.<sup>618</sup> Während das soziale Le-

<sup>613</sup> vgl. Šteins, Valdis: Partiju spektrs Latvijā, Diena 19.3.1992

<sup>614</sup> vgl. Ozoliņš, Pēteris: Politiskā ētika un nevardarbība, Riga 1990, S.3f., 9

<sup>615</sup> vgl. Ašmanis, Miķelis: Personība politikā, Riga 1991, S.11

<sup>616</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.137

<sup>617</sup> vgl. Meyer, Gerd: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10/1993, S.10

<sup>618</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften; in: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26/95 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1996, S.33ff., 44; Merkel, Wolf-

ben in den im Autoritarismus eingeübten Strukturen verharrt,<sup>619</sup> stehen dem Populismus Tür und Tor offen. Offe sieht in diesen Überlegungen eine Herausforderung für die Demokratietheorie: Ergebnisorientiert als institutionelles Mittel zur Förderung des gesellschaftlichen Fortschritts oder verfahrensorientiert. Die Demokratietheorie sehe sich darum plötzlich vor die Frage gestellt, wie ein bloß auf Verfahren gestütztes System die zum Erhalt nötige Validität entfalten soll.<sup>620</sup>

Dabei soll hier freilich nicht behauptet werden, das Politikergebnis in Demokratien stimme in aller Regel mit der Intention der Politik überein, von der Zufriedenheit der Bevölkerung einmal abgesehen. Offes Vorhersage, daß sich bald nach dem Abebben der Erinnerung an das noch schlechtere System Unzufriedenheit einstellen wird, ist keine Hellseherei. Politische Apathie, Passivität, schwindende Beteiligung und Anti-Politik sind, wie vielfach beschrieben, bereits deutlich sichtbar. Offe sieht die einzige Chance darin, die unter Glasnost eingeführten Mechanismen der Selbstbeobachtung zu stärken. Die Gesellschaft könnte ein stetig zunehmendes Verlangen danach haben, politische und ökonomische Vorgänge zu verstehen. Das Gegenszenario ist simplifizierende Mythenbildung<sup>621</sup> – wie es zum Teil in Erinnerung an die Barrikaden der Fall ist, wenn Ostrovska unter Zivilgesellschaft eine Institution in Opposition zum Regime versteht.<sup>622</sup> Wie soll das in einer Demokratie funktionieren? Dieses Verständnis steht ganz im Gegensatz zum westlichen, „*wo es um die innere Freiheit und demokratischen Konflikttausch, um Eigentinitiative und Selbstbestimmung, um Verantwortungsbewußtsein und gesellschaftliche Rationalität geht*“ anstelle der früheren paternalistischen Fürsorge von der Wiege bis zur Bahre, auf niedrigem Niveau aber mit sozialer Sicherheit gepaart mit Bevormundung und Unterdrückung, so Meyer. Da gebe es erhebliche Defizite.<sup>623</sup> Es geht um „*Beobachten und Kontrolle der staatlichen Macht*“ sowie „*die Erzeugung, Aggregation und Artikulation gemeinschaftlicher Interessen*“ woraus sich die Eliten für den staatlichen Apparat rekrutieren. Bei dem „alten“ oder „frühen“ Verständnis von Zivilgesellschaft handelt es sich eher um etwas, das inhaltlich dem Begriff der Zivilcourage näher-

gang: Institutionalisierung der Demokratie in Ostmitteleuropa; in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996, S.95; Segert, Dieter: Wann sind Demokratien gefährdet?“ Weltrends Nr. 29, Winter 2000/2001, S.37; vgl. Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre; in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gerd / Welzel, Christian: Demokratiemessung, Wiesbaden 2000, S.266

<sup>619</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: Defective democracies: Concept and causes, S.5, 10ff.

<sup>620</sup> vgl. Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt am Main 1994, S.82ff.

<sup>621</sup> vgl. Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt am Main 1994, S.90f.

<sup>622</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: The State and it's civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.68

<sup>623</sup> vgl. Meyer, Gerd: Zwischen Haben und Sein. Psychische Aspekte des Transformationsprozesses in post-kommunistischen Gesellschaften; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/97, 24.1.1997, S.18

kommt, denn zunächst ging es unter der Diktatur um die Organisation des Widerstandes gegen autoritäre Strukturen mit einer „*homogenen Ausrichtung an gemeinsamen Werten – Demokratie, Menschenrecht und Rechtsstaat*“. Dies geht über die Notwendigkeit hinaus, demokratische Institutionen zu bilden und die Repräsentation von Partikularinteressen zu übernehmen.<sup>624</sup>

Doch so wenig das Politikergebnis vorhersagbar ist, so wenig ist die Intention eine konkrete. Immerhin gesteht Ašmanis den Politikern zu, der oft zu hörende Vorwurf, ein konkreter Politiker sei nicht fähig, die versprochenen Ziele zu erreichen, sei ungerechtfertigt: „*Politik ist die bewußte Nutzung von Eigenschaften und objektiven Gesetzmäßigkeiten einer Gesellschaft, deshalb sind die Gesellschaft und die Eigenschaften der gesellschaftlichen Prozesse die objektiven Grenzen der Politik.*“<sup>625</sup> Das schließt ein, worauf Offe ebenfalls verweist: die demokratische politische Kultur ist auf eine Akzeptanz des ungewissen Politikergebnisses angewiesen, welche sich im Westen aus dem kapitalistischen Positivsummen-Spiel ergibt. In Osteuropa könne man das aber nicht voraussetzen,<sup>626</sup> oder wenigstens noch nicht. Das Baltikum befindet sich noch in einer Phase, in welcher es vor allem um die Gesetzmäßigkeit dieser Prozesse und die Frage, wie versteckt oder offen sie stattfinden, geht. Trotz bestehenden institutionellen Rahmens sind die Mechanismen noch nicht eingespielt, das Ergebnis der Politikformulierung und des Entscheidungsprozesses bleibt damit einstweilen unberechenbar.

Birkavs beklagte noch vor seinem Amtsantritt als Ministerpräsident, eines der größten Probleme in der Politik sei die fehlende Professionalisierung. Das sagt auch Ágh: „*transitorische politische Eliten weisen augenfällige gemeinsame Merkmale auf: ihren plötzlichen Aufstieg zur Macht und den Mangel an Professionalität.*“<sup>627</sup> Oft fehlten die elementarsten Formen der Selbstkritik. Während die Machtorgane nicht oder noch nicht effektiv funktionieren, verfügen die Spaltenpolitiker über eine große Machtfülle. Diese Autorität in der Transformationsperiode macht die Massenmeinung abhängig von Personen mehr denn von Parteiprogrammen,<sup>628</sup> was separat Gegenstand eines Kapitels sein wird. Entsprechend gehen Menschen mit guten Vorsätzen in die Politik, scheitern jedoch, weil der administrative Unterbau über nicht genug Wissen

<sup>624</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/98, 30.1.1998, S.4, 6, 9

<sup>625</sup> vgl. Ašmanis, Miķelis: Politikas saturs, Riga 1995, S.19ff. Das Originalzitat: „*Politika ir sabiedrības īpašību un objektīvo likumu apzināta izmantošana, tāpēc sabiedrības un sabiedrisko procesu īpašības ir politikas objektīvas robežas.*“

<sup>626</sup> vgl. Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt am Main 1994, S.86ff.

<sup>627</sup> vgl. Ágh, Attila: Die neuen politischen Eliten in Mittelosteuropa; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.431

<sup>628</sup> vgl. Birkavs, Valdis: Vara un sabiedrība, Riga 1993, S.12f.

und Fähigkeiten verfügt.<sup>629</sup> Die baltischen Staaten brauchen darum zunächst mehr Bürokratie im Sinne einer ordentlichen Staatsverwaltung, weil die Behörden derzeit ob ihrer sowjetischen Vergangenheit nicht in der Lage sind, die Funktionen einer modernen Verwaltung zu übernehmen.<sup>630</sup> Der Staat hat zwar mit dem Ende der Diktatur eine Reihe von Funktionen abgegeben, doch durch den Prozeß der Erneuerung auch eine Reihe hinzu gewonnen, weil die Bewältigung des Wandels aufgrund der Schwäche der Verbände volles Engagement verlangt.<sup>631</sup> Für die Frage der Glaubwürdigkeit der Politik in der Bevölkerung sind diese Schwächen von großer Bedeutung, wie Segert korrekt erinnert: Die politische Information geht hauptsächlich über die Medien, kaum über das Institutionengefüge.<sup>632</sup> Und dort ist das Interesse an Objektivität geringer denn an Schlagzeilen.

## **7.4 Passivität der Masse**

Croissants und Thierys Kriterium ist, ob eine Gesellschaft „*eine öffentliche Arena zur Beeinflussung der Repräsentanten und Entscheidungsträger ausbilden kann*“. Damit beziehen sie sich auf eine Elite, welche die demokratischen Regeln nicht akzeptiert und darum eine solche Arena nicht entstehen läßt. „*Wenn der formale Ausschluß vom Demos nicht nach Maßgabe unpersönlich und überparteilich gesetzter Kriterien erfolgt, sondern der willkürlichen Entscheidung politischer Autoritäten unterliegt*“.<sup>633</sup> Und auf den ersten Blick teilen baltische Wissenschaftler wie Palidauskaitė dieses Urteil: „*There is a desire to concentrate authority in government institutions, so it is difficult to expect that citizens would respect such institutions, and be involved in social, political and public life*“.<sup>634</sup> Croissant und Thiery erwähnen zwar die Möglichkeit, eine Öffentlichkeit herzustellen, prüfen aber nicht, ob die Bevölkerung überhaupt eine Öffentlichkeit herstellen will. Während also Palidauskaitė offen läßt, von welcher Seite der Wunsch nach Autorität ausgeht,

---

<sup>629</sup> vgl. Putniņa, Aivita: Strādāsim vai noalgosim Antīnu? Interview www.politika.lv, 11.09.2001

<sup>630</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): *The Baltic States after Independence*, Brookfield US 1996, S.224

<sup>631</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: Nationalism and democracy: The choice without choice; in: Latvijas Universitātes Filozofijas un Socioloģijas institūts, Riga 2000, S.158

<sup>632</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.389

<sup>633</sup> vgl. Croissant, Aurel / Thiery, Peter: Von defekten und anderen Demokratien; in: Weltrends Nr. 29, Winter 2000/2001, S.20ff., 26; auch Croissant, Aurel / Thiery, Peter: Defekte Demokratie. Konzept, Operationalisierung und Messung; in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gerd / Welzel, Christian: Demokratiemessung, Wiesbaden 2000, S.96ff. Diese Annahme findet ihre Parallele in dem schon vorher erörterten angeblichen Ausschluß der Minderheiten vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben.

<sup>634</sup> vgl. Palidauskaitė, Jolanta: *The development of Lithuanian political culture during the re-establishment and strengthening of independence. A summary of doctoral dissertation*. Kaunas 1996, S.12

von der Elite oder der Bevölkerung, figuriert bei Croissant und Thiery die Schuld der Elite zwischen den Zeilen schon als gegeben.

Die Elite ist jedoch im Baltikum mit einer Öffentlichkeit konfrontiert, welche ihre Meinung bestenfalls zu Hause vor dem Fernseher äußert, wie Aare-laid-Tart beschreibt: „*Now we live in conditions of free market economy and democracy, but people cannot yet cope with this change very well, and therefore the elite has to push in around and act within the limits of a restricted democracy.*“<sup>635</sup> Es gibt dafür plausible Gründe. Der Mangel an Beteiligung geht zuvorderst zurück auf des Interesse des Überlebens. „*Because most residents are pre-occupied with issues of simple survival, it is understandable that people have no burning desire to become involved in the activities of non-governmental organizations.*“<sup>636</sup> Von der politischen Frage kommt Ostrovska zu den sozialen Folgen, „*there has been a process of social disintegration, accompanied by gradual loss of legitimacy for the parliamentary democracy, and this, quite possible, may provoke authoritarianism.*“<sup>637</sup> Dem pflichtet Segert bei: „*Die erworbene Abneigung gegen die vorangegangene autoritäre Form der Politik mischt sich in bedenklicher Weise mit Frustration gegenüber den Resultaten einer Demokratisierung, die fast ausschließlich durch die Parteieliten getragen wird.*“<sup>638</sup>

Genau hier liegt die größte Gefahr für die Demokratie, wenn sich die Bürger an ihr nicht beteiligen.<sup>639</sup> Doch die Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung ist gering, wie Zepa konstatiert, und damit die Existenz von Interessengruppen.<sup>640</sup> Aber ohne pluralistische Entscheidungsfindung als Verbindung von Politik und Gesellschaft ereignen sich politische Prozesse – also das erwähnte Positivsummen-Spiel der Handlungen einzelner zur Befriedigung ihrer persönlichen Interessen, die teils im Widerspruch zueinander stehenden – nicht von selbst, so Ašmanis.<sup>641</sup>

Die Parteien sind, ob schwach oder nicht, just deshalb so wichtige Akteure in der Transformation, weil andere Akteure wie politische Interessengruppen

---

<sup>635</sup> vgl. Aarelaid-Tart, Aili: Political generations in Estonia: A historical background to the formation of the contemporary political scene; in: Frentzel-Zagórska, Janina / Wasilewski, Jacek: The second generation of democratic elites in Central and Eastern Europe, Warschau 2000, S.118

<sup>636</sup> vgl. Juchler, Jakob: Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme, Zürich 1992, S.331; Ostrovska, Ilze: The State and its civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.78

<sup>637</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: The State and its civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.78

<sup>638</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süssmuth (Hrsg): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, S.108

<sup>639</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, Baden-Baden 1998, S.303

<sup>640</sup> vgl. Zepa, Brigitā: Līdzdalība kā politiskās nācijas veidošanās nosacījums; in: Pilsoniskā apziņa, Riga 1998, S.233

<sup>641</sup> vgl. Ašmanis, Miķelis: Politikas satura, Riga 1995, S.9

noch schwächer sind oder teilweise gar nicht existieren.<sup>642</sup> Die Entstehung vieler Parteien aus dem Parlament heraus, denen darum die Wurzeln in der Gesellschaft fehlen, wurde bereits erläutert. Die Parteien sind aus demselben Grund überfordert, die fehlenden Aktivitäten des intermediären Bereiches zu kompensieren.<sup>643</sup> Die subjektiven Grenzen der Politik sind ihrerseits von dem Niveau des Verständnisses jedes Einzelnen abhängig, also davon, wie viele engagierte und kompetente Personen eine Gesellschaft für die Elite rekrutieren kann.<sup>644</sup> Das kann sich im Rahmen der Lernfähigkeit einer Gesellschaft mit der Zeit ändern. Einstweilen entspricht die Realität jedoch gewiß nicht dem Ideal. Wenn Klingemann in einer unzufriedenen Bevölkerung nicht unbedingt eine Gefahr für die Demokratie sieht, scheint dies also berechtigt; für seinen Optimismus, dieser Personenkreis sei der Quell für Reformen, fehlt andererseits – so dies als Muß und nicht als Kann verstanden werden will – eine schlüssige Begründung.<sup>645</sup>

Fest steht zwar, daß die Interessen sich während der Transformation verändern, was den Prozeß der Demokratisierung und die Interessenvertretung beflügeln könnte. Doch kommt die gesellschaftliche Ausdifferenzierung über die Unterscheidung zwischen arm und reich hinaus nur schleppend voran. Eine Mittelschicht existiert so gut wie überhaupt nicht. Folglich fällt vielen die Orientierung im politischen Leben schwer: „*Most residents still have problems in understanding their own social interests, in connecting these interest with those of the political system, and in identifying themselves with any specific social groups.*“<sup>646</sup> Arter berichtet von der Konfusion einer älteren Dame angesichts der reinen Vielzahl an Parteien. Sie habe gefragt, warum denn **eine** Partei nicht genüge. Auf die Erwiderung, diese Situation habe man nun ein halbes Jahrhundert gehabt, gab sie nach und forderte derer drei oder vier.<sup>647</sup> Solchen Gedanken erliegen allerdings auch Intellektuelle wie der Este Soosaar. Der Streit zwischen den Parteien fordere zu viel Zeit, die eigentlich der Lösung von Problemen gewidmet werden müßte.<sup>648</sup> Das klingt wie eine Anleihe an das sogenannte „gesunden Volksempfindens“ und mischt sich auf

---

<sup>642</sup> vgl. Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratisierung nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994, S.246f.

<sup>643</sup> vgl. Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999, S.178; Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.160

<sup>644</sup> vgl. Ašmanis, Mikelis: Politikas saturs, Riga 1995, S.19ff.

<sup>645</sup> vgl. Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre; in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gerd / Welzel, Christian: Demokratiemessung, Wiesbaden 2000, S.281, 290

<sup>646</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: The State and its civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.78

<sup>647</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.205, 234

<sup>648</sup> vgl. Soosaar, Enn: Eesti asja arutusi, Tallinn 2000, S.86

fatale Weise mit Vergleichen, stabil seien weltweit nur jene Demokratien, die zwei bis drei große Parteien haben.<sup>649</sup>

Vor diesem Hintergrund ist die Rezeption der Parteien und der Politikangebote zu betrachten. „*Tatsächlich lässt sich die Tendenz beobachten, daß die von den Parteien aufgeworfenen politischen Fragen von den Alltagssorgen der Mehrheit der Bürger abgehoben ist.*“ Die Ursache sei, daß die Bürger und zum Teil auch die Politiker mit dem Inhalt der Themen überfordert sind, demnach also nicht die Wahl der Themen selbst falsch sei.<sup>650</sup> Ob dies nun als Vorwurf gegen die politische Klasse verstanden oder die Ursache eher in einem Mangel an politischer Bildung gesucht wird, ändert nichts am Resultat: die meisten Balten fühlen sich von der Elite ihres Landes entfremdet, was im krassen Kontrast der Zeit des nationalen Erwachens steht, als die Bevölkerung motiviert und politisch aktiv war. In der damaligen Phase der Demokratisierung wurde offensichtlich von der Mehrheit nicht mehr wahrgenommen, daß es auch eine Minderheit gibt, die gegen die Unabhängigkeit ist respektive diese Minderheit wurde nicht als zugehörig betrachtet, was angesichts der Verbindung zur Moskauer Zentrale vielleicht weniger verwundert als die schwache Erinnerung daran, wie schon damals um den rechten Weg zum Ziele gerungen wurde.

„*Die Bereitschaft einer Mehrheit der Bevölkerung war groß, an die Stelle des Zukunftsglaubens (in den Kommunismus) einen anderen (in Marktwirtschaft und Demokratie) zu setzen.*“<sup>651</sup> Viele wußten jedoch nicht, was diese Begriffe eigentlich beinhalten. Darum wurden viele Idole, darunter auch der westliche Kapitalismus, nicht hinterfragt, was auf die Erwartung hinausläuft, die Vorteile des alten Systems ließen sich mit dem Angestrebten verbinden oder seien sogar automatisch ein Teil dessen. „*Osteuropa votierte, vereinfacht gesagt, für die Demokratie, weil es jene als sicheren Weg des Anschlusses an die im Grad an Freiheit und Wohlstand vorauseilenden Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas begriff*“. Denn Wohlstand sei heute wichtiger als der Nationalstaat, meint Segert<sup>652</sup>. Für die baltischen Staaten, denen der Begriff Nation in den letzten Jahren eminent wichtig war, gilt das nur bedingt. Laut Ostrovska herrsche ein Verständnis des Staates als Repräsentation einer Nation vor, deren Existenzberechtigung die ökonomische Konkurrenz ist, und sie faßt plakativ zusammen: „*If the price for sovereignty (understood*

---

<sup>649</sup> vgl. Soosaar, Enn: Eesti asja arutusi, Tallinn 2000, S.86

<sup>650</sup> vgl. Segert, Dieter: Geschichte des Spätsozialismus als Schlüssel zum Verständnis „postkommunistischer“ Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.14

<sup>651</sup> vgl. Segert, Dieter: Aufstieg der (kommunistischen) Nachfolge-Parteien?; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.465

<sup>652</sup> vgl. Segert, Dieter: Wann sind Demokratien gefährdet?“ Weltrends Nr. 29, Winter 2000/2001, S.45

*as a nation state), is democracy – let it be democracy.“<sup>653</sup> Dem pflichtet Nørgaard bei, die Beliebtheit der Demokratie hänge davon ab, ob sie Wohlfahrt und Sicherheit für ihre Bürger bringe: „*Liberty was perceived as national independence rather than liberal democracy. Democracy became identical with Western economic and social welfare.*“<sup>654</sup>*

Jetzt haben die Bürger der neuen Demokratien Schwierigkeiten, sich von den alten Strukturen zu lösen, zu begreifen und sich damit abzufinden, daß die Gesellschaft sich verändert, verschiedene Schichten mit ihren unterschiedlichen Interessen entstehen, deren Lobbying in Demokratien zum politischen Alltag gehört.<sup>655</sup> Das Organisieren von Interessen gilt noch als unfein, oder wie es Putniņa ausdrückt, das Modell der Zivilgesellschaft wird weder verstanden noch akzeptiert.<sup>656</sup> „*Viele Menschen müssen sich erst daran gewöhnen, wie und in welchem Maße Unternehmergevinne ganz legal und legitim vereinnahmt und z.T. im Prestigekonsum wieder zur Schau gestellt werden.*“<sup>657</sup> Mit einem Wort: „*Das Neue verunsicherte zutiefst*“,<sup>658</sup> verbunden mit der entsprechenden Idealisierung des Vergangenen und daraus folgenden Erwartungen.

Die waren geprägt von der Illusion, daß „*everything will be all right when freedom comes (...) many people in society have a paternalistic perception of democracy, believing that ,if the right people are in power’, the situation will improve*“<sup>659</sup>. Marktwirtschaft wird nach wie vor mit automatischem Wohlstand und Demokratie mit der Durchsetzung eines nicht näher definier-ten gemeinen Volkswillens verwechselt. So lange die Bevölkerung unzufrieden ist, wird statt dessen nach immer neuen **Führern** gesucht, die dem eigenen Ideal eher entsprechen und für Ordnung sorgen,<sup>660</sup> was der Suche nach dem Heil in immer neuen Worthülsen entspricht. Dieser treue Glaube stützt sich auf totalitäre Prinzipien.<sup>661</sup> Wenn sich die Vorstellungen trotzdem nicht verwirklichen, entsteht eine ablehnende Einstellung gegenüber jeder Form der Macht und damit der Politik an sich.

---

<sup>653</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: Nationalism and democracy: The choice without choice; in: Latvijas Universitātes Filozofijas un Socioloģijas institūts, Riga 2000, S.156

<sup>654</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.106, 223

<sup>655</sup> vgl. Reetz, Axel: From personality to anti-coalition. Exclusion as a principle of coalition making; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics Nr. 6 (108), Tallinn 2001/2002; Reetz, Axel: Politiku var ignorēt, taču no tās neizbēgt, Diena 27.2.2001

<sup>656</sup> vgl. Putniņa, Aivita: Strādāsim vai noalgosim Antiņu? Interview www.politika.lv, 11.09.2001

<sup>657</sup> vgl. Meyer, Gerd: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10/1993, S.6f.

<sup>658</sup> vgl. Meyer, Gerd: Zwischen Haben und Sein. Psychische Aspekte des Transformationsprozesses in post-kommunistischen Gesellschaften; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/97, 24.1.1997, S.20

<sup>659</sup> vgl. Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: Estraged europeans - sociological investigation of Latvian society; in: Humanities and Social Sciences 1(22)/99, S.26ff.

<sup>660</sup> vgl. Putniņa, Aivita: Strādāsim vai noalgosim Antiņu? Interview www.politika.lv, 11.09.2001

<sup>661</sup> vgl. Valdis Birkavs, Valdis: Vara un sabiedrība, Riga 1993, S.12

Dieses Problem findet sich auch in Sachfragen, anhand derer eine starke Mobilisierung der Bevölkerung zur Polarisierung führen kann, die einschneidende Reformmaßnahmen der Regierung blockiert und die Akteure verunsichert, wie das Beispiel des nicht einmal durchgeführten Referendums zur Frage der Privatisierung des lettischen Strommonopolisten Latvenergo gezeigt hat. Dies wird von der lettischen Verfassung mit ihren plebisitzären Sonderrechten gefördert.<sup>662</sup> Reinap erklärt in einem Interview, warum das Volk sich von einem Staatsunternehmen nicht trennen möchte. Das Volk habe eine zu positive Meinung über die Möglichkeiten des Staates, obwohl die Ansichten über Politiker und Beamte äußerst negativ ausfallen. Trotzdem halten die Menschen dieselben Kader für fähiger, ein Unternehmen zu führen.<sup>663</sup>

Warum die politische Kultur so unrealistisch ist, erklärt Ostrovska: Um ein marxistisch-leninistisches Gesellschaftsmodell umzusetzen, war zunächst eine Entfremdung von individueller und kollektiven Interessen erforderlich. Als Folge der Verstaatlichung und Etatisierung ist ein Typ Masse entstanden, in dem der einzelne Mensch vor der staatlichen Macht, ja vor jedem einzelnen Vorgesetzten, einerseits Angst hat und gleichzeitig eine umfangreiche Versorgung erwartet. Daraus entspringt eine grundlegende Entfremdung von politischer und wirtschaftlicher Macht und somit eine allgemeine politische Passivität. Dieser Effekt hängt nach Ansicht von Ostrovska nicht mit dem von der Propaganda behaupteten kollektiven Bewußtsein zusammen.<sup>664</sup> Neben diesem Erklärungsversuch deutet Putniņa die Zurückhaltung oder Passivität als eine aus sowjetischen Zeiten erlernte Form des Protests.<sup>665</sup>

Freimanis und Semanis äußern sich, die bisher dargelegten gesellschaftlichen Voraussetzungen resümierend, in denen sich die Demokratie entwickeln soll, kritisch bis skeptisch: „*This feature creates wide opportunities for the politicians to manipulate the population and shapes the type of democracy produced. If the majority of the population has a ‚paternalistic‘ political culture and is generally quite passive and permanently engaged in the heavy everyday struggle for survival, political life objectively obtains an elitarian orientation. The political resources are concentrated in the hands of elites. But the population is not oriented towards active participation in political life and is predisposed ,to put a mandate‘ to the hands of leaders and not to*

---

<sup>662</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.166; Uhl, Manfred: Verfassungen in den politischen Systemtransformationen Osteuropas: die postsozialistischen Verfassungen in der Russischen Föderation, Belarus und Lettland, Würzburg 1999, S.254

<sup>663</sup> vgl. Aivar Reinap: Eesti Raudtee ei saa üksi hakkama, Postimees 30.4.2001

<sup>664</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: Politiskā vara, Riga 1991, S.26, 28

<sup>665</sup> vgl. Putniņa, Aivita: Strādāsim vai noalgosim Antīu? Interview [www.politika.lv](http://www.politika.lv), 11.09.2001

*share responsibility.*“<sup>666</sup> Segert schreibt ganz ähnlich: „*Besonders problematisch für die Konsolidierungsprozesse der Demokratie wird die mangelnde Kontrolle der Gesellschaft über ihre politische Repräsentation aber angesichts der sozialen Deprivation großer Teile der Bevölkerung und vor dem Hintergrund des an sozialer Gerechtigkeit und meritokratischen Verteilungsprinzipien ausgerichteten Wertehorizonts der Mehrheit der Bürger*“.<sup>667</sup> Ostrovska pflichtet mit eher pessimistischem Unterton bei, daß in Anbetracht einer langen Tradition staatlicher Dominierung und gesellschaftlicher Fragmentierung die Gesellschaft zu schwach organisiert sei und nicht die Kraft zur Kontrolle des Staates besitze, auch wenn offiziell eine demokratische Fassade besteht.<sup>668</sup>

Die Zurückhaltung, das **Vakuum** in der **öffentlichen Arena** oder wie auch immer man die **Passivität** im öffentlichen Leben oder politische **Apathie** benennen will, läßt sich natürlich ausnutzen, weil im Falle einer prognostizierbaren Reaktion der Masse eine bestimmte Handlung erfolgen kann oder aber nicht, etwa die Gründung der Volkspartei durch Andris Šķēle oder der Neuen Zeit durch Einars Repše. Manipulation resultiert also so gesehen direkt aus der Passivität der Massen, sie liegt im Unverständnis derselben ihre Macht betreffend. „*Die elitäre Kartellierung der Parteienfunktionen droht sich in einem intermediären Vakuum zu verfestigen, in dem der Repräsentationsgedanke der Demokratie zusehends ausgehöhlt wird.*“<sup>669</sup> Merkel beurteilt die Entwicklung also eindeutig negativ. Widmaier, Gawrich und Becker sind trotzdem der Ansicht, die Parteien hätten die Rekrutierungsfunktion bisher gut bewältigt, er wagt sich jedoch nicht an eine Prognose, was geschieht, wenn der Mobilisierungseffekt der Übergangszeit verblaßt und die Revolutionsgeneration abtritt, denn daß sich politisch weitgehend „*Apathie und Lustlosigkeit*“ eingestellt hat, kann auch er nicht leugnen.<sup>670</sup> Wenn aber die Menschen kein Vertrauen in ihre Parteien haben, dann können die Parteien die Funktion des Politikvermittlers nicht übernehmen.<sup>671</sup> Auch hier werde das

---

<sup>666</sup> vgl. Freimanis, Aigars / Semanis, Einars: The transition of the political regime in Latvia; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.70

<sup>667</sup> vgl. Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.81

<sup>668</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: Nationalism and democracy: The choice without choice; in: Latvijas Universitātes Filozofijas un Socioloģijas institūts, Riga 2000, S.159

<sup>669</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999, S.157f. Angesichts dieser Erkenntnis verwundert die Behauptung Vesters, die Stärke der westlichen Demokratien, die just in der Selbstregulierung durch soziale Gruppen liegt, sei von der Forschung merkwürdigerweise nicht aufgegriffen worden. Vgl. Vester, Michael: Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung, Interview; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.18f.

<sup>670</sup> vgl. Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999, S.188f.

<sup>671</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.111

Wechselspiel deutlich, daß die Elite Funktionen nicht übernehmen könne, welche ihr nicht überlassen werden. Für Merkel ist die hohe Volatilität ein Anzeichen für die sich gegenseitig bedingende geringe Parteiidentifikation der Wähler und dafür, daß die Parteien ihrer Repräsentationsfunktion nur ungenügend nachkommen. Nichtsdestotrotz – und das wird vielfach verkannt – bleibt in einer Demokratie zunächst der Wähler der Hauptverantwortliche für die hohe Fluktuation oder Volatilität und damit für die Wandlungen des Parteiensystems. In Osteuropa ist es eben nur schwer möglich, um Stammwähler zu kämpfen und sie trotz ihrer Unsicherheit über die bevorzugte Partei und Abneigung gegenüber der Politik zur Wahl des geringeren Übels aufzufordern. Darum bezeichnet Ostrovska es als Erfolg, wenn die unzufriedene Bevölkerung 1998 Lettlands Weg dennoch wieder mit 17 Mandaten ins Parlament schickte.<sup>672</sup> Insofern trägt die Bevölkerung wenigstens teilweise selbst die Verantwortung. Lagerspetz treffende Bemerkung über die häufig anzutreffende Einstellung: „*Politics doesn't interest me*“ belegt das, egal ob die Ursache dafür in den zahlreichen politischen Skandalen liegt. Das allein ist noch kein Argument für die Unterstützung von Anti-Parteien, denn „*general disillusionment*“<sup>673</sup> kann man ebenso im Westen finden. Unter diesen Umständen ist es für eine regierende Partei unglaublich schwierig, an der Macht zu bleiben. Lieven urteilt ganz richtig: „*you just cannot win in post-Soviet politics*“.<sup>674</sup>

Die Zurückhaltung der Bevölkerung wird von manchen Autoren noch aus einem anderen Blickwinkel gesehen: Birch spekuliert, das Volk könne gerade zu Anfang der neuen Freiheit vom vorher ritualisierten Wahlzwang Abstand nehmen und überhaupt nicht wählen.<sup>675</sup> Diese Vermutung lässt sich glücklicherweise nicht bestätigen; eher war zu Anfang der Demokratisierung besonders in den gerade erst unabhängig gewordenen Staaten die Begeisterung und damit die Wahlbeteiligung außer- und damit ungewöhnlich hoch. Die Situation hat sich in den zehn Jahren seit der Wende jedoch grundlegend geändert, wie Meyer beschreibt. Nach den Protestwellen der Jahre 1989 und 1990 prä-

---

<sup>672</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.2f.

<sup>673</sup> vgl. Lagerspetz, Mikko / Vogt, Henri: Estonia; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): The Handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.55, 59, 64. In Litauen gaben die Nichtwähler Anfang der neunziger Jahre als Grund für ihre Abstinenz zu: 32,6% Enttäuschung an, 17,9% meinten, ihre Stimme ändere nichts, 15,9% waren beschäftigt, 15,3% hatten kein Interesse an Politik und 14% fanden keine Partei, die ihre Interessen vertritt, 9% hielten Wahlen für nicht ausschlaggebend im Leben, 8,9% waren krank, 5,5% erhielten keine Aufforderung, 2,6% verstanden die Politik nicht und 0,4% verstanden das Wahlsystem nicht. Vgl. Gaidys, Vladas: Политическая активность и пассивность в Литве (на примере опросов общественного мнения 1989-1996 годов); in: Pilsoniskā apziņa, Riga 1998, S.201

<sup>674</sup> vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution, New Haven und London 1994, S.294f.

<sup>675</sup> vgl. Birch, Sarah: Election and representation in post-communist Eastern Europe; in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Elections in Central and Eastern Europe, Berlin 2000, S.16

ge eine schweigende, resignierte Mehrheit heute das Bild. Um so überraschender, wenn Lemke eine gewisse Gefahr in der Tradition der Protestkultur auf dem Weg zu demokratischen Konfliktmustern sieht.<sup>676</sup> Diese Protesthaltung auf Grund eines mangelnden Zugehörigkeitsgefühls wenn nicht fehlender Loyalität stammt aus der Umbruchphase in Opposition zum Regime und führt in der Demokratie zur weit verbreiteten Einstellung, die Klasse der Politiker stünde irgendwo außerhalb der Gesellschaft. Mattusch und Lass stellen zwar ebenfalls die berechtigte Frage, wie sehr sich die rituelle Form der Partizipation im Sozialismus durch eine zielorientierte ersetzt hat, und stellen fest, daß die Teilnahme an der Wahl als zentrales Instrument von der Bevölkerung akzeptiert wird.<sup>677</sup> Steen bezeichnet das zweifelhafte Zusammenspiel von tiefem Mißtrauen gegenüber der Elite mit einer hohen Partizipation als Ursache für die hohe Volatilität.<sup>678</sup> Doch während die hohe Partizipation nur Anfang der neunziger Jahre gegeben war und seither die Wahlbeteiligung in den baltischen Staaten drastisch zurückging, hat die Volatilität nicht nachgelassen.

Es bleibt sicher eine der grundsätzlichen Schwächen der Demokratie, daß sie ihre Bürger nicht zwingen kann, demokratisch zu denken und zu handeln. Somit handelt es sich bei der Frage nach einer funktionierenden Zivilgesellschaft, um einen Aspekt, der sich von der Elite keines Landes wirklich beeinflussen läßt; der einzelne Politiker kann die Masse nicht dahingehend manipulieren, wie Ašmanis allerdings nur den Idealfall charakterisiert.<sup>679</sup> Während im Westen Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat in dieser Reihenfolge eingeführt wurden, so Segert, sind in Osteuropa die Erwartungen an den Staat andere und somit just der Sozialstaat zur Konsolidierung von Demokratie und Staatswesen eine wesentliche Voraussetzung.<sup>680</sup> Demzufolge muß eventuell die Frage neu gestellt werden, ob das Modell der Transformationsforschung von Demokratisierung, Transformation und Konsolidierung in dieser Form verifizierbar ist, denn die baltischen Gesellschaften erweisen sich einstweilen noch als zutiefst undemokratisch.

---

<sup>676</sup> vgl. Lemke, Christiane: Nachholende Mobilisierung Demokratisierung und politischer Protest in postkommunistischen Gesellschaften; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/97, 24.1.1997, S.37 und Meyer, Gerd: Zwischen Haben und Sein. Psychische Aspekte des Transformationsprozesses in postkommunistischen Gesellschaften; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/97, 24.1.1997, S.23

<sup>677</sup> vgl. Klingemann, Hans-Dieter / Lass, Jürgen / Mattusch, Katrin: Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.174f.

<sup>678</sup> vgl. Steen, A.: Between past and future: elites, democracy and the state in post-communist countries. A comparison of Estonia, Latvia and Lithuania, Aldershot Ashgate 1997, S.245f.

<sup>679</sup> vgl. Ašmanis, Miķelis: Politikas saturs, Riga 1995, S.9

<sup>680</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.425

## 7.5 Personen statt Programme

Resümierend lässt sich Nørgaard nur zustimmen: „*The political culture is the most difficult to concretize when dealing with emerging democracies.*“<sup>681</sup> Daß nach 50 Jahren Sozialismus die Begriffe Wahrheit oder Ideologie diskreditiert sind und die Menschen unter dem Stichwort Partei zunächst nur die kommunistische verstehen, zwingt die Politiker zur Adaption der Abneigung gegen Parteien und Weltanschauungen. Dieser **Anti-Parteien-Effekt** – dieser Begriff von Beymes wurde anfangs schon eingeführt – führt zu unpolitischen **Anti-Parteien**, was schon mit deren Bezeichnung – Lettlands Weg, Neue Partei, Neue Zeit, Vaterland oder Reformpartei – beginnt und sich in ihrem Selbstverständnis fortsetzt. Zu Beginn stand die Volksfront, die schon dem Namen nach eine Koalition der wichtigsten politischen Kräfte darstellt und ihrem Selbstverständnis nach eine Bewegung ist. Heute fällt es der Bevölkerung und teilweise auch der Elite aufgrund der Orientierungsprobleme schwer, sich von dem Ideal der Bewegung zu trennen, geschweige denn den Entwicklungen des Parteiensystems zu folgen.<sup>682</sup>

Darum sind fast ausschließlich bekannte Führungspersonen identitätsstiftend und genießen erheblich mehr Vertrauen in der Bevölkerung, bekräftigt Semanis: „*This is the only objective option for the voter, if the party system is in embryonic phase of the development*“<sup>683</sup> Und das läßt sich sogar demographisch nachweisen: 60% der Esten bevorzugen, konkreten Personen die eigene Stimme zu geben als konkreten Parteien.<sup>684</sup> Als ausschlaggebend dafür darf man annehmen, daß kaum jemand mit einem Parteinamen oder Programm antreten könnte, welches so überzeugend wäre, daß in einer Gesellschaft, in der ein ideologisches Zugehörigkeitsgefühl mangels Cleavages noch im Entstehen begriffen ist, der Sprung ins Parlament auf Anhieb gelingt.

So werden bis in die Gegenwart populäre Politiker ermutigt, durch die Gründung einer eigenen Partei ihre politischen Feinde zu isolieren und die eigene Spitzenposition zu sichern. Das fördert seinerseits häufigere Spaltungen wegen persönlicher Rivalitäten an Stelle von Zusammenschlüssen ideo-logisch ähnlicher Parteien.<sup>685</sup> Ähnlich gelagert sind die vorwiegend in Lettland anzutreffenden Neugründungen mit unterschiedlichsten Namen, die ob ihrer Gründer gute Aussicht auf Erfolg haben. Beispiele dafür sind Andris Šķēle mit der Volkspartei und der Komponist Raimonds Pauls, dessen Spit-

---

<sup>681</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): *The Baltic States after Independence*, Brookfield US 1996, S.106

<sup>682</sup> vgl. Lagerspetz, Mikko / Vogt, Henri: Estonia; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): *The Handbook of political change in Eastern Europe*, Cheltenham 1998, S.59

<sup>683</sup> vgl. Semanis, Einars: *The transition of the political regime in Latvia, Preelection situation in 1993*, Manuskript, Riga 1993, S.9

<sup>684</sup> vgl. Toomla, Rein: *Eesti erakonnad*, Tallinn 1999, S.256

<sup>685</sup> vgl. Juchler, Jacob: *Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas*; in: *Osteuropa* 2/94, S.127

zenkandidatur für Die Neue Partei 1998 dieses Phänomen am deutlichsten zeigt. Interessant ist, daß Pauls sich als Musiker überhaupt wieder in die Politik begeben hat, nachdem er sich doch zu Beginn der Unabhängigkeit 1993 schon einmal zurückgezogen hatte. Trotz fehlender politischer Aussagen vertraut ihm die Bevölkerung, denn just jene Wähler, die behaupteten, für die Liste gestimmt zu haben, die ihnen am ehesten gefällt, waren zu 25% Pauls' Wähler.<sup>686</sup> 2002 meldete sich der Präsident der lettischen Zentralbank in die Politik zurück. Einars Repše führt aufgrund der Stabilität des Lat seit der Unabhängigkeit – und damit seinem Amtsantritt – die Tabelle der populärsten Politiker an, ohne eigentlich einer zu sein.

Von Beyme führt die Personalisierung der Politik in Osteuropa außerdem darauf zurück, daß kaum einer der Akteure im alten Regime ein „*unbeschriebenes Blatt*“ gewesen sei,<sup>687</sup> was sich angesichts der Belastung durch die kommunistische Vergangenheit für viele Personen eher hätte als Nachteil auswirken können. Die Kontinuität der Elite ist letztlich wenig überraschend, handele es sich um frühere Kommunisten oder Gegner des Regimes. Beide entwickelten sich in der Umbruchphase zu Führern gesellschaftlicher Segmente, die sie nun inmehr oder weniger veränderter Konstellation weiter vertreten. Folglich macht sich die Personalisierung an folgenden drei Punkten fest:

- Personen beschließen über die ideologische Ausrichtung einer Partei und deren Veränderung.
- Personen werden eingeladen, die Gründung einer Partei zu unterstützen.
- Parteien ohne Galionsfigur verschwinden – allem voran historische.

Dabei führt das ideologische Vakuum, welches seinerseits der beschriebenen Orientierungslosigkeit der Wähler und der inhaltlichen Lehen politischer Orientierungen durch die Elite zu verdanken ist, zu einer großen Beliebigkeit im Kombinieren unterschiedlicher Inhalte.<sup>688</sup> Šteins vertritt zwar die Ansicht, es sei während der Bildung von Parteien normal, wenn die Politiker ihre Orientierung suchend das politische Label wechseln, es habe nichts zu bedeuten, wenn ein Politiker vorher einer anderen Partei angehörte,<sup>689</sup> diese liberale Einstellung könnte allerdings auch als Entschuldigung verstanden werden, daß Šteins selbst innert kurzer Zeit eine Kehrtwendung von den Sozialdemokraten hin zu einer eigenen – völlig erfolglosen – konservativen Partei vollzog. Ostrovska beurteilt diese Wendigkeit eindeutig negativ; manche bekannte Politiker hätten es bereits geschafft, seit der Unabhängigkeit in drei bis vier

---

<sup>686</sup> vgl. Zepa, Brigit: Kad vēlēšanu kaislības paguvušas norimt, Diena 20. April 1999

<sup>687</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.281f.

<sup>688</sup> vgl. Juchler, Jacob: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas; in: Osteuropa 2/94, S.137

<sup>689</sup> vgl. Šteins, Valdis: Partiju spektrs Latvijā, Diena 19.3.1992

Parteien gewesen zu sein.<sup>690</sup> Beide Ansichten sind für eine freie Gesellschaft zu radikal. Es kann auf der einen Seite nicht möglich sein, den Parteiwechsel zu verbieten. Andererseits lässt ein wiederholter Wechsel die Beliebigkeit blühen und das Vertrauen schwinden. „*Voter loyalty to party labels hardly could develop any further during the rest of the decade, as long as politicians kept party-hopping and changing the labels*“<sup>691</sup> Nichtsdestotrotz unterstreicht diese Beobachtung nur die Orientierungslosigkeit, welche schon für die Wähler konstatiert wurde, als für die Elite, welche schließlich auch nur ein Teil derselben Gesellschaft ist, ebenso gültig.

Manche der auf diese Weise entstandenen Parteien verdienen diesen Namen vielleicht nicht: sie bestehen aus kaum mehr als einem Vorsitzenden und Stellvertretern, verfügten schon während des Wahlkampfes über kein Büro und haben sich inzwischen völlig aufgelöst. Die Erfolgreicher drängend sich jedoch in den Vordergrund und stellen ganz unabhängig von der Größe ihrer Fraktion Forderungen. Feldmanis hält es in Anbetracht der passiven Haltung der Bevölkerung für unwahrscheinlich, daß den Letten die Lust an der Demokratie vergangen sei. Vielmehr seien es die „*Übertreibungen der Demokratie*“, die dazu führen, daß ein bis zwei Personen über das Schicksal von Regierungen entscheiden, und kleine Parteien einen zu großen Einfluß in der Politik hätten.<sup>692</sup> Dafür findet sich in Lettland jedoch kein Beispiel. Die Demokratische Partei etwa, die sich ohne konkretes Profil wie viele andere auch als zentristisch bezeichnete, strich schon kurz nach der Wahl 1993 das Zentrum aus ihrem Namen, um mehr als nur das Zentrum anzusprechen, wie es hieß. Den Eintritt in die Regierung erreichte sie dennoch nicht.

Solche taktischen Winkelzüge gehören häufig zum Alltag der Politiker, und zur Not widerspricht man sich auch einmal selber. Noch im Wahlprogramm von 1993 äußerten beispielsweise die Strategen der Lettischen Nationalen Unabhängigkeitsbewegung, eine Rücksichtnahme auf den Umweltschutz sei bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht möglich. Dieselben Politiker kandidierten aber in einer Wahlkoalition mit den – wenn auch in Lettland ausgesprochen wertkonservativen – Grünen. Selbst wenn in deren Reihen keine postmaterialistischen Gesellschaftsvorstellungen vertreten werden wie in Westeuropa, gehört doch der Umweltschutz zu den zentralen Anliegen.<sup>693</sup>

---

<sup>690</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: The State and its civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.70

<sup>691</sup> vgl. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission or fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.349

<sup>692</sup> vgl. Goethe-Institut Riga: Rigaer Gespräche, Kāpēc trīsdesmitos gados demokrātija cieta neveiksmi gan Vācijā, gan Latvijā?, Riga S.28f. Das Originalzitat: „*demokrātijas pārspīlējumi*“.

<sup>693</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.265

Broks, Ozoliņš, Ozolzīle, Tabuns und Tīsenkopfs sehen darum große Schwierigkeiten für den Wähler, die Parteien und ihre Tätigkeit zu verfolgen, da es noch keine Zivilgesellschaft gibt und die Parteien einstweilen unstrukturiert und eher auf den Kampf um Wähler als politische Inhalte fixiert sind.<sup>694</sup> Unzufriedenheit über den zu langsamem und entbehrungsreichen Wandel von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Diktatur zur Demokratie können jederzeit von heute auf morgen einen neuen Stern aufgehen lassen, während die alten genauso schnell in der Versenkung verschwinden. Die beiden Gewinner der lettischen Wahl von 1995, Joachim Siegerist (als nicht wählbarer Exponent der von ihm finanzierten gleichnamigen Partei) und die Demokratische Partei *Hausherr*, bekamen drei Jahre später nur rund ein Prozent der Stimmen. Von einer Parteidemokratie kann also keine Rede sein. Momentan und wohl auch in der näheren Zukunft kann und darf jeder – vermeintliche – Sympatheträger noch glauben, durch die Gründung einer neuen eigenen Partei an Macht zu gewinnen. Parteien und Fraktionen bestimmen darum ihren Standort völlig frei und scheuen nicht vor drastischen Änderungen zurück. Das schließt die Chancen für Quereinsteiger, darin ist Widmaier, Gawrich und Becker zuzustimmen, ganz klar ein, wie das Beispiel Šķēle in Lettland belegt.<sup>695</sup>

Wo Persönlichkeit derart wichtig ist, braucht es nicht zu verwundern, wenn sich die Politiker „*im Gegeneinander leichter verbinden als im Miteinander*“,<sup>696</sup> wie Ettmayer feststellt. „*Abspaltungen und Neugründungen – liegen so nicht selten weniger programmatische Unterschiede als persönliche Animositäten zugrunde.*“<sup>697</sup> Abspaltungen verlaufen oft nicht entlang der Konfliktlinien, sondern entlang persönlicher Bekanntschaften, Netzwerke oder Elitegruppen. Wie schon in den vorangegangenen Kapiteln festgestellt, sind diese Strukturen die Konfliktlinien in einer noch nicht ausdifferenzierten Gesellschaft. Der Grund dafür liegt sicher nicht nur in persönlichen Meinungsverschiedenheiten. Vielmehr geht es um Distanz. Unpopularität stellt die Ursache der Parteienbildung und der Parteidoppelung dar. Es tobe ein Kurrenzkampf vor allem auch innerhalb der politischen Lager um die Vorherrschaft,<sup>698</sup> so Crome. Kerner hält diese Urteile zwar für übertrieben, zitiert

<sup>694</sup> vgl. Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, Riga 1998, S.154

<sup>695</sup> vgl. Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999, S.188f.

<sup>696</sup> vgl. Ettmayer, Wendelin: Estland. Der Aufbruch nach Europa, Berlin 1999, S.110

<sup>697</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süßmuth (Hrsg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998, S.93

<sup>698</sup> vgl. Crome, Erhard: Politische Stabilität im Osten Europas und ihre ethnisch-nationellen Gefährdungen; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.195

jedoch selbst den lettischen Politiker Aleksandrs Kiršteins mit einer ähnlichen Ansicht.<sup>699</sup>

Anti-Persönlichkeits-Effekte führen also zu politischen Allianzen einander programmatisch eher fremder Parteien, während einander ideologisch nahestehende Parteien nicht zusammen finden, resümiert Daatland,<sup>700</sup> was nach Segerts Ansicht darauf zurückzuführen ist, daß in der spätsozialistischen Periode „*persönliches Vertrauen wichtiger war als der prinzipielle Streit um die richtige politische Lösung.*“<sup>701</sup> Schon die aus der estnischen Volksfront entstandenen Parteien bezeichnet Arter als Anti-Savisaar-Parteien: „*The anti-Savisaar factor was (...) a powerful contributory element in the birth of several nascent groupings*“. Das gleiche gilt in den folgenden Jahren ebenfalls für die Spaltungen der Regierungsparteien Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei und Vaterland.<sup>702</sup>

Fehlende Kompromißbereitschaft ist sowohl Auslöser als auch Folge in diesem System, was Wolff-Poweska als politische Überaktivität bezeichnet: „*Dutzende von Parteien – mit stark eingeschränkter Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Kompromiß – traten zum Wahlkampf an.*“<sup>703</sup> Während Savisaar sich wegen seiner autoritären Art Freunde verspielte, was im Aufnahmeskandal 1995 gipfelte, war Šķēle in Lettland in der Bevölkerung zu populär geworden. So erklärt sich die Anti-Šķēle-Koalition nach den Wahlen 1998, die nur knapp mit wechselnden Mehrheiten im Parlament regierte. Die Dreierkoalition unter Ausschluß von Savisaar nach den Wahlen 1999 in Estland paßte zumindest ideologisch weitgehend zusammen.

Mairs These von der Tendenz der Eliten zu Konfrontation statt Kompromiß<sup>704</sup> wird insbesondere für Litauen von dortigen Wissenschaftlern bestätigt, wo ja immer von einer starken Polarisierung die Rede war. „*Lithuania's political culture is also characterized by intolerance and unwillingness to seek a compromise.*“ Und wurde die Mehrheit einmal gewonnen, „*it is being perceived in the traditional Soviet way, notably – having a majority means one is entitled to function as a bulldozer*.“<sup>705</sup> Vergleichbare Feststellungen lassen

<sup>699</sup> vgl. Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.148

<sup>700</sup> vgl. Daatland, Christer Drangshold: From confusion to clarity. A study of the influential factors behind the Estonian party system, Manuscript, Bergen 1997, S.152

<sup>701</sup> vgl. Segert, Dieter: Geschichte des Spätsozialismus als Schlüssel zum Verständnis „postkommunistischer“ Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.15, 27

<sup>702</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.188, S.207f.

<sup>703</sup> vgl. Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa, Gütersloh 1995, S.46

<sup>704</sup> vgl. Mair, Peter: Party system change. Approaches and interpretations, Oxford 1996, S.193

<sup>705</sup> vgl. Vardys, Vytautas Stasys: Lithuanian political culture and the demands of time; in: Lithuania today, March 1994, S.5ff

sich über Lettland finden: „*The hindrance to interparty cooperation is not a polarization of the party system in terms of sharp ideological contrast but rather it reflects an immature political culture, entailing an inability to make compromises.*“ Hierin liegt die Ursache für Aus- und Übertritte populärer Politiker ebenso wie für Parteineugründungen: „*One cannot avoid a feeling that everybody simply wanted to be a party leader*“<sup>706</sup> Allerdings kann diese Erkenntnis mühelos dadurch ergänzen, daß die Minderheit oftmals über das allgemeine Harmoniebedürfnis hinausgehend Beachtung erwartet.

Doch nicht allein die Bevölkerung ist auf solche Irrtümer abonniert. Nissinen widmet der Elite ein ganzes Kapitel unter der Überschrift: „*Intellectual's Schizophrenic attitude to democracy*“.<sup>707</sup> Die Überraschung jedoch entspringt mehr der westlichen Rezeption, denn da die Elite letztlich ein Teil ihrer (Transformations-) Gesellschaft ist, verwundert es nicht, wenn Politiker und Volk sich ähneln; beide sind nicht bereit sind, nach Kompromissen zu suchen und „dicke Bretter zu bohren“.

Wie das lettische Beispiel der beiden liberalkonservativen Parteien Volkspartei und Lettlands Weg in zeigt, ist es sogar mitunter im Interesse der Stimmenmaximierung und des Wahlsieges sinnvoll, Parteien nicht zu vereinen, sondern getrennt anzutreten. Für manchen Wähler ist die ein oder andere Person unannehmbar, und das könnte die ganze Partei unwählbar machen. Nach der Wahl sind ohnehin Koalitionen erforderlich, und die sich nahestehenden Fraktionen können zusammenarbeiten. Die politische Elite ist folglich geradezu gezwungen, auf diese Weise auf der Klaviatur der Befindlichkeiten im Volke zu spielen, solange das Werben um Mehrheiten mit den eigentlichen Ideen nicht erfolgversprechend ist. „*Das gesellschaftliche Verhalten in den neuen europäischen Demokratien erfolgt in hohem Maße nach dem Gesetz des Pendelns und Abreagierens.*“<sup>708</sup> Konkret auf die Entwicklung des Parteiensystems bezogen, liest sich das bei Mikkel wie folgt: „*the constellation of parties – kaleidoscopic changes of party labels and positions from one election to the next – is another common feature.*“<sup>709</sup> Viele aus den antikommunistischen Umbrella-Parteien entstandenen Parteien vereinen nach wie vor widersprüchliche politische Ideen. Die Entwicklung des Parteiensystems wird dadurch geradezu zum Spielball der Zufälligkeit, wer wann welche Idee umsetzt. Eine mögliche weitergehende Reduktion auf Persönlichkeiten

<sup>706</sup> vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, London 1999, S.200

<sup>707</sup> vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, London 1999, S.206

<sup>708</sup> vgl. Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa, Gütersloh 1995, S.45

<sup>709</sup> vgl. Mikkel, Evald: The Cleavage Formation and the Emergence of 'Party Systems' in the Post-Soviet Societies: Estonia and Lithuania Compared, ohne Ort 1998, S.17

könnte zu der zugespitzten Behauptung führen, daß die Parteienlandschaften und ihre Dynamik nicht mehr als das zufällige Ergebnis der Vorlieben populärer Politiker sind.

Angesichts der anhaltenden kritischen sozialen Situation ist es fraglich, ob sich die (klassischen) gesellschaftlichen Konflikte oder Cleavages stabilisieren werden. Der Bekanntheitsgrad von Parteien, die schon eine Weile existieren, wird sicher zusätzlich von Bedeutung sein und vielleicht die Zufriedenheit des ein oder anderen Wählers beeinflussen, weshalb es zu einer Beruhigung der Verwerfungen im Parteiensystem kommen könnte. Der dauernde Erfolg von Lettlands Weg scheint von dieser Möglichkeit ebenso zu zeugen wie Mart Laars Rückkehr an die Macht.

Das Verhalten der Elite analysierend sollte zudem nicht unterschätzt werden, daß in so kleinen Ländern wie den baltischen Staaten weitgehend jeden kennt und Sympathien somit auf alte Erinnerungen zurückzuführen sein können. Es macht darum für den Wähler kaum noch Sinn, neuen Parteien seine Stimme zu geben, ihre Vorsitzenden werden ohnehin immer wieder die gleichen bekannten Figuren aus Politik, Wirtschaft und Kultur sein. Lediglich aus der Sicht des Gründers kann der Schritt als Sicherung der eigenen Karriere für eine Legislaturperiode gelten. Die Regierungsbildung wird dadurch nicht einfacher, alle Varianten wurden bisher weitgehend auf eine ungewöhnliche Art des **trial and error** durchgespielt. Doch jetzt heißt es **game over**. Etwas grundlegend Neues ist jetzt nicht mehr zu erwarten, ob mit oder ohne Einars Repše und Rein Taagepera, deren Parteien zwar eine Hoffnung sind, die aber höchstwahrscheinlich nur in die nächste Enttäuschung mündet.<sup>710</sup>

## 7.6 Parteien in der „post-sozialistischen Postmoderne“

Welchen Dienst leisten diese Erkenntnisse für eine Aussage über die Entwicklung der Parteienlandschaft in den baltischen Staaten, wenn Jesse in einer Analyse über die Wahlen in Deutschland 1998 dort zu ähnlichen Ergebnissen kommt. Unter der Zwischenüberschrift „*Eher Personen als Programme*“ erinnert er an die Praxis des Koalitionswechsel nach 1945 und stellt vergleichend zur heutigen Situation fest, daß SPD und FDP in jüngster Zeit immer mehr als nur eine Koalitionsoption haben, während CDU und Grüne auf den klassischen Partner angewiesen sind. Hatten 1956 und 1966 die Koalitionswechsel der FDP in NRW keine politischen Folgen, so ist es diesmal der Nichtwechsel des Koalitionspartners in diesem Bundesland, welcher der SPD neben den Grünen die Option der FDP offenhält und damit sogar die Ampel-

---

<sup>710</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.49f.

koalition.<sup>711</sup> Verliert damit die bisher getroffene Aussage über Osteuropa ihren Wert?

Nach Segert trifft das insofern zu, als es auch im Westen kleine und in der Gesellschaft schwach verankerte Parteien gibt, die programmatisch unscharf sind und denen vorgeworfen wird, sich vom Volk abgekoppelt zu haben.<sup>712</sup> Wenn das ein Entwicklungstrend sein sollte, wird es vielleicht in Osteuropa dabei bleiben, daß Parteien eher Wahlclubs sind. Widmaier, Gawrich und Becker stellen im Vergleich zu den in westlicher Sicht verankerten Untersuchungen treffendere Postulate über die Parteien in Osteuropa auf. Er betrachtet die fehlende Bindung zwischen Parteien und Bevölkerung nicht nur als negativ, sondern sieht darin auch eine Chance. Hier sei es nicht wie bei westlichen Massenparteien etwa für eine Koalition erforderlich, die Unterstützung der Basis zu gewinnen. An die Stelle der „*Massenlogik*“ tritt die „*Einflußlogik*“. Der Nachteil sei freilich eine größere Tendenz zu Spaltungen. Eine Vermutung, die sich in vielen Staaten empirisch bestätigen läßt. Widmaier, Gawrich und Becker prognostizieren angesichts einer nicht zu erwartenden Verwurzelung des Parteiensystems im Volk nach westlichem Muster – weniger als ein Prozent der Bevölkerung sind Parteimitglieder<sup>713</sup> – daß weitere Verwerfung wohl auch künftig zu erwarten sind.

Doch auch darin sehen Widmaier, Gawrich und Becker Vorteile: Während sich die Parteien im Westen auf die Postmoderne erst einstellen müssen – das Modell Mitgliederpartei ist hier ebenso im Verschwinden begriffen – arbeiten die Parteien in Osteuropa seit jeher mit partiellen und temporären Koalitionen nach wahlaktischen Gesichtspunkten. Segert und Stöss weisen in Anbetracht der auch im Westen durch den Wertewandel der achtziger Jahre zu beobachtenden Veränderungen darauf hin, daß sich die Gesellschaften in Ost und West gleichermaßen im Umbruch befinden. „*Osteuropa befindet sich in einer „doppelten Krise“, wovon eine allerdings identisch ist mit der, die den Westen plagt.*“<sup>714</sup>

Widmaier, Gawrich und Becker widersprechen partiell dem Urteil Merkels, der Lettland wegen der fehlenden Beteiligung der Russen als defekte Demokratie bezeichnet, wenn er in dieser **Output-Orientierung** „*kein gravierendes Funktionsdefizit des Parteiensystems von nicht erfülltem Partizipa-*

---

<sup>711</sup> vgl. Jesse, Eckhard: Wetterwendische deutsche Wähler?; in Neue Zürcher Zeitung 7. Juli 2000

<sup>712</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.380

<sup>713</sup> vgl. Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996, S.97

<sup>714</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.401

*tionsverlangen von Seiten der Bevölkerung feststellen“<sup>715</sup> will. Segerts Parteiensfunktionen Zieldefinierungsfunktion, Artikulations- und Aggregationsfunktion, Mobilisierungs- und Sozialisierungsfunktion sowie Elitenrekrutierungs- und Regierungsbildungsfunktion<sup>716</sup> erfüllen die baltischen Parteien größtenteils, wenn man von den Problemen der Zieldefinierung und Aggregation in einer politisch passiven Gesellschaft absieht. Arter bezieht den Standpunkt, es gebe keine Parteidemokratie: „*parties do not yet control or dominate political society and the mobilisation, socialisation and organisation (input) functions are but imperfectly performed*“<sup>717</sup> Es mag eine unbefriedigende Erklärung sein, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung ob der alltäglichen Sorgen sowieso nicht für Politik interessiert und wegen diverser Skandale teils gänzlich abgewandt hat. Zur Wahl geht man bestenfalls aus demselben Kalkül, aus dem die Parteien schließlich im Parlament ohne Basis agieren; entschieden wird weniger aus Überzeugung als auf Grund kurzfristiger Überlegungen. Kitschelt stellt fest, Wähler wie Politiker machen ihre Entscheidung vom Eigeninteresse abhängig,<sup>718</sup> und Crome fügt hinzu, daß die Wähler sich immer wieder ad hoc neu entscheiden; sie sind „*ggf. relativ rasch bereit, Koalitionen, die sich augenscheinlich nicht bewährt haben, ebenso rasch wieder zu lösen, wie sie geschlossen wurden.*“<sup>719</sup> Doch dieses Eigeninteresse muß erst einmal vorhanden sein und erkannt werden, der Wähler sich als Souverän also Subjekt in dieser Frage begreifen und nicht als Opfer der Politik. Taagepera hatte bereits 1990 einerseits vor einem zu normativen Verständnis von Demokratie gewarnt, welches zu kurzlebigen Kabinetten führen könnte und die Demokratie instabil mache. Andererseits hatte er darauf hingewiesen, daß die Ideologisierung der Parteien im Westen ebenfalls zunehmend dem Ziel der Stimmenmaximierung weiche.<sup>720</sup>*

---

<sup>715</sup> vgl. Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999, S.186f.

<sup>716</sup> vgl. Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Hans Süssmuth (Hrsg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998, S.106

<sup>717</sup> vgl. Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996, S.217

<sup>718</sup> vgl. Kitschelt, Herbert: Die Entwicklung postsozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.476

<sup>719</sup> vgl. Crome, Erhard: Politische Stabilität im Osten Europas und ihre ethnisch-nationellen Gefährdungen; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.194f.

<sup>720</sup> vgl. Taagepera, Rein: Democracy in Estonia 1990; in: aabs Newsletter Nr.57, March 1991, S.13f.

## 8 Schlußbemerkung

Das vordergründigste Resultat der vorhergehenden Erörterungen besteht darin, daß mit den üblichen Erklärungen der für den Westen entwickelten Theorien zur Parteienbildung in Osteuropa und so auch im Baltikum nur wenig verstanden und nachvollzogen werden kann. Die Transformationstheorie liefert viele interessante Überlegungen, kann die Entwicklung jedoch nicht umfassend erklären. Zum Verständnis der Parteiensysteme des Baltikums ist folglich zunächst ein Verständnis der dortigen Gesellschaften erforderlich, ein Verständnis des alltäglichen Lebens, um zu erfassen, durch welche Brille die Bevölkerung und folglich der Wähler die Geschehnisse sieht. Teilweise ist dies mit Hilfe der Erklärungsansätze einheimischer Wissenschaftler möglich, die denselben Hintergrund haben wie die Bevölkerung. „*At the same time, the concept of 'transition' recalls a retrospective viewpoint: it is a concept invented not by the participants of the process but by its observers who pretend to know beforehand what the final outcome of changes should be.*“<sup>721</sup> Damit macht Lauristin es sich freilich zu einfach, denn mitunter sieht man als Beobachter von außen mehr als von innen. Und die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, daß Wissenschaftler, die im Reformprozeß selbst leben, mitunter die gleichen Fehlannahmen vertreten, wie sie von der Bevölkerung und der Elite vertreten werden. Im Unterschied zu westlichen Versuchen einer Annäherung werden von ihnen paradoxe oder ambivalente Aussagen getroffen, denen zu folgen mitunter aufgrund der für westliche Ohren chaotisch klingenden Argumentation alles andere als einfach ist.

Das beginnt bei nicht immer stringenten Schlüssen: wie Marran und Vungo erwähnen, daß 1992 die Royalisten als Überraschung ins Parlament kamen, während Aktivisten aus den Zeiten des Unabhängigkeitskampfes wie Marju Lauristin nur durch ein Kompensationsmandat ins Parlament rutschten. Sie folgern daraus im gleichen Satz überraschend, 1992 habe es keine Partei-, sondern eine Personenwahl gegeben.<sup>722</sup>

Viele Aspekte der Parteiensysteme der baltischen Staaten unterscheiden sich gar nicht so stark von westlichen Mustern. Die bestehenden Unterschiede basieren vorwiegend auf einer anderen Rezeption von politischen Entscheidungsprozessen, derer es zwei Varianten gibt, die westliche und die östliche. Ausländische westliche Wissenschaftler wissen oft zu wenig über die speziellen Gegebenheiten Osteuropas. Gleichzeitig neigen die einheimischen Wissenschaftler dazu, Volkes Stimme und damit die Unvollkommenheiten des Systems überzubewerten. Oder sie lassen es wie Blūzma an der nötigen

<sup>721</sup> vgl. Lauristin, Marju: Contexts of Transition; in: Lauristin, Marju / Vihalemm, Peeter: Return to the Western world, Tartu 1997, S.25

<sup>722</sup> vgl. Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände, Tallinn 1999, S.28f.

Distanz fehlen, wenn er beispielsweise erklärt, daß Für Vaterland und Freiheit 1993 schwächer abschnitt als die Konkurrenz von der Unabhängigkeitsbewegung, obwohl die erstere als weitaus nationalistischere Partei keine früheren Mitglieder der kommunistischen Partei nominiert hatte. Später wirft er dem eigenen Volk vor, trotz der starken russischen Minderheit zu wenig engagiert in der lettischen Sache zu sein.<sup>723</sup>

Ostrovska sieht neben einer Entfremdung der Bevölkerung von der politischen Elite, was als Konsens gelten darf, gleichzeitig eine Entpolitisierung der Parteien und eine ideologische Ausrichtung im Volk. Die Elite erhalte einen größeren Spielraum, um sich auf eine große Koalition zu einigen, womit sie die Bildung eines Kartells zur Verteilung von Werten, Macht und Einfluß meint. Während zunächst zugegeben werden muß, daß solche Tendenzen, bessere Karten im Verteilungskampf um die noch in Staatsbesitz befindlichen Güter zu ergattern, immer wieder zu beobachten sind, fügt Ostrovska hinzu, sie fühle sich durch diese Strukturen an das Politbüro erinnert, welches sich nur als Mehrparteiensystem maskiere. Klāsons drückt das weit besser und passender aus, die politische Auseinandersetzung erfolge nicht zwischen Persönlichkeiten, sondern zwischen Seilschaften, die darum kämpfen, möglichst viele Posten selbst besetzen zu können.<sup>724</sup> Eine negative Interpretation dessen, daß das Streben nach Besetzung politischer Ämter zu den Funktionen politischer Parteien gehört.

Laķis weist auf eine weitere Ursache als Grund für die negative Einstellung der Bevölkerung zur politischen Elite hin: die ablehnende Haltung gegenüber den Kommunisten und die trotzdem vorhandene sozialistische Orientierung – Lettland sei noch weit entfernt von einem ausbalancierten Verhältnis zwischen kommunitarischer Mentalität und Individualismus, sagt auch Pabriks<sup>725</sup> – vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise und der Ausnahmesituation eines nahezu vollständig geeinten Volkswillens im Kampf um die Unabhängigkeit. Der politischen Elite wirft er trotzdem vor, sich nicht vom Staatsinterventionismus hin zur Freiheit des Individuums umorientieren zu können, Initiative und Verantwortung zu fördern sowie der Tendenz entgegenzuwirken, daß die ökonomischen Probleme durch den Erhalt von Staatsmonopolen zu lösen versucht werden. Laķis vergißt mit diesem teils treffenden Vorwurf, daß die Elite aus der gleichen Gesellschaft stammt und es im demokratischen Staat nicht zuletzt Aufgabe der Politik ist,

<sup>723</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Sabiedriski politiskās domas un partiju sistēmas attīstība; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.369, 371

<sup>724</sup> vgl. Klāsons, Gints: Politiskās elites rekrutācijas avoti Latvijā 7. Saeimas laikā, Bakkalaureatsarbeit, Universität Lettlands 2001, S.58

<sup>725</sup> vgl. Pabriks, Artis: Komunitārisma un individuālisma vērtību ietekme uz politiskās nācijas veidošanos Latvijā; in: Pilsoniskā apziņa, Riga 1998, S.107f.

nachgefragte Konzepte anzubieten, um Wahlen zu gewinnen. Wenig nachvollziehbar auch seine Empfehlung an die Elite, die Gesellschaft sozial abzusichern und sich vom Populismus abzuwenden, weil er anschließend dies als den von der Elite am wenigstens beeinflußbaren Faktor bezeichnet.<sup>726</sup>

Dies alles sind Formulierungen, welche belegen, daß Politik und ihre Resultate in den post-sozialistischen Gesellschaften immer noch anders verstanden werden; hohe wenn nicht zu hohe Maßstäbe werden angelegt. Darum gilt oft in populistischer Weise „*Verkündete Moral mehr als ausgewiesene Leistungen*“.<sup>727</sup> Daß dieser Trend ungebrochen ist, belegt die Gründung der Neuen Zeit durch Repše wie auch Res Publica in Estland und die hohe Popularität, welche sie genau so lange genießen, so lange sie lediglich Versprechungen leisten muß. Ostrovska bleibt eine Meisterin der Formulierung mit der Binsenweisheit, jeder habe seine eigenen Motive gehabt, warum er überhaupt und für wen gestimmt hat.<sup>728</sup>

Während also manche Analyse aus baltischer Feder eher neue Fragen aufwirft als vorhandene zu klären, gibt es natürlich auch Punkte, in denen Einigkeit herrscht, nicht nur zwischen osteuropäischen Wissenschaftlern und ihren Kollegen im Westen. So besteht in den Politikwissenschaften ein grundlegender Konsens darüber, daß sich in den Staaten Ostmitteleuropas nach wie vor kein festes Parteiensystem gebildet hat. Deshalb finden, wie in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt, „*Wahlentscheidungen nicht zwischen gut ausgearbeiteten Alternativen, sondern zwischen Symbolen, Loyalitäten und moralischen Einstellungen*“<sup>729</sup> sowie den diese repräsentierenden Persönlichkeiten statt.

Henning stellt fest: „*Ein Parteiensystem im westlichen Sinne existiert in Lettland nicht*“.<sup>730</sup> Der entsprechende Beitrag entstand, als sich die Fraktionen in der sechsten Saeima recht schnell aufgelöst und ein knappes Fünftel der Parlamentarier sich neu orientiert hatte; trotzdem stimmt das Urteil weitgehend mit den viel früher formulierten Ansichten Duvergers überein, daß, wo mehr oder weniger instabile Gruppen mit hoher Dynamik existieren, ein Parteiensystem eigentlich nicht bestünde. Duverger meint weiter: „*Häufig werden Vielparteiensysteme und Parteilosigkeit verwechselt*“<sup>731</sup>. Das wiederum sieht Toomla ähnlich und hinsichtlich Estlands optimistisch, es handele

<sup>726</sup> Laķis, Pēteris: Politiskās elites veidošanās mehanismsi postkomunistiskajā sabiedrībā; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, S.188-206, Riga 1998, S.198ff.

<sup>727</sup> vgl. Meyer, Gerd: Parteien, Wählerverhalten und politische Kultur; in: Der Bürger im Staat 3/1997, S.157

<sup>728</sup> vgl. Ostrovska, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, 05.1996, S.46f.

<sup>729</sup> vgl. Staniszki, Jadwiga: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa; in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, S.332.

<sup>730</sup> vgl. Henning, Detlef: Lettlands Weg von der sowjetischen Vergangenheit in die europäische Zukunft; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/98, 4.9.1998, S.29

<sup>731</sup> vgl. Duverger, Maurice: Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S.242

sich beim Parteiensystem zumindest um ein System, denn es zeichne sich durch Stabilität aus.<sup>732</sup> Die vorliegende Untersuchung unterstützt diese Meinung, auch wenn mit Res Publica seit 1994 im Jahre 2003 erstmals wieder eine neue Partei entstanden und ins Parlament gekommen ist. Selbst wenn die Listen zu jeder Wahl unterschiedliche Namen hatten, sind die Parteien weitgehend die gleichen geblieben.

Für Lettland gilt das sicher nur eingeschränkt. Hier mag beispielhaft für viele andere Splittergruppen die Republikanische Plattform stehen, die 1993 antrat. Mit einem potentiell sozialistischem Gedankengut, welches nicht in einem Programm ausformuliert war, versuchten einige frühere Kommunisten aus Spitzenpositionen einfach, ins Parlament zu gelangen. Obwohl dies ein Beweis dafür ist, wie Freundeskreise unter irgendwelchen Namen versuchten, zur politischen Elite aufzusteigen, so sehr zeigte sich gleichzeitig, daß schon damals ein „dahergelaufener Niemand“ nicht in der Lage war, signifikante Erfolge zu erzielen. Die Republikanische Plattform erhielt nicht einmal ein halbes Prozent.

Während die nach der Unabhängigkeit populären rechten, liberalen und nationalen Kräfte in Estland und Lettland mit mehreren Parteien und mehreren ebenso populären Führungspersonen ihren Erfolg streuten, ist das Bild auf der Linken uneinheitlich. Cerps sieht in Lettland keinen Grund, warum Gewerkschaften und Pensionäre gesondert neben den Sozialdemokraten und LDDP kandidieren sollten, die aufgrund der historischen Unterschiede dennoch gegeneinander antraten,<sup>733</sup> obwohl es in Estland eine politisch erfolgreiche Familien- und Rentnerunion gab, welche erst durch die Änderung der Parteiengesetzgebung als separate Partei verschwand.

Ebenfalls umstritten sind die Probleme Osteuropas mit der Zivilgesellschaft, oder besser ausgedrückt deren Absenz auch in den baltischen Staaten. Dies gilt mit den erörterten Einschränkungen dieses Begriffes. Für Mattusch genügt ein allgemeines politisches Interesse, andere Autoren verstehen unter dem Begriff zur Beschreibung des Widerstandes gegen den diktatorischen Kommunismus, was m. E. „Zivilcourage“ treffender benennt. Eine Zivilgesellschaft dagegen impliziert Aufmerksamkeit und Engagement in und für eine freie, demokratische Gesellschaft. Ein Teil der Bevölkerung vor allem Lettlands schenkt aber sozialpopulistischen Versprechungen Glauben. Dem leistet nicht die Elite Vorschub, sie hat sich im Gegenteil am schnellsten auf das neue System umorientiert. Um ihre früheren Privilegien trauern die Minderheiten, wenn und weil sie die Staatsbürgerschaft nicht haben, nur bedingt.

<sup>732</sup> vgl. Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, Manuskript S.19

<sup>733</sup> vgl. Cerps, Uldis: The left-wing parties in Latvia and their performance in the 1993 parliamentary elections; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.90, 94, 96

Der eingebürgerte Teil der Minderheiten hat sich gut im neuen System zu rechtgefunden. Meist handelt es sich bei den Anhängern von Populisten um national eingestellte (unzufriedene und enttäuschte) Angehörige der Titularnation, die zu den Reformverlierern zählen. Sie werden durch eine Ideologie angesprochen, welche einen Gegensatz zwischen Volk und Elite, Allgemeinheit und Außenseitern oder Ausländern, Individuum und einer Gruppe oder der Bürokratie propagiert – eher selten aber einen „common sense“ gegen Intellektuelle und Ideologen auszuspielen versucht. Nach Mény verstehen sich diese Organisationen als Bewegungen und nicht Parteien und setzen damit die Tradition der Volksfronten fort, die ein gemeinsames Ziel suggerieren. Damit stoßen sie in einer Gesellschaft, die von der demokratischen Regierung erhofft, was der Sozialismus nicht leisten konnte, auf fruchtbaren Boden.<sup>734</sup> Eine Hoffnung, die nur enttäuscht werden kann. „*Die Erwartungen richteten sich dabei auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage, aber auch auf die Bildung demokratischer Verhältnisse, auf eine gerechte moralisch erneuerte Gesellschaft schlechthin. Heute herrscht in den postsozialistischen Staaten Osteuropas Ernüchterung vor.*“<sup>735</sup> Das zieht „favourable conditions for legal and moral nihilism“<sup>736</sup> nach sich, ein ideales Pflaster für instabile politische Verhältnisse, weshalb wie in der Zwischenkriegszeit als Antwort auf die Krise pseudodemokratische, autoritäre Regime mit einem staatkapitalistischen Sektor an die Macht gelangen könnten.<sup>737</sup> Die andere Lebenserfahrung hat ein anderes Verständnis vom Staat zur Folge: „*Die meisten Menschen in den postkommunistischen Staaten sehen den Staat – durchaus verständlicherweise – weiterhin als zentralen Bezugspunkt für das eigene Wohlergehen an.*“<sup>738</sup> Eine Vielzahl von Autoren erwähnt diesen Aspekt, der sich kontraproduktiv auf die weitere Demokratisierung auswirkt, von der die Menschen vor allem eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse erwartet haben, in Verkennung der Tatsache, daß Demokratie auf Staatsebene zunächst nichts anderes bedeutet, als die regelmäßige Abhaltung

<sup>734</sup> vgl. Mény, Yves: The people, the elites and the populist challenge, Key note address to the German political science association meeting, Bamberg October 1997, S.8,10. Nørgaard, Ostrovska und Hansen meinen sogar: „*In an awkward irony of history the expectation was that the market could succeed where Soviet Marxism had so dramatically failed: to foster the withering away of the state.*“ vgl. Nørgaard, Ole / Ostrovska, Ilze / Hansen, Ole Hersted: State of the state in post-communist Latvia: State capacity and government effectiveness in a newly independent country, paper ECPR Joint Session of Workshops, Copenhagen 2000, S.6

<sup>735</sup> vgl. Juchler, Jakob: Der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess Osteuropas in komparativer Perspektive, Zürich 03.2000, S.5

<sup>736</sup> vgl. Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: Estraged europeans - sociological investigation of Latvian society; in: Humanities and Social Sciences 1(22)/99, S.26ff.

<sup>737</sup> vgl. Juchler, Jakob: Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme, Zürich 1992, S.332

<sup>738</sup> vgl. Boulanger, Christian: „Politische Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ in der Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik; in: Berliner Osteuropa Info 13/99, S.16

von Wahlen, deren Ergebnis die Politiker anerkennen. „*The nation is, as yet, not informed well enough about the political rivalry. The society is awaiting an improvement of living conditions, at a rate which is not possible under conditions of economic depression, both in the East and the West*“, so Šabajavaite.<sup>739</sup> Doch weil der Sozialismus diskreditiert und eine autoritäre Führerfigur nicht in Sicht ist,<sup>740</sup> darf die Demokratie einstweilen als sicher gelten, obwohl wenn die Katastrophen der dreißiger Jahre vor den Schwierigkeiten der Gegenwart verblassen<sup>741</sup> und die Gefahr heute beinahe größer sein müßte.

All dies bildet den Hintergrund, warum der Vorwurf des Nationalismus gerade gegen die baltischen Staaten häufig zu vernehmen ist. Und es gibt in der Tat genug Politiker und Wähler, die lieber heute als morgen die Minderheiten ausreisen sähen. Nichtsdestotrotz haben radikale Nationalisten – als xenophobische und zu Gewalt neigende Chauvinisten verstanden – keine Chance bei einem Volk, welches sich vorwiegend „*nach Normalität sehrend, instinktiv jeglichen politischen Radikalismus*“ ablehnt,<sup>742</sup> was auf Titularnation wie Minderheiten gleichermaßen zutrifft. So ertönten die Proteste gegen die Minoritätenpolitik deutlich lauter aus Moskau als aus Lettland selbst.<sup>743</sup> Beichelt und Minkenberg hingegen führen das Fehlen von nationalradikalen Kräften in Estland trotz der, wie sie sagen „*highly publicized discrimination of the Russian minority*“, letztlich auf die Angst vor einer scharfen Reaktion Rußlands zurück.<sup>744</sup> Das sind möglicherweise letztlich zwei Seiten desselben Phänomens, erinnert man sich an die schon 1988 gemessen an den Volksfronten geringere Popularität der Unabhängigkeitsparteien in Estland und Lettland.

Dennoch bleibt die Minderheitenfrage ein Aspekt, in dem sich die baltischen Staaten deutlich voneinander unterscheiden, weil Litauen fast keine Schwierigkeiten damit hat, Estland und Lettland bei ähnlicher Gesetzgebung zwar die sowjetischen Migranten ausschließen, in Lettland aber die Minder-

---

<sup>739</sup> vgl. Šabajavaite, Lidija: Political parties and political situation in Lithuania; in: Łukowski, Wojciech / Wojtaszczyk, Konstanty Adam: Reform and transformation in Eastern Europe, Warschau 1996, S.90

<sup>740</sup> Wie wenig nach verschiedenen Untersuchungen für die durchschnittliche Bevölkerung ein autoritäres Regime als Alternative in Frage zu kommen scheint, beschreibt Juchler. Vgl. Juchler, Jakob: Global Processes, the Transformation in Eastern Europe and the European Unification, Manuscript 2000, S.20

<sup>741</sup> vgl. Segert, Dieter: Ursprung und Wirkungsmöglichkeiten von „historischen Parteien“ im osteuropäischen Transformationsprozeß; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.29f.

<sup>742</sup> vgl. Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa, Gütersloh 1995, S.40

<sup>743</sup> vgl. Ozolzīle, Gunārs / Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Jaunu politsko sistēmu veidošanās un demokrātiskā stabilitāte. Latvijas gadījums; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr.5, 12.1994, S.2f.

<sup>744</sup> vgl. Minkenberg, Michael / Beichelt, Timm: Explaining the radical right in transition: Theories of right-wing radicalism and opportunity structures in post-socialist Europa, Manuscript für das 97. jährliche APSA-Treffen in San Francisco, 2001, S.20f.

heiten bei weitem nicht nur aus dieser Gruppe bestehen und gleichzeitig nicht so geographisch konzentriert leben wie in Estland. Folglich ist mit Blick auf die die Minderheiten vertretenden Parteien in Lettland und Estland der These nur bedingt zuzustimmen, daß sich die Parteien in den neunziger Jahren in ideologischen Fragen und sozialer Klientel unterschieden und dies ein Unterschied zu den ethnischen Parteien der zwanziger Jahren darstellt.<sup>745</sup> Die Gefahr der Etablierung eines ethnischen Cleavages muß demzufolge grundsätzlich bestätigt werden. Besonders in Lettland wurden Parteien um diesen Cleavage etabliert, und die Wählerschaft der die Minderheiten vertretenden Parteien nimmt aufgrund fortwährender Einbürgerung ständig zu. Im Verhältnis zu sozio-ökonomischen Fragen verhält er sich derzeit oftmals noch cross-cutting, so daß die Nationalisten keine Mehrheit haben und weil die ethnischen Minderheiten ihre Parteien nicht geschlossen wählen. Gleichzeitig darf bezweifelt werden, daß er bestehen bleibt und nicht in Folge dieses Wahlverhaltens gegenüber sozio-ökonomischen Aspekten an Bedeutung verliert. Insofern scheinen die Sorgen rund um das Modell der defekten Demokratien wenigstens in bezug auf den Nationalismus-Aspekt überzogen.

Ganz anders verhält es sich mit Tendenzen des Autoritarismus, welcher dem Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung zu verdanken ist. Im politischen Alltag ist das Bild ambivalent, denn dem Wunsch steht das Fehlen einer entsprechenden Führerfigur gegenüber, die eine in den Augen der Wähler attraktive autoritäre Alternative zum Status Quo anbieten würde.<sup>746</sup> Einer Untersuchung Juchlers zu Folge droht diese Gefahr auch nicht. Seine Umfragen belegen zwar eine labile Zustimmung zu Demokratie und Mehrparteiensystem, doch die Bevölkerung ist andererseits offensichtlich zu keinen autoritären Experimenten bereit.<sup>747</sup> Der politischen Elite wird zwar nicht viel zugetraut, doch die einmal gewonnene (Entscheidungs-) Freiheit will man auch nicht mehr einfach aufgeben, abgesehen von höchst widersprüchlichen Entscheidungen durch Referenden oder deren Androhung wie im Falle des lettischen Energieproduzenten und -versorgers Latvenergo. Auch zu Beginn der neunziger Jahre einschließlich der Gewaltanwendung 1991 kam es trotz der Krise in Lettland weder zum Regierungssturz noch zu Streiks. In Litauen und Estland wurden nur die „Gesichter“ ausgetauscht.

---

<sup>745</sup> vgl. Blūzma, Valdis: Sabiedriski politiskās domas un partiju sistēmas attīstība; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993., Riga 1998, S.383

<sup>746</sup> Einzig der estnische Präsident Lennart Meri konnte manchmal die Funktion eines Volkstribunen erreichen. Rufe er den Volksnotstand aus, seien viele Menschen aus der Philosophie der singenden Revolution heraus bereit, sich einer Kampagne anzuschließen, unabhängig davon, ob Mart Laar oder sogar der populäre Savisaar angegriffen werden. Vgl. Kaldre, Peeter: President lõhub raame; in: Luup Nr. 17, 19.8.1996

<sup>747</sup> vgl. Juchler, Jakob: Global Trends and Regional Differentiation in the Transition Process in Eastern Europe - an Empirical Comparison, Manuskript, S.15, 18

Auf der anderen Seite führt die gleichzeitige Unzufriedenheit mit dem Status Quo zu einer hohen Volatilität. „*It is by no mean clear whether, over a decade or longer, these incipient trends will continue. The party system interacts with other components of wider political system, and all are conditioned by unpredictable economic and ethnic stress.*“<sup>748</sup> Während Segert zu Recht bestätigt, daß stabilere Parteiensysteme die Bürger am ehesten sehen lassen, daß es vorwärts geht,<sup>749</sup> stellt sich die Frage: Wie kann das Parteiensystem stabilisiert werden? Diese Frage ist untrennbar verbunden mit der Demokratisierung. Zwar ist die formale Umgestaltung weit fortgeschritten, politische Strukturen und Verhaltensweisen, die das institutionelle Gerüst faktisch funktionieren lassen, fehlen aber teilweise noch. Die anfänglich stark zersplitterten Parteien haben sich zwar konsolidieren können, sind jedoch gesellschaftlich wenig verankert und dienen zudem vielfach als „*Interessenvereinigungen*“ bei der Verteilung lukrativer staatlicher und parastaatlicher Posten.<sup>750</sup> „*So besitzen die Länder Mittelosteuropas Verfassungen ohne Kultur und die Gewohnheiten des Rechtsstaates, einen politischen Pluralismus ohne die Fähigkeit der politischen Gruppierungen zur Zusammenarbeit, Volksparteien ohne Volk, Christliche Parteien ohne Christen, es herrscht Demokratie ohne demokratische Kultur.*“<sup>751</sup> Merkel hält diese Beschreibung für um so zutreffenden, je mehr sich die alten Eliten an der Macht halten können.<sup>752</sup> Die Besorgnis über Gruppierungen, deren Macht über die demokratischen Spielregeln zu obsiegen droht, und die daraus resultierende Frage, wie koordiniert die rechtsstaatlichen Organe ins Leere laufen, ist nicht unberechtigt oder handelt es sich nur um fehlende Professionalität? Vorbehalt und Vorrang des Gesetzes können sich aber auch deshalb keine Geltung verschaffen, weil es mitunter am motivierten Kläger fehlt.<sup>753</sup> In einem Staat mit wenig

<sup>748</sup> vgl. Olson, David M.: Party formation and party system. Consolidation in the new democracies of Central Europe; in: Political Studies 1998, S.463

<sup>749</sup> vgl. Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.83

<sup>750</sup> vgl. Juchler, Jakob: Der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess Osteuropas in komparativer Perspektive, Zürich 03.2000

<sup>751</sup> vgl. Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa, Gütersloh 1995, S.49

<sup>752</sup> vgl. Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien; Manuskrift erschienen in: PVS 1/2000, S.16

<sup>753</sup> Merkel definiert hier einen Schnitt zwischen politischen, also normativ demokratischen Argumenten, und wesentlichen Voraussetzung für eine liberale Demokratie, die den Rechtsstaat bedingt. Merkel meint, es kann einen Rechtsstaat ohne Demokratie geben wie auch die Demokratie ohne Rechtsstaat, das wäre dann der behandelte Defekt. Trotzdem gewährt Merkel den Bürgern das Recht nicht, die Demokratie abzuschaffen. Damit setzt er das liberal-pluralistische Moment mit der Demokratie wieder gleich, was er gerade zuvor als unabhängig definiert hatte, auch wenn nicht bestritten werden soll, daß rechtsstaatliche Begrenzung die beste Bestandssicherung einer Demokratie ist. Vgl. Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien; Manuskrift erschienen in: PVS 1/2000, S.14

Partizipationsbereitschaft kann eine neue Elite ebenso in das Machtvakuum vorstoßen. Das entspricht der nüchternen Bilanz, mit der Putniņa die politische Kultur Lettlands als Ahnungslosigkeit beschreibt. Der Einzelne wisse nicht wirklich, was er eigentlich will. Gleichzeitig seien die Menschen des Ohnmachtsgefühls müde. Darum glaubten sie nur allgemeinen Phrasen und beteiligten sich nicht an der Diskussion, sondern empfänden das Bedürfnis nach einer Person, die alles in Ordnung bringt, damit man selbst nicht weiter nachdenken muß.<sup>754</sup> Pluralismus ist in den gegenwärtigen Transformationsgesellschaften, die eben noch keine Zivilgesellschaften sind, ein Fremdwort und wird einstweilen bestenfalls auf Grund zunehmender Einkommensunterschiede wahrgenommen oder erahnt. Staniszkis befürchtet darum, „*daß so lange die ökonomischen Grundlagen für eine echte Zivilgesellschaft nicht existieren, die massive politische Mobilisierung der Bevölkerung nur auf nationalistischem oder fundamentalistischem Wege möglich ist.*“<sup>755</sup> Aber gibt es auch positive Entwicklungen, Cleavages, die über zehn Jahre nach der Unabhängigkeit inzwischen gelöst sind – etwa die Unabhängigkeit selbst? Oder hat sich dieser Konflikt mit dem Minoritätenproblem überlagert und in das Parteiensystem eingebrennt? Zweifel an der Entstehung eines Parteiensystems wurden zu Recht häufig geäußert. Einstweilen drohen die Ansichten des „gesunden Menschenverstandes“ in der Bevölkerung noch, sich zur „self-fulfilling prophecy“ zu entwickeln. Für Merkel sind die informellen Strukturen und das bewußte Handeln der Akteure, die unter Unsicherheit entscheiden müssen, weniger ausschlaggebend als inwiefern sich diese Handlungsmuster in die Verfassung eingraben, akzeptiert werden und die eigentliche Ordnung verdrängen. Einstweilen sprechen die Regierungswechsel und die freie Stabsübergabe an eine andere informelle Variante gegen die schlimmsten Befürchtungen.

Meine These von 1995, daß die Frage der Demokratie in den baltischen Staaten weiterhin als offen zu betrachten ist, gilt folglich – allerdings ohne eine aktuelle Gefahr – weiterhin. Unabhängig von Cleavages und ihrer Bedeutung für die Wählerentscheidung bleibt die Bildung einer demokratischen Kultur und Struktur ein Hürdenlauf. In diesem Spannungsfeld liegt die wesentliche Aufgabenstellung der Politikwissenschaft in der Zukunft. Die Beobachtung der Wechselwirkung zwischen den vorhandenen und im Entstehen begriffenen Cleavages, ihre Wirkung auf das Parteiensystem und schließlich die Reaktion der politischen Klasse werden insofern interessant, als die Personen, die einstweilen Vehikel der Identifikation und der Wahlentscheidung sind, schon aus Altersgründen eines Tages werden abtreten müssen. Lassen

---

<sup>754</sup> vgl. Putniņa, Aivita: *Strādāsim vai noalgosim Antiņu?* Interview [www.politika.lv](http://www.politika.lv), 11.09.2001

<sup>755</sup> vgl. Staniszkis, Jadwiga: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa; in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, S.326

sie sich einfach durch neue Gesichter ersetzen? Daß die bisherige Entwicklung in groben Zügen sehr eng mit Persönlichkeiten verknüpft war, steht außer Frage. Wird sie sie aber auch in Zukunft von solchen Zufallen abhängen?

*„Das einzige, das nunmehr wirklich festzustehen scheint ist, daß aus dem Fiasko des Realsozialismus nicht automatisch eine demokratische Entwicklung resultiert, daß die „Transformation“ oder „Transition“ nicht unbedingt, nicht linear und offenbar nicht ohne Rückschläge zu den gewünschten demokratisch-marktwirtschaftlichen Verhältnissen führt.“<sup>756</sup>* Eine Erklärung dafür liegt nach Juchler in der partiellen Fehlinterpretation des Wandels: *„Auf jeden Fall wäre es falsch, diese Umstürze als bewußte Prozesse zu interpretieren, bei denen breite Bevölkerungskreise und große Teile der Elite (...) den Sozialismus stürzen wollten“*. Der Sozialismus war zwar zunehmend auf Ablehnung gestoßen und mit ihm jegliche linke Ideologie, aber es war sowohl der Bevölkerung als auch der Elite unklar, in welche Richtung man nun stoßen müsse. Im Sozialismus fehlte die Toleranz der anderen Meinung und eine Zivilgesellschaft, die nicht durch eine apolitische Haltung und Wirtschaftsfremdheit politisch paralysiert wurde. Über allgemeine Zielvorstellungen in Richtung Freiheit und Selbstorganisation hinaus gab es keine Verbreitung demokratischer Ideen in der Bevölkerung und keine elaborierten Programme. Vorstellungen, Teile des Sozialismus beizubehalten, bestanden zusammen mit einem gesellschaftlichen Konsens über den westlich-kapitalistischen Ausweg aus der Krise.<sup>757</sup> Vielen ging somit die Reform deutlich zu weit: *„There is a widespread feeling of a loss of a sense of community, of social closeness and security („Geborgenheit“).“<sup>758</sup>*

*„Genauere Prognosen abzugeben, scheint mir riskant,“* sagt Juchler über den Prozeß des Umbruches. Mit Sicherheit könne nur vorhergesagt werden, daß sich der Umbau widersprüchlich und mit einer schweren Krise vollziehen werde:<sup>759</sup> *„Transition will be ‚thorny‘ and not short-term“<sup>760</sup>* Während von Beyme meint, kein anderer Systemwechsel habe diese schwere Last bei der

---

<sup>756</sup> vgl. Crome, Erhard: Postkommunistischer Wandel im Osten Europas; in: Osteuropa, S.319

<sup>757</sup> vgl. Juchler, Jakob: Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme, Zürich 1992, S.325f. und Kerner, Manfred / Weiland, Felix: Kompliziert und verworren... Die politische Situation in Lettland und Litauen; in: Osteuropa 10/92, S.880f.; Laķis, Pēteris: Politiskās elites veidošanās mehanismsi postkomunistiskajā sabiedrībā; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā, S.188-206, Riga 1998, S.198ff.

<sup>758</sup> vgl. Meyer, Gerd: Values, small life worlds and communitarian orientations: ambivalent legacies and democratic potentials in postcommunist political cultures; in: Koryushin, Alexander / Meyer, Gerd (Hrsg.): Communitarianism, liberalism, and the quest for democracy in post-communist societies, S.120

<sup>759</sup> vgl. Juchler, Jakob: Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme, Zürich 1992, S.329

<sup>760</sup> vgl. Freimanis, Aigars / Semanis, Einars: The transition of the political regime in Latvia; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.71

Institutionenbildung zu tragen gehabt,<sup>761</sup> sieht Segert den Umbruch in einem größeren Kontext. Ost **und** West befinden sich demnach in tiefgreifendem Wandel und Osteuropa somit in einer doppelten, wenn nicht ob des Dilemmas der Gleichzeitigkeit dreifachen Krise.<sup>762</sup> Die Gefahr für die Demokratie durch die Gleichzeitigkeit der Systemwechsel<sup>763</sup> bleibt ernst zu nehmen, weil das Hand in Hand von politischer und wirtschaftlicher Freiheit, welches für den Westen gilt, sich in Osteuropa nicht zwingend durchsetzen muß. Nach der Wende 1989 waren die Einschätzung bezüglich der Chancen einer Demokratisierung positiv, doch in jüngster Zeit hätten sich auch Zweifler gemeldet, gibt Segert zu bedenken. Die Unsicherheiten in den sozialen Strukturen der Mehrheit der Bevölkerung ließen sich nur bedingt mit demokratischen Institutionen in den Griff bekommen.<sup>764</sup> Tabuns stellt die Frage der Fragen: „*And how can we achieve a situation in which members of the public not only feel full responsible for their social environment, but are also able to influence it?*“<sup>765</sup>

Antworten gibt es viele, angefangen mit Cromes sibyllinischem Optimismus: „*Die Offenheit der Geschichte bietet auch die Chance stets neuer Gestaltungsmöglichkeiten.*“<sup>766</sup> Segert sieht drei Szenarios: Neben der Katastrophe mit dem Abbruch der Demokratisierung und der Stabilisierung die Stagnation, in der sich ein polarisiertes System mit Repräsentanten verschiedener Wege etabliert, die jedoch eine zu schwache Machtbasis haben, als daß sie die Opposition ausspielen könnten. Folglich änderte sich bei einem Machtwechsel relativ wenig.<sup>767</sup> Das ist so richtig wie einfach, wenn nicht trivial, weitere Szenarios sind nicht denkbar, darum bedarf es einer Differenzierung der Stagnations- und Konsolidierungsvariante. Lakis äußert Zweifel an der

<sup>761</sup> vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S.49

<sup>762</sup> vgl. Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.401

<sup>763</sup> Dem war eine ebenso mehrdimensionale Krise des materiellen und kulturellen Bereichs vorausgegangen, wie Juchler 1992 umfangreich analysierte. Vgl. Juchler, Jakob: Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme, Zürich 1992, S.320f. Weiterhin spielt Juchler auf die sich abzeichnenden weltweiten Veränderungen im Rahmen der Globalisierung an. War sein Fazit 1992 pessimistisch nicht nur in bezug auf Osteuropa, so kommt er 1994 zu dem Ergebnis, die Systemtransformation Osteuropas könne nicht im Zusammenhang mit den Liberalisierungstendenzen seit Beginn der 1990er Jahre erklärt werden. Vgl. Juchler, Jakob: Global Trends and Regional Differentiation in the Transition Process in Eastern Europe - an Empirical Comparison, Manuskript, S.18f.

<sup>764</sup> vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.394.vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.43f.

<sup>765</sup> vgl. Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: Estraged europeans - sociological investigation of Latvian society; in: Humanities and Social Sciences 1(22)/99, S.26ff.

<sup>766</sup> vgl. Crome, Erhard: Politische Stabilität im Osten Europas und ihre ethnisch-nationellen Gefährdungen; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.200ff.

<sup>767</sup> vgl. Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S.304ff.

positiven Entwicklung Lettlands und erwartet eine Verschärfung und Verfestigung der gegenwärtigen Situation:<sup>768</sup> „*Restoring state independence could not automatically bring democracy to the Baltic states. The impression that Estonia, Latvia and Lithuania are already democratic countries is too optimistic.*“<sup>769</sup> Ganz ähnliche Befürchtungen äußert Dellenbrant. Das Parteiensystem sei fragil, die Demokratie nicht stabil. Die Unabhängigkeit habe die fundamentalen politischen Probleme nicht lösen helfen, sondern ihre Schärfe durch die Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems verdeutlicht, das nach den Maßstäben Sartoris als polarisierter Pluralismus gelten müsse. Das stelle eine konkrete Gefahr für die Demokratie dar und damit sei fraglich, ob die baltische Politik in der Lage sein wird, die Probleme im Rahmen eines demokratischen Systems anzugehen und nicht in den Autoritarismus abzudriften.<sup>770</sup> Mattusch dagegen hält es für möglich, daß die Demokratie im Baltikum nicht jener im Westen entspricht. Aber ist diese zu Beginn der neunziger Jahre getroffene Aussage nicht ein Vorgriff auf die Theorie von der defekten Demokratie bei Merkel? Jedenfalls sind die lettischen Wissenschaftler Freimanis und Semanis ganz ähnlicher Ansicht: „*It means that there are some preconditions for the appearance of authoritarian features in the process of the development of the political regime, especially if the economic and welfare situation is not improving.*“<sup>771</sup>

Zehn Jahre lang haben die Menschen nun nach der Wende ums Überleben gekämpft, was manchmal die Kultur einer romantischen Verklärung der Vergangenheit förderte. Erst jetzt beginnen die Menschen zu sehen, wo sie eigentlich angekommen sind. „*Insofern bleibt auch nach der Überwindung des allgemeinen Gedächtnisverlustes noch genügend Raum für eine wissenschaftliche kritische Sichtung der Konturen des zutage tretenden Bildes. In diese Alltagsdiskurse müssen Zeitgeschichte und historische Sozialwissenschaften, muß auch eine historisch vergleichende Politologie kritisch korrigierend eingreifen.*“<sup>772</sup> Eine Prognose zu wagen ist ausgesprochen riskant und die Politikwissenschaft tut gut daran, resümiert Meyer, „*sich diesen Stiefel gar nicht erst anzuziehen*“, d.h. sie sollte Ansprüche auf eine wissenschaftliche Prognose über systemische oder gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zurück-

<sup>768</sup> vgl. Lāķis, Pēteris: Politiskās elites veidošanās mehanisms postkomunistiskajā sabiedrībā; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): *Sabiedrības pārmaiņas Latvijā*, Riga 1998, S.194f.

<sup>769</sup> vgl. Järve, Priit: The Baltic transition to democracy: An extravaganza?; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.13

<sup>770</sup> vgl. Dellenbrant, Jan Åke: The re-emergence of multi-partyism in the Baltic states; in: Berglund, Sten / Dellenbrant, Jan Åke: The new democracies in Eastern Europe. Party systems and political cleavages, 1994, S.112f.

<sup>771</sup> vgl. Freimanis, Aigars / Semanis, Einars: The transition of the political regime in Latvia; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.70

<sup>772</sup> vgl. Segert 230f.

*weisen, auch um nicht mit der falschen Elle gemessen und für angebliche Fehlleistungen verurteilt zu werden.“<sup>773</sup>*

---

<sup>773</sup> vgl. Meyer, Gerd: Zur Diskussion gestellt – Osteuropaforschung im Umbruch; in: Osteuropa 8/2000, S.931

## 9 Anhang

### 9.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Präsidentschaftswahl Estland 1996 .....	97
Abbildung 2: Präsidentschaftswahl Lettland 1999 .....	119

### 9.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wahlergebnis vom 20. September 1992 in Estland.....	80
Tabelle 2: Präsidentschaftswahl Estland 1992 .....	82
Tabelle 3: Wahlergebnis vom 5. und 6. Juni 1993 in Lettland.....	83
Tabelle 4: Präsidentschaftswahl Lettland 1993 .....	86
Tabelle 5: Wahlergebnis vom 25. Oktober und 15. November 1992 in Litauen.....	92
Tabelle 6: Wahlergebnis vom 5. März 1995 in Estland .....	95
Tabelle 7: Wahlergebnis vom 30. September und 1. Oktober 1995 in Lettland .....	100
Tabelle 8: Wahlergebnis vom 10. und 20. Oktober 1996 in Litauen .....	108
Tabelle 9: Wahlergebnis vom 7. März 1999 in Estland .....	111
Tabelle 10: Präsidentschaftswahl Estland 2001 .....	114
Tabelle 11: Wahlergebnis vom 3. Oktober 1998 in Lettland .....	116
Tabelle 12: Wahlergebnis vom 8. Oktober 2000 in Litauen .....	122

### 9.3 Literaturverzeichnis

20. augusti klub [Klub des 20. August]<sup>774</sup> (Hrsg.): Kaks otsustavat päeva Toompeal [Zwei entscheidende Tage auf dem Domberg], Tallinn 1996

Aarelaid-Tart, Aili: Political generations in Estonia: A historical background to the formation of the contemporary political scene; in: Frentzel-Zagórska, Janina / Wasilewski, Jacek: The second generation of democratic elites in Central and Eastern Europe, Warschau 2000, S.105-123

Ágh, Attila: Die neuen politischen Eliten in Mittelosteuropa; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.422-436

Alatalu, Toomas<sup>775</sup>: 8<sup>th</sup> Riigikogu programmes; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Tallinn February 1995

Alatalu, Toomas: Estonian elections unanswered questions and answers; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Tallinn October 1992, S.18-19

Alatalu, Toomas: Some notes to the local elections in Estonia; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Tallinn November 1993, S.18-25

---

<sup>774</sup> Der Klub des 20. August ist eine Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten des Estnischen Obersten Sowjets, die am 20. August 1991 für die Unabhängigkeit stimmten.

<sup>775</sup> Toomas Alatalu ist Gründer und Herausgeber der zitierten Publikation, er war langjähriges Mitglied des Parlaments, zuletzt in der Fraktion der Allianzpartei.

- Alatalu, Toomas: Some remarks about the local elections in Estonia; in: *The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics*, Tallinn September-Ocotber 1996, S.92-102
- Alatalu, Toomas: The Political Parties of the Republic of Estonia; in: *The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics*, Tallinn Oktober 1990, S.8-11
- Antonevics, Māris: Manuskript ohne Titel o.J. (ca. 2001)
- Archiv der Gegenwart
- Armbrüster, Georg: Politisches und Rechtssystem Litauens; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): *Handbuch Baltikum heute*, Berlin 1998, S.19-47
- Arons, Steven: Die Pubertät der lettischen Politik. *Saeima*-Abgeordnete im Gespräch; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS Januar 2000
- Arter, David: Estonia after the March 1995 Riigikogu election. Still an anti-party system; in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 11/95 3, S.149-271
- Arter, David: Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia, Aldershot Dartmouth 1996
- Ašmanis, Mikelis: Personība Politikā [Die Persönlichkeit in der Politik], Riga 1991
- Ašmanis, Mikelis: Politikas saturs [Der Inhalt der Politik], Riga 1995
- Atklātā sabiediska fonda „Par Latvijas iekšējo drošību“ statūti [Statuten der offenen Stiftung “Für die innere Sicherheit Lettlands”], Riga 1993
- Avineri, Shlomo: Chancen und Hindernisse auf dem Weg zu einer bürgerlichen Gesellschaft in Mittel- und Osteuropa; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa*, Gütersloh 1995, S.55-64
- Baldzēns, Egīls: Situation in Lettland vor den Parlamentswahlen im Herbst 1995, Manuskript, Riga 1995
- Bāra, Daina / Runcis, Andris: Politiskās partijas, sabiedriski politiskās organizācijas un kustības [Politische Parteien, gesellschaftspolitische Organisationen und Bewegungen], Riga 1992
- Bāra, Daina: Nacionālās neatkarības idejas ģenēze sociāli politiskajā domā Latvijā [Die Genese der Idee von der nationalen Unabhängigkeit im sozialpolitischen Denken in Lettland], Riga 1992
- Bāra, Daina: The Development of Political Parties in Latvia, Manuskript, Riga 1993
- Beichelt, Timm: Die Wirkung von Wahlsystemen in Mittel- und Osteuropa; in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4/1998, S.605-623
- Beichelt, Timm: Politische Institutionen und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa, Dissertation, zitiert nach Manuskript; erschienen als: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen, Opladen 2001
- Berg, Eiki: Vene erakonnad 1999. aasta märtsivalimistel [Die russischen Parteien bei den Märzwahlen 1999]; in: *Riigikogu valimised 1999* [Riigikogu Wahl 1999], Tartu 1999, S.61-73

- Berg, Holger / Vabar, Sven: Potjomkini küla keset küla [Dorf in der Mitte eines Potomkinschen Dorfes]; in: Luup Nr. 7 (90), 5. April 1999
- Beyme, Klaus von: Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.23-56
- Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Opladen 2000
- Beyme, Klaus von: Parteiensysteme in Osteuropa; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.13-36
- Beyme, Klaus von: Parteiensysteme und Demokratisierung in Osteuropa; in: Geschichte und Gesellschaft 3/92, S.271-291
- Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994
- Beyme, Klaus von: Theorie der Politik im Zeitalter der Transformation; in: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26/95 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1996, S.9-29
- Beyme, Klaus von: Transition to democracy in Eastern Europe, London 1996
- Beyme, Klaus von: Parteientheorie, Wiesbaden 2000
- Birch, Sarah: Election and representation in post-communist Easterm Europe; in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Elections in Central and Eastern Europe, Berlin 2000, S.13-35
- Birkavs, Valdis: Vara un sabiedrība [Macht und Gesellschaft], Riga 1993
- Bischof, Henrik: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Osteuropa 1996 – Länderberichte, Bonn 1997
- Bleiere, Daina: Latvija. Notikumu hronika [Lettland. Chronik der Ereignisse], Riga 1996
- Blūzma, Valdis: Politisko partiju veidošanās Latvijā pirmsākumi; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds [Stiftung der Zeitschrift „Lettlands Geschichte“ der Universität Lettlands], Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs [Zentrum der strategischen Forschung der Akademie der Wissenschaften Lettlands] (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993. [Wiederherstellung des lettischen Staates 1986-1993], Riga 1998, S.258-278
- Blūzma, Valdis: Sabidriski politiskās domas un partiju sistēmas attīstība; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds [Stiftung der Zeitschrift „Lettlands Geschichte“ der Universität Lettlands], Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs [Zentrum der strategischen Forschung der Akademie der Wissenschaften Lettlands] (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993. [Wiederherstellung des lettischen Staates 1986.-1993. ], Riga 1998, S.361-389
- Bollow, Undine: Politisches und Rechtssystem Estlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.89-112

- Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, Opladen 1996, S.81-110
- Boulanger, Christian: „Politische Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ in der Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik; in: *Berliner Osteuropa Info* 13/99, S.14-18
- Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis:<sup>776</sup> The formation of New political systems and the question of democratic stability: The Case of Latvia, Manuscript
- Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Jaunu politisko sistēmu veidošanās un demokrātiskā stabilitāte: Latvijas gadījums [Die Bildung eines neuen politischen Systems und demokratische Stabilität: Der Fall Lettland]; in: *Socioloģijas un politoloģijas žurnāls* [Journal für Soziologie und Politologie] Nr.5, Dezember 1994, S.2-3
- Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes [Die Stabilität der Demokratie in Lettland: Voraussetzungen und Aussichten]; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): *Sabiedrības pārmaiņas Latvijā* [Veränderungen der Gesellschaft in Lettland], Riga 1998, S.142-173. Auch auf englisch: The stability of democracy in Latvia: Pre-requisites and prospects, in: *Humanities and Social Sciences* 4 (13)96 1(14)/97, S.103-134
- Butenschön, Marianna: Die Stabilisierung der Unabhängigkeit; in: Grotzky, Johannes: Freiheit alleine macht nicht satt, München 1996, S.84-88
- Butenschön, Marianna: Estland, Lettland, Litauen Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992
- Cerps, Uldis: The left-wing parties in Latvia and their performance in the 1993 parliamentary elections; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.85-104
- Clark, Terry D.: The 1996 elections to the Lithuanian Seimas and their aftermath; in: *Journal of Baltic Studies*, Vol XXIX, Nr.2 1998, S.135-148
- Clark, Terry D.: The Lithuanian Political Party System: A Case Study of Democratic Consolidation; in: *East European Politics and Societies*, 1/1995 S.41-62
- Conze, Werner: Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, München 1993
- Croissant, Aurel / Lauth, Hans-Joachim / Merkel, Wolfgang: Zivilgesellschaft und Transformation im internationalen Vergleich; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen 2000
- Croissant, Aurel / Thiery, Peter: Defekte Demokratie. Konzept, Operationalisierung und Messung; in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gerd / Welzel, Christian: *Demokriemesung*, Wiesbaden 2000, S. 89-111

<sup>776</sup> Die Namen der beiden lettischen Soziologen Tabuns und Tīsenkopfs erscheinen auch als Tabūns und Tīsenkopfs, weil beide Wissenschaftler in den letzten Jahren ob ihrer Publikationen im Ausland dazu übergegangen sind, auch auf Lettisch unter einem angeglichenen Namen zu publizieren.

- Croissant, Aurel / Thiery, Peter: Von defekten und anderen Demokratien; in: Weltrends Nr. 29, Winter 2000/2001, S.9-32
- Crome, Erhard: Politische Stabilität im Osten Europas und ihre ethnisch-nationalen Gefährdungen; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.187-203
- Crome, Erhard: Postkommunistischer Wandel im Osten Europas; in: Osteuropa
- Daatland, Christer Drangshold: From confusion to clarity. A study of the influential factors behind the Estonian party system, Manuscript, Bergen 1997
- Dāboliņš, Aigars: Die baltischen Übergangsgesellschaften, Manuscript 1991
- Damboer, Michael: Politische Kultur in Litauen – irrational und antidemokatisch?; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS Januar 2000
- Dellenbrandt, Jan Åke: Parties and Party Systems in Eastern Europe; in: White / Batt / Lewis: Developments in East European Politics, Basingstoke, Hampshire and London 1993
- Dellenbrandt, Jan Åke: The re-emergence of multi-partyism in the Baltic states; in: Bergrund, Sten / Dellenbrandt, Jan Åke: The new democracies in Eastern Europe. Party systems and political cleavages, 1994, S.74-115
- Domburs, Jānis / Voika, Inese: Kurš nozaga trīs miljonus? [Wer stahl die drei Millionen], Riga 1998
- Dreifelds, Juris: Latvia in transition, Cambridge 1996
- Druwe, Ulrich: Osteuropa im Wandel – Szenarien einer ungewissen Zukunft, Weinheim, Basel 1992
- Duch, Raymond M.: Economic chaos and the fragility of democratic transition in former communist regimes; in: Journal of Politics 57/1995, S.121-158
- Duverger, Maurice: Die politischen Parteien, Tübingen 1959
- Eesti Kongress. Siis ja praegu [Der Estnische Kongreß. Damals und heute], Tallinn 2000
- Eesti Konjunkturiinstituut: Baltic Facts, Tallinn 1992
- Elster, Jon / Offe, Claus / Preuss, Ulrich K.: Institutional Design in Post-communist Societies, Cambridge 1998
- Estnisches Außenministerium: Estonia Today, September 1999
- Ettmayer, Wendelin: Estland. Der Aufbruch nach Europa, Berlin 1999
- Evans, Geoffrey / Whitefield, Stephen: Forms of partisan division and cleavages; in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Elections in Central and Eastern Europe, Berlin 2000, S.38-67
- Evans, Geoffrey / Whitefield, Stephen: Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe; in: British Journal of Political Science 23/94, S.521-548
- Ezergailis, Andrievs: Demokratizācijas pastāvēšanai nebūt obligāti nav vajadzīgi “labējie” un “kreisie” [Für das Bestehen der Demokratie sind “rechte” und “linke” nicht obligat erforderlich]; in: Diena 19. März 1996

- Fehr, Helmut: Das Konzept der Zivilgesellschaft als ost-mitteleuropäische Alternative; in: Misselwitz, Hans / Segert, Dieter (Hrsg.): Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ostmitteleuropäischen Umbruchprozesses seit 1989, Potsdam 1997, S.67-87
- Freimanis, Aigars / Semanis, Einars: The transition of the political regime in Latvia; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.55-72
- Friedrich, Clemens: Osteuropa im Umbruch, 1994
- Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Latvia's Failure in Government Forming after the Elections of October 1, 1995, Tallinn 1995
- Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte, München 1992
- Gaidys, Vladas: Political party preferences and political identities in Lithuania; in: Changes of identity in modern Lithuania, Vilnius 1996, S.77-93
- Gaidys, Vladis: Political preferences in Lithuania: Why the 1992 elections was a surprise, WAPOR conference „Public Opinion and Public Opinion Research in Eastern Europe“, Tallin 1993
- Gaidys, Vladas: Политическая активность и пассивность в Литве (на примере опросов общественного мнения 1989-1996 годов) [Politische Aktivität und Passivität in Litauen (am Beispiel von Umfragen über die öffentlichen Meinung in den Jahren 1989-1996)]; in: Pilsoniskā apziņa [Staatsbügerliches Bewußtsein], Riga 1998, S.191-202
- Gailis, Māris: Varas tehnoloģija [Die Technik der Macht], Riga 1997
- Gibas, Monika: Verpasste Chancen, aber offene Perspektiven? Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.9-13
- Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994
- Gobiņš, Mārcis / Kerner, Manfred: Lettland im Jahre 3 der Unabhängigkeit, unveröffentlichtes Manuskript
- Goethe-Institut Riga: Latvija – dzimtene kam? [Lettland – Vaterland für wen?], Riga o.J.
- Goethe-Institut Riga: Rigaer Gespräche. Dzīvā pagātne [Lebendige Vergangenheit], Riga 1996
- Goethe-Institut Riga: Rigaer Gespräche, Kāpēc trīsdesmitos gados demokrātija cieta neveiksmi gan Vācijā, gan Latvijā? [Warum erlebte die Demokratie in den 30er Jahren sowohl in Deutschland als auch in Lettland einen Mißerfolg?], Riga o.J.
- Graf, Heike / Kerner, Manfred: Die baltischen Staaten als Problem der sozialwissenschaftlichen Forschung in den neunziger Jahren; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.9-16
- Graf, Mati: Poliitilised parteid Eestis 1917-1920 [Die politischen Parteien in Estland 1917-1920], Tallinn 1982
- Graw, Ansgar: Der Freiheitskampf im Baltikum, Erlangen, Bonn, Wien 1991
- Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission on fusion of parties in Estonia; in: Journal of Baltic studies 4/2000, S.329-357

- Helme, Rein: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland; in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten. Staat-Wirtschaft-Gesellschaft, Hamburg 1995, S.72-86
- Henning, Detlef: Das Baltikum. Der Weg Estlands, Litauens und Lettlands in die zweite Unabhängigkeit; in: Altmann, Franz-Lothar / Hösch, Edgar (Hrsg.): Reformen und Reformer in Osteuropa
- Henning, Detlef: Lettlands Weg von der sowjetischen Vergangenheit in die europäische Zukunft; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/98, 4. September 1998, S.27-34
- Ieskats Latvijas Republikas likumdošanas aktos korupcijas novēšanas jomā [Einblick in die Dokumente der Gesetzgebung der Republik Lettlands über die Korruptionsbekämpfung], Riga 2000
- Ikstens, Jānis: Drošības politika – potenciāls partiju sistēmas nestabilitātes avots Latvijā [Sicherheitspolitik – Potentielle Quelle der Instabilität des Parteiensystems in Lettland]; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, Mai 1996, S.6-10
- Ikstens, Jānis: Jaunpartiju spožuma posts [Das Elend des Glanzes der neuen Parteien]; [www.politika.lv](http://www.politika.lv) 12.09.2001
- Jankauskas, Algimantas: The re-emergence of multi-partism in Lithuania; in: Łukowski, Wojciech / Wojtaszczyk, Konstanty Adam: Reform and transformation in Eastern Europe, Warschau 1996
- Järve, Priit: The Baltic transition to democracy: An extravaganza?; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and economic reform policies, Umeå 1994, S.5-14
- Jesse, Eckhard: Wetterwendische deutsche Wähler?; in Neue Zürcher Zeitung 7. Juli 2000
- Juchler, Jakob / Meier Hans-Peter (Hrsg.): Global Society, Postsocialist Transformation and Civil Society, 2000 forthcoming
- Juchler, Jakob: Der wirtschaftliche und politische Transformationsprozess Osteuropas in komparativer Perspektive. Projektbericht für die World Society Foundation, Zürich 2000
- Juchler, Jakob: Ende des Sozialismus – Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme, Zürich 1992
- Juchler, Jakob: Global Processes, the Transformation in Eastern Europe and the European Unification, Manuscript 2000
- Juchler, Jakob: Global Trends and Regional Differentiation in the Transition Process in Eastern Europe – an Empirical Comparison, Manuscript
- Juchler, Jakob: Krise und Umbruch in Osteuropa, Synthese 8, Schweizerischer Nationalfonds, NFP 28, Einsiedeln, 1993 (Synthesebericht zum Forschungsprojekt)
- Juchler, Jakob: Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 – Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994

- Juchler, Jakob: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas; in: Osteuropa 2/94, S.125-141
- Juchler, Jakob: Zwei Jahre nach der Wende – Osteuropa in der Krise, Dossier, Wochenzeitung, Nr. 12, 17-19, 1992
- Juozaitis, Arvydas: Ein historischer Fehler; in: Kibelka, Ruth: Auch wir sind Europa, Berlin 1991, S.130-134
- Juozaitis, Arvydas: The Lithuanian Independence Movement and National Minorities, FKKS 3/1992
- Kaldre, Peeter / Langemets, Andres / Tarand, Kaarel: Täna 10 aastat tagasi [Heute vor 10 Jahren]; in: Luup Nr. 23, 16. November 1998
- Kaldre, Peeter / Langemets, Andres: Savisaare sündroom [Das Savisaar-Sündrom]; in Luup Nr. 6, 22. März 1999
- Kaldre, Peeter: President lõhub raame [Der Präsident sprengt den Rahmen]; in: Luup Nr. 17, 19. August 1996
- Kaldre, Peeter: Savisaare sinusoid; in: Luup Nr. 24, 25. November 1996
- Kalmre, Vahur (Hrsg.): Postimehe valimisteatmik 1995 [“Postimees” Wahlinfo 1995], Tartu 1995
- Kalniete, Sandra: Es lauzu tu lauzi mēs lauzam viņi lūza [ich breche du brichst wir brechen sie verloren], Riga 2000
- Kasapovic, Mirjana / Nohlen, Dieter: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa; in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie, Opladen 1996, S.213-259
- Kerner, Manfred / Gobiņš, Mārcis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: Osteuropa 47/1997, S.139-149
- Kerner, Manfred / Weiland, Felix: Kompliziert und verworren... Die politische Situation in Lettland und Litauen; in: Osteuropa 10/92, S.876-886
- Kitschelt, Herbert: Die Entwicklung post-sozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.475-505
- Kitschelt, Herbert: The Formation of party cleavages in post-communist democracies: Theoretical propositions, Party Politics Vol.1, Nr.4, 1995, S.447-472
- Kitschelt, Herbert: The formation of party systems in East Central Europe; in: Politics & Society 20, Nr. 1 März 1992, S. 7-50
- Klāsons, Gints: Politiskās elites rekrutācijas avoti Latvijā 7. Saeimas laikā [Herkunft der politischen Elite Lettlands während der 7. Saeima], Bakkalaureatsarbeit, Universität Lettlands 2001
- Klingemann, Hans-Dieter / Lass, Jürgen / Mattusch, Katrin: Nationalitätenkonflikt und Mechanismen politischer Integration im Baltikum; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.155-186

- Klingemann, Hans-Dieter: Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa; in: Wolfgang Zapf / Meinolf Dierkes (Hrsg.): Institutionenvergleich und Institutionendynamik, Berlin 1994, S.13-38
- Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre; in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gerd / Welzel, Christian: Demokratiemessung, Wiesbaden 2000, S.266-297
- Kraus, Peter A.: Nationalismus und Zivilgesellschaft in Transformationsprozessen; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000
- Krupavičius, Algis<sup>777</sup>: Dynamics of “post-communist” transformation: Lithuania after the 1992 general election; in: Lithuania today, November 1994, S.9ff.
- Krupavičius, Algis: Elections, parties and leaders in the mirror of public opinion; in: Lithuania today, October 1992, S.10ff.
- Krupavičius, Algis: Electoral research in Lithuania; in: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Elections in Central and Eastern Europe, Berlin 2000, S.140-165
- Krupavičius, Algis: Lithuania says “yes” for democracy once again; in: Lithuania today, June 1992, S.8ff.
- Krupavičius, Algis: Models of Post-communist political elites in central Europe and the Baltics: Comparative Analysis, Budapest Papers on democratic transition Nr. 158 1996
- Krupavičius, Algis: Party systems in central east Europe: Dimensions of system stability, University of Strathclyde, Glasgow 1999
- Krupavičius, Algis: Political parties in contemporary Lithuania. Some Features; in: Lithuania today, May 1992, S.4ff.
- Krupavičius, Algis: Political results of the Seimas elections of 1996 and formation of the cabinet: The third turnover; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania’s Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.133-180
- Krupavičius, Algis: The impact of the general elections and of political differentiation of society; in: Lithuania today, March 1993, S.8ff.
- Krupavičius, Algis: The Post-communist Transition and Institutionalization of Lithuania’s Parties; in: Jankauskas, Algimantas: Lithuanian political science yearbook 1999, S.43-73 und Political Studies 3/1998
- Krupavičs, Algis<sup>778</sup>: Partiju attīstība Lietuvā un to starptautiskie sakari [Entwicklung der Parteien in Litauen und ihre internationalen Kontakte]; in: Baltijas valstis likteņgriežos [Die baltischen Staaten in den Fängen des Schicksals], Riga 1998, S.153-175
- Laar, Mart / Ott, Urmas / Endre, Sirje: Teine Eesti [Das andere Estland], Tallinn 2000
- Laar, Mart: Kaks aastat valitsust [Über zwei Jahre Regierung], Sankt Augustin 1994

---

<sup>777</sup> Der Autor schreibt sich mitunter in nicht in Litauen erschienenen Publikationen Krupavicius. Er ist als Professor an der Technischen Universität Kaunas einer der wichtigsten Parteienforscher in Litauen.

<sup>778</sup> Der Autor wird in diesem Band in der lettischen Schreibweise aufgeführt, da das gesamte Buch ins Lettische übersetzt wurde.

Lagerspetz, Mikko / Vogt, Henri: Estonia; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): *The Handbook of political change in Eastern Europe*, Cheltenham 1998, S.55-88

Laķis, Pēteris: Politiskās elites veidošanās mehanismi postkomunistiskajā sabiedrībā [Mechanismen des Herausbildung einer politischen Elite in der postkommunistischen Gesellschaft]; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): *Sabiedrības pārmaiņas Latvijā* [Gesellschaftliche Veränderungen in Lettland], S.188-206, Riga 1998. Auch auf englisch: Mechanisms for establishment of a political elite in post-communist societies; in: *Humanities and Social Sciences* 4 (13)/96 1(14)/97, S.148-166

Laķis, Pēteris: *Vara un sabiedrība. Varas maiņa Latvijā astoņdesmito un deviņdesmito gadu mijā* [Macht und Gesellschaft. Machtwechsel in Lettland während des Übergangs von den achtziger zu den neunziger Jahren], Riga 1997

Lamentowicz, Wojtek: Politische Instabilität in Ost- und Mitteleuropa: innenpolitische Gefährdungen der europäischen Sicherheit und Integration; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa*, Gütersloh 1995, S.65-88

Lange, Peer H.: Die baltischen Staaten; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa*, Gütersloh 1995, S.243-260

Latvijas intelīgences apvienība [Vereinigung der lettischen Intelligenz] (Hrsg.): *Latvijas Tautas Fronte* [Lettlands Volksfront] 1988-1991, Riga 1998

Latvijas Republikas politiķi pirms piektās Saeimas [Die Politiker der Republik Lettland vor der fünften Saeima], Riga 1993

Latvijas Valsts Archīvs [Lettlands Staatsarchiv] / Latvijas Nacionāli Konservatīvā Partija – LNNK [Lettlands Nationalkonservative Partei] (Hrsg.): *Tauta Zeme Valsts, Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība dokumentos* [Volk Land Staat, Lettlands nationale Unabhängigkeitbewegung in Dokumenten], Riga 1995

Lauristin, Marju: Contexts of Transition; in: Lauristin, Marju / Vihalemm, Peeter: *Return to the Western world*, Tartu 1997

Lauristin, Marju: Recent historical developments in Estonia. Three stages of Transition (1987-1997); in: Lauristin, Marju / Vihalemm, Peeter: *Return to the Western world*, Tartu 1997

Lemke, Christiane: Nachholende Mobilisierung Demokratisierung und politischer Protest in postkommunistischen Gesellschaften; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5/97, 24. Januar 1997, S.29-37

Lemke, Jakob: Zwölf Jahre, zwölf Regierungen. Akteure, Ereignisse, Spezifika der litauischen Politik; in: *Osteuropa* 9/10/2002, S.1236-1249

Levits, Egils: Lettland unter sowjetischer Herrschaft. Die politische Entwicklung 1940-1989; in: Meisner, Boris: *Die baltischen Nationen*, Köln 1990, S.131-170 (ähnlicher Aufsatz in Beiträge zur Konfliktforschung 1989, S.101-130)

Lieven, Anatol: *The Baltic revolution*, New Haven und London 1994

Linz, Jean J. / Stepan, Alfred: *Problems of democratic transition and consolidation*, Baltimore London 1996

- Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein: Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives, Free Press 1967
- Lithuanian political parties, political movements and political organisations, Supreme Council of Lithuania, Vilnius 22.08.1992
- Ludz, Peter C.: Mechanismen der Herrschaftssicherung, München 1980
- Lux, Markus: Drei Staaten – ein „Baltischer Weg“? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000, S.145-172
- Maćkow, Jerzy: Die Voraussetzungen demokratischer Entwicklung in Mittel-, Nordost-, Südost- und Osteuropa; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3-4/99
- Made, Raimond: Kõik mittekodanikud valima. Jevgeni Kogan on tagasi [Alle Nicht-Staatsbürger zur Wahl. Jewgenij Kogan ist zurück]; in: Luup Nr.17, 19. August 1996
- Made, Tiit: Eesti ärkab ja võitleb [Estland erhebt sich und kämpft], Stockholm 1988
- Made, Tiit: Eesti tee [Der estnische Weg], Stockholm 1989
- Madiisson, Tiit: Riigipööraja mätkmik [Notizbuch eines Umstürzlers], Lihula 1999
- Madiisson, Tiit: Vastasseis [Auf der anderen Seite], Tallinn 1996
- Mägi, Artur: Das Staatsleben Estlands während seiner Selbständigkeit, Uppsala 1967
- Maier, Konrad: Estland: Tiger im Baltikum?; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/98, 4. September 1998, S.17-26
- Mair, Peter: Party system change. Approaches and interpretations, Oxford 1996
- Malberg, Kristi: Miks vihatakse Savisaart? [Warum wird Savisaar gehaßt?], Äripäev Nr.183, 26. November 1999
- Mališauskas, Edmundas: The presidential institution in Lithuania: Pro et contra; in: Lithuania today May 1992, S.7ff.
- Mangott, Gerhard: Parteienbildung und Parteiensysteme in Ost-Mitteleuropa im Vergleich; in: Gehrlich, Peter / Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. (Hrsg.): Regimewechsel, Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa, Wien 1992
- Marran, Mikk / Vungo, Eve: Eesti pöördub läände [Estland wendet sich gen Westen], Tallinn 1999
- Matthes, Claudia-Yvette: Politisches und Rechtssystem Lettlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.49-88
- Matthes, Clausia-Yvette: Die Herausbildung des Parteiensystems in Lettland seit Beginn der Perestrojka, Diplomarbeit Freie Universität Berlin 1994
- Mattisen, Edgar: Eesti iseseisvusmanifest. Dokumentide Kogumik [Estnisches Unabhängigkeitsmanifest. Dokumentensammlung], Tallinn 1996
- Mattusch, Katrin: Aus wieviel Teilen besteht Osteuropa? Die differenzierende Wirkung politischer Kulturen; in: Roggemann, Herwig / Sundhausen, Holm (Hrsg.): Ost- und Südosteuropa zwischen Tradition und Aufbruch, Wiesbaden 1996, S.11-32
- Mattusch, Katrin: Demokratisierung im Baltikum? Frankfurt 1996

- Mattusch, Katrin: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, S.93-118, Berlin 1996
- Mattusch, Katrin: Wie konsolidiert sind die neuen Demokratien in Osteuropa. Vom Zusammenwirken der Strukturen, Eliteprägung und Bevölkerungseinstellungen; in: Balla, Balint / Sterbling, Anton (Hrsg.): Zusammenbruch des Sowjetsystems: Herausforderung für die Soziologie, Hamburg 1996, S.179-209
- Mattusch, Katrin: Zwischen Groß- und Mittelmächten. Der baltische Politiker; in: Berking, Helmut (Hrsg.): Politikertypen in Europa, Frankfurt am Main 1994
- McHale, Vincent E.: The Party Systems of the Democratic States: A Comparative European Perspective; in: Journal of Baltic Studies 4/86, S.295-312
- McSweeny, Dean / Tempest, Clive: The Political Science of Democratic Transition in Eastern Europe; in: Political Studies 3/93, S.408-419
- Meissner, Boris: Die baltischen Nationen, 1991
- Mény, Yves: The people, the elites and the populist challenge, Key note address to the German political science association meeting, Bamberg October 1997
- Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: Defective democracies: Concept and causes, Manuscript 2000
- Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel: Formale Institutionen und informale Regeln in defekten Demokratien; Manuscript erschienen in: PVS 1/2000
- Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 6-7/98, 30. Januar 1998, S.3-12
- Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999
- Merkel, Wolfgang: Institutionalierung der Demokratie in Ostmitteleuropa; in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalierung der Demokratie, Opladen 1996, S.73-112
- Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999
- Merkel, Wolfgang: Systemwechsel; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19/94
- Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung post-autoritärer Gesellschaften; in: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26/95 der Politischen Vierteljahrsschrift, Opladen 1996, S.30-58
- Meyer, Gerd: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10/1993, S.3-13
- Meyer, Gerd: Parteien, Wählerverhalten und politische Kultur; in: Der Bürger im Staat 3/1997, S.150-163
- Meyer, Gerd: Values, small life worlds and communitarian orientations: ambivalent legacies and democratic potentials in postcommunist political cultures; in: Koryushin, Alexander / Meyer, Gerd (Hrsg.): Communitarianism, liberalism, and the quest for democracy in post-communist societies, S.114-139

- Meyer, Gerd: Zur Diskussion gestellt – Osteuropaforschung im Umbruch; in: Osteuropa 8/2000, S.926-936
- Meyer, Gerd: Zwischen Haben und Sein. Psychische Aspekte des Transformationsprozesses in postkommunistischen Gesellschaften; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5/97, 24. Januar 1997, S.17-28
- Mikkel, Evald: 1999. aasta Riigikogu valimised ja kandidaadid [Wahlen und Kandidaten der Riigikoguwahl 1999]; in: Riigikogu valimised 1999 [Riigikogu Wahl 1999], Tartu 1999, S.84-133
- Mikkel, Evald: The Cleavage Formation and the Emergence of ‘Party Systems’ in the Post-Soviet Societies: Estonia and Lithuania Compared. Prepared for the 26th ECPR Joint session workshop “Change & Continuity in the Roles of Parties in Democratization”, University of Warwick, UK, March 23-28, ohne Ort 1998
- Minkenberg, Michael / Bechelt, Timm: Explaining the radical right in transition: Theories of right-wing radicalism and opportunity structures in post-socialist Europa, Manuscript für das 97. jährliche APSA-Treffen in San Francisco, 2001
- MRP AEG Infobulletän 1987-1988 [(Estnische Gruppe zur Veröffentlichung des Molotow-Ribbentropp-Paktes Info-Bulletin)], Tallinn 1998
- National Electoral Committee: Elections and referendums in Estonia 1989-1995, A brief overview, Tallinn 1995
- Nies, Susanne: Lettland in der internationalen Politik. Aspekte seiner Außenpolitik (1918-95), Bonn 1995
- Nissinen, Marja: Latvia’s transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, London 1999
- Nolte, Hans-Heinrich: Nationenbildung östlich des Bug, Hannover 1994
- Nørgaard, Ole (Hrsg.): The Baltic States after Independence, Brookfield US 1996
- Nørgaard, Ole / Johannsen, Lars / Pedersen, Anette: The Baltic republics Estonia, Latvia and Lithuania: The development of multi-party-systems; in: Szajkowski, Bogdan: Political parties of Eastern Europe, Russia and the successor states, Essex 1994, S.47-65
- Nørgaard, Ole / Ostrovska, Ilze / Hansen, Ole Hersted: State of the state in post-communist Latvia: State capacity and government effectiveness in a newly independent country, paper ECPR Joint Session of Workshops, Copenhagen 2000
- Novagrockienė, Jūratė: Evolution of the party system in Lithuania since 1990; in: Krupavičius, Algis (Hrsg.): Lithuania’s Seimas election 1996: The third turnover, Berlin 2001, S.239263
- Novagrockienė, Jūratė: From political differentiation towards stabilization of Lithuanian party system; in: Streaming towards social stability, Vilnius und Tampere 2000, S.166-182
- Novagrockienė, Jūratė: The formation and development of multiparty system of Lithuania, Summary of the Doctor’s Thesis, Vilnius 1996
- Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt am Main 1994

- Olson, David M.: Party formation and party system. Consolidation in the new democracies of Central Europe; in: Political Studies 1998, S.432-464
- Osis, Uldis: Postsociālistiskās Latvijas politiskā kretinisma ziedu laiki [Blütezeiten des politischen Kretinismus des postsozialistischen Lettlands]; in: Diena 10. April 1996
- Ostrovska, Ilze<sup>779</sup> / Odīte, Liene / Zītars, Valdis / Āboltiņa, Signe / Strode, Ieva / Indāns, Andris / Brants, Māris / Vanaga, Sanita: 6. Saeimas vēlēšanās gaidot [In Erwartung der Wahlen zur 6. Saeima]; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls [Journal für Soziologie und Politologie] Nr.6, Juni 1995, S.16-35
- Ostrovska, Ilze: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti [Wahlen zur 6. Saeima: Auswahl und Resultate]; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls [Journal für Soziologie und Politologie] Nr. 7, Mai 1996, S.2-5
- Ostrovska, Ilze: Nationalism and democracy: The choice without choice; in: Latvijas Universitātes Filozofijas un Socioloģijas institūts, Riga 2000, S.154-163
- Ostrovska, Ilze: Political participation in Latvia: Modes and determinants; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and Economic reform policies, Umeå 1994, S.73-84
- Ostrovska, Ilze: Politiskā vara [Politische Macht], Riga 1991
- Ostrovska, Ilze: The institutionalization of democratization – a concealed interest group; in: Humanities and Social Sciences 1(18)/98, S.26-33
- Ostrovska, Ilze: The State and it's civil society: Priorities in a period of transition; in: Humanities and Social Sciences 4(13)/96 1(14)/97, S.64-80, auf Lettisch: Valsts un pilsoniskā sabiedrība: Savstarpējo attiecību attīstība pārejas periodā; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): Sabiedrības pārmaiņas Latvijā [Veränderung der Gesellschaft in Lettland], Riga 1998, S.71-88
- Ozoliņš, Pēteris: Politiskā ēтика un nevardarbība [Politische Ethik un Gewaltlosigkeit], Riga 1990
- Ozolzīle, Gunārs / Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Jaunu politsko sistēmu veidošanās un demokrātiskā stabilitāte. Latvijas gadījums [Die Bildung neuer politischer Systeme und demokratische Stabilität. Der Fall Lettland]; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls [Journal für Soziologie und Politologie] Nr.5, Dezember 1994, S.2-3
- Pabriks, Artis: Komunitārisma un individuālisma vērtību ietekme uz politiskās nācijas veidošanos Latvijā: [Einfluß kommunaristischer und individualistischer Werte auf die Bildung eines politischen Nation in Lettland]; in: Pilsoniskā apziņa [Staatsbürgerliches Bewußtsein], Riga 1998, S.98-115
- Paet, Urmas: Mart Laar õpib eelmise valitsuse ajal tehtud vigadesti [Mart Laar lernt aus seinen in der Zeit der ersten Regierung gemachten Fehlern], Postimees 5. März 1999

---

<sup>779</sup> Ilze Ostrovska ist Lehrstuhlleiterin der Stradiņa Universität in Riga, die aus der medizinischen Akademie hervorgegangen zum Zeitpunkt der Fertigstellung offiziell noch keine Universität ist. Ostrovska ist, nachdem sie mit verschiedenen Parteien zusammengearbeitet hat, auch in Lettland eine umstrittene Sozialwissenschaftlerin.

- Palidauskaitė, Jolanta: The development of Lithuanian political culture during the re-establishment and strengthening of independence. A summary of doctoral dissertation. Kaunas 1996
- Palmaru, Raivo: Sada päeva, mis ei vapustanud kedagi [Hundert Tage, die niemanden erschüttert haben], Luup Nr. 13 (96), 28. Juni 1999
- Peniķis, Jānis: Pētījums Baltijas politikā: Baltijas neatkarības atjaunošana un Rietumu teorētiskās metodes; in: Baltijas valstis likteņgriežos [Die baltischen Staaten in den Fängen des Schicksals], Riga 1998, S.593-600
- Pettai, Vello / Kreuzer, Marcus: Party Politics in the Baltic States: Social Bases and Institutional Context; in: East European Politics and Societies, Volume 13, No.1, Winter 1999, S.148-189
- Pettai, Vello: The Baltic States; in: Smith, Julie / Teague, Elizabeth: Democracy in the new Europe. The Politics of Post-Communism, London 1999, S.123-154
- Plasser, Fritz / Ulram, Peter / Waldrauch, H.: Politischer Kulturwandel in Ostmitteleuropa, Opladen 1997
- Prunkienė, Kazimiera: Leben für Litauen: auf dem Weg in die Unabhängigkeit, Frankfurt am Main / Berlin 1992
- Przeworski, Adam: Sustainable democracy, Cambridge 1995
- Putniņa, Aivita: Strādāsim vai noalgosim Antīņu? [Arbeiten wir oder bezahlen wir Antīņ?] Interview www.politika.lv, 11.09.2001
- Puusepp, O.: Eesti Valitsused [Estnische Regierungen], 1999
- Raitviir, Tiina / Saar, Vallo: NSV Liidu rahvasaadikute valimised Eestis 1989. aastal: Territorialne käsitus. [Die Wahlen zum Volkskongreß der UdSSR in Estland 1989: Territoriale Auflösung] Eesti Geograafia Seltsi aastaraamat 27 [Estnisches Geographie Jahrbuch 27], S.124-147, Tallinn 1992
- Raitviir, Tiina: Eesti üleminekuperioodi valimiste (1989-1993) võrdlev uurimine [Vergleichende Untersuchung der Wahlen der estnischen Übergangsperiode (1989-1993)], Tallinn 1996
- Rajevska, Feliciana / Jurciņa, A.: Sociāldemokrātija mūsdieni pasaule [Sozialdemokraten in der heutigen Welt], Riga 1990
- Rajevska, Feliciana / Jurciņa, A: Nacionāla politika [Nationale Politik], Riga 1990
- Rajevskis, V. / Rajevska, Feliciana: Valsts varas institūcijas Latvijas republikā? [Die Institutionen der staatlichen Macht in der Republik Lettland], Riga 1999
- Rauch, Georg von: Geschichte der baltischen Staaten, München 1990
- Raun, Mait: Wake up. Naiivsed mälestusi ajaloost 1987-1988 [Naive Erinnerungen aus der Geschichte 1987-1988], Tallinn 1998
- Reetz, Axel: Baltimaad Berliini mätta otsast [Die baltischen Länder von Berlin aus gesehen], Eesti Päevaleht 22. November 1998
- Reetz, Axel: Demokratische Transformation im Baltikum, Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1999, S.924-955

Reetz, Axel: Die dritten Parlamente der Esten, Letten und Litauer, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2002, S.290-305

Reetz, Axel: Faktoren der Entwicklung der baltischen Parteiensysteme; in: Neuss, Beate / Jurczek, Peter / Hilz, Wolfram (Hrsg.): Entwicklungsstrategien in Nordosteuropa – Baltikum und Finnland, Tübingen 2000, S.15-41

Reetz, Axel: From personality to anti-coalition. Exclusion as a principle of coalition making; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics Nr. 6 (108), Tallinn 2001/2002, S.137-144 & Nr. 7 (109), Tallinn 2001/2002, S.134-144

Reetz, Axel: Politiku var ignorēt, taču no tās neizbēgt [Die Politik kann man ignorieren, aber entrinnen kann man ihr nicht], Diena 27. Februar 2001

Reetz, Axel: Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung; in: Sonderband der Zeitschrift für Parlamentsfragen 1995, S.300-324

Reinap, Aivar: Eesti Raudtee ei saa ükski hakkama [Die Estnische Bahn kommt alleine nicht zurecht], Postimees 30.4.2001

Reißig, Rolf: Die deutsche Transformationsforschung der ersten und zweiten Generation. Eine Bilanz; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.26-42

Reißig, Rolf: Perspektivenwechsel in der Transformationsforschung: Inhaltliche Umorientierungen, räumliche Erweiterung, theoretische Innovation; in: Kollmorgen, R. / Reißig, Rolf. / Weiß, J. (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland – empirische Befunde und theoretische Ansätze, Opladen 1996, S.

Riescher / Gabriel: Die Politikwissenschaft und der Systemwandel in Osteuropa, 1993

Rikken, Mari-Ann: The Restoration of Estonian Independence, Tallinn 1993

Rosengren, Karl Erik / Weibull, Lennart: Introduction; in: Lauristin, Marju / Vihalemm, Peeter: Return to the Western world, Tartu 1997

Ruus, Jüri: Patterns of Estonian opposition 1987-1992; in: Dellenbrant, Jan Åke / Nørgaard, Ole: The politics of transition in the Baltic states. Democratization and Economic reform policies, Umeå 1994, S.31-46

Šabajavaite, Lidija: Political parties and political situation in Lithuania; in: Łukowski, Wojciech / Wojtaszczyk, Konstanty Adam: Reform and transformation in Eastern Europe, Warschau 1996, S. 87.90

Sandschneider, Eberhard: Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung; in Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemtransformation 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, Opladen 1996, S.23-46

Sapper, Manfred: Das Baltikum und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS Januar 2000

Sartori, Giovanni: Parties and party systems. A framework for analysis, Vol. 1, Cambridge University Press 1976

Savisaar, Edgar: Usun Eestisse [Ich glaube an Estland], Tallinn 1999

Scholz, Friedrich / Tenhagen, Wolfgang (Hrsg.): Die baltischen Staaten im 5. Jahr der Unabhängigkeit, Münster 1997

- Sedlenieks, Klāvs: Lietderīgā korupcija: Latvijas iedzīvotāju uzskati par korupciju, valsti un tirgu [Gebrauchskorruption: Die Meinung der Einwohner Lettlands über Korruption, Staat und Markt], Rīga 2000
- Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995
- Segert, Dieter / Stöss, Richard: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S.379-428
- Segert, Dieter: Aufstieg der (kommunistischen) Nachfolge-Parteien?; in: Wollmann, Helmut / Wiesenthal, Helmut / Bönker, Frank (Hrsg.): Transformationen sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan Sonderheft 15/1995, S.459-474
- Segert, Dieter: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Süßmuth, Hans (Hrsg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995, Baden-Baden 1998
- Segert, Dieter: Die Grenzen Osteuropas 1918, 1945, 1989-. Drei Versuche im Westen anzukommen, Frankfurt 2002
- Segert, Dieter: Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Antrittsvorlesung Humboldt-Universität zu Berlin vom 29.11.1993
- Segert, Dieter: Geschichte des Spätsozialismus als Schlüssel zum Verständnis “postkommunistischer” Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.93-118
- Segert, Dieter: Mit dem Ende einer abgeschlossenen Epoche beginnt eine neue, aber welche?; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.43-51
- Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas; in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.27-100
- Segert, Dieter: Ursprung und Wirkungsmöglichkeiten von “historischen Parteien” im osteuropäischen Transformationsprozeß; in: Segert, Dieter: Konfliktregelung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S.13-29
- Segert, Dieter: Wann sind Demokratien gefährdet?; in: Weltrends Nr. 29, Winter 2000/2001, S.33-58
- Segert, Dieter: Welche Vergangenheit wirkt nach 1989 auf die Parteienentwicklung in Osteuropa ein?; in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S.5-8
- Sell, Katrin: Institutionenbildung “? la carte” in neuen Demokratien, oder: Was Äpfel von Birnen lernen können; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.84-102
- Semanis, Einars (Hrsg.): Demokrātijas pamati [Die Grundlagen der Demokratie], Riga 1993
- Semanis, Einars: Politiskie režīmi [Politische Systeme], Riga 1990

- Semanis, Einars: The transition of political regime in Latvia. Preelection situation in 1993, Manuskript, Riga 1993
- Smith-Sivertsen, Hermann: Towards parties of elites – or pupularism?; in: *Revue Baltique* 8/1997, S.19-37
- Smith-Sivertsen: Latvia; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): *The Handbook of political change in Eastern Europe*, Cheltenham 1998, S.89-120
- Soosaar, Enn: *Eesti asja arutusi* [Erörterung der estnischen Sache], Tallinn 2000
- Sootla, Georg: A New Course in Foreign Policy for the Republic of Estonia; in: *The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics*, Tallinn Oktober 1990, S.3-7
- Sootla, Georg: Prospects of Estonia's development int the programmes of pre-election coalitions; in: *The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics*, Tallinn October 1992, S.10-14
- Sootla, Georg: The consolidation of democracy in Estonia: Causes and consequences of party splintering; in: Matynia, Elzbieta: *Grappling with democracy*, Prag 1996
- Staniszskis, Jadwiga: Dilemmata der Demokratie in Osteuropa; in: Deppe, Rainer / Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich: *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, S.326-347
- Statistisches Zentralamt der Republik Lettland & IKD: Lettland, Statistische Kennzahlen 1999, Riga 1999
- Steen, A.: Between past and future: elites, democracy and the state in post-communist countries. A comparison of Estonia, Latvia and Lithuania, Aldershot Ashgate 1997
- Šteins, Valdis: *Partiju spektrs Latvijā* [Das Parteienspektrum in Lettland], Diena 19. März 1992
- Taagepera, Rein<sup>780</sup>: A Note on the March 1989 election in Estonia; in: *Soviet Studies* 42/1990, S.329-339
- Taagepera, Rein: Democracy in Estonia 1990; in: *aabs Newsletter* Nr.57, March 1991, S.12-14
- Taagepera, Rein: Estonian parliamentary elections, March 1995; in: *Electoral studies* 14/1995, S.328-329
- Taagepera, Rein: Estonia. Return to independence, 1993
- Taagepera, Rein: The Baltic states; in: *Electoral Studies* 9/1990, S.303-311
- Taagepera, Rein: *Valimisreeglid Eestis aegade jooksul* [Wahlregeln in Estland im den Zeitläufen]; in: *Riigikogu valimised 1999* [Riigikogu Wahl 1999], Tartu 1999, S.11-25
- Tabuns, Aivars / Tabuna, Ausma: Estranged Europeans – sociological investigation of Latvian society; in: *Humanities and Social Sciences* 1(22)/99, S.4-35
- Tarand, Kaarel: *Süüdistusest otsuseni* [Von der Beschuldigung zur Entscheidung]; in: *Luup* Nr. 4, 17. Februar 1997

---

<sup>780</sup> Der Auslandeste ist Professor für Politikwissenschaft in Kalifornien und Tartu. Er kandidierte 1992 für die Zentrumspartei von Edgars Savisaar für die Präsidentschaft und war Gründungsvorsitzender der Partei Res Publica 2001.

- Tauber, Joachim: Das politische System Litauens; in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.149-184
- Tauber, Joachim: Der schwere Weg nach Westen: Litauen 1990-1998; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/98, 4. September 1998, S.35-45
- Taurēns, Jānis: Latvijas vēstures pamatjautājumi [Hauptfragen der Geschichte Lettlands], Riga 1996
- Toomla, Rein<sup>781</sup>: Eessõna [Vorwort]; in: Riigikogu valimised 1999 [Riigikogu Wahl 1999], Tartu 1999, S.7-10
- Toomla, Rein: Eesti erakondlik maaistik anno 1997 [Die Parteienlandschaft Estlands anno 1997], Luup Nr. 26, 22. Dezember 1997
- Toomla, Rein: Eesti erakonnad [Estnische Parteien], Tallinn 1999
- Toomla, Rein: Eesti erakonnad liiguvald hoogsalt ühenäolisuse poole [Die estnischen Parteien bewegen sich intensiv in Richtung eines einheitlichen Erscheinens], Postimees 1. Februar 1999
- Toomla, Rein: Eesti ja Euroopa poliitiline maaistik [Estnische und europäische politische Landschaft], Tartu 1996
- Toomla, Rein: Erakondade valimisprogrammid [Wahlprogramme der Parteien]; in: Riigikogu valimised 1999 [Riigikogu Wahl 1999], Tartu 1999, S.34-60
- Toomla, Rein: Kes kellega käib? [Wer geht mit wem?]; in Luup Nr. 21, 14. Oktober 1996
- Toomla, Rein: Parliamentary Factions of the Supreme Council of the Estonian Republic; in: The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, Tallinn November-December 1990, S.1-4
- Toomla, Rein: Political Parties in Estonia, Manuscript 2000/01 (dieser Text liegt in zwei nicht komplett identischen Versionen vor)
- Toomla, Rein: Vähemusvalitsuse võlu ja valu [Charme und Schmerz einer Minderheitsregierung]; in: Luup ohne Datum
- Toots, Anu: Election Monitor, No.13, 22-28. Februar 1999, S.14-17
- Toots, Anu: From consensus to factiousness. ETA Election Monitor, No. 10, February 1-7, 1999, S.25-27
- Toots, Anu: Parties hardly change their principles – comparison of 1995 and 1999. Election platforms, ETA
- Toots, Anu: Vene erakonnad valimiste eel – Valimismonitor. Parlamentivalimised Eestis: Informatsioon ja analüüs [Die russische Partei vor den Wahlen – Wahlüberblick. Parlamentswahlen in Estland: Information und Analyse] Tallinn ETA 1998, No. 4 S.1 2-13
- Toots, Anu: Who will the Russian parties appeal to? ETA Election monitor, No. 4, December 14-20, 1998, S.15-16
- Trinkunas, Dainius: Political parties in the republic of Lithuania: The basic principles of their domestic and foreign policies; in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hassel-

<sup>781</sup> Der Autor ist Dozent an der Universität Tartu und der wichtigste Parteienforscher Estlands.

- blatt, Cornelius (Hrsg.): Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten. Staat-Wirtschafts-Gesellschaft, Hamburg 1995, S.87-95
- Udam, Valter: Taasiseseisvumine [Wieder unabhängig werden], Tallinn 1993
- Uhl, Manfred: Verfassungen in den politischen Systemtransformationen Osteuropas: die postsozialistischen Verfassungen in der Russischen Föderation, Belarus und Lettland, Würzburg 1999
- UNDP Tallinn: Human development report 2000, Tallinn 2001
- Unwin, Tim: Rurality and the construction of nation in Estonia; in: Pickles, John / Smith Adrian: Theorising transition. The political economy of post-communist transformation, London New York 1998
- Urdze, Andrejs (Hrsg.): Das Ende des Sowjetkolonialismus, Reinbek 1991
- Utena, Inga: Cilvēks Godmanis, Riga 1997
- Vahtre, Lauri: Vabanemine [Befreiung] 1996
- Väljas, Vaino: Vedasin “leerivenda” alt küll! Interview [Ich führe wirklich den Lagerbruder runter]; in: Luup Nr.23, 16. November 1998
- Vardys, V. Stanley: Democracy in the Baltic states, 1918-1934: The stage of the actors; in: Journal of Baltic Studies 10/79, S.320-336
- Vardys, Vytautas Stasys: Lithuanian political culture and the demands of time; in: Lithuania today, March 1994, S.5ff.
- Veser, Reinhard: Politische Parteien in Litauen; in: Osteuropa 10/94, S.936-945
- Vester, Michael: Bilanz und Perseptiven der Transformationsforschung, Interview; in: Hochschule Ost 1-2/00, S.14-25
- Vihalemm, Peeter / Lauristin, Marju / Tallo, Ivar: Development of political culture in Estonia; in: Lauristin, Marju / Vihalemm, Peeter: Return to the Western world, Tartu 1997
- Vöörmann; Mai / Tarand, Kaarel: Presidendi-Puzzle eesti moodi [Präsidenten Puzzle nach estnischer Art]; in: Luup Nr. 17, 19. August 1996
- Vulfsons, Mavriks: Nationality Latvian? No, Jewish. Cards on the table, Riga 1998
- Waldron-Moore, P: Eastern Europe at the Crossroads of Democratic Transition; in: Comparative Political Studies Vol. 32 Nr.1 1999
- Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999
- Wolff-Poweska, Anna: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften; in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa, Gütersloh 1995, S.35-54
- Wölkner, Sabina: Litauen – eine konsolidierte Demokratie? Der Stellvertretende Parlamentsvorsitzende Ozolas zum Parteiensystem; in: Sapper, Manfred: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS Januar 2000

- Zepa, Brīgita<sup>782</sup>: Baltijas valstis vakar, šodien, rīt [Die baltischen Staaten gestern, heute, morgen]; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls [Journal für Soziologie und Politologie] Nr.5, Dezember 1994, S.17-18
- Zepa, Brīgita: Conditions which facilitate and impede political participation; in: Humanities and Social Sciences 1(22)/99, S.36-48
- Zepa, Brīgita: Kad vēlēšanu kaislības paguvušas norimt [Wenn die Leidenschaften der Wahlen abflauen], Diena 20. April 1999
- Zepa, Brīgita: Līdzdalība kā politiskās nācijas veidošanās nosacījums [Partizipation als Voraussetzung für die Bildung einer politischen Nation]; in: Pilsoniskā apziņa [Staatsbürgerliches Bewußtsein], Riga 1998, S.232-246
- Zepa, Brīgita: Vēlētāju uzvedība un pašvaldību vēlēšanāš 1990-1995 [Wählerverhalten und Kommunalwahl]; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls [Journal für Soziologie und Politologie] Nr. 7, Mai 1996, S.11-18
- Žeruolis, Darius / Vilinskas J.: Party Systems in the Baltic states; in: The Baltic Review Vol. 14, 1998
- Žeruolis, Darius: Change and stability in emerging East European party systems: What the relevance of West European party models, Msc Dissertation, The London School of Economics and Political Science
- Žeruolis, Darius: Lithuania; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): The Handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.121-156
- Zīle, Ľubova: Latvijas Tautas frontes dibināšana un tās darbība; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds [Stiftung der Zeitschrift „Lettlands Geschichte“ der Universität Lettlands], Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs [Zentrum der strategischen Forschung der Akademie der Wissenschaften Lettlands] (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993. [Wiederherstellung des lettischen Staates 1986-1993] Riga 1998, S.133-148
- Zīle, Ľubova: Sabiedrības spēka polarizācija; in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds [Stiftung der Zeitschrift „Lettlands Geschichte“ der Universität Lettlands], Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs [Zentrum der strategischen Forschung der Akademie der Wissenschaften Lettlands] (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986.-1993. [Wiederherstellung des lettischen Staates 1986-1993], Riga 1998, S.165-189

---

<sup>782</sup> Die Autorin ist Direktorin des größten Instituts für Demoskopie in Lettland: Baltijas Datu Nams [Baltisches Datenhaus].